

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

161. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode Mittwoch, 3. und Donnerstag, 4. Dezember 1969

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970
 Spezialdebatte
 Beratungsgruppe VI: Unterricht

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 13745)

Geschäftsbehandlung

Unterbrechung der Sitzung (S. 13855)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses
 über die Regierungsvorlage (1388 d. B.):
 Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970
 (1462 d. B.)
 Spezialdebatte
 Beratungsgruppe VI: Kapitel 12: Unterricht,
 Kapitel 13: Kunst, Kapitel 14: Kultus,
 Kapitel 71: Bundestheater
 Spezialberichterstatte: Deutschmann
 (S. 13745)
 Redner: Dr. Stella Klein-Löw (S. 13746
 und S. 13805), Dr. Gruber (S. 13755),
 Peter (S. 13762 und S. 13795), Zankl

(S. 13767 und S. 13806), Bundesminister
 Dr. Mock (S. 13772, S. 13792 und S. 13824),
 Harwalik (S. 13773), Dr. Scrinzi
 (S. 13781), Dr. Hertha Firnberg (S. 13787),
 Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 13799), Radin-
 ger (S. 13808), Dr. Broda (S. 13812),
 Luptowits (S. 13818), Dipl.-Ing. Doktor
 Johanna Bayer (S. 13825), Lukas (S. 13829),
 Ströer (S. 13832), Jungwirth (S. 13834),
 Ofenböck (S. 13839), Heinz (S. 13847)
 und Lanc (S. 13849 und 13856)

Annahme der Beratungsgruppe VI (S. 13858)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Stella Klein-Löw, Dr. Hertha Firnberg,
 Gratz und Genossen an den Bundesminister
 für Unterricht, betreffend Vorschulung aus-
 ländischer Studenten (1492/J)

Robak, Müller, Gertrude Wondrack und
 Genossen an den Bundesminister für Unter-
 richt, betreffend Finanzierung einer Kinder-
 gärtnerinnenausbildungsstätte (1493/J)

Spielbüchler, Thalhammer und Genossen
 an den Bundesminister für Bauten und
 Technik, betreffend Wasserverunreinigung
 durch den Bau der Pötschen-Bundesstraße
 (1494/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 5 Minuten

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta,
 Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner,
 Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten
 Benya und Czernetz.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses
 über die Regierungsvorlage (1388 der Beila-
 gen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970
 (1462 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe VI

Kapitel 12: Unterricht

Kapitel 13: Kunst

Kapitel 14: Kultus

Kapitel 71: Bundestheater

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und
 Budgetausschusses über die Regierungsvor-
 lage (1388 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz
 für das Jahr 1970 (1462 der Beilagen).

Wir gelangen zur Spezialdebatte über die
 Beratungsgruppe VI: Unterricht.

Spezialberichterstatte ist der Abgeordnete
 Deutschmann. Ich bitte um den Bericht.

Spezialberichterstatte **Deutschmann:** Herr
 Präsident! Hohes Haus! Der Finanz- und Bud-
 getausschuß hat die in der Beratungsgruppe VI
 zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoran-
 schlages für das Jahr 1970 in der Sitzung am
 5. November 1969 der Vorberatung unterzo-
 gen.

Für das Unterrichtsbudget selbst (Haushalts-
 kapital 12, 13 und 14 — Unterricht, Kunst und
 Kultus) ist im Budgetentwurf für das Jahr
 1970 ein Gesamtausgabenrahmen von

Deutschmann

10.186,128.000 S vorgesehen. Hievon entfallen auf den Personalaufwand 7.792,482.000 S und auf den Sachaufwand 2.393,646.000 S. Gegenüber dem Bundesvoranschlag für 1969 ist im Personalaufwand eine Erhöhung um 5,45 Prozent und im Sachaufwand eine solche um 17,80 Prozent zu verzeichnen. Der Anteil des reinen Unterrichtsbudgets am Gesamtbudget der ordentlichen Gebarung beträgt 10,44 Prozent gegenüber 10,41 Prozent im Jahre 1969.

Der Anteil des Kulturbudgets, also der Haushaltskapitel 12 bis 14 = reines Unterrichtsbudget + Haushaltskapitel 71 = Bundestheater + Haushaltskapitel 64 = Schul- und Kulturbauten, beträgt rund 11.577,250.000 S, das sind 11,86 Prozent der ordentlichen Gebarung des Bundes für 1970. Der vergleichbare Prozentsatz für das Jahr 1968 war 11,32 und für das Jahr 1969 11,62. Dies zeigt die steigende Tendenz des Kulturbudgets und die schrittweise Verwirklichung des Bildungsvorranges.

An der Debatte über die Kapitel 12, 13, 14 und 71 beteiligten sich außer dem Spezialberichterstatte und dem Herrn Bundesminister 23 Abgeordnete.

Im übrigen darf ich auf den gedruckt vorliegenden Ausschußbericht verweisen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

- Dem Kapitel 12: Unterricht,
- dem Kapitel 13: Kunst,
- dem Kapitel 14: Kultus und
- dem Kapitel 71: Bundestheater

des Bundesvoranschlages für das Jahr 1970 (1388 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Weiters beantrage ich, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein. Als erste zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Stella **Klein-Löw** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben zweimal im Jahr Gelegenheit — ich wiederhole, was schon vor kurzem Kollege Machunze und ich gesagt haben —, zur Tätigkeit der Regierung auf einzelnen Gebieten Stellung zu nehmen: beim Rechnungsabschluß des vergangenen Jahres und beim Budget für das folgende Jahr.

Heute besprechen wir das Budget für das nächste Jahr für das besondere Gebiet des Unterrichtes, der Bildung, der Kunst, der Kultur. Für uns im Haus ist das Budget immer gewesen und wird immer sein die Gelegen-

heit, die Wirklichkeit, die Zustände in unserem Lande auf dem Gebiet, das in Behandlung steht, unter die Lupe zu nehmen, sie zu kritisieren, aber auch zu sagen, woraus man zu lernen hat von der negativen und positiven oder, vielleicht besser gesagt, von der positiven und negativen Seite her. Als Parlamentarier haben wir die Aufgabe, nein, ich möchte fast sagen, die Pflicht, aus diesen Untersuchungen, die jede Partei für sich und jedes Mitglied jeder Fraktion hier außerdem für sich anstellt, Folgerungen für die Beurteilung des Budgets zu ziehen, das hier zur Debatte steht. Die Regierung ist für dieses Budget verantwortlich. Jeder Minister für sein Gebiet, aber auch die Regierung für jedes einzelne Gebiet ebenso wie für das Gesamtbudget.

Es wurde uns, der Opposition, sehr oft von Angehörigen der Regierungspartei in Zwischenrufen und sonst die Einwendung gemacht, daß man doch Zahlen sprechen lassen soll und nicht nur einfach zu den Sachgebieten ohne Zahlen Stellung nehmen soll.

Dieser Debatte im Hohen Haus ist eine Budgetausschußsitzung zum Kapitel Unterricht vorangegangen. Ich konnte daran leider nicht teilnehmen, weil ich bei einer Tagung im Ausland war, aber ich habe in der „Parlamentskorrespondenz“ die Debatte in diesem Ausschuß genau gelesen. Dort haben es unsere Kollegen gewiß nicht daran fehlen lassen, nach Zahlen, nach Aufschlüsselung der Zahlen zu fragen, Feststellungen, die zahlenmäßig belegt waren, zu machen.

Worum es heute hier geht, ist nicht, die Zahlen, die der Berichterstatter im großen und alle einzelnen Fraktionen im einzelnen im Ausschuß behandelt haben, noch einmal zu nennen, sondern vor allem auf die Folgerungen aus diesen Zahlen einzugehen. Das haben wir immer so getan, das werden wir heute so tun — ich spreche für meine Fraktion —, und das ist auch die Gepflogenheit in allen Parlamenten.

Wir wissen also, daß der Gesamtausgabenrahmen des — wie es hier in der „Parlamentskorrespondenz“ steht, ich zitiere — „reinen“ Unterrichtsbudgets — Unterricht, Kunst, Kultur ist damit gemeint — mit 10,2 Milliarden veranschlagt ist. Wir wissen weiter, daß — ich zitiere — der Personalaufwand damit eine Erhöhung um 5,45 Prozent, der Sachaufwand eine Erhöhung um 17,8 Prozent aufweist und daß der Anteil des reinen Unterrichtsbudgets an der ordentlichen Gebarung des Gesamtbudgets 10,44 beträgt, gegenüber 10,41 im Jahre 1969.

Ich habe damit nur wiederholt, was der Herr Berichterstatter ohnehin gesagt hat. Was bedeutet dies?

Dr. Stella Klein-Löw

Wir wissen gleichzeitig — das steht nicht in den Zahlen, aber wir wissen es —, zu welcher Unruhe auf verschiedenen Gebieten die Folgen der — der, nicht eines! — vorigen Unterrichtsbudgets geführt haben. Wir wissen genau, daß gerade in diesem vergangenen Jahr auf mannigfachen Gebieten der Schule und Bildung außerordentliche Unruhe herrschte. Diese Unruhe zeigt uns, daß die vorigen Budgets so dotiert waren, daß sie auf dem Gebiete der Schule und der Kultur zu Zuständen führten, die nicht im Parlament allein Protest ausgelöst haben, sondern die, man kann wohl sagen, die ganze interessierte Öffentlichkeit zu Protesten veranlaßt haben.

Wenn wir von einer Erhöhung im Budget um 0,04 Prozent hören, so sind wir davon begreiflicherweise nicht sehr beeindruckt. Ich weiß schon, es gibt andere Gebiete, die wichtig sind. Die Reihenordnung der Werte im Gesamtbudget hat der dafür zuständige Ressortminister, so gut er sich eben durchsetzt, durchzuführen. Aber innerhalb des Budgets gibt es auch eine Reihenordnung, über die noch zu sprechen sein wird.

Lassen Sie mich also mit aller Entschiedenheit hier feststellen, daß für das Gebiet, das wir heute behandeln, wenn ich nur die Zweite Republik nehme, seit etwa eineinhalb Jahrzehnten und ununterbrochen die ÖVP-Minister die Verantwortung tragen. Ich möchte hier ebenso deutlich sagen, daß schon zur Zeit, da die beiden großen Parteien in Koalition miteinander gearbeitet haben, das Unterrichtsbudget Anlaß zu heftiger Kritik von unserer Seite gegeben hat. Ich kann mich daran erinnern — mir fällt es jetzt gerade ein, ich habe es gar nicht in meinen Aufzeichnungen vermerkt —, daß meine erste Rede auf dem Unterrichtsgebiet — es war im Jahre 1959 — eine Anklage gegen die falsche Streuung der Schulbauten war. Damals war es der Kollege Harwalik ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber*.) Herr Kollege Gruber! Sie müssen nicht aufpassen, diesmal geht es Herrn Harwalik an! Damals war es der Kollege Harwalik, mit dem ich wirklich in vielem zusammengearbeitet habe, der zur Rednertribüne herausgekommen ist und gesagt hat, daß ich den damaligen Minister Drimmel angegriffen hätte, daß er absichtlich die Arbeiterkinder vernachlässige. Ich habe damals die Gelegenheit ergriffen, dem Herrn Kollegen Harwalik, der damals den Minister so fulminant verteidigt hat, zu sagen, daß ich nicht das, sondern die falsche Streuung gemeint habe, die Vernachlässigung der Tatsache des Bildungsgefälles in den Städten beziehungsweise zwischen Stadt und Land gemeint habe.

Damit sage ich: Was heute zur Debatte steht, ist ein Versagen seit langer Zeit, nicht nur

das, was im vorigen Jahr geschehen ist, oder besser: nicht geschehen ist.

Ich möchte noch eine Feststellung machen, die eigentlich so selbstverständlich ist, daß sie in einem wirklich demokratischen Parlament, wie es das unsere ist, kaum gemacht werden müßte. Wenn ich sie mache, dann zur Unterstreichung meines Standpunktes und, wenn es möglich ist, zur Vorwegnahme von Gegenargumenten.

Mit steigender Intensität haben wir auf die Stagnation auf dem Gebiete der Bildungspolitik hingewiesen, wobei es uns als Opposition, also seit dem Jahre 1966, nicht darum geht, weder hier noch anderswo zu opponieren um des Opponierens willen. O nein! Was wir wollen, ist, darauf aufmerksam zu machen, daß unser Österreich auf dem bildungspolitischen und bildungspraktischen Gebiet zu versagen droht, daß das zu langsame Nachziehen uns viele Talente kostet, viel wirtschaftlich nachträgliches nach sich zieht und zu zeitweiligen chaotischen Zuständen führt.

Selbstverständlich übt die Opposition Kritik, und sie übt die Kritik im Hause. Aber darf ich Ihnen sagen — das muß ich Ihnen, Herr Minister, nicht sagen, denn Sie haben es selbst im Schlußwort im Ausschuß gesagt —: Die Unruhe im Lande auf diesem Gebiete war geringer als in anderen Städten und Ländern Europas, sagten Sie. Ich werde darauf noch zu sprechen kommen. Aber es war eine mächtige Opposition — nicht nur die Opposition hier im Parlament. O nein! Die Opposition im Lande, die Opposition der Elternschaft, der Lehrerschaft, der Presse, die Opposition der Jugend. Es war ein Aufbäumen gegen eine Stagnation und ein Nicht-weiter-Können, das nicht im Parlament begann und endete, sondern im Parlament begann, in die Öffentlichkeit kam, von der Öffentlichkeit ins Parlament getragen wurde, hier dann zu verschiedenen Folgerungen führte und wieder in die Öffentlichkeit hinausging. Die Bauten, die Schülerzahlen, die Verkürzung der vorgesehenen Schulzeit auf dem Gebiete der AHS — das waren drei äußere Anlässe, die diese Gefahr so deutlich zeigten.

Sie haben versucht, meine Herren der Volkspartei, diesen Unmut bei diesen Gelegenheiten auf einen Unmut gegen uns und gegen die Gesetzgeber von 1962 darzustellen. Sie meinten, dieser Unmut richtete sich nur gegen die Gesetzgebung 1962 und gegen die „bösen“ Sozialisten, die da und dort, weil sie es für richtig hielten, mit der Zustimmung zauderten und sie zu kurzweiligen Maßnahmen nicht gaben. Aber Sie irren. Der Unmut richtete sich gegen das, was die Regierung auf diesem Gebiet geplant oder nicht geplant hat. Er

13748

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Dr. Stella Klein-Löw

richtete sich zum Beispiel dagegen, daß vieles, was nach dem Gesetz möglich gewesen wäre, nicht durchgeführt worden ist. Er richtete sich gegen den verantwortlichen Ressortleiter, weil in ihm — und mit Recht — derjenige gesehen wurde, der für die unhaltbaren Zustände verantwortlich war.

Diese Opposition, dieser Unmut — sie gehen sehr tief in alle Kreise der Bevölkerung. Die Opposition ist berechtigt, sie ist sachbezogen und sehr ernst, sowohl in diesem Hause als auch bei den Eltern, als auch bei den Familienverbänden, als auch bei den Professoren und Lehrern aller Schultypen, aber auch bei dem Bevölkerungsteil — und das ist ein großer Teil —, der an dem Schul- und Bildungsgeschehen sehr regen Anteil nimmt.

Lassen Sie mich also auf das Große eingehen und das einzelne beispielsweise bringen. Sie werden natürlich als Vertreter der Partei, die die Regierung stellt, meine Damen und Herren der Volkspartei, auf die prozentuelle Erhöhung des Budgets hinweisen. Sie werden uns nachzuweisen versuchen, daß Bildung und Forschung, daß Schule und Hochschule, daß Kunst und Kultur nach diesem Budget Vorrang haben, weil sie höher dotiert sind, als sie es waren. Sie werden das heurige Budget als einen Höhepunkt in Ihrem Bildungsprogramm hinstellen. — Im übrigen haben wir Ihr Bildungsprogramm noch nicht kennengelernt. Wie sagte der Herr Bundeskanzler in seiner Rede? Ich zitiere: „Er wird darüber hinaus“ — „er“, das ist nämlich der Haushalt — „Bildung und Unterricht noch stärker als bisher fördern.“ „Noch stärker“, sagt Herr Bundeskanzler.

Der Bundeskanzler ist nicht da, aber (zu Bundesminister Dr. Mock gewendet) Sie, Herr Minister, darf ich fragen: Glauben Sie nicht, daß es bisher weit hinter den Bedürfnissen unseres Volkes geblieben ist, hinter den Bedürfnissen unserer Wirtschaft, unseres Landes, unserer Jugend? „Noch stärker“ ist ein Komparativ. Es hängt eben davon ab, wie stark es bis jetzt geschah, und bis jetzt ist es nicht stark genug geschehen. Wir haben das — nicht Ihnen, weil Sie damals noch nicht Minister waren — Ihrem Ministerium und der Regierung laut und deutlich gesagt: Diese „noch stärkere“ Förderung wird den Nachholbedarf, das Zurückbleiben hinter dem, was wir brauchen — das sage ich Ihnen! — nicht wesentlich beeinflussen können.

Der Herr Bundeskanzler meint, daß dieses Budget den Vorrang sichert. Nein, Herr Bundeskanzler, nein, Herr Minister, es sichert nicht den Vorrang, wie der Herr Bundeskanzler in seiner Rede versichert hat. Dazu

ist eben der Rückstand zu groß. Das Budget müßte auf diesem Sektor schon ganz anders aussehen, wenn man diesen so wichtigen Teil unseres Gesamtlebens, diesen so wichtigen Teil der Infrastruktur, auf der unsere Wirtschaft und unser Wohlstand beruht, wirklich heben wollte.

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Rede von zwei Schwerpunkten — vom Sachaufwand und vom Baubudget — gesprochen und zu zeigen versucht, „daß im Mehraufwand für 1970 auch für die Verbesserung der Studienbeihilfen vorgesorgt ist, die demnächst vom Hohen Haus beschlossen werden sollen“. Zu diesem Thema werde ich heute nicht sprechen, aber ich möchte eines sagen: Ich habe beim Bundesrechnungsabschluß dem Herrn Unterrichtsminister, der damals zufällig nicht da war, gesagt, daß ich ihm Unterlagen geben werde, wie sich das Stipendienwesen auf dem Gebiete der AHS auswirkt und nicht auswirken sollte. Ich werde mir erlauben, sie ihm nach meiner Rede zu übergeben.

Während der Gesetzgeber in einem Schulerrichtungs- und -erhaltungsgesetz die Länder verpflichtet, für den Bau notwendigen Schulraumes zu sorgen, gibt es kein Bundes-Schulerrichtungs- und -erhaltungsgesetz. Obwohl die Errichtung und Erhaltung der allgemeinbildenden höheren und der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen in die Kompetenz des Bundes fällt, werden von den Ländern und Gemeinden starke finanzielle Aufwendungen — die sie auch machen — für die Beschaffung von Grundstücken und für den Bau von Berufsschulen verlangt.

Durch die steigenden Schülerzahlen, über die ich nicht sprechen werde, sondern später einer meiner Kollegen, der Kollege Landes- schulinspektor Radinger, besteht nun überall, aber vor allem — und hier spreche ich als Wiener Abgeordnete — in Wien ein beträchtlicher Schulraumbedarf, sodaß die Gefahr eintritt, daß nicht alle Kinder, die für den Besuch der allgemeinbildenden höheren Schulen vorgemerkt sind und dazu befähigt sind, in den nächsten Jahren aufgenommen werden können.

Folgende Bauten sollten nach dem Programm jetzt schon fertiggestellt sein: die Pädagogische Akademie des Bundes in Wien 10, allgemeinbildende höhere Schule in Wien 10 — die Kollegin Dr. Firnberg hat sie im Ausschuß urgirt —, die allgemeinbildende höhere Schule für Mädchen in Wien 12, Musisch-pädagogisches Realgymnasium in Wien 21, allgemeinbildende höhere Schule in Wien 22, allgemeinbildende höhere Schule in Wien 23 — ich glaube, Herr Staatssekretär Weikhart hat schon vor zwei Jahren darauf

Dr. Stella Klein-Löw

hingewiesen —, sollten schon fertig sein (*Abg. Weikhart: Wir haben den Baugrund verschafft! Wir, nicht das Ministerium!*); da haben Sie ein Beispiel dafür, was verabsäumt worden ist.

Ich setze fort: Der Erweiterungsbau der allgemeinbildenden höheren Schule in Wien 20, Fertigstellung des Baues in Wien 17, Geblergasse, Bau eines Internatsgebäudes für das Taubstummeneinstitut. Dazu muß noch gesagt werden, daß es Gebäude gibt, die vollständig unbrauchbar geworden sind, nämlich das Schulgebäude 6; Amerlingstraße 6, die Schule Lange Gasse 47. Hier müßten zwei neue Schulgebäude errichtet werden.

Es ist unmöglich, Herr Minister, eine Reihung so vorzunehmen, wie Sie das auf eine Anfrage eines Kollegen — ich kann mich nicht genau erinnern, welcher Kollege es war, ich glaube, es war der Kollege Doktor Androsch —, betreffend den 21. Bezirk, getan haben. Sie haben nämlich gesagt, daß die Landesschulräte die Reihung machen und daß Sie nach dieser Reihung vorgehen. Herr Minister! Es gibt hier so wie bei vielen Berufungen und anderen Reihungen eine Reihung *aequo loco*: von gleicher Wichtigkeit. Man kann nicht sagen: Das Taubstummeneinstitut steht an erster Stelle. — Nein! Sie alle, alle diese Bauten sind gleich wichtig, unbedingt wichtig, sie stehen alle an gleicher Stelle, und die Bauten, die hätten fertig sein sollen und nicht fertig sind, sind gewiß von ganz besonderer Bedeutung.

Ich möchte nun sagen, mit welchen Problemen auf dem Gebiete der Schule ich mich im einzelnen beschäftigen werde. Ich glaube, es ist wichtig, daß wir nach der allgemeinen Stellungnahme uns Einzelproblemen der Schule und Bildung zuwenden.

Ich werde mich zuwenden

1. den Strukturfragen der Schule,
2. den Fragen der Förderung, besonders der Begabungsförderung in Schule und Bildung,
3. der politischen Bildung.

Und nun zum ersten Thema. Die Umstrukturierung des Schulaufbaus und der Schullaufbahn interessiert alle. Sie interessiert die Schüler, die jungen Menschen, sie interessiert die Eltern, weil es ihre Kinder sind, die es betrifft. Sie interessiert die Gemeinschaft, weil sie daraus sieht, ob sie die Menschen, die durch die richtige Schule gegangen sind, dort wo sie gebraucht werden, auch richtig verwenden kann. Sie haben recht damit, Herr Minister, daß in der ganzen Welt diese Umstellung vor sich geht. Ich möchte ein paar Länder nennen: In England, in Schweden, in der deutschen Bundesrepublik, in Finnland und sogar in der Schweiz sind Umstrukturie-

rungen gemacht worden. Wenn ich an ein Land, das in einem Daseinskampf steht, wenn ich an Israel denke, so ist dort eine völlige Neustrukturierung und schon wieder eine Umstrukturierung gemacht worden. Das, obwohl dieses Land wahrlich schwere Sorgen hat. Ich habe nur einige Länder genannt.

Wir aber sind stehengeblieben, zwar nicht überall und nicht unbedingt, aber wir sind doch weit hinter dem geblieben, was wir hätten machen müssen. Der erste Schritt dazu waren die Schulgesetze 1962. Seither sind mehr als sieben Jahre vergangen. Es ist dann ein Stillstand auf dem Gebiet der Umstrukturierung eingetreten. Es hätten viele Gesetze weitergeführt werden können, aber es fehlt an der Durchführungsbereitschaft, an der Initiative. Dabei sehen wir, wie wenige Meinungsverschiedenheiten es in diesem Punkte gibt. Ich schließe hier an die Ausführungen meines Fraktionskollegen Zankl im Budgetausschuß zum Kapitel Unterricht an. Er sagte, daß über unsere Anregung und über gemeinsamen Antrag aller Parteien eine Schulreformkommission eingesetzt wurde, „die bisher nicht immer befriedigend gearbeitet hat, weil man sich viel zu lange mit Fragen beschäftigt hat, die momentan nicht so dringend sind“. Eine Kommission muß arbeiten können und wir könnten warten, wenn man wüßte, worum es geht.

Was ich hervorheben will, ist, daß in dieser Kommission die Vertreter aller Verbände, die meisten Vertreter der Lehrer, Professoren, Eltern- und Familienverbände, vor allem die wissenschaftlichen Pädagogen, aber auch die Parlamentarier der verschiedenen Parteien weitgehend einer Meinung sind bei den Fragen, die bisher auf dem Gebiete der Schulstruktur und der Schulumstrukturierung behandelt wurden. Es ist gar nicht so, daß hier gegen etwas zu kämpfen gewesen wäre. Nein, man hätte koordinieren, man hätte Folgerungen ziehen, man hätte die Initiative ergreifen müssen, die erst ergriffen wurde, als eben ein Streitpunkt im Mittelpunkt stand. Die Ressortverantwortlichen hätten es tun müssen.

Das ist überall so, und hier kann ich der Schulverwaltung nichts anderes sagen, als daß es ein schweres Versäumnis war. Ich darf den Obmann des Unterrichtsausschusses, Herrn Dr. Gruber, zitieren, der nach der „Parlamentskorrespondenz“ sagte — ich zitiere die „Parlamentskorrespondenz“, nicht Sie —: „Dr. Gruber begann mit der Feststellung, daß das Schulvolksbegehren deshalb initiiert wurde und so großen Anklang fand“ — jetzt kommt das Wichtige —, „weil die Diskussion über die Schulstruktur schon vorher in Gang gekommen war.“

Dr. Stella Klein-Löw

Also auch er gibt zu und beginnt seine Ausführungen im Budgetausschuß damit, daß die Diskussion um die Schulstruktur schon lange im Gange war. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.*) Daß Sie es als Lob für die Regierung meinen, daß sie doch etwas gemacht hat, und ich es als Tadel für die Regierung meine, ist klar. Das sind ja die verteilten Rollen im Parlament. Aber haben Sie es gesagt? (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.*) Mir genügt der Hinweis darauf, daß auch die Vertreter der Regierungspartei zugeben müssen, daß das Verlangen nach Reformen seit langem bestanden hat und dem Verlangen zu wenig Rechnung getragen wurde.

Worum geht es denn? Um die Bildung des Menschen, die vor der Schule beginnt und nie endet. Ihre Stufen sind die Vorschulerziehung, zu der ich die Kindergärten rechne, die Grundschule, die Mittelstufe, nennen wir sie Mittelschule, das 9. Schuljahr, das Gymnasium, so nenne ich jetzt die Oberstufe der AHS, die Berufsschulen und das berufsbildende Schulwesen.

Zu den berufsbildenden Schulen sagten Sie, Herr Minister, in Ihrem Schlußwort im Budgetausschuß beim Kapitel Unterricht — ich entnehme das wieder der „Parlamentsskorrespondenz“ — :

„Der Ressortleiter unterstrich die Bedeutung des berufsbildenden Schulwesens mit dem Hinweis auf die Nachfrage einerseits von der Schülerseite nach diesen Schulen und andererseits von der Gesellschaft her nach Absolventen solcher Schulen. In einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit wird es notwendig sein, auf die Chancen bei Absolvierung berufsbildender Schulen hinzuweisen und das falsche soziale Prestigedenken zu korrigieren, das zugunsten der allgemeinbildenden Schulen besteht.“

Ihnen, Herr Minister, möchte ich sagen: Sie haben völlig recht mit dem einen. Hinsichtlich des Prestigedenkens glaube ich, daß es kein Prestigedenken ist, sondern einfach ein Mangel an Information, wie Sie es angedeutet haben.

Das ist alles sehr richtig, sehr schön und sehr gut, Herr Minister. Aber seit Jahren weisen wir — im Vorjahr hat es der Kollege Ing. Scheibengraf mit aller Deutlichkeit getan, heuer möchte ich es tun — auf die katastrophalen Verhältnisse in diesem Schultypus hin. Herr Minister, was nützt es Ihnen, wenn Sie propagandistisch die Eltern auf die Wichtigkeit hinweisen und dann keine Gebäude, keine Lehrer haben, Denken Sie an Linz, auf das wir hingewiesen haben, wo für einen Chemie- oder Physikprofessor keine Nachfolge zu finden war. Denken Sie an alle die Fragen,

die mit dem berufsbildenden Schulwesen in Zusammenhang stehen. Ich frage Sie auf Grund Ihrer Schlußrede: Was ist geschehen, aber was wird vor allem geschehen, Herr Minister? Daß Sie für die Schulen Propaganda machen müssen, ist klar. Aber was wird geschehen, daß, wenn die Propaganda Erfolg hat, das berufsbildende Schulwesen seine Aufgaben bewältigen kann? Sie sagen, Sie tun es vom Schüler und von der Gesellschaft her gesehen.

Jawohl, Herr Minister, uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Uns liegt der Fortschritt der Wirtschaft am Herzen. Uns liegt so wie Ihnen — wie Sie ja sagen — die Forschung am Herzen, uns liegt vor allem die Bildung der Jugend am Herzen. Aber es genügt nicht, daß einem das alles am Herzen liegt, sondern wenn einem daran etwas liegt, dann muß man die Schritte planen, koordinieren und das durchführen, was man plant und koordiniert. Wie wichtig das ist, wie wichtig all das, was bis jetzt über die Umstrukturierung gesagt wurde, ist, kann ich Ihnen dann später an einer Statistik beweisen. Vorher aber lassen Sie mich noch kurz sagen: Wir haben Ihnen unsere Alternative zur Verfügung gestellt. Sie besitzen das Schulprogramm und das Bildungsprogramm der SPO, Herr Minister. In diesem Hause ist es bekannt, weil es die Kollegen, die bei den Kommissionen sind, bekommen haben, es ist bekannt, weil es in der Öffentlichkeit oft genug besprochen wurde.

Dieses Programm ist ein Programm der Struktur der Schule von heute und morgen. Es ist kein Programm, das undurchführbar ist! Es ist kein Programm, das alles niederreißt und ins Ungewisse zeigt. Nein! Es baut auf, es zeigt Wege und Möglichkeiten, es ist realistisch.

Ich will auf die Bedeutung des Kindergartens, auf dessen Besuch jedes Kind das Recht hat, hinweisen. Ich weiß, das ist Ländersache. Ich weiß, das ist Sache vieler Städte und Dörfer. Ich kenne die Schwierigkeiten, aber feststellen muß man es. Wir haben da die vorschulische Erziehung in die Schulbetrachtung miteinbezogen. Wir haben ganz klar die Aufgaben der Grundschule gezeigt und ihren Aufbau, der einheitlich sein soll, mit Möglichkeiten verschiedener Differenzierung in einzelnen Neigungsfächern.

Es kommt dann die Mittelschule, über die mein Fraktionskollege Zankl sprechen wird. Ich übergehe sie. Es kommt dann das Gymnasium, das berufsbildende Schulwesen, die Berufsschule, das neunte Schuljahr dazwischen. Ich möchte hier nur sagen: Wenn wir im Gymnasium — das ist die Stufe, die man heute die Oberstufe nennt — eine ganz neue — und doch nicht ganz neue, weil in anderen

Dr. Stella Klein-Löw

Ländern schon erprobte — Lösung vorschlagen, so ist diese Lösung genau das, was wir brauchen, nämlich daß von einem bestimmten Alter an die Begabung sehr stark differenziert wird und von einem bestimmten Alter an die Wahlmöglichkeiten für junge Menschen sehr, sehr mannigfaltig sind.

Meine Damen und Herren! Es würde viel zu weit führen, und es ist hier nicht der Platz dafür, hier ins einzelne zu gehen. Ich wollte Ihnen die große Struktur zeigen! Und noch etwas — das finden Sie in unserem Schulprogramm an allen Stellen —: Es muß die Möglichkeit vorhanden sein, wenn sich der junge Mensch wandelt, von einem Schulweg in einen anderen umzusteigen — verzeihen Sie das Wort, aber es ist am klarsten und zeigt die Dinge am besten — mit Hilfe seiner Professoren oder seiner Lehrer —; ob er nun im neunten Schuljahr ist, ob er nun in der Berufsschule ist, ob er in den berufsbildenden Schulen ist oder ob er im Gymnasium ist. Der junge Mensch muß entsprechend dem Rat und den gesetzlichen Möglichkeiten den Weg finden — wenn seine Begabung sich wandelt oder wenn sich eine Unbegabung zeigt —, einen neuen Weg gehen, wenn Lernwille da ist. Aber die Schulmöglichkeiten müssen vorhanden sein!

Ich wende mich dem zweiten Thema zu, der Förderung, und zwar den Förderungsmaßnahmen. Es ist auch eine Kommission vorgesehen, die sich damit befaßt. Diese Förderung ist von ungeheurer Bedeutung. Das zeigen statistische Erhebungen. Noch haben wir keine Sozialstatistik der AHS, die allgemein zugänglich ist, keine bezüglich der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen. Aber ich fand in der Zeitschrift „Die Allgemeinbildende Höhere Schule“, Nr. 9/1969, eine Statistik, für die ich unendlich dankbar bin. Die Statistik kommt aus Kärnten. Ich kenne den Verfasser nicht. Er hat die Statistik anscheinend ohne Auftrag aus eigenem Bedürfnis gemacht. Diese Statistik des Herrn Oberstudienrates Professor Dr. Steinböck aus Klagenfurt hat einiges gezeigt. Nehmen wir sie einmal her.

Sie bezieht sich auf die Gymnasien — AHS — von Klagenfurt und Völkermarkt. Die Statistik befaßt sich mit drei Gesichtspunkten: dem Gesichtspunkt der Fahrschüler, dem der Schulbildung der Eltern und dem des Berufes der Eltern. Schauen wir einmal, was sie uns zeigt. — Ich bitte Sie, Herr Minister, wenn Sie die Zeitschrift nicht gelesen haben, sie zu lesen. Ich wiederhole: Es handelt sich um die Zeitschrift „Die Allgemeinbildende Höhere Schule“, Nr. 9/1969.

Fahrschüler — ich gebe nur in großen Zügen die Ergebnisse wieder; ich habe mir die Zeitschrift mitgenommen, ich könnte alle Einzelheiten sagen; aber das würde zuviel Zeit in Anspruch nehmen —: In Völkermarkt und in Klagenfurt ergibt sich folgendes:

In Völkermarkt sind etwa drei Viertel aller Schüler der AHS Fahrschüler, wobei das Fahrten nur mit Autobussen sind. Bahnfahrten sind in der Statistik nicht angeführt. Fahrten mit Privatwagen rechne ich nicht hinzu. Es sind also etwa drei Viertel aller Schüler Fahrschüler!

In Klagenfurt sind es etwa ein Drittel. Das ist also eine Großstadt, wohin die Schüler aus der näheren Umgebung fahren. Aber natürlich kommen die Schüler auch aus den weiter entfernten Gebieten Klagenfurts, die ich nicht einrechne.

Schauen Sie: Was sagt das? Es sagt uns doch ganz deutlich, daß hier eine äußere Förderung notwendig ist, daß hier die Familien der Fahrschüler berücksichtigt werden müssen, sonst kann das Gefälle zwischen Stadt und Land und zwischen Stadtbezirken einer Großstadt nie aufhören.

Sehr interessant ist die Statistik über die Schulbildung der Eltern. Da zeigt sich unter anderem in bezug auf die Schulbildung der Eltern — natürlich ist sie nur gesehen von den Schulen, aber nicht von der Bevölkerungsstatistik her; in der allgemeinen Bevölkerungsstatistik sind natürlich die Arbeitnehmer in einer viel größeren Anzahl enthalten als die Arbeitgeber; daher spielt diese Statistik nur eine Rolle als interne Schulstatistik — folgende interessante Erscheinung: Es sind Eltern mit der verschiedensten Schulbildung, also solche mit Matura und solche, die eine Universitätsausbildung haben, und solche ohne Matura vertreten. Ja es zeigt sich zum Beispiel in Völkermarkt, daß die Eltern ohne Matura bei weitem ihre Kinder häufiger, in größerer Anzahl, in die Schule schicken, als die Eltern mit anderer Schulbildung. Es zeigt sich zum Beispiel in Klagenfurt, daß — ich glaube, es sind 46 Prozent der Schüler — ein großer Prozentsatz der Schüler aus den Kreisen jener Eltern ohne Matura kommt. Aber wenn man das im Zusammenhang sieht mit dem Beruf der Eltern, dann schaut es schon etwas anders aus. Hier möchte ich, Herr Minister, auf etwas hinweisen, was alarmierend ist, nämlich darauf, daß bei den Schülern, deren Eltern Arbeiter und Privatangestellte sind, in der Oberstufe im Vergleich zur Unterstufe eine sehr starke Abnahme festzustellen ist, während der Prozentsatz bei den anderen Berufsgruppen gleichbleibt. Der Prozentsatz erhöht sich nicht, er bleibt gleich.

Dr. Stella Klein-Löw

Wenn der Prozentsatz etwas abfällt, dann ist das auf den natürlichen Abfall zurückzuführen.

Ja, aber das ist doch eine Anklage! Das ist doch die Anklage, daß wir zuwenig fördern! Es ist nicht richtig, daß die Eltern aus den Arbeiter- und Angestelltenkreisen, daß die „Kleinen Leute“ unseres Staates, wie man so sagt, nicht bildungsbewußt sind! Es ist nicht richtig, daß sie nicht Opfer bringen wollen! Sie wollen die Opfer bringen! Sie bringen sie auch, das zeigen die Zahlen. Diese Statistik ist nur ein Symbol und ein Symptom, sie ist ein kleiner Ausschnitt aus einem großen Gemälde. Aber sie beweist: Der Wille ist da. Aber man hindert dann Menschen daran, diesen Bildungswillen wirklich in einen dauernden umzusetzen. Da fehlt es an Förderung! Da fehlt es daran, daß man den Eltern klar sagt, warum die Kinder die Schule besuchen sollen. Da fehlt es an der äußeren Förderung.

Ich werde über die Hochschulen nicht sprechen; das wird Frau Dr. Firnberg tun. Aber eines muß ich doch sagen. Wenn der Wille so stark ist, die Kinder doch in die allgemeinbildenden und in die berufsbildenden höheren Schulen zu schicken: Wie erklären Sie sich das, wie erklären wir uns dann, daß nur unter 10 Prozent der Studierenden aus diesen Kreisen der Arbeiter und kleinen Bauern kommen? Wie? Doch nur dadurch, daß es eben an diesen fördernden Maßnahmen fehlt.

Dieses Gefälle zwischen Stadt und Land, auf das ich hingewiesen habe, war eines der Themen, die der Kollege Abgeordneter Leisser im Unterrichtsausschuß angeschnitten hat. Er hat Sie gefragt, Herr Minister: Was wurde und wird vom Unterrichtsministerium getan, um das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land zu mildern?

Sie haben auch geantwortet. Die Antwort kennen Sie, und ich sage Ihnen: Dieses Gefälle besteht nach wie vor; es besteht auch in den Städten zwischen den Innen- und den Außenbezirken, zwischen den Bezirken mit verschiedener Sozialstruktur. Ich habe Ihnen die Zahlen wiederholt gegeben. Denken Sie daran, wenn Sie die Schulbauten entsprechend forcieren und mit dem Bautenminister über deren Dringlichkeit verhandeln.

Herr Minister! Was gedenken Sie also wirklich gegen das Gefälle zu tun? Wenn und solange ein solches Gefälle besteht, verkümmern Begabungen, bleibt der Fleiß unbeachtet, die Schulfreudigkeit wird vermindert, der Bildungswille der Bevölkerung wird in Frage gestellt.

Wenn ich über die Förderungsmaßnahmen spreche, so meine ich nicht nur die äußeren, die Stipendien und die Studienbeihilfen, über die ich heute nicht sprechen werde. Ich meine

nicht nur die Mahlzeiten in der Schule. Ich meine nicht nur die richtige Streuung der Schulbauten, über die ich gesprochen habe, ich meine nicht nur den Abbau des niederorganisierten Schulwesens, wenn Sie das äußere Förderungsmaßnahmen nennen können. O nein. Ich meine die Internate und Konvikte — auf die Konvikte hat die Kollegin Murowatz von meiner Fraktion im Ausschuß hingewiesen. Ich meine die Ersetzung der Fahrkosten. Ich meine die in unserem Programm vorgeschlagene teilweise Umwandlung der Schulen in Ganztagschulen. Nicht alle Schulen sollen plötzlich Ganztagschulen werden, aber es muß genügend Ganztagschulen geben, genügend Internate, Konvikte.

Es muß auch an den Bau von Mittelpunktsschulen gedacht werden. Aber unser Programm meint vor allem bei den Förderungsmaßnahmen die Stützung der Schwachen und die Förderung der Begabten (*Beifall bei der SPÖ.*) Man weiß, daß die Begabungsförderung viel, sehr viel früher beginnen muß als in der Schule. Die Begabungsförderung muß im Kindergarten beginnen, in der Vorschule; in der Grundschule wird sie fortgesetzt. Ich habe über Neigungsgruppen gesprochen. Wir müssen dann an Basisgruppen denken, wir müssen daran denken, daß die Kinder, die zehn Jahre alt sind, in zwei Basisgruppen kommen, daß Leistungsgruppen da sind, daß von diesen Gruppen nach allen Seiten Förderungsmaßnahmen getroffen werden, daß nicht ein Gegenstand über die Begabung eines Kindes entscheidet, sondern daß die Differenzierung einem jeden Kinde, einem jeden jungen Menschen die Möglichkeit gibt, seiner Neigung entsprechend doch zu einer höheren Bildung zu kommen. Wenn wir an all das denken, so frage ich Sie, Herr Minister — nein, ich frage das Ministerium, ich frage die ÖVP: Sie haben doch die verschiedenen Untersuchungen genauso gekannt wie wir. Sie haben doch das alles gehört und studiert. Wann wird diese Begabungsförderung einmal wirklich betrieben werden? Wann wird sie wirklich dazu führen, daß die Eltern ohne Unterschied der Vollbildung und des Berufes, daß die Kinder ohne Unterschied ihres geographischen Aufenthaltsortes den Anreiz bekommen, die Aufmunterung erhalten, daß sich die Begabungsfindung einstellt, daß die Begabungsförderung kommt? Wann werden die Schwachen gestützt werden, die Begabten ziel führend gefördert werden, ohne daß die Schwächeren als weniger Begabte einfach beiseite geschoben werden?

Die Differenzierung, die Versuche zur Gesamtschule oder zur Ganzheitsschule — wie Sie wollen, man nennt sie verschieden —, die in sehr vielen Ländern durchgeführt wer-

Dr. Stella Klein-Löw

den, sind auch bei uns durchaus möglich. Wann werden sie durchgeführt? Wann kommen die Versuche zu Ganztagschulen, wann die für eine Ganzheitsschule?

Sie haben uns die Liste der Schulversuche, um die wir gebeten haben, zur Verfügung gestellt, und dafür danke ich im Namen meiner Fraktion. Man sieht also: es geschieht da und dort etwas. Wann wird das koordiniert? Wann wird das in eine gesetzliche Fundierung, in eine Organisation, in eine Bildungsplanung gegossen werden? Wann?, frage ich.

So oft haben wir gehört, die Sozialisten seien die Nivellierer, wir wollen nur den Schwachen etwas geben, wir vernachlässigen die Begabungen, wir wollen, daß alles über den gleichen Leisten gezogen wird. Dieses Schulprogramm zeigt Ihnen: Das Gegenteil davon ist wahr! Was wir wollen, das ist eine wirkliche Auslese.

Ich habe es im vorigen Jahr gesagt und ich wiederhole es an Hand des vorliegenden Schulprogramms: Wir wollen die Auslese, aber die Auslese so, daß die besonderen Begabungen der einzelnen erfaßt werden und daß die besonders Begabten wirklich in jenen Fächern, die sie besonders interessieren, in den Kursfächern, eine Unterstützung und Förderung finden. Über die Methoden werde ich nicht sprechen; das wird ein anderer Kollege tun.

Ich wende mich nun dem dritten Gebiete zu, der politischen Bildung, und sage Ihnen, daß darin die Schule bis jetzt zuwenig, ja fast nichts getan hat. Was ist politische Bildung? Politische Bildung ist die Bildung aller Kinder und aller jungen Menschen dazu, den eigenen Staat und die Demokratie zu verstehen und sich in sie einbezogen zu fühlen. Die politische Bildung hat die Aufgabe, den jungen Menschen nicht nur zum passiven Empfänger von Informationen zu machen, sondern zum aktiven Mitbestimmer seines Bildungslebens, seines Schullebens, seines Lebens.

Wir haben uns in den Kommissionen sehr lang über die Bildungsziele unterhalten. Diese Fragen will ich hier nicht wiederholen. Aber ich sage Ihnen in zwei Sätzen, was das Bildungsziel ist. Das Bildungsziel ist es, einen Menschen zu bilden, der mobil ist, der beweglich ist, der sich anpassen kann und der gleichzeitig bei seiner Mobilität ein standpunktbezogener Mensch wird, das heißt, der weiß, was er zu tun hat, wo seine Stelle ist, wie sein Standpunkt ist. Denn haben wir nur Mobilität, dann erziehen wir Opportunisten. Haben wir nur eine starre Haltung, dann nenne ich das nicht Standpunktbezogenheit, sondern das nenne ich Intoleranz.

Der zweite Satz: Wir wollen einen toleranten Menschen, der seine Bildung selbst erweitern will und kann, der weiß, wohin er sich zu wenden hat, um neue Bildungsstoffe und neue Bildungsinhalte infolge der Umschichtung der Gesellschaft in sich aufnehmen zu können. Dem müssen die Lehrpläne angepaßt werden, die müssen sich den Bildungsinhalten anpassen. Natürlich beginnt diese Bildung im Elternhaus, aber wir haben hier über die Schule zu sprechen. Wir glauben, daß sich das innere Schulleben verändern muß. Wir glauben an eine wirkliche Mitarbeit in der Schule und an ein Mitarbeiten aller am Schulganzen — vom Direktor, von den Professoren oder Lehrern zum Schüler und umgekehrt. Durch die politische Bildung müssen dem jungen Menschen die Zusammenhänge klagemacht werden. Bevor er aber die Zusammenhänge erkennt, muß er die Tatsachen wissen. Wir glauben, daß diese politische Bildung nur erzielt werden kann, wenn in der Schule in allen Gegenständen von der Tatsache zum Zusammenhang und von beiden zum selbständigen Denken und zum kritischen Bewußtsein im positiven Sinne des Wortes geführt wird. Dazu gehört aber die Fortbildung der Lehrer und der Schüler. Ich sagte: In allen Gegenständen; e i n Gegenstand genügt nicht.

Wir sind der Meinung, daß man auch dazu Mut haben muß, neue Gegenstände einzuführen. Wir haben vorgeschlagen, daß gewisse Gegenstände, wie zum Beispiel heute Geographie und Geschichte, Wirtschaftskunde und Sozialkunde zusammengezogen werden. Die jungen Menschen müssen die Bezogenheit auf die kleine und die große Gemeinschaft kennen, die Offenheit der Welt gegenüber besitzen, sie müssen Österreich sehen, so wie es heute ist. Und sie sollen zur Liebe zu diesem Österreich erzogen werden, zum Verantwortungsgefühl, indem man ihnen zeigt, daß sie in dieses Österreich ihr eigenes Wesen hineinlegen können und sollen! Natürlich gehört zu dieser politischen Erziehung auch das Verstehen des politischen Gegners ebenso wie das Stehen zu der eigenen Überzeugung. Die Aufgabe der politischen Bildung darf nicht den Lehrern allein aufgebürdet werden. Gewiß nicht. Aber wir wollen den Lehrern erleichtern, sie mitzulösen, indem wir auch ihnen Möglichkeiten zur Fortbildung geben.

Drei Themen habe ich andeutungsweise behandelt. Lassen sie nicht jetzt zum Schluß kommen und sagen: Lange vor der Arbeit der Kommissionen, die man auf Grund des Antrages des Parlaments eingesetzt hat, hat die Sozialistische Partei Fachleute innerhalb und außerhalb unserer Partei mit der Arbeit betraut, eine Umstrukturierung, eine neue Schulwirklichkeit in Österreich zu planen. Das

Dr. Stella Klein-Löw

Ergebnis liegt vor. Dieses Ergebnis ist, ich möchte nicht sagen eine „Alternative“, denn ich habe kein Programm der ÖVP vor mir und daher kann es auch keine Alternative zu einem Programm der ÖVP geben. Es ist unsere Aussage zur Bildungssituation Österreichs und zu den Aufgaben und Pflichten, von denen die Sozialistische Partei überzeugt ist, daß sie die ganze österreichische Öffentlichkeit, der österreichische Staat zu erfüllen hätte. Die Sozialistische Partei kann Wege weisen. Aber dazu stehen, dafür Vorsorge treffen, das, meine Damen und Herren, das muß unser ganzes verantwortliches Staatsgebilde tun. Die SPÖ legt Ihnen ein Schulprogramm vor, ein Bildungsprogramm für die Erwachsenen, ein Hochschulprogramm für Österreich. Wir haben es der Öffentlichkeit vorgelegt. Ich werde mich aber damit begnügen, hier zu sagen, daß dieses Programm ein offenes Programm ist, daß wir noch immer an ihm arbeiten.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel dafür geben, damit Sie sehen, was ich meine: Wir sind der Meinung, daß man die Frage der sogenannten mittleren Reife in das Programm mit einbeziehen soll. Aber uns war nicht klar, welche Berechtigungen diese mittlere Reife nach sich ziehen soll. Das ist wirklich eine sehr schwierige Entscheidung, von der die ganze Einrichtung abhängt. Wir haben daraufhin — nachdem das Programm vorgelegt worden war — eine Ergänzung zu diesem Programm herausgebracht und gesagt: Über die Berechtigung und über die Frage der mittleren Reife müssen noch Versuche und Untersuchungen angestellt werden.

Sie werden uns jetzt vielleicht sagen: Ein schönes Schulprogramm, wenn Sie noch nicht wissen, was Sie wollen. — Wir wissen genau, was wir wollen. Wir wollen, daß dieses Programm dem angepaßt wird, was wir brauchen, und das, was die Jugend braucht, ermöglicht. Es ist ein Schwerpunktprogramm. Ich wünsche, Sie hätten ein Programm, das so ins Detail geht, damit wir beide Programme miteinander vergleichen können. In unserem Programm ist vieles, was in unserer Schule sehr gut ist, vollkommen beibehalten worden. Es sind viele Überlegungen dazugekommen. Nirgends werden Sie eine Starrheit, nirgends werden Sie eine Einmaligkeit finden, aber überall den Hinweis darauf, daß Versuche vor der Gesetzwerdung und nach der Gesetzwerdung erweisen werden, wieweit und in welcher Reihenfolge, in welcher Stufenart und in welcher Intensität die einzelnen Wege, die wir weisen, gegangen werden können.

Der Herr Bundesminister für Unterricht sagte im seinem Schlußwort im Ausschuß

— ich zitiere die Korrespondenz —, „daß die heutige Unruhe auf dem gesamten Bildungsektor jener früherer Jahrzehnte oder Jahrhunderte auf den Sektoren der sozialen oder wirtschaftlichen Entwicklung gleicht.“ Er sagte weiter: „Daher kommt eine Umbruchstimmung, die in verschiedenen europäischen Ländern zu bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen geführt hat.“ Sie beziehen sich wahrscheinlich auf die Studentenunruhen, Herr Bundesminister! „Daß es“ — so sagte der Herr Minister — „in Österreich nicht dazu gekommen ist“ — zu diesen Bürgerkriegsunruhen — „kann sich niemand allein als sein Verdienst zugute halten, die Ursachen dafür liegen vielmehr in einer großen Zahl positiver Entscheidungen und glücklicher Elemente.“ Auf keinen Fall — das muß ich sagen — war eines der glücklichen Elemente eine glückliche Hand des Bundesministeriums für Unterricht in der Führung des Ressorts.

Aber wissen Sie, welches die glücklichen Elemente waren? Die wirksame Opposition hier im Parlament, die hörbar und sichtbar war, so hörbar und so sichtbar, daß eine außerparlamentarische Opposition der Jugend nicht so stark erforderlich erschien wie anderswo.

Ich verweise auch auf den glücklichen Umstand, darauf, daß ein Rektor damals — ich meine nicht den jetzigen — mit den Studenten zu sprechen verstand und sich mit den jungen Menschen zu einer ununterbrochenen Diskussion bereit erklärte und bereit fand.

Herr Minister! Die österreichische Öffentlichkeit erwartet, daß das, was Sie im Ausschuß gesagt haben, verwirklicht wird, daß man jetzt konkret auf dem Gebiete der Struktur und auf anderen Gebieten, vor allem auf dem Gebiete der Schulreform, zu Ergebnissen kommt. Jawohl, jetzt erwartet die österreichische Öffentlichkeit, daß der Schule und der Bildung konkret das zuteil wird, was sie braucht; materiell, strukturell und ideell.

Diese Regierung wird es kaum mehr durchführen können, denn dazu sind die paar Monate zu kurz. Aber das erwartet die Öffentlichkeit. Sie weiß, daß es bis jetzt nicht geschehen ist. Damit die abstrakte Diskussion, von der im Ausschuß gesprochen wurde, zu konkreten Ergebnissen führen kann, glauben wir, sollten Sie den Weg, den wir Sozialisten gewiesen haben, überlegen und von ihm Gebrauch machen.

Ich möchte kurz am Ende sagen: Was wir wollen, ist die Chancengleichheit am Beginn für alle Schüler, Durchlässigkeit während der ganzen Dauer der Schul- und Erwachsenenbildung und zum Unterschied der Chancengleichheit am Beginn des Schulweges eine

Dr. Stella Klein-Löw

Chancenverschiedenheit im weitesten Ausmaß am Schluß der Ausbildung, damit jeder seiner Begabung gerecht werden kann. Damit wollen wir wecken: Lernfreude, Arbeitswillen, Mitspracherecht und Bereitschaft zum Mithandeln. Dazu, glauben wir, den Weg gewiesen zu haben. Versuchen Sie nicht, weiterhin zu sagen: Wir nivellierten, es fehle die Realität, es sei keine Rücksichtnahme auf materielle Gegebenheiten da.

Eines werde ich Ihnen zum Schluß sagen: In das Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs sind nach dem Bekanntwerden unseres Schulprogramms etwa 3000 Briefe gekommen; die Hälfte von Menschen, die sagten, daß sie nicht Sozialisten seien und daß sie bisher noch nie um ihre Meinung gefragt worden wären und niemals ihre Meinung angehört wurde.

An der Schlußredaktion des Schulprogramms, an der Fachleute die ganze Zeit besonders intensiv gearbeitet haben, sind sehr viele dieser Anregungen, dieser Abänderungen von ernststen Menschen, die uns nahe- oder auch fernstehen, mit einbezogen worden.

Ich selbst habe 114 Briefe bekommen, von denen nur vier ablehnend, aber alle anderen zustimmend, manche kritisch zustimmend sind. Auch sie wurden einbezogen.

Sie sagen vielleicht, daß besage nichts. Ich aber sage Ihnen, Herr Minister: Das Ohr Österreichs und das Auge Österreichs ist auf die Bildung gerichtet. Wir finden offene Ohren. Aber eines muß gesagt werden: Planen muß man, sagen muß man, was man will, und nicht durch Budgeterhöhungen, die in der heutigen Situation der Bildungswirklichkeit nicht entsprechen, so tun, als ob man damit einem Notstand oder sagen wir, wenn Sie das Wort Notstand nicht wollen, einem Nachholbedarf gerecht werden könnte.

Beraten Sie sich doch mit Ihren Experten, mit Ihrer Fraktion, mit Ihren Beamten und nehmen Sie vielleicht einiges von all dem, was im Programm steht, als wegweisenden Ratsschlag. Das sage ich ohne jede Überheblichkeit, nur aus dem Wissen heraus, daß wir zwei Jahre daran gearbeitet haben und daß mit uns Tausende — nicht ganz 3000 — von Österreichern mitgearbeitet haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Gruber. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Gruber** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Farbe, in die sich die beiden Sprecherinnen der Sozialistischen Partei zum heutigen Budgetkapitel gekleidet haben, erweckt in mir eine Gedankenassoziation an den Advent, da

doch Violett die kirchliche Farbe des Advents ist. *(Abg. Peter: Aber so weit ist es noch nicht, Herr Kollege! — Abg. Probst: Vorher kommt noch der Krampus und Nikolo! — Zwischenruf des Abg. Gratz.)*

Präsident: Also bitte, lassen wir jetzt den Liturgiestreit. *(Allgemeine Heiterkeit.)*

Abgeordneter Dr. **Gruber** *(fortsetzend)*: Wir haben die Budgetdebatte tatsächlich mit Anfang des Advents begonnen, wir sind heute am dritten Tag, und da möchte ich fast das Motto des dritten Adventsontags vorwegnehmen *(Abg. Peter: Er kann es nicht lassen!)*, das da lautet: „Gaudete!“ Der Apostel Paulus schreibt hier an die Philipper, sie sollen sich freuen, und er sagt Ihnen nochmals, sie sollen sich freuen.

Ich glaube, daß heute tatsächlich Grund zu einer gewissen Freude ist, ich bezweifle aber nicht, daß nach mir noch Redner kommen *(Zwischenruf der Abg. Dr. Hertha Firnberg)*, die Lamentationen anstimmen werden, gegen die sich diejenigen des Propheten Jeremias nach der Zerstörung Jerusalems als Jubellieder ausnehmen. *(Allgemeine Heiterkeit. — Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bin überzeugt, daß man nach dem Motto des Psalms „Miserere mei Domine“ hier vorgehen wird: Erbarme Dich meiner, Herr, meiner Schule, die ich hier zu vertreten habe, oder irgendeines anderen Anliegens. *(Zwischenruf des Abg. Peter.)* Herr Kollege Peter, demgegenüber möchte ich eher den Psalm 116 anstimmen: „Laudate Dominum“. *(Heiterkeit. — Abg. Peter: Herr Präsident, ich bitte um ein Psalmenbuch! — Neuerliche Heiterkeit.)* Herr Kollege Peter, ich kann es Ihnen überlassen, welchen Herrn Sie loben wollen, ob den Finanzminister oder den Unterrichtsminister oder beide oder auch ihre beiden Vorgänger.

Ich sage das deshalb, weil tatsächlich ein gewisser Grund zur Freude besteht über den Rang, den das heute zur Debatte stehende Kapitel Unterricht, das gesamte Bildungs- und Kulturwesen im Rahmen unseres Budgets einnimmt.

Der Herr Berichterstatter hat die Ziffern genannt. Es stehen 10.186 Millionen Schilling für das Unterrichtsbudget, und wenn man das gesamte Kulturbudget einschließlich der Bundestheater und den Schulbau berücksichtigt, so sind es 11.577 Millionen Schilling, die zur Verfügung stehen. Das sind — das hat die Kollegin Klein-Löw bestätigt — 10,44 Prozent des Gesamtbudgets für den Unterricht oder 11,86 Prozent für das gesamte Kulturwesen.

Damit ist, glaube ich, dokumentiert, daß Bildung und Forschung eine echte Vorrang-

13756

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Dr. Gruber

stellung in unserem Staatshaushalt einnehmen. Natürlich kann man sagen: Was heißt hier Vorrang? Ist das ein absoluter Vorrang? Ich habe mich in einer Diskussion mit Hochschülern auch über dieses Problem unterhalten und habe gesagt: Natürlich kann es sich hier nur um einen relativen Vorrang handeln, denn es gibt auch andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die zu Ihrem Recht kommen wollen, und man kann nicht sagen, es werden einmal alle Bedürfnisse, die auf einem Sektor vorhanden sind, erfüllt und erst dann, wenn noch etwas übrigbleibt, bekommen die anderen auch etwas.

Die Kulturstraße ist aber eine echte Vorrangstraße und auch als solche klar und deutlich mit einem Vorrangzeichen gekennzeichnet. Frau Kollegin Dr. Firnberg! Natürlich fahren auch auf anderen Straßen noch Fahrzeuge, nicht nur auf der Straße der Kultur.

Die Steigerung der Gesamtausgaben des Bundes betrug für den Zeitraum von 1965 bis 1970 52 Prozent. Die Steigerung für den Kultursektor betrug im gleichen Zeitraum jedoch 94 Prozent. Und wenn Sie sagen, daß sich darin nicht ein Vorrang für Bildung und Kultur dokumentiert, dann weiß ich nicht, wie das sonst noch zum Ausdruck kommen soll.

Die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung betrugen im Jahre 1965 noch 1,4 Milliarden Schilling, im Jahre 1970 2,6 Milliarden Schilling. Es kann nicht alles auf einmal gemacht werden, aber die Schritte, die hier gesetzt worden sind, sind so groß und bedeutsam, daß man angesichts dieser Tatsache nicht von einem Bildungsnotstand oder gar von einer Kulturpleite, wie Sie zu sagen beliebt haben, sprechen kann. (Abg. Dr. Hertha Firnberg: Wissen das die Professoren und die Studenten auch? Haben Sie Ihnen das mitgeteilt?) Ja, wir haben das auch mit den Professoren besprochen. (Abg. Dr. Hertha Firnberg: Und waren die einverstanden?) Nein, die sind nie einverstanden. Das ist auch völlig klar. Ich werde auf das später noch einmal zurückkommen. (Abg. Dr. Hertha Firnberg: Die ÖVP ist zufrieden!) Nun, zufrieden? (Abg. Dr. Hertha Firnberg: Die ÖVP hat immer recht, egal, was die Professoren und die Studenten sagen, Hauptsache, Sie sind zufrieden!) Ich werde Ihnen das schon noch sagen. (Abg. Dr. Hertha Firnberg: Hauptsache, Sie sind zufrieden!) Wir sind immerhin insoweit zufrieden, als hier gewisse Schwerpunkte gesetzt worden sind, die sehr klar und deutlich ihren Ausdruck finden.

Ich möchte als den ersten Schwerpunkt dieses Kulturbudgets die Steigerung des Sachaufwandes bei den Hochschulen erwähnen. Hier ist eine Steigerungsrate von

20,7 Prozent zu verzeichnen, die höchste Steigerungsrate, die der Sachaufwand überhaupt je mitgemacht hat.

Und wenn Sie schon, Frau Dr. Firnberg, von den Professoren gesprochen haben, die sich gerade für eine noch weiter gehende Erhöhung des Sachaufwandes ausgesprochen haben — ich glaube, Sie haben dieses Memorandum der 109 Professoren der Naturwissenschaften hier im Auge —, dann darf ich Ihnen sagen, daß die Forderung, wie sie dort aufgestellt worden ist, wahrscheinlich nicht erfüllbar ist, weil sie unreal ist, daß nämlich Personal- und Sachaufwand in einem Verhältnis von 1 : 1 stehen sollen. Warum? Weil hier das Erfordernis bezüglich des Sachaufwandes völlig verschieden sein kann, je nachdem, in welchem Stadium ich mich befinde; wenn ich im Stadium des Anschaffens von Einrichtungen stehe, dann habe ich natürlich einen höheren Bedarf an solchen Sachaufwandsgütern. Wenn aber einmal der wichtigste Bedarf erfüllt ist, dann wird man nicht weiterhin genau in dem Verhältnis von 1 : 1 fortfahren können. (Abg. Herta Winkler: Da bleiben wir beim Rechenschieber!)

Diese Dinge sind mit den Professoren auch besprochen worden, und sie sind auch, wie ich glaube, eingesehen worden.

Ich darf darauf hinweisen, daß ein zweiter Schwerpunkt gesetzt worden ist, nämlich auf dem Gebiet des Bauaufwandes für den Schul- und Hochschulbau. Im Bauaufwand des Bundesministeriums für Bauten und Technik ergibt sich ein Plus von 238 Millionen Schilling gegenüber dem Vorjahr, das sind 36,65 Prozent; ebenfalls eine sehr enorme Steigerungsrate, höher als die Steigerungsraten auf anderen Gebieten, und dabei ist die Leasing-Milliarde, die ja für den Hochschulbau vorgesehen ist, in diesem Betrag selbstverständlich noch gar nicht inbegriffen.

Aber auch andere Steigerungen im Unterrichtsbudget geben uns einen gewissen Anlaß zur Genugtuung. Die Mittel für die Volks- und Erwachsenenbildung sind in diesem Jahr wieder wesentlich angestiegen. Wir sind deshalb darüber froh, weil wir ganz neue und sehr wichtige Aufgaben auf die Erwachsenenbildung zukommen sehen und diese Aufgaben ja nur dann erfüllt werden können, wenn hier auch erhöhte Mittel zur Verfügung stehen.

Ebenso sind die Mittel für die außerschulische Jugendberziehung erhöht worden, und gerade der Bundesjugendplan hat hier eine beachtliche Aufstockung erfahren, ebenso wie auch die Mittel für die Jugendherbergsorganisation.

Dr. Gruber

Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, daß für den Sport, über den ja sicherlich noch zu reden sein wird, mehr Mittel zur Verfügung stehen, für die Studentenheime und — wir haben ja vor kurzem das Studienförderungsgesetz beschlossen — auch für Stipendien für die Studienförderung und Begabtenförderung.

Über das Kapitel Forschung ist sicherlich noch in einem anderen Zusammenhang zu reden, weil wir hier doch auch Forschungsförderungsmittel haben, die nicht in dem Ansatz, der immer wieder in der Öffentlichkeit diskutiert wird, nämlich wieviel der Forschungsförderungsfonds bekommt, enthalten sind.

Wir haben seinerzeit über dieses Kapitel ausführlich debattiert, als die beiden Berichte über die Forschungsförderung hier im Hause lagen. Wir haben gar kein Hehl daraus gemacht, daß auf diesem Sektor noch ein großer Nachholbedarf ist, und ich mache auch heute kein Hehl daraus, daß ich der Meinung bin, daß die Mittel, die hier zur Verfügung stehen, noch lange nicht ausreichen, um diesen Nachholbedarf zu befriedigen oder diese Forschungslücke zu schließen. Ich glaube, darüber sind wir uns alle im klaren.

Wir können aber auch auf diesem Gebiet nicht den Sprung nach vorne in einem einzigen Budget machen. Das ist ebenso klar.

Die Bundesregierung hat in ihrem letzten Bericht klar und deutlich gesagt, was ihr Vorhaben ist, daß nämlich eine Steigerung der Aufwendungen für Forschung auf 1,5 bis 2 Prozent des Bruttonationalproduktes vorgenommen werden soll. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Am St.-Nimmerleinstag!*) Nein, nicht am St.-Nimmerleinstag; der Zeitplan ist genau im Bericht enthalten. Frau Kollegin Firnberg, dort ist auch jene Steigerungsrate enthalten, die jährlich notwendig ist, um dieses gesteckte Ziel zu erreichen. Es steht dort, daß jährlich 15 Prozent, also mehr als die jährliche Budgetsteigerungsrate beträgt, dazukommen müssen, damit wir in absehbarer Zeit dieses Ziel erreichen. Und damit Sie nicht sagen können, wir hätten im Jahre 1970 eine zu geringe Steigerungsrate, darf ich Ihnen mitteilen, daß wir 16 Prozent Steigerung für die Forschung insgesamt haben und daß damit nicht nur das Plansoll erfüllt, sondern sogar überschritten ist. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Mit oder ohne Budgetüberschreitungs-gesetz?*) Es ist ja nicht nur der Ansatz beim Forschungsförderungsfonds zu betrachten, sondern es sind auch andere Ansätze hier wesentlich mitbeteiligt. Ich habe hier schon einmal die Frage aufgeworfen, weil diese Frage von Hochschülern an mich gerich-

tet wurde, wieviel Prozent des Hochschulbudgets man mit gewisser Berechtigung als forschungswirksam bezeichnen kann.

Bei unserer Aufstellung ist vorgesehen, daß 30 Prozent des Hochschulbudgets als forschungswirksam angesehen werden. Ich habe mich erkundigt und erfahren, daß in anderen Ländern eine wesentlich höhere Rate des Hochschulbudgets der Forschung zugerechnet wird. In der deutschen Bundesrepublik etwa 50 Prozent.

Man kann also nicht sagen, daß wir in diesen Belangen zu hoch gegriffen hätten, sondern daß wir uns an der unteren Marke befinden.

Man darf nicht übersehen, daß ja das Budget selbst weitere Schwerpunkte auf dem Forschungssektor setzt. Es sind eigene Ansätze für Institute der Akademie der Wissenschaften enthalten, wie etwa für das Hochenergie-Physik-Institut, für das Institut für Molekularbiologie, für das Institut für Krebsforschung und für das Institut für Verhaltensforschung. Hier hat also der Gesetzgeber, wenn er dieses Budget annimmt, selbst bereits Schwerpunkte in der Forschungsförderung gesetzt.

Wir würden nur wünschen, daß ebenso sehr Schwerpunkte bei der Vergabe der Mittel des Forschungsfonds selbst gesetzt würden. Wir haben uns seinerzeit bei der Beratung des Forschungsförderungsgesetzes nicht dazu entschließen können, daß der Gesetzgeber oder die Regierung von sich aus den beiden Fonds sozusagen Vorschriften machen soll, was geforscht werden soll. Wir sind aber selbstverständlich der Meinung, daß dort die Mittel nicht einfach nach dem Zeitpunkt des Einlangens eines Ansuchens vergeben werden sollen, sondern daß der Fonds natürlich auch Schwerpunkte setzen sollte, wenn er seiner Aufgabe gerecht werden will.

Ich bin überzeugt, daß der Herr Professor Rohrer als Präsident dieses Fonds sehr dankbar ist, wenn er weiß, daß wir ihm in dieser Hinsicht auch eine gewisse moralische Rückendeckung verleihen. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Eine finanzielle wäre ihm lieber!*) Die finanzielle wäre ihm lieber!

Frau Kollegin Dr. Firnberg, ich darf Ihnen sagen, daß das Budgetüberschreitungs-gesetz, das wir vor kurzem beschlossen haben, für die beiden Forschungsfonds je 20 Millionen Schilling zusätzlich gebracht hat. Wir wissen natürlich, daß diese Mittel, nachdem sie ja nicht vor der Beschlußfassung im Nationalrat verausgabt werden durften, erst in den letzten Wochen dieses Jahres und selbstverständlich auch in den ersten Monaten des kommenden Jahres verwendet werden und

13758

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Dr. Gruber

daß darüber hinaus die im Budget vorgesehenen Mittel für das nächste Jahr zusätzlich zur Verfügung stehen.

Sie haben vorhin gefragt, ob wir zufrieden sind. Nein, wir sind auf dem Gebiete der Forschung nicht zufrieden; wie man überhaupt wird sagen müssen: Wann wird der Mensch jemals zufrieden sein können? Der einzelne wird nicht zufrieden sein dürfen mit dem bildungsmäßigen und moralischen Fortschritt, den er erzielt, der Unternehmer wird nicht zufrieden sein können mit dem wirtschaftlichen Erfolg, den er erzielt, sondern nach mehr streben. Auch kein Politiker wird je zufrieden sein dürfen mit dem, was er erreicht hat, weil selbstverständlich in dieser Unzufriedenheit der Ansporn dafür liegt, daß er für die weiteren Jahre und für die weiteren Jahrzehnte Vorsorge trifft.

Aber alles in allem können wir sagen, daß der österreichische Wissenschaftler heute einen ebenso guten Ruf wie in vergangenen Zeiten hat, und das obwohl er zugegebenermaßen unter schwierigeren Verhältnissen arbeiten muß und nicht dieselben Arbeitsbedingungen hier vorfindet wie anderswo. Trotzdem erreichen uns immer wieder gewisse Beweise der Anerkennung für das, was die österreichische Wissenschaft und Forschung leistet. Ich möchte diesen Wissenschaftlern und Forschern wirklich den Dank dafür aussprechen, daß sie unverdrossen weiterarbeiten. Wir werden aber selbstverständlich auch immer bemüht sein, die Wünsche, die Forderungen, die sie an uns herantragen, zu erfüllen, soweit es im Bereich des Möglichen ist, denn — ich möchte hier keine Gemeinplätze aussprechen — Politik ist nun einmal die Kunst des Möglichen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf aber auch die Frage aufwerfen, was außer auf dem finanziellen und budgetären Gebiet sonst im Bereich der Bildungspolitik geschehen ist. Ist es so, daß wir wirklich einen Stillstand gehabt haben? Ich darf doch darauf hinweisen, daß die Hochschulreform in Österreich begonnen wurde, ehe sich die allgemeine Diskussion dieses Themas bemächtigt hat. Wir haben im Jahre 1966 das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz beschlossen. Diesem Gesetz ging selbstverständlich eine intensive Vorbereitung voraus; das reicht in Zeiten zurück, wo von der Hochschulreform, von der Umkrepelung der Hochschulen noch nicht in dem Ausmaß die Rede war, wie das heute ist. Ich habe einmal, als hier das langsame Tempo der österreichischen Hochschulreform kritisiert wurde, gesagt: Die Zukunft hat hier längst begonnen.

Wir haben mit dem Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz den inneren Betrieb unserer

Hochschulen zu regeln versucht. Ich bin der Überzeugung, daß dieser innere Betrieb mindestens so wichtig ist wie die äußere organisatorische Struktur unserer Hochschulen. Wir haben es beim Pflichtschul- und höheren Schulwesen gesehen, daß man sich vielleicht allzusehr an der organisatorischen Struktur festgeklammert, sich vielleicht geradezu verbissen hat, daß wir aber das, was in der Schule geschieht, wie die Lehrpläne aussehen, wie die Unterrichtsgestaltung ist, nicht einfach mit einem Schulorganisationsgesetz zu regeln imstande sind. Daher bin ich der Meinung, daß ein künftiges Hochschul-Organisationgesetz oder, wie wir hoffen, daß es bis dahin heißt, ein künftiges Universitäts-Organisationgesetz nicht wichtiger ist als das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz, das am Beginn dieser Legislaturperiode, am Beginn der Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei beschlossen worden ist.

Wir haben seitdem die Hochschulreformkommission gebildet, die, wie ich sagen möchte, mit einer gewissen inneren Verbissenheit arbeitet. Die Fronten haben sich dort leider so stark verfestigt, daß nur sehr zögernd Erfolge herauskommen. Ich möchte hier absolut keine Ungeduld demonstrieren, aber wir erwarten uns doch in absehbarer Zeit ein Ergebnis dieser Hochschulreformkommission. Das müßte umso leichter möglich sein, als sich jetzt auch die politischen Parteien mehr oder minder klar zu diesem Gegenstand geäußert haben. Diese Programme könnten vielleicht auch in irgendeiner Form auf diese Hochschulreformkommission befruchtend wirken.

Wir haben daneben bereits besondere Studiengesetze für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, für die Technischen Hochschulen, für die Bodenkultur, für die Montanistische Hochschule, für die Katholische Theologie beschlossen, und es sind die besonderen Studiengesetze für die Philosophie und für das Rechtsstudium vorbereitet. Wir hoffen, daß in absehbarer Zeit auch diese Bereiche des Hochschulwesens gesetzlich geregelt werden können.

An den Hochschulen, für die die besonderen Studiengesetze bereits vorliegen, sind Studienkommissionen gebildet worden. In diesen Studienkommissionen ist ein fundamentaler Grundsatz bereits vorweggenommen, nämlich der Grundsatz der Mitsprache und Mitentscheidung aller am Universitätsleben Beteiligten.

Derzeit liegt die Regierungsvorlage eines Kunsthochschul-Organisationgesetzes im Haus, in dem ebenfalls moderne Grundsätze einer Hochschulorganisationsstruktur

Dr. Gruber

enthalten sind. Sie können also nicht sagen, daß auf dem Gebiet ein Stillstand eingetreten wäre, sondern es hat nie zuvor eine derartig fruchtbare gesetzgeberische Tätigkeit gegeben wie gerade in den letzten vier Jahren.

Ich darf darauf hinweisen, daß im Jahre 1966 die Linzer Hochschule eröffnet wurde. Sicherlich wurde sie bereits früher begründet, bereits früher vorbereitet. Aber es ist immerhin ein Anlaß, daß man das auch als besonderen Erfolg herausstellt, daß wir nicht nur die bestehenden Hochschulen und Universitäten ausbauen, sondern daß wir auch neue geschaffen haben. Gerade die Linzer Hochschule wird durch die dazutretende naturwissenschaftlich-technische Hochschule eine bedeutende Erweiterung erfahren und, wie ich hoffe, auch eine Lücke in unserer gesamten Universitätsstruktur schließen.

Sie wissen, daß die Vorbereitungen für die Klagenfurter Hochschule so weit gediehen sind, daß, wenn ich mich nicht irre, mit dem heutigen Tag die Begutachtung abläuft, in der sich die begutachtenden Stellen zu diesem Modell einer Klagenfurter Hochschule äußern konnten.

Ich darf darauf hinweisen, daß seit 1965 die Zahl der Lehrkanzeln an den Hochschulen um 34 Prozent vermehrt wurde. (*Zwischenruf bei der FPÖ.*) Auf dem Papier, meinen Sie? Ja dafür, daß für gewisse Lehrkanzeln sehr schwer Professoren zu bekommen sind, kann die Unterrichtsverwaltung nichts!

Sie haben sicher genauso wie ich schon x-mal gehört, daß die Zahl der unbesetzten Lehrkanzeln an unseren Hochschulen prozentuell nicht höher liegt als etwa an vergleichbaren Universitäten des Auslandes, wie zum Beispiel in der Bundesrepublik. Es wird uns immer wieder gesagt: Ja, dort haben sie bessere Bedingungen! Trotzdem sind dort genauso viele Lehrkanzeln vakant wie bei uns.

Aber auch die Zahl der nichtwissenschaftlichen Angestellten an den Hochschulen ist bedeutend erhöht worden. Gerade das Budget für 1970 sieht hier eine Erhöhung um 240 Dienstposten vor, weil man der Überzeugung ist, daß der Professor allein nicht in der Lage ist, die anfallenden Aufgaben zu bewältigen, besonders dann nicht, wenn er mit Verwaltungsaufgaben eingedeckt wird. Daher ist es zwingend notwendig, daß er hier eine gewisse Entlastung erfährt.

Seit 1966 wurden elf neue Hochschulbauten errichtet. Es wurden Studentenheime in einer Anzahl und in einer Kapazität errichtet wie früher nie, und auch für das Jahr 1970 stehen 21 Millionen Schilling für Studentenheimbauten zur Verfügung. Für das Studienförde-

rungsgesetz, das wir jüngst beschlossen haben, sieht das Budget für 1970 eine Aufstockung von 50 Prozent des tatsächlichen Aufwandes vor, der in den letzten Jahren zur Ausschüttung gekommen ist. Daß es sich hier nicht nur um eine Verbesserung bei den Bedingungen für die Studenten handelt, sondern daß hier zusätzlich auch die Begabtenförderung eingeführt wurde, ist ja seinerzeit bei der Beratung dieses Gesetzes sehr, sehr klar zum Ausdruck gekommen.

Als dritten Punkt meiner Darlegungen darf ich natürlich auch die Frage aufwerfen: Wie soll es in Zukunft weitergehen? Welcher bildungspolitische Weg soll in Zukunft beschritten werden? Ich möchte mich hier nicht über die Schulprogramme äußern, die von den einzelnen Parteien vorgelegt wurden. Es liegen nun die Äußerungen aller drei Parteien vor.

Die Sozialistische Partei hat den Entwurf eines Schulprogramms vorgelegt, der uns dankenswerterweise schon im Sommer dieses Jahres zur Verfügung gestellt wurde.

Die Freiheitliche Partei hat ihre „Bildungsformel“ veröffentlicht.

Die Österreichische Volkspartei hat auf ihrem letzten Bundesparteitag ihr Programm für die nächste Legislaturperiode vorgelegt. In diesem Programm finden Sie eine ziemlich eingehende Darstellung auch zum Kapitel Bildung, Forschung, Schule und Unterricht.

Zur Diskussion, die jetzt in dieser ganzen Breite geführt wird, möchte ich nur das eine sagen: Wir freuen uns darüber, daß die Öffentlichkeit nun so regen Anteil an den Fragen der Bildung und der Kultur nimmt. Ich glaube, daß das vor wenigen Jahren noch nicht vorstellbar gewesen wäre, weil man sich damals in erster Linie mit Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik beschäftigt hat, etwa nach dem Grundsatz *Primum vivere, deinde philosophari*. Ich glaube aber, daß hier ein sehr zentrales Thema unserer ganzen gesellschaftlichen und politischen Existenz angerührt ist und daß wir gut daran tun, alle diese Programme und alle diese Vorschläge sehr gründlich zu überlegen, zu studieren und daß wir mit den Fachexperten, mit allen, die glauben, dazu etwas zu sagen zu haben, diese Fragen durchdiskutieren wollen.

Was nun das Hochschulkonzept der SPÖ anlangt, so möchte ich mir es doch nicht versagen, auf jene Diskussion zurückzugreifen, die seinerzeit beim Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz geführt wurde, bei der zum Thema Bildungsziel auch von der „intellektuellen Redlichkeit“ gesprochen wurde. Einer Ihrer Sprecher — Herr Dr. Broda, ich weiß

Dr. Gruber

nicht genau, ob Sie es waren (*Abg. Doktor Broda: Ich glaube!*) — hat die Frage aufgeworfen: Was ist die intellektuelle Redlichkeit?

Ich darf hier vielleicht zunächst mit einem Witz zu antworten versuchen. Sie kennen ja den bösen Witz, der besagt: Wenn jemand aus fünf wissenschaftlichen Quellen abschreibt und ein neues Werk produziert, dann hat er eine Dissertation verfaßt. Wenn er das aus drei Quellen tut, eine Seminararbeit, und wenn er das nur mit einer Quelle macht, dann hat er ein Plagiat begangen.

Herr Dr. Broda! Ich kann Ihnen bescheinigen, daß Ihr Konzept jedenfalls kein Plagiat ist; es ist viel eher eine Seminararbeit, wahrscheinlich sogar eine Dissertation. (*Abg. Gratz: Schlecht?*) Schlecht? — Ich komme nur im Zusammenhang mit der intellektuellen Redlichkeit auf dieses Thema zu sprechen (*Abg. Dr. Broda: Herr Kollege!*), weil es doch immerhin vielleicht ganz nett gewesen wäre, wenn Sie uns gesagt hätten, wo Sie diese geistigen Anleihen gemacht haben.

Ich kenne zum Beispiel das Kreuznacher Programm des Bundes der Assistenten in Deutschland. Das scheint auch nicht ganz unschuldig an Ihrem Hochschulkonzept zu sein. Sie haben sicherlich gewisse Formulierungen verwertet, die bereits Ergebnisse der Hochschulreformkommission sind. Sie haben gewisse Überlegungen mitverwertet, die bei dem Klagenfurter Hochschulprogramm angestellt wurden. Ich sage ja gar nicht, daß das schlecht ist, weil wir uns zum Beispiel beim Klagenfurter Hochschulprogramm mit zu den Vätern rechnen und auch in der Hochschulreformkommission unsere Diskussionsbeiträge dazu geleistet haben.

Es hätte uns aber doch gefreut, wenn wir das auch von Ihnen sehr klar ausgesprochen erhalten hätten. (*Abg. Dr. Broda: Herr Kollege Gruber! Ich gehöre nicht zu den Autoren und Verfassern des Hochschulkonzepts! Ich möchte nur sagen: Ist das je anders bei politischen Programmen?*)

Herr Dr. Broda, ich glaube nicht, daß Sie Ihre anderen Programme auch auf diese Weise erstellt haben. Ich nehme an, daß Sie Ihr Programm aus dem Jahre 1958, das meines Wissens für Sie noch gilt, selbst erarbeitet haben und daß Sie es nicht von einem anderen abgeschrieben haben, denn das Godesberger Programm kam ja erst nachher. Ich glaube, daß Sie auch sonst eher eine eigene Gedankenleistung dabei erbracht haben. Wir wollen aber jetzt darüber nicht lange rechten, ich habe mich nur zu dieser Feststellung veranlaßt gesehen. Sie können es mit diesem Punkt halten, wie sie wollen. (*Abg. Doktor*

Broda: Herr Kollege Gruber! Aber gerade beim Hochschulkonzept ist die eigene Gedankenarbeit der Verfasser und Autoren von niemandem bestritten worden, auch nicht von Ihnen! — *Abg. Dr. Kreisky: Der Unterrichtsminister verwendet auch Formulierungen! Der Unterrichtsminister müßte auch gelegentlich sagen, daß er sich bei Dr. Marcuse das ausgeliehen hat, und sagt es nicht, weil es nämlich Allgemeingut geworden ist!*) Ich habe schon angedeutet, wo die Anleihen gemacht worden sind. Wenn Sie das so meinen, dann müßte ja jeder sozusagen originär, ab ovo, zu denken beginnen. Das wird natürlich nicht verlangt! (*Abg. Dr. Kreisky: Ich schätze das beim Herrn Unterrichtsminister ganz besonders, daß er sich moderner Formulierungen bedient!*)

Nachdem ich vorher auf wissenschaftliche Arbeiten angespielt habe und dann gesagt habe, was als Seminararbeit und als Dissertation zu verstehen ist, möchte ich dazu feststellen, daß dort immerhin eine gewisse Quellenangabe gegeben wird, um zu vermeiden, daß etwas als Plagiat qualifiziert oder disqualifiziert wird.

Ich möchte zu einem Grundsatz, der auch in Ihrem Konzept Aufnahme gefunden hat, etwas sagen und möchte hier die Meinung vertreten, daß auch andere ungefähr dasselbe vertreten haben.

Sie schreiben auf Seite 6: „Universitäts-Reform als Teil sozialistischer Gesellschaftspolitik“. Sie deklarieren das sehr deutlich als Teil Ihrer Gesellschaftspolitik.

„Erstens ist das Ausmaß der Bildungseinrichtungen langfristig der Summe der subjektiven Nachfrage (Bildungsinteressierte) anzupassen, auch — und gerade — wenn diese über den momentanen ‚objektiven‘ Bedarf der Wirtschaft oder der Verwaltung hinausgehen sollte.“

Das ist an sich nichts Neues. Ich erinnere mich daran, daß der frühere Unterrichtsminister sehr oft und sehr eindringlich davon gesprochen hat, daß das Recht auf höhere Bildung ein Ausfluß des Naturrechtes sei oder, wenn Sie es anders haben wollen, daß Bildung Bürgerrecht sei, wie sich Rolf Dahrendorf ausdrückt, der jetzt in einer sehr maßgeblichen Funktion in der deutschen Bundesregierung tätig ist.

Aber in diesem Zusammenhang möchte ich doch eine Frage erörtern und zur Diskussion stellen, nämlich die Frage, ob der Bedarf an qualifizierten Kräften mit der Nachfrage nach diesen qualifizierten Kräften im Einklang steht. Ich glaube, diese Frage ist besonders aktuell geworden, seit Georg Picht seinerzeit

Dr. Gruber

seine These vom „Bildungsdefizit“ aufgestellt hat, aus dem dann in der Publizistik der „Bildungsnotstand“ geworden ist. Nun haben sich sehr viele Publikationen dieser Argumentation grundsätzlich angeschlossen. Auch die Arbeit, die uns als OECD-Bericht bekannt ist, geht von der Feststellung aus, daß wir im Jahre 1980 einen wesentlich höheren Bedarf an Maturanten und Akademikern haben werden als heute. Das zu prophezeien ist keine besondere Kunst. Die Schwierigkeit beginnt dort, wenn man versucht, genau zu fixieren, welchen Bedarf man in einer künftigen Periode haben wird.

Nun werden aber doch seit geraumer Zeit, möchte ich sagen, Stimmen laut und immer lauter, die bezweifeln, ob alle diese Prognosen denn tatsächlich auch stimmen. Ich habe einige Zeitungsausschnitte und Artikel mitgebracht, die alle auf dieses Thema hinzielen.

Etwa vom Jänner 1969 aus dem „Wirtschaftsdienst“: „Brauchen wir wirklich mehr Akademiker?“ von Horst Regling, der sich sehr eingehend mit diesem Thema auseinandersetzt.

Es hat sich schon im Oktober 1968 ein Artikel in „Berichte und Informationen“ mit diesem Thema befaßt: „Akademiker sind kein beliebig vermehrbares Gut“. Der Titel läßt nicht erwarten, daß man sich hier auch sehr kritisch mit dieser Prognose auseinandersetzt.

Ich verweise hier insbesondere auf einen Artikel, den Professor Dr. Anton Burghardt in Heft 5 der „Arbeit und Wirtschaft“ aus 1968 zu diesem gleichen Thema geschrieben hat. (*Abg. Dr. Staribacher: Eine gute Zeitung!*) Ich wollte ja nicht einseitig zitieren, „Arbeit und Wirtschaft“ darf man zitieren, glaube ich.

Ich habe hier einen weiteren Artikel. „Die Welt“ vom 5. 7. 1969: „Die Universitäten müssen gründlich umgekrempelt werden.“ Der Frankfurter Personalberater Ludwig Kröber-Keneth, der pro Jahr etwa 12.000 Bewerbungen zu begutachten hat, sagt in einem Interview auf die Frage „Sie haben in einem vielbeachteten Interview vor kurzem angeregt, alle Universitäten zu schließen; ist das richtig?“, „Ja, ich habe vorgeschlagen, die wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten auf vier Semester zu schließen und die übrigen Fakultäten auf zwei Semester.“ Ich glaube, er hat das nicht zum Spaß gesagt, wenn das auch eine gewisse Radikalkur zu sein scheint. Im Verlauf dieses Interviews sagt er: „Hier schlägt doch das postulierte Grundrecht auf Bildung in einen garantierten Anspruch auf Arbeitslosigkeit um.“ Er zitiert Rolf Dahrendorf.

Eine weitere Publikation ist am 18. 7. 1969 im „Volkswirt“ erschienen. Hier wird versucht, den gegenteiligen Standpunkt zu untermauern. Die Überschrift lautet: „Die Mär vom gesättigten Akademikermarkt“. Hier wird mehrfach die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zitiert, wo es zum Beispiel heißt: „Minister, Behörden, Wissenschaftler und Publizisten warnen vor der Gefahr einer Akademikerschwemme und vor einer Überproduktion in speziellen Ausbildungsgebieten.“ (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Haben wir jetzt einen Mangel oder eine Schwemme an Akademikern? Haben Sie den Hochschulbericht gelesen? — Abg. Dr. Withalm: Polemisieren Sie nicht! Er hat ja keine Meinung geäußert!*) Ich komme darauf zurück, Frau Kollegin. Ich zitiere einzelne Publikationen.

Die „Frankfurter Allgemeine“ schreibt bereits am 4. September 1965, also vor der deutschen Rezession, daß die Akademiker haarscharf am Markt vorbeiproduziert würden. Und am 16. Mai 1967: „Woher Bildungspolitiker den Mut haben, Tausende und Abertausende junger Menschen zum Studium zu drängen, ohne zu wissen, ob denn Akademiker in solchem Umfang überhaupt beschäftigt werden können.“

Ich zitiere nicht einseitig, ich habe schon gesagt, ein anderer Artikel heißt: „Die Mär vom gesättigten Akademikermarkt“. Ich will damit nur sagen, daß man sich mit diesem Problem doch sehr ernsthaft beschäftigen muß.

Ich entnehme „Christ und Welt“ einen Artikel. Das ist die Nummer 22 aus 1969. Dieser Artikel hat die Überschrift „Schweden fördert Fachidioten“, und es heißt, daß schärfere Zulassungsbeschränkungen eingeführt worden seien; unter Tausenden von Interessenten für das Medizinstudium werden nur einige Hundert zugelassen, die eine Hochschulreife mit Note A aufweisen, was ungefähr einem „sehr gut“ entspricht. — Das war in Schweden, weil man anscheinend auch dort vor diesem Problem steht. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ brachten am 4. Oktober 1969 einen Beitrag von Professor Erich Bodzenta von der Linzer Hochschule unter dem Titel „Hochschulentwicklung und Akademikerbedarf“.

Ich möchte besonders herausstellen, daß der Linzer Professor Hajo Riese, der schon seinerzeit mit einer Publikation in Deutschland hervorgetreten ist, in der er sich mit dem Akademikerbedarf auseinandersetzte, der erste war, der die Prognosen des OECD-Berichtes, diese etwas optimistischen Prognosen, in Frage gestellt hat und der darauf hingewiesen

Dr. Gruber

hat, daß wahrscheinlich auch für Österreich diese Ziffern nicht in vollem Umfang gelten.

Nur auf das eine möchte ich hinweisen, weil wir aus der Praxis jetzt schon wissen, Frau Dr. Firnberg, daß derzeit schon zu viele Juristen in Österreich promoviert haben, daß nicht alle Juristen eine Anstellung finden, weil wir wissen, daß die Ärztekammern vor dem Medizinstudium warnen — ob zu Recht oder zu Unrecht, möchte ich hier nicht untersuchen; ich möchte nur meine persönliche Meinung dazu sagen: Man kann nicht von einem Ärzteüberangebot sprechen, solange wir in vielen Landgemeinden eine ärztliche Versorgung nicht garantiert haben.

Ich muß auch darauf hinweisen, daß die Ärztekammer diese Warnung ausgesprochen hat. Wir wissen, daß gewisse Fächer an den höheren Schulen bereits zur Genüge besetzt sind, etwa das Fach Geographie, Geschichte, Deutsch, und mutmaßlich kommen in Bälde andere Fächer dazu. Natürlich wissen wir ebenso, daß Naturwissenschaftler, daß etwa Französischprofessoren fehlen. Aber ich glaube, man kann nicht sagen, Akademiker brauchen wir, ohne Rücksicht darauf, welche Studienrichtung sie eingeschlagen haben.

In diesem Zusammenhang sei mir gestattet, noch die eine Bemerkung hier zu machen: Wir müssen alles unternehmen, die Studierenden an den höheren Schulen, aber auch die Studierenden an den Hochschulen durch eine bessere Studienberatung, als es in der Vergangenheit der Fall war, auf jene Fächer hinzuweisen, wo effektiv Aussichten für die Zukunft bestehen.

Allerdings möchte ich auch nicht verhehlen: Wenn wir den Anspruch auf eine höhere Bildung statuieren, dann wird man auch zu überprüfen haben, ob dieses Anspruchsdenken der Absolventen einer bestimmten Schulgattung weiterhin bestehen kann, daß er nämlich sagt: „So, jetzt habe ich diese Schule absolviert. Jetzt werde ich nur eine mir adäquate Berufstätigkeit ausüben.“

Glauben Sie ja nicht, daß das etwa in Amerika oder in anderen Ländern so ist, sondern er erwirbt mit seinem Studium nur die Chance, sich im Berufsleben besser zu behaupten als ein anderer, aber nicht einen Anspruch darauf, daß er jetzt einen A-Posten oder sonst etwas erhält.

Ich glaube, das sind Hinweise, die in der öffentlichen Diskussion doch noch etwas zu wenig dargestellt worden sind, und deshalb habe ich mich veranlaßt gesehen, das hier zu sagen.

Ich versage es mir, jetzt auf die Punkte näher einzugehen, die wir in unserem Pro-

gramm klar und verständlich niedergelegt haben. Ich nehme an, daß Sie Gelegenheit haben werden, auch unser Programm zu studieren. Sie werden daraus ersehen, daß wir in manchen Punkten übereinstimmen, daß wir uns in manchen Punkten von Ihnen unterscheiden, daß wir zum Beispiel in der Frage der Chancengleichheit, daß wir etwa in der Frage der Begabungsförderung mit Ihnen durchaus übereinstimmen, daß es aber natürlich auch sehr wesentliche Unterschiede in unseren Auffassungen gibt.

Weil es Unterschiede in der Auffassung gibt und weil wir nicht glauben, daß man es sich überall so leicht machen kann, wie Sie es sich in Ihren Programmen vielfach machen, möchte ich zum Schluß ein Wort von Kennedy zitieren, das lautet:

Es ist notwendig, dafür zu sorgen, daß nicht diejenigen, die schöne Reden mit der Wirklichkeit und das Einleuchtende mit dem Möglichen verwechseln, im Volk mit ihren scheinbar raschen und einfachen Lösungen zum Aufstieg gelangen.

Und deswegen lehnen wir Ihre etwas überhastete Art, auch Ihre Programme finanzieren zu wollen, und Ihre Art ab, jetzt alles und jedem zu versprechen. Wir sind hier Realisten und wollen nicht das Mögliche mit dem Erreichbaren verwechseln. Darum geben wir dem Kapitel Kultur und Unterricht im Budget gerne unsere Zustimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Peter das Wort.

Abgeordneter **Peter** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dr. Grubers Rede war nur der erste Teil des Lobgesanges, den die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei heute auf das Unterrichtsbudget anstimmen werden. Ich möchte die Rede des Herrn Abgeordneten Gruber mit folgendem Satz charakterisieren: Er sprach eben von wenigen Tugenden, um viele Laster zu verdecken — wiewohl ich einräume, daß das gerüttelt Maß dieser bildungspolitischen „Laster“ noch nicht dem Herrn Minister Doktor Mock zuzuordnen ist, sondern daß dafür in erster Linie jene Repräsentanten der ÖVP die Verantwortung tragen, die die Schulpolitik in den letzten Jahren maßgeblich bestimmt haben.

Herr Abgeordneter Gruber rief heute den Apostel Paulus an, der sich an die Philipper wandte und sie aufforderte, sich zu freuen. Ich glaube, es ist verfrüht, heute in eitel Wonne und Freude bezüglich dessen auszubringen, was die ÖVP-Regierungsmehrheit im Bundesfinanzgesetz 1970 für Bildung veranlagt hat.

Peter

Ich will nicht der Versuchung erliegen, das Unterrichtsbudget von den dürftigen Ziffern her zu charakterisieren, weil für Bildung immer zu wenig Geld vorhanden sein wird — auch wenn der Herr Abgeordnete Gruber feststellte, daß in diesem Bundesfinanzgesetz der Bildung und Forschung Vorrang zuerkannt worden sei. Über diese besondere Rangordnung von Bildung und Forschung kann man geteilter Meinung sein. Auf der einen Seite unterstreicht die Österreichische Volkspartei, daß 1970 Bildung und Unterricht mit über 10 Prozent der gesamten Haushaltssumme gefördert werden. Auf der anderen Seite muß sich die ÖVP-Regierungsmehrheit klar darüber sein, daß es sich hier nicht um echte 10 Prozent des Gesamthaushaltes für Bildung handelt, sondern daß es sich um einen „Bruttobetrag“ handelt, der wesentliche Abstriche erfährt, wenn man zum Beispiel nur die Bundestheaterverwaltung und andere bedeutsame Nebenkosten in Abzug bringt.

Ich habe den Eindruck, daß sich die Debatte über das Kapitel Unterricht im Bundesfinanzgesetz 1970 von den vorausgegangenen Budgetberatungen der letzten drei Jahre wesentlich unterscheidet. Es ist eine grundlegende Veränderung der bildungspolitischen Landschaft Österreichs im letzten Jahr eingetreten. Ich vertrete die Auffassung, daß es nicht das Verdienst der Österreichischen Volkspartei ist, diese grundlegende und erfreuliche Veränderung der bildungspolitischen Landschaft Österreichs herbeigeführt zu haben. Es ist notwendig, daran zu erinnern, daß es in erster Linie der Elterninitiative im Rahmen des Schulvolksbegehrens zuzuschreiben ist, wenn diese grundlegende Veränderung auf dem Gebiet der Bildungspolitik nunmehr eingetreten ist. Man muß Eltern, Lehrern, Studenten und Schülern das Verdienst zuschreiben, diese grundlegende Veränderung in der Bildungspolitik herbeigeführt zu haben. Das berechtigt zu der Annahme, daß die weitere Entwicklung auf dem Gebiet der Bildung in Österreich günstig sein wird.

Abgeordneter Gruber ließ die Frage anklingen, wie nun der weitere Weg der Bildungspolitik in Österreich verlaufen wird. Nach den bisher vorliegenden Erfahrungen der Schulreformkommission gebe ich der Erwartung Ausdruck, daß es trotz aller Gegensätze und Schwierigkeiten, die in der Natur der Sache begründet sind, ein gemeinsamer Weg sein wird.

Ich komme auf den Vorwurf zurück, den der Abgeordnete Gruber der sozialistischen Fraktion hinsichtlich der intellektuellen Redlichkeit im Zusammenhang mit dem Zustandekommen des SPÖ-Hochschulkonzepts gemacht

hat. Es wird Sache der sozialistischen Abgeordneten sein, dazu Stellung zu nehmen. Man wird an das Vorgehen innerhalb der Österreichischen Volkspartei erinnert, das eine Parallele zu dem Vorwurf beinhaltet, den Herr Gruber gegenüber der sozialistischen Fraktion erhoben hat. Wenn man die ÖVP-Konzepte von der Aktion 20 bis zum Koren-Plan nach jenen Kriterien untersucht, die Dr. Gruber aufgezeigt hat, dann hapert es bei der ÖVP ebenso mit der intellektuellen Redlichkeit wie bei der SPÖ. Der von Herrn Gruber den Sozialisten gegenüber erhobene Vorwurf trifft ebenso für die Österreichische Volkspartei zu.

Man soll daher meines Erachtens diese Dinge nicht höherspielen, als angebracht ist. Es kommt meines Erachtens vor allem darauf an, daß zeitgemäße Gedanken und die brauchbaren Ideen der Bildungspolitik in die Tat umgesetzt werden, gleichgültig von welcher politischen Seite dieses Hohen Hauses sie kommen mögen, und daß es uns dort, wo Gegensätze vorhanden sind, gelingen muß, diese Gegensätze im Interesse einer gedeihlichen Bildungspolitik zu überwinden.

Eine weitere Belastung schleppen wir mit: es ist die Tatsache, daß die Bedeutung der Bildungspolitik durch die Einparteienregierung der Österreichischen Volkspartei zu spät erkannt wurde und daß die Bildungspolitik in den ersten Jahren der Einparteienregierung ein Stiefkind gewesen ist, genauso wie die Bildungspolitik in den letzten beiden Jahrzehnten ein Stiefkind der großen Koalition wie der Gesellschaft dargestellt hat.

Nun ist dieser Zustand überwunden und in ein Positivstadium übergeführt worden, was außerordentlich zu begrüßen ist. Jetzt beginnt man auch in Österreich, weit über den Rahmen des Parlaments hinaus, die nationale Bedeutung der Bildungspolitik zu erkennen und dieser nationalen Bedeutung, soweit es die Möglichkeiten zulassen, auch entsprechend Rechnung zu tragen. Es setzt sich die Erkenntnis der Bildungsnotwendigkeit besser als bisher durch.

Mit allem Nachdruck muß ich darauf verweisen, daß Österreich von einer Bildungsrevolution weit entfernt ist und daß wir etwa im Anfangsstadium der Bildungsexplosion stehen. An der Schwelle zu neuen Wegen der Bildungspolitik zur Verwirklichung der Bildungsgesellschaft stehen wir bereits vor großen Schwierigkeiten.

Österreichs Schulwesen ist von der Grundschule bis zur Hochschule derzeit zu wenig differenziert, um der notwendigen Spezialisierung gebührend Rechnung zu tragen. Eine der Fehlerquellen ist darin gegeben, daß das Bildungswesen zu lange als ein Instrument der

13764

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Peter

Verringerung der sozialen Gegensätze und zuwenig als eine Voraussetzung zur Sicherung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit angesehen wurde.

Osterreich ist als kleines Land mit sieben Millionen Einwohnern mitten in die zweite technologische Revolution hineingestellt. Wir müssen die Automatenepoche und das Computerzeitalter bewältigen, manchmal mit äußerst begrenzten Mitteln und Möglichkeiten. Trotzdem werden in Österreich acht von zehn jungen Menschen noch so erzogen, noch so unterrichtet und so ausgebildet, als gäbe es die zweite technologische Revolution nicht.

Viel zuwenig geschieht, um die Jugend vor beruflichen Fehlorientierungen zu warnen. Offen ist die Frage, wer jene Gefährdeten der älteren Generation vor der morgen oder übermorgen schon auf sie zukommenden Notwendigkeit, den Beruf zu wechseln, warnt. All diese Belange sind in der Bildungspolitik über ein Jahrzehnt hindurch nicht berücksichtigt worden. Die jungen Menschen wissen in den seltensten Fällen, welchen Beruf sie ergreifen sollen. Lehrer und Eltern, Schule und Elternhaus stehen vor der Aufgabe, Ratschläge über Berufswahl und Berufsausbildung zu erteilen, für die ihnen zuwenig konkrete Unterlagen, zuwenig zukunftsorientierte Informationen zur Verfügung stehen.

Manchmal werden die heranwachsenden jungen Menschen hierzulande so armselig informiert und ausgebildet, daß man sicher sein kann, daß es nur einem geringen Prozentsatz von ihnen gelingen wird, die durch die Automation verursachte Durststrecke zu überwinden. Viele junge Kaufleute werden heute noch nach dem technischen Stand der zwanziger Jahre geschult und ausgebildet. Handwerker und Organisationen, Interessenverbände und Berufsstände werben ungestraft Nachwuchs an, obwohl sich die Innungsmeister bereits jetzt darüber einig sind, daß es in 15 Jahren kaum noch die gewählten Berufe geben wird.

Daraus ergibt sich einer der entscheidenden Ansatzpunkte für die Neuordnung der Bildungspolitik in Österreich, sollen Fehlentwicklungen gesteuert und gebannt werden. Wir stehen in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten vor Umwälzungen in allen Lebensgebieten und müssen dieser Entwicklung Rechnung tragen. Damit stehen wir aber auch vor der verantwortlichen Frage: Wie bereiten wir die Jugend Österreichs auf diese grundlegenden Veränderungen vor?

Ebenso wird die Neuordnung der Bildungspolitik zu unterscheiden haben zwischen Berufen, die künftig ein ganzes Leben lang aus-

geübt werden können, und solchen, die zeitlich begrenzte Existenzgrundlagen darstellen.

Diese Entwicklung hemmt nach wie vor ein Mißstand, der in Österreich nicht bewältigt ist: die Berufsberatung ist zuwenig zukunftsorientiert. Sie ist, wie die Erfahrung lehrt, in der heutigen Form in den meisten Fällen fehl am Platz, weil sie nicht richtig, sondern vielfach falsch informiert. Begabung und Veranlagung des heranwachsenden jungen Menschen werden viel zuwenig mit den Berufsmöglichkeiten der nächsten zwanzig Jahre in Einklang gebracht. Darin liegt eines der größten Versäumnisse der Berufsberatung.

Aus diesem Grunde ein Appell an den jungen Menschen: Er soll sich auf nichts und auf niemanden verlassen, sondern sich mit seiner persönlichen Situation so bald wie möglich selbst auseinandersetzen, um auch von sich aus berufliche Orientierungspunkte zu fixieren. Damit tritt auch die Eigenverantwortung des jungen Menschen viel mehr in den Mittelpunkt des Geschehens, als es bisher der Fall war.

Zugleich erhebt sich die Frage, ob der Staat in geeigneter Form und in ausreichender Weise eingreift, vorkehrt und die notwendigen Hilfen zeitgerecht bereitstellt.

Meiner Meinung nach hat der Staat bisher viel zuwenig zur Bewältigung dieser Dinge getan, ebenso wie er viel zuwenig zur Bewältigung des Bildungsnotstandes an sich getan hat. Man muß jedem Staatsbürger klarmachen, daß mit der Lohnerhöhung, der Verkürzung der Arbeitszeit und mit mehr Urlaub allein die Probleme des Arbeitnehmers von morgen und übermorgen in der technologischen Gesellschaft nicht mehr zu lösen sind und daß schon morgen wesentlich mehr von ihm verlangt werden wird. Eine folgerichtige bildungspolitische Reaktion auf die Industrie- und Wirtschaftsrevolution ist in erster Linie Aufgabe des Staates, der für die Gemeinschaft des Volkes verantwortlich ist. Zudem ist sie aber auch die persönliche Angelegenheit eines jeden Staatsbürgers. Gebietend steht vor uns die Frage: Was bietet Österreich seiner Jugend für eine Zukunft?

Die bildungspolitischen Vorkehrungen reichen leider noch nicht aus. Das bildungspolitische Angebot an den jungen Menschen ist noch eng begrenzt. Ebenso sind zuwenig vielfältige Berufsausbildungsmöglichkeiten in unserem Bildungswesen bis zur Stunde verankert. Die österreichische Bildungspolitik hat es zwei Jahrzehnte hindurch sträflich unterlassen, Europamaßstäbe in der Bildungspolitik zu fixieren. Nicht zuletzt muß auch auf dem Gebiet der Bildungspolitik Schluß mit nationalistischen Eigenbröteleien gemacht werden.

Peter

Wir bedürfen einer europakonformen und europaaorientierten Bildungspolitik, die besonders in den Bereichen der allgemeinbildenden und berufsbildenden höheren Schulen fixiert werden muß. Wir müssen mehr als bisher auf den Europaakademiker hinarbeiten, dessen Grundlage das allgemeingültige Diplom in allen Staaten Europas nach dem skandinavischen Vorbild sein muß.

Wir brauchen darüber hinaus europäische Normen für die Lehrerbildung. Ich bezweifle namens der freiheitlichen Fraktion, daß die jüngst errichteten Pädagogischen Akademien für die Bewältigung dieser schwierigen Frage ausreichen. Wir müssen darüber hinaus trachten, daß die Lehrerausbildung durch einen Studienaustausch zum Zwecke der Gewinnung von Auslandserfahrungen erweitert wird.

Hat Österreich noch bildungspolitische Chancen? Trotz aller Schwierigkeiten und Mängel, die unserem Bildungswesen anhaften, beantworte ich diese Frage mit ja! Wir haben eine Reihe von Chancen im Rahmen einer modernen Bildungspolitik.

Unsere berufsbildenden höheren Schulen erfreuen sich eines ausgezeichneten Rufes weit über die Grenzen unseres Landes hinaus. Auch unsere Universitäten und Hochschulen sind trotz aller materiellen und personellen Schwierigkeiten noch immer in der Lage, einen wettbewerbsfähigen Akademikernachwuchs heranzubilden. Das ist ein Kapital, das wir von Haus aus mitbringen und von dessen richtiger Verwendung es abhängen wird, wie wir die bildungspolitischen Aufgaben von morgen bewältigen werden.

Wir müssen uns aber entschließen, die falschen, von ÖVP und SPÖ geschaffenen Strukturen des Schulgesetzwerkes 1962 zu beseitigen. Es hat keinen Sinn, daß die Nationalratsmehrheit von 1962 von dem zu geringen Angebot an Mittelschultypen von einst zur Typenvielfalt der allgemeinbildenden höheren Schulen übergegangen ist und daß aus dem einstigen Typeneintopf 1962 ein Typenwirrwarr hervorgegangen ist. Ich wiederhole heute mit allem Nachdruck, daß eines der schlimmsten Versäumnisse der Schulreform 1962 darin besteht, den Ausbau des berufsbildenden höheren Schulwesens ignoriert zu haben.

Welche Schwerpunkte ergeben sich daher für Österreich auf dem Gebiet der Bildungspolitik im Sinne der Europaorientierung? Wir bedürfen der leistungsfähigen Langform der allgemeinbildenden höheren Schulen. Wir brauchen geeignete Oberstufenformen für den ländlichen Raum zur Förderung des Landkindes. Wir bedürfen des Ausbaues und der Verdichtung der berufsbildenden höheren

Schulen. Wir bedürfen ebenso der Hochschulen nach Europamaßstäben, damit die bildungspolitische Richtung Österreichs stimmt.

Wir haben auch die Frage zu stellen, wie die Rechte und Pflichten des jungen Menschen, der in die Bildungsgesellschaft von morgen hineingestellt wird, umrissen werden sollen. Es ist unumstritten, daß der Jugend in unserem staatlichen Gemeinwesen mehr Rechte zugeordnet werden sollen. Über die Einzelheiten dieser Rechte haben wir uns noch gesondert zu unterhalten. Wenn man nach dem Gleichheitsgrundsatz der Verfassung nach mehr Rechten verlangt, ist zugleich damit die Forderung zu verbinden, daß ein weiteres zugestandenes Recht durch eine vermehrte Verantwortung und Verpflichtung kompensiert werden muß. Auch diese Aufgabe haben wir der jungen Generation gegenüber zu erfüllen.

Ich bin der Meinung, daß die überkommenen Formen der Reifeprüfung so rasch wie möglich bewältigt werden müssen, daß man von der überkommenen Notenskala im Zeugnis abrücken muß, um zu einem leistungsgerechten Punktesystem zu kommen, das der Veranlagung, der Neigung, den Schwächen, der Befähigung und Begabung des jungen Menschen besser gerecht wird als das bisherige System.

Eine weitere Aufgabe besteht in der Beseitigung des nach wie vor vorhandenen, wenn auch bestrittenen Bildungsgefälles zum Nachteil des Landkindes. Hieraus ergibt sich eine besondere Aufgabe für die Schulreformkommission.

Eine grundlegende Forderung, die wir Freiheitlichen erheben, ist die, daß mit den Kompetenzen auf dem Gebiet der Schulpolitik, die vor 50 oder 100 Jahren festgelegt worden sind, heute nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann. Die Kompetenzfrage zur Schulerichtung und Schulerhaltung muß neu geordnet werden. Auch dieses Thema stellt unseres Erachtens einen wesentlichen Bestandteil der Arbeit der Schulreformkommission dar.

Das Ziel muß die Erlangung einer größeren Bildungsintensität durch gemeinsame Leistungen verschiedener Gebietskörperschaften sein. Der Unterrichtsminister muß aus der Funktion des unfreiwilligen Erpressers gegenüber Ländern und Gemeinden herausgeführt werden. Angesichts seines finanziellen Notstandes ist er so wie sein Vorgänger gezwungen, von den einzelnen Gebietskörperschaften zusätzliche Leistungen zu verlangen, wenn eine allgemeinbildende höhere Schule außer des Bauplanes des Unterrichtsministeriums errichtet werden soll und wenn der Bund seiner

13766

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Peter

Kompetenzverpflichtung nicht nachkommen kann. Wir werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß wir alle diese Aufgaben aus dem Budget nicht decken können.

Deshalb wiederhole ich namens der freiheitlichen Abgeordneten die Forderung nach Auflegung einer Bildungsanleihe. Für die Gesetzgebungsperiode von 1970 bis 1974 haben wir folgende Bildungsanleihe vor Augen: Der Finanzminister der kommenden Bundesregierung wird genötigt sein, am Anfang der Legislaturperiode die Frage zu prüfen und dem Nationalrat darzulegen, wie er eine Bildungsanleihe im Ausmaß von 3 Milliarden Schilling innerhalb von vier Jahren am Anleihemarkt unterbringen kann. Nach unserer Auffassung sollen zwei Milliarden Schilling für den Ausbau und für die Modernisierung der Hochschulen verwendet werden, die dritte Milliarde soll dem Ausbau und der Erweiterung der allgemeinbildenden höheren und berufsbildenden höheren Schulen dienen. Nach den Forderungen, die wir in der freiheitlichen Bildungsformel festgelegt haben, sollen mindestens 10 Prozent aller Landtags- und Gemeindehaushalte für Bildungsaufgaben zweckgebunden verankert werden. Die Regierungspartei ist jetzt vielleicht versucht, uns eine Trinkgeldtheorie zu unterstellen und zu sagen, dieser Betrag reicht nicht aus. Herr Abgeordneter Steininger! Ein Schelm ist, der mehr gibt, als er hat. Dieser Grundsatz wird auch auf dem Gebiet ... (Abg. Steininger: Herr Abgeordneter Peter, Sie haben keine Ahnung von Gemeindepolitik!) Darüber können wir uns noch gesondert unterhalten. Wenn wir die Schulbudgets der einzelnen Gebietskörperschaften durchforsten, stellen wir fest, daß außerordentlich viel unechte Aufgaben enthalten sind, die der Bildung angelastet werden, sodaß die Mittel nicht unmittelbar der Bildung zugeführt werden können. Daher muß durch Neuordnung der Kompetenzen ein neuer Anfang gemacht werden (Abg. Jungwirth: Da muß ich protestieren als Bürgermeister!) Wir haben viele Gemeinden in Österreich, die weitaus mehr Geld geben, als die Kompetenzen vorschreiben — das ist begrüßenswert (Abg. Jungwirth: Die Schulden machen!) —, Schulden im Interesse der Jugend zu machen, hat Zukunft, Herr Abgeordneter, das ist sicherlich keine Fehlinvestition. Solche Schulden stellen eine völlig gesunde Investition dar, die sich amortisieren wird. Es ist vielen Gemeinden zu danken — ich denke an einige oberösterreichische —, daß sie mit Weitblick, Umsicht und Verantwortung Aufgaben erfüllen, die eigentlich in die Kompetenz des Bundes gehören. (Abg. Jungwirth: Da sind wir uns einig! — Abg. A. Pichler nickt.)

Damit kommen wir zu jener Forderung zurück, die ich bereits erhoben habe. Herr Bürgermeister Pichler, wir werden uns auch in dieser Frage einigen. Ich komme damit zu der schon erhobenen Forderung zurück, die Kompetenzen über Schulerhaltung und Schulerrichtung neu zu ordnen, weil man mit Kompetenzen, die vor 50 oder vor 100 Jahren fixiert worden sind, heute einfach nicht mehr das Auslangen finden kann. Über diese Frage zu reden, war die ÖVP-Alleinregierung in der abgelaufenen Gesetzgebungsperiode niemals bereit. Gerade das aber betrachten wir freiheitlichen Abgeordneten als ein besonderes Versäumnis der monocoloren Regierung.

Ich gehe einen Schritt weiter und weiß, daß die Mittel der öffentlichen Hand nicht ausreichen werden, um alle bildungspolitischen Anforderungen zu erfüllen, die gestellt werden. Bildungspolitik kostet Geld und wieder Geld. Wir wissen um die begrenzten Möglichkeiten auf der Budgetseite und müssen daher neue Wege zur finanziellen Realisierung dieser dringend gebotenen bildungspolitischen Maßnahmen treffen. (Abg. Doktor Withalm: Herr Kollege Peter! Wir wollten eben kein Schelm sein, wie Sie gesagt haben!) Das war jetzt wieder ein konstruktiver FPÖ-Vorschlag, Herr Abgeordneter Withalm. (Abg. Dr. Withalm: Für den bin ich immer zu haben!) Ich kritisiere ja das ÖVP-Unterrichtsbudget nicht von den Ziffernansätzen her. Ich werde mich hüten, in einer so schwierigen bildungspolitischen Situation, in einer so schwierigen finanzpolitischen Situation und in einer Situation, in der die Arbeit der Schulreformkommission so gut angelaufen ist, vom Standpunkt eines kurzsichtigen Opponierens aus zum Unterrichtsbudget Stellung zu nehmen. Mir geht es darum, eine konstruktive Rede zur Bildungspolitik zu halten und konstruktive Gedanken als Diskussionsgrundlage beizutragen. Allerdings ist es notwendig, daß auf ÖVP-Seite eine Bereitschaft zur Diskussion und zur Prüfung der FPÖ-Vorschläge besteht. Zum Beispiel für folgende konkrete Forderungen:

Zusätzliche private Initiativen in finanzieller Hinsicht für die Bildungspolitik sollten zum Beispiel durch ein Stiftungsgesetz erschlossen werden. Bei Errichtung von Stiftungen für Bildungszwecke sind Steuerbegünstigungen zu gewähren. Darüber müßte man doch mit der Regierungsmehrheit ein vernünftiges Gespräch führen können. Dazu, Herr Unterrichtsminister, fordern wir Freiheitlichen ein Ausbildungsförderungsgesetz zur Schaffung gleicher Chancen für alle Bildungswilligen in unserem Staat. Unsere weitere Sorge, Herr Unterrichtsminister, gilt dem Fernunterrichts-

Peter

gesetz, mit dem hier der zweite Bildungsweg belebt werden soll.

Das sind Forderungen nach modernen Mitteln, Möglichkeiten und Methoden der Bildung, über die wir uns noch in dieser Legislaturperiode auseinandersetzen müssen; denn Sie, Herr Minister Dr. Mock, legen ja größten Wert darauf, daß die Arbeit der Schulreformkommission durch den Wahlkampf nicht unterbrochen wird. Wir Abgeordneten haben uns diesem Begehren gebeugt, wenn auch diese Last aus Termingründen außerordentlich schwer uns drückt.

Wir brauchen ebenso ein neues Forschungsförderungsgesetz zur Vereinheitlichung und Zusammenfassung gegenwärtiger Förderungsmaßnahmen, damit ein größerer Wirkungsgrad der Förderung erreicht wird. Wir brauchen zudem ein Erwachsenenbildungsgesetz, das Grundfragen, deren Auswirkungen und Aufstiegsmöglichkeiten fixieren soll.

Mit diesen Vorschlägen wollen wir freiheitlichen Abgeordneten einen konstruktiven Beitrag zur Erlangung des Zieles leisten, den Anschluß an die europäische Bildungsgesellschaft in der nächsten Gesetzgebungsperiode von 1970 bis 1974 zu gewinnen. Auch aus diesem Grunde soll die eingeleitete Diskussion nicht unterbrochen werden, damit es so rasch wie möglich gelingt, dem Bildungswesen neue Dimensionen in Österreich zu erschließen.

Wir brauchen ebenso neue Formen der Schüler- und Studiengemeinschaften. Wir brauchen neue Formen der Lehrer- und Schülerbeziehungen. Wir brauchen zudem ein bildungspolitisches Partnerschaftsverhältnis zur Verlebendigung der Schul- und Schülergemeinschaft.

Durch weniger Demonstration und durch mehr Experimente in den Schulen sowie durch den Abbau des Obrigkeitsstaates soll die Verlebendigung der Demokratie erzielt werden. Einseitige Stoffdarbietung und Lehrermonologe sollten durch mehr Diskussion zur besseren Wissensfindung und zur funktionsfähigeren Demokratie ergänzt werden.

Herr Unterrichtsminister, wir benötigen die Überwindung der erstarrten Schulgesetze, die in den letzten sieben Jahren nur blockierend wirkten. Wir brauchen deren Ersetzung durch eine flexible bildungspolitische Rahmengesetzgebung, die ein rasches Anpassen an die dynamischen gesellschaftlichen Veränderungen ermöglicht.

Wir stehen inmitten einer permanenten Bildungsreform, die Mut zum bildungspolitischen Experiment erfordert.

Wir wissen, Herr Minister, wie sehr die bildungspolitischen Mechanismen erstarrt sind. Wir wissen, daß diese alten Mechanismen der österreichischen Schulpolitik nicht mehr funktionieren.

Nun ein Wort, das ich an die zwei alten Parteien des Nationalrates richten möchte. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* In diesem Falle, Herr Abgeordneter Dr. Withalm, trifft das Wort von den alten Parteien im vollen Sinne des Wortes zu. *(Abg. Dr. Withalm: Das hat nichts zu tun mit diesem Fall! Das haben Sie schon am Sonntag penetrant dargelegt!)* Das hat mit Ihrem ÖVP-Budget außerordentlich viel zu tun, Herr Abgeordneter Dr. Withalm. *(Abg. Dr. Withalm: Das ist ein neuer Schlager der Freiheitlichen Partei, das haben wir schon erkannt!)* Nun das Wort, das wir Freiheitlichen an die zwei alten Parteien dieses Hauses zu richten haben, an jene zwei alten Parteien, die sich anschicken, die alte große starre Koalition wieder aufleben zu lassen. *(Abg. Dr. Withalm: Sie sind ein junger, kraftvoller Bursch, wenn ich Sie so anschau!)*

Sie schleppen, Herr Abgeordneter Doktor Withalm, genauso wie der Klubobmann der Sozialistischen Partei Dr. Pittermann diesen erstarrten Koalitionsmechanismus im Nationalrat mit. Sie, die Österreichische Volkspartei, und Sie, die Sozialistische Partei Österreichs, halten an jener unglückseligen Zweidrittelmehrheit in Fragen der Bildungspolitik dort fest, wo einfache Mehrheiten nach der Verfassung ausreichen würden, um nutzbringende bildungspolitische Entscheidungen zu fällen.

Zu dieser schwarz-roten Koalitionspolitik sagen wir Freiheitlichen nein, und aus diesem Grunde lehnen wir auch das Kapitel Unterricht ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Zankl das Wort.

Abgeordneter **Zankl** (SPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Bevor ich mich mit meinem eigentlichen Thema, nämlich dem von meiner Kollegin Klein-Löw angekündigten Thema der Mittelstufenfrage, zuwende, möchte ich mich doch noch vorher mit einigen anderen Fragen beschäftigen.

Als ein Sprecher dieser einen alten Partei, wie uns Kollege Peter soeben genannt hat *(Abg. Peter: Aber nichts gegen den jungen Zankl!)*, mit einem sehr alten, gediegenen, gut überlegten Schulprogramm und mit dem geschichtlichen Nachweis dafür, daß wir Sozialisten seit Jahrzehnten für eine moderne, für eine fortschrittliche Schule eintreten, möchte ich zunächst zu einigen Äußerungen des Kolle-

13768

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Zankl

gen Peter Stellung nehmen, und zwar zu dem, was wir ja an sich ohne weiteres unterstreichen, Kollege Peter, nämlich die Bemühungen der Freiheitlichen Partei, für eine Schulbauanleihe einzutreten. Das ist ein durchaus vernünftiger Gedanke.

Aber ich möchte, nachdem ich immerhin 13 Jahre Bürgermeister einer mittleren Gemeinde war, bevor ich in dieses Haus kam, und heute immer noch Schul- und Kulturreferent in dieser Gemeinde bin, auch eine kleine Laudatio auf die Tätigkeit der Gemeinden aussprechen. Es ist nämlich nicht so, mein lieber Kollege Peter, daß der Aufwand der Gemeinden für die Erhaltung und für den Bau von Schulen so etwa unter 10 Prozent liegt. Ich spreche nicht von den ganz kleinen Gemeinden, aber ich spreche von den Gemeinden, die die Aufgabe haben, neue, größere und modernere Volksschulen zu bauen, die im Rahmen der Schulgemeindeverbände neue Hauptschulen bauen müssen, die ihren Beitrag über die Schulbaufonds für Berufsschulen auch für den Bau neuer Berufsschulen leisten müssen, und ich spreche von den Gemeinden, die — das hat Kollege Peter ja auch so verstanden, das unterstreiche ich auch — unerhörte Leistungen erbringen müssen, um überhaupt in den Bereich jener Gemeinden zu kommen, in denen einmal eine allgemeinbildende höhere Schule errichtet werden soll oder kann. Das ist das — ich greife da nicht Sie an, Herr Minister, es war Ihr Vorgänger ja auch, aber es ist auch kein Angriff gegen Dr. Piffl, das ist eben so eine Gepflogenheit in Wien, im Ministerium —, was also von diesen Gemeinden vorher verlangt wird, bevor es zu einem Vertragsabschluß über die Errichtung einer AHS kommt — im „Jahre Schnee“ natürlich erst —, und was vorher an Leistungen aufgebracht werden muß durch den Kauf von Gründen, durch die Aufschließung von Gründen und so weiter. Wenn man das alles berücksichtigt, so kommt man bei jenen Gemeinden, die überhaupt als Schulbaugemeinden in Frage kommen, bestimmt zu Leistungen, die weit über 10 Prozent des ordentlichen Haushaltes liegen. Aber selbst die, in denen keine Schulen gebaut werden können oder müssen, müssen über die Kopfquotenanteile, zum Beispiel bei uns in Kärnten, in den Schulgemeindeverbänden sehr große Leistungen erbringen. Wenn ich Ihnen sage, daß bei uns in Kärnten durch diese enorme Bautätigkeit auf dem Hauptschulsektor, die wir sehr begrüßen, in den meisten Gemeinden die Schülerkopfquote für einen Hauptschüler an den Schulgemeindeverband ungefähr bei 2300 bis 2500 S im Jahre liegt, dann kann man sich ungefähr ausrechnen, wie hoch die Leistungen sind.

Nun aber noch kurz zu drei Kärntner Fragen, bevor ich zu meinem eigentlichen Thema komme, und zwar Thema Nummer 1: Genau heute vor einer Woche hat der amtsführende Präsident des Kärntner Landesschulrates im Kärntner Landtag anlässlich der Budgetdebatte festgestellt, daß von den 607 Millionen Schilling Schulbaumitteln des Bundes im heurigen Jahr nicht eine einzige Million nach Kärnten geflossen ist. Das ist ein für Kärnten sehr bedauerliches Faktum.

Ein zweites Faktum, das mein Kollege Lukas genauer und ausführlicher beleuchten wird, das ich aber auch noch erwähnen möchte, ist der projektierte Bau der Pädagogischen Akademie in Klagenfurt, für den — eigenartigerweise, sage ich — wohl im Jahre 1968 10 Millionen vorgesehen waren, die aber nicht beansprucht werden konnten — ich gehe nicht darauf ein, warum, das wird mein Kollege Lukas dann eingehender beleuchten —, für den aber im Jahre 1969 nichts eingesetzt war. Und das ist das Eigenartige daran. Daß für das nächste Jahr wieder 10 Millionen eingesetzt sind, möchte ich nur erwähnen. Es wurde heuer aus den sogenannten Fertigbauteilen in der Klagenfurter Bahnhofstraße ein Ersatzbau, ein Provisorium, errichtet, in den die Pädagogische Akademie eingezogen ist.

Ich erwähne das deshalb, weil dieser Fertigteilbau eigentlich nicht für die Pädagogische Akademie vorgesehen war, sondern zur Erleichterung der Raumverhältnisse in den beiden Bundesgymnasien I und II in Klagenfurt gedacht war. Dort schaut es nämlich schon so aus, daß mir der Herr Direktor gesagt hat, er würde im nächsten September — 1970 — nicht mehr in der Lage sein, den Ansturm in die ersten Klassen aufzunehmen, weil die Räume ganz einfach nicht mehr zur Verfügung stehen. Sämtliche Nebenräume, sämtliche Kabinette, ja sogar die Gänge sind durch Abteilungswände zu provisorischen Klassen umgebaut worden. Wenn hier nichts geschieht, dann steht er vor der Situation, Schüler, die die Aufnahmeprüfung bestanden haben, abweisen zu müssen.

Deshalb sage ich das. In diese Fertigteilbauklassen, die in der Bahnhofstraße für das Bundesgymnasium I und II errichtet worden sind, damit diese endlich Luft haben und sich bewegen können, neue Räume haben, ist nun die Pädagogische Akademie eingezogen, und es besteht die große Gefahr, Herr Minister, wenn Sie nicht Ihrem Kollegen Dr. Kotzina bei der Bereitstellung von Mitteln etwas nachhelfen, daß die Pädagogische Akademie in Klagenfurt sehr, sehr lange in diesen Provisorien sich wird etablieren und aufhalten müssen und daß das Bundesgymnasium I und II

Zankl

in Klagenfurt nicht die Möglichkeit haben wird, in diese für sie vorgesehenen Räume einzuziehen.

Ein zweites sehr bedauerliches Faktum in Kärnten, das kein gutes Licht auf diese Schulbaupolitik des Bundes wirft, ist also diese Sache, die ich eben angezogen habe. Diese beiden Fakten stehen, meine Damen und Herren von der ÖVP, im Widerspruch zum angeblich steigenden Bildungsvorrang in den Budgets der monocoloren Regierung.

Nur noch eine Sache möchte ich hier erwähnen, sie ist mit einer Hoffnung verknüpft, wenn ich das hier ausspreche: dem Realgymnasium Völkermarkt ist — anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Kärntner Volksabstimmung — zugesagt worden, auch vom Herrn Bundeskanzler und auch von Ihrem Vorgänger, Herr Minister, daß in Bälde mit dem Neubau einer AHS in dieser Stadt zu rechnen sein werde. Dort sind nämlich die Raumverhältnisse genauso erschreckend wie in anderen Städten. Ich möchte Sie, Herr Minister, daher ersuchen, sich dafür einzusetzen, daß heuer zumindest der endgültige Planungsauftrag hinausgeht, damit es dann wenigstens 1971 zum Bau dieses Gymnasiums wird kommen können.

Und nun zu dem Thema, das uns Sozialisten sehr am Herzen liegt und das hier schon öfters erörtert worden ist, nämlich der Schule für die 10- bis 14jährigen — oder wie wir sie in Zukunft nennen wollen — die Allgemeine Mittelschule, die Mittelschule überhaupt.

Vor mehr als 40 Jahren hat der große Wiener Schulreformer Otto Glöckel sich bemüht, vergeblich bemüht, aus den Hauptschulen und aus den Untermittelschulen durch Zusammenlegung einen Schultyp zu zimmern, der eine Art Einheitsmittelschule dargestellt hätte. Infolge des bekannten Widerstandes auf konservativer Seite kam es zunächst nur zu sogenannten Schulversuchen, und diese Allgemeinen Mittelschulen — wie diese Schulversuche genannt wurden — waren damals schon richtungsweisend, und sie ahnten schon irgendwie die kommende internationale Entwicklung auf dem Schulbaugebiet, auf dem Gebiet der Schulformen voraus. Man kann ohne Übertreibung auch heute noch sagen: Wien wurde auf diese Art zu einem richtigen Mekka für die moderne Schule.

Der große deutsche Pädagoge und Theoretiker Georg Kerschensteiner hat diese Erprobung der Schulen in Wien mit großem Interesse verfolgt und ihr auch zugestimmt. Aber leider ist es auch damals infolge der innerpolitischen Gegensätze nicht dazu gekommen, eine einheitliche Mittelstufe zu errichten, sondern es blieb bei diesem dualisti-

schen Schulaufbau, wie wir es nennen oder genannt haben. Die Übergänge, die in dem Hauptschulgesetz 1927 vorgesehen waren, wurden nur sehr selten in Anspruch genommen und kaum realisiert.

Während nach dem zweiten Weltkrieg in vielen Staaten Schulmodelle für Gesamtschulen errichtet und erprobt wurden, ist die ÖVP nach dem zweiten Weltkrieg ganz einfach dafür eingetreten, diese alten Volksschuloberstufen zu erhalten. Sie hat sich nur für einzügige Hauptschulen ohne jede Übertrittsmöglichkeit entschließen können, und sie hat sich drittens immer wieder ganz einfach dafür ausgesprochen, die Gymnasien in der alten Form, in der Form als Ausleseschule zu erhalten und nicht zu ändern.

Dem Schulgesetzwerk aus dem Jahre 1962 gingen eineinhalb Jahrzehnte lange Verhandlungen voraus. Es kam, wie man das zu unserer Zeit genannt hat, zu einem richtigen schulpolitischen Stellungskrieg zwischen den beiden großen Parteien, und das Ergebnis war leider ein Kompromiß, das wir ja alle kennen. Es kam zur zweizügigen Hauptschule, einer Art Obergymnasium, das wir Musisch-pädagogisches Realgymnasium genannt haben — der Name ist nicht sehr glücklich, aber die Einrichtung hat sich als sehr glücklich erwiesen — und schließlich — das hat der Kollege Peter auch schon hier erwähnt — zu einer Form der Lehrerbildung, von der wir Sozialisten viel lieber gehabt hätten, daß es eine echte Lehrerrhochschule geworden wäre, es kam also zur Pädagogischen Akademie, zu einer hochschulähnlichen Anstalt, in der sich die Lehrerbildung nun abwickelt.

Wie das nun ist, meine Damen und Herren: Kompromisse drängen immer zu einer Weiterentwicklung, und es ist daher kein Wunder, daß vor der endgültigen Realisierung aller Gesetzesbeschlüsse das Bedürfnis zu erkennen ist, weiter zu reformieren, weiter zu entwickeln. Wir geben als Sozialisten zu, daß das Schulvolksbegehren hier auch eines der auslösenden Momente war.

Uns Sozialisten war es völlig klar, daß diese Schulgesetze aus dem Jahre 1962 nicht jahrzehntelang haltbar sein können. Wir leben nun einmal in einer Zeit der überstürzten technischen Entwicklung, und es ist daher zwangsläufig, daß sich damit auch der geistige Unter- und der geistige Oberbau oder Überbau — wie man es nennt, ist gleichgültig — ändern wird.

Die Langformen der Realgymnasien und der Gymnasien wurden und werden immer mehr zu einer unbefriedigenden allgemein zugänglichen Schulform, deren Unterstufe im Laufe der Zeit diesen Elitecharakter ohnehin

13770

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Zankl

schon von selbst immer mehr verloren hat. In diese Unterstufe werden, wie auch allgemein bekannt ist, die Kinder ganz einfach hineingepreßt, von Eltern, die gar nicht die Absicht haben, die Kinder bis zur Matura in diesen Gymnasien zu belassen, Sie wissen ja aus der Statistik genausogut wie ich, daß nur ungefähr 30 Prozent der eintretenden Mittelschüler überhaupt bis zur Matura kommen.

Wenn der OECD-Bericht davon spricht — ich erwähne hier nur einige Schlagworte daraus, einige Sätze —, daß es einen steigenden Bedarf an hochqualifizierten Kräften geben wird, den das eng-elitäre Gymnasium, wie sich der OECD-Bericht ausdrückt, nicht mehr verkraften kann, oder wenn er von der Dringlichkeit einer verbreiterten modernen Allgemeinbildung und einer zweckmäßigen Auslese für die industrielle Gesellschaft spricht, dann erkennen Sie daraus, daß es allgemein bekannt ist, daß bei einem 10jährigen Kind ganz einfach nicht verlässlich feststellbar ist, ob es für eine Oberstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen geeignet ist oder nicht beziehungsweise ob es überhaupt jemals Hochschulreife erreichen wird.

Gestatten Sie mir, daß ich aus einer Zeitung, die nicht uns Sozialisten, sondern der ÖVP nahesteht, etwas verlese, und zwar aus der Zeitschrift „Der Kärntner Lehrer“, der Zeitschrift des ÖVP-Lehrerbundes in Kärnten, die in der Septemberrummer unter anderem folgendes aussagt: „Aus einschlägigen Untersuchungen muß man die Folgerung ziehen, daß eine Auslese und eine Schulbahnlenkung mit zehn Jahren verfrüht ist und zu diesem Zeitpunkt noch keine schwer revidierbaren Entscheidungen über die Schullaufbahn getroffen werden sollten.“

Ich sage Ihnen das deshalb, meine Damen und Herren von der ÖVP, um darauf hinzuweisen, daß es auch in Ihrer Partei eine sehr große Zahl von Pädagogen gibt, die absolut fortschrittlich denken, die sich aber leider gegen das andere Element in Ihrer Partei, das nicht fortschrittlich denkt, nicht durchsetzen kann.

Das alte Jahresklassensystem geht von der völlig überholten Voraussetzung aus, daß alle Schüler einer Altersstufe in allen Gegenständen in derselben Zeit dasselbe leisten müßten. Die moderne Schulkonzeption geht davon ab. Sie hat nämlich zur Kenntnis genommen, daß es eben bei allen Kindern natürliche Begabungsunterschiede gibt.

Das sozialistische Schulprogramm — darauf ist ja meine Kollegin Klein-Löw schon kurz eingegangen — schlägt daher ganz konkret den prüfungsfreien Übertritt von der Grund-

schule in die Mittelschule vor, die Einteilung in zwei Basisgruppen, die den zwei Klassenzügen der Hauptschule ähnlich sind, weiters, daß Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache in drei differenzierten Leistungsgruppen unterrichtet und daß Förder- und Stützkurse dazwischengeschaltet werden sollen, um den Übergang von der niedrigeren zu höheren Leistungsgruppen zu ermöglichen.

Die Wichtigkeit dieser Stützkurse, meine Damen und Herren, geht aus einem Aufsatz hervor, den einer der Initiatoren des Schulvolksbegehrens, ein Dr. Baier aus Graz, in der „Zukunft“ — das ist eine sozialistische Zeitschrift — im Dezember 1968 veröffentlicht hat und in dem er davon spricht, daß ungefähr die Hälfte aller Schüler der AHS, also der allgemeinbildenden höheren Schulen, den Nachhilfeunterricht benötigen.

Nach der sozialistischen Auffassung von der Mittelschule kann ein Schüler zum Beispiel in Mathematik ohneweiters in der Leistungsgruppe I untergebracht werden, in Deutsch aber in der Leistungsgruppe II eingereiht sein. Versagt er in Mathematik in der Leistungsgruppe I, dann muß er — das ist das Novum, das wir vorsehen — nicht mehr repetieren, sondern er wird ganz einfach von der Leistungsgruppe I in Mathematik in die Leistungsgruppe II zurückversetzt, besucht dort einen Förderkurs und kann eventuell später wieder von der Gruppe II in die Gruppe I aufsteigen.

Der Klassenverband selbst, der wichtige sozialpsychologische Aufgaben zu erfüllen hat, bliebe erhalten für die künstlerisch-technischen Fächer und für die sogenannten Realien, wie wir das nennen, also Geschichte, Geographie, Naturgeschichte, Naturlehre. Bei allgemeinen prüfungsfreien Übertritt von der Grundschule in die Mittelschule würde es also — auch das ist schon von der Frau Hofrätin Dr. Klein-Löw ausgesprochen worden — gleiche Startbedingungen geben. Wie auf einer Drehscheibe würden die Schüler der Mittelschule nach ihren Begabungen durchsortiert und den entsprechenden Lern- und Bildungsbahnen zugeführt werden.

Die allgemeine Mittelschule ermöglicht die volle Ausschöpfung unserer Begabungskapazität. Sie schafft den sozialen Numerus clausus ab und sorgt dafür, daß endlich mehr Kinder aus Arbeiter- und Bauernkreisen bis zur Hochschulreife gelangen können. Damit würde man auch dem entsprechen, was der OECD-Bericht, von dem ich früher gesprochen habe, den Verantwortlichen auferlegt.

Im übrigen, meine Damen und Herren, möchte ich darauf hinweisen, daß mein Kollege Radinger auch erwähnen wird, daß die Euro-

Zankl

päische Unterrichtsministerkonferenz heuer im Mai zu ähnlichen Ergebnissen gekommen ist, über die noch zu sprechen sein wird.

Osterreich braucht diese Form der Gesamtschule, weil diese Form der Gesamtschule das Bildungsprivileg abschaffen kann, weil sie die Jugend in die Lage versetzt, in einem reiferen Alter als bisher, und zwar mit eigener Überlegung, selbst über ihre Schul- und Berufslaufbahn zu entscheiden.

Ich weiß, es gibt auf Ihrer Seite, meine Damen und Herren von der OVP, zahlreiche spöttische Bemerkungen über die programmatischen Erklärungen meiner Partei, aber es hat ja schon die Kollegin Klein-Löw darauf hingewiesen, daß gerade zu diesem Schulprogrammwurf — inzwischen ist ja aus dem Entwurf ein Schulprogramm geworden; es wurde etwas modifiziert, es wurden einige sehr brauchbare Vorschläge eingearbeitet, und dieser Programmentwurf wurde auf dem Parteirat zu einem richtigen Programm erhoben — über 3000 Zuschriften gekommen sind, und zwar zahlreiche begeisterte und zustimmende Erklärungen auch aus Ihrem Lager, meine Damen und Herren von der OVP.

Die Schule von heute muß eben der modernen Industriegesellschaft angepaßt werden, und für diese Gesellschaftsform hat sie nun einmal andere Aufgaben zu erfüllen als für die bisherige oder die frühere Agrargesellschaft.

Meine Damen und Herren! Das Ausland ist uns in dieser Entwicklung hier weit, weit voraus. Ich möchte hier nur einige Beispiele anführen.

Zum Beispiel in England ist aus einer Art Gymnasium, den Grammar Schools, und aus einer Art Hauptschule eine Art Gesamtschule gezimmert worden, die sich immer mehr durchsetzt, nämlich die Comprehensive Schools. In vielen, vielen Gebieten Englands hat sich diese Art von Gesamtschule bereits durchgesetzt und ist schon viel stärker vertreten als die beiden anderen noch dualistischen Schulformen.

In Schweden — ich möchte das auch noch kurz erwähnen — hat man zehn Jahre hindurch Schulversuche angestellt und ist zu einer Art Gesamtschule für neun Lebensjahre gekommen. Man nennt sie dort oben die enhetsskola. Das ist ein Name, der bei Ihnen nicht sehr beliebt ist, der Ihnen aber bekannt ist. Sie erinnern sich, wir haben ja einmal, vor Jahrzehnten, von der Einheitsschule gesprochen. Sie haben diese Benennung immer sehr herabgesetzt. Aber die Schweden haben sich eben zur Benennung dieser Schulen als enhetsskola durchgerungen.

In Deutschland werden viele Versuche in fast allen Bundesländern durchgeführt. Es hat sich der Typ der Gesamtschule schon in den meisten Bundesländern durchgesetzt.

In Frankreich gibt es ähnliche Formen. Es wird dort bis zum Jahre 1972 diese Entwicklung abgeschlossen sein. Ich möchte Ihnen hier etwas vorlesen, was sich im Mai 1965 in der Assemblée Nationale abgespielt hat. Ich meine die Rede des damaligen Unterrichtsministers Fouchet. Es handelte sich um einen Gaullisten. Er hatte damals im französischen Parlament unter anderem folgendes gesagt:

„... wir müssen das gesamte Kulturniveau der Nation heben und allen französischen Kindern potentiell die Möglichkeit bieten, den ihren Anlagen entsprechenden Platz in der Gesellschaft zu erhalten; daher werden alle Kinder von 11 bis 15 Jahren ihre Studien gemeinsam betreiben, in der gleichen Anstalt, wenn auch in verschiedenen, durch Weichen und Übergänge eng verbundenen Sektionen, unter ständiger planmäßig durchgeführter Beobachtung und Orientierung.“

Das hat also Fouchet, ein Gaullist, im Mai 1965 in der französischen Nationalversammlung unter anderem gesagt.

In Italien haben wir ähnliche Verhältnisse. Dort gibt es bereits die untere Hälfte einer Gesamtschule, die Scuola Media Statale, und sie hat ein ähnliches Aussehen, wie wir uns ungefähr die Mittelschule in Österreich vorstellen.

Ähnlich ist es in Belgien, in Dänemark, in Jugoslawien, und so weiter und so weiter.

Diese Entwicklungstendenz zu gesamtschulähnlichen Formen gibt es nicht nur in Europa, sondern auch in den USA, in Kanada, in Japan, in Rußland und überhaupt in allen Ostblockstaaten.

Diese konservativen Einwände, die wir kennen, meine Damen und Herren, von Ihrer Seite, von der rechten Seite des Hauses, es würde sich um einen pädagogischen Eintopf handeln, es bestünde eine eminente Nivellierungsgefahr, es sei eine „mutwillige“ Zerstörung des „altbewährten“ Gymnasiums, die sind uns also bekannt.

Ich möchte Ihnen dazu wieder aus der Zeitschrift „Der Kärntner Lehrer“, etwas vorlesen, um Ihnen nur zu sagen, daß diese konservativen Einwände — Gott sei Dank, sage ich — nicht die Ansicht aller Lehrer Ihrer Partei sind. Diese Zeitschrift schreibt also unter anderem folgendes:

„Pauschale Ablehnungen und Verdächtigungen mit Hilfe von Gespenstern aus der ideologischen Mottenkiste, wie etwa die der Gesamtschule angelasteten ‚Leistungshemmen-

13772

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Zankl

den Nivellierungstendenzen', " — die Worte „leistungshemmenden Nivellierungstendenzen" unter Anführungszeichen — „bringen keine Klärung brennender schulpolitischer Fragen."

Oder ein zweiter Absatz aus dieser Zeitung: „Dieser Organisationsvorschlag" — ich meine also die Mittelschule — „... entspricht jedoch, wie aufgezeigt, dem parteiunabhängigen internationalen Trend." ... „Die weltweite Entwicklung in Richtung Gesamtschule ist nicht zu leugnen und wird sicher auch in Österreich in irgendeiner Form Eingang finden."

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie nun zum Schluß nur noch auf etwas Erfreuliches hinweisen. Einer der Ordinarii für Pädagogik der österreichischen Hochschulen, die also für uns in der Hochschulreformkommission mitarbeiten, hat unter anderem folgendes gesagt: Eine den österreichischen Verhältnissen angepaßte Form der Gesamtschule für den Mittelbau wäre zu wünschen.

Der Dezemberbericht über die Arbeit der Hochschulreformkommission wird in entscheidenden Fragen leider noch nichts aussagen. Auch das hat meine Kollegin, die Frau Doktor Klein-Löw, hier schon angeschnitten.

Aber, meine Damen und Herren: Wir Sozialisten erwarten von Ihnen, daß Sie sich in der Frage der österreichischen Form einer Gesamtschule dem parteiunabhängigen internationalen Trend anschließen mögen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Unterricht Dr. Mock. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Unterricht Dr. **Mock**: Herr Präsident! Hohes Haus! Es wurde im Laufe der Diskussion des heutigen Tages bereits eine solche Fülle von Ideen, Vorschlägen und Kritiken geäußert, daß ich mich veranlaßt sehe, bereits jetzt kurz zu einigem Stellung zu nehmen.

Grundsätzlich möchte ich sagen, daß ich für alle Anregungen, Programme, Vorschläge und Ideen dankbar bin, die sich mit der Bildungsproblematik auseinandersetzen. Es gibt hier für niemanden ein Exklusivrecht. Wir im Unterrichtsministerium beschäftigen uns auch mit sämtlichen Unterlagen, die in dieser Richtung erstellt werden.

Die erste Sprecherin des heutigen Tages, die Frau Abgeordnete zum Nationalrat Hofrat Dr. Stella Klein-Löw hat eine Bemerkung zum Budget gemacht und unter Hinweis auf die Zahlen festgestellt, daß hier eigentlich kein Vorrang zum Ausdruck kommt. Wenn man

die Entwicklung draußen ansehe, so stelle man ein Aufbäumen — wie es genannt wurde — gegen eine solche Behandlung der Bildungsproblematik fest.

Ich glaube, daß die Unruhe, die auch an unseren Hochschulen festzustellen ist, zu allererst einen gesellschaftspolitischen Hintergrund hat und daß sich die Studenten — meiner Auffassung nach zu Recht — wie auch reformwillige Professoren und andere Angehörige der Universitäten dagegen zur Wehr setzen würden, wollte man nur mit einem materiellen Aspekt oder mit mehr Geld diese Unruhe sozusagen kalmieren. Ich glaube, daß die öffentliche Hand in Hinkunft sicherlich auch noch mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen wird. Aber dies ist nur ein Teilaspekt. Es handelt sich letztlich um ein gesellschaftspolitisches Problem, um eine Reform der Strukturen unserer Hochschulen, die nicht immer Gleichschritt gehalten haben in ihrer Anpassung mit der gesellschaftspolitischen Entwicklung, um eine Reform des Inhalts dessen, was dort angeboten wird. Und auch um eine Reform der Methoden, wobei ich der Auffassung bin, daß, was immer das Ergebnis der Reform sein wird, darunter nicht die Qualität der angebotenen Lehre und wissenschaftlichen Forschung leiden darf.

Es wurde dann auf den speziellen Sektor des berufsbildenden Schulwesens und auf meine Ausführungen im Unterrichtsausschuß verwiesen.

Ich möchte auf die Frage: Was wird getan, um konkret das berufsbildende Schulwesen zu fördern?, folgendes anführen: Weil mir dieser Sektor besonders wichtig erschien, habe ich mich sofort nach meiner Amtsübernahme mit den anhängigen Projekten beschäftigt. Es konnte dazumal im Monat Juni die Finanzierung eines großen Projektes einer höheren technischen Lehranstalt in einer Handelsakademie in Sankt Pölten in einem Gesamtausmaß von 200 Millionen Schilling noch für 1969 sichergestellt werden. *(Zwischenruf des Abg. Haas.)* Es konnte auch der Baubeginn der höheren technischen Lehranstalt Wiener Neustadt sichergestellt werden. Es wurde bei den Budgetverhandlungen zum ersten Mal auch ein Ansatz von 20 Millionen Schilling für ein Leasing-Programm sichergestellt. Das ergibt ein Bauvolumen von rund 200 Millionen Schilling vornehmlich für Projekte des berufsbildenden Schulwesens. Eine Liste dieser Projekte ist vor kurzem von mir an den Herrn Bauenminister zwecks endgültiger Abstimmung ergangen.

Ich glaube, daß nicht nur ein Postulat aufgestellt wurde, nämlich daß das berufsbildende Schulwesen stärker als bisher zu entwickeln

Bundesminister Dr. Mock

ist, sondern daß auch unter Beweis gestellt wurde, daß man versucht, im Rahmen der gegebenen finanziellen Möglichkeiten in der Praxis zu zeigen, daß man dieses Postulat durchführt.

Es wurde dann zur Problematik des Bildungsgefälles zwischen Stadt und Land und verschiedenen sozialen Schichten gesprochen. Auch ich bin der Auffassung, daß wir uns bemühen müssen, durch eine Annäherung an eine Chancengleichheit dieses Bildungsgefälles abzubauen. Es wird von niemandem bestritten, daß dieses Bildungsgefälle besteht, ich würde sagen, schon aus naturgegebenen, oft nur topographischen Gegebenheiten. Wenn ich auf einem Bauernhof weiter entfernt allein wohne, gibt es größere Hindernisse, daß ich eine höhere Schule besuche, als wenn ich sozusagen nur um die Ecke wohne. Deswegen trete ich dafür ein — und auch das hat einen gewissen Niederschlag im Budget 1970 gefunden —, daß wir mehr Stipendien zur Verfügung stellen, daß mehr Konvikte gebaut werden. Wenn man die betreffenden Ansätze ansieht, kann man durchaus auch beträchtliche Erhöhungen feststellen.

Vielleicht habe ich es mißverstanden, als gesagt wurde: Man hindert die Kinder aus diesen Kreisen, ihren Bildungswillen zu realisieren. Ich glaube, es gibt keinen Lehrer, der nach der Herkunft der Schüler diskriminiert. (*Abg. Dr. Stella Klein-Löw: Das hat aber auch keiner gesagt! Ich zumindest nicht!*) Ich habe gesagt: Vielleicht habe ich es mißverstanden. (*Abg. Dr. Stella Klein-Löw: Sicherlich!*) Die Worte waren: Man hindert sie, den Bildungswillen zu realisieren. Ich glaube, wir müssen es fördern, daß dieser Bildungswille realisiert werden kann, und ich bin bereit, von mir aus dazu alles Denkbare zu leisten.

Was die verschiedenen Vorschläge zur Bereitstellung erhöhter Mittel für den Bereich des Bildungssektors betrifft, so teile ich die Auffassung, daß wir in Hinkunft mehr als bisher Sonderwege der Finanzierung beschreiten müssen. Ich werde die diesbezüglichen Anregungen auch im Ministerium prüfen. Ich darf daran erinnern, daß mit dem Hochschulsonderbauprogramm bereits ein Schritt gesetzt wurde, wo im Ausmaß von 1 Milliarde Schilling eine Finanzierung außerhalb des Budgets sichergestellt werden konnte.

Ich möchte es vielleicht vorläufig bei diesen Bemerkungen belassen. Ich glaube nur folgendes: daß es sich beim Bildungssektor um Angelegenheiten handelt, die von so entscheidender Bedeutung sind, daß schlechthin die Zukunft unseres Landes davon abhängig sein wird.

Was die Schulreformverhandlungen angeht, so werden sie von mir mit keinerlei Exklusiva geleitet. Ich habe aber auch Bedenken gegen irgendwelche messianische Gedanken oder Einrichtungen, die einmal in Vorschlag gebracht wurden, aber deshalb nicht heute noch immer richtig sein müssen. Was wir suchen sollen, das ist einfach eine bessere Schule, die für mehr österreichische Kinder eine bessere Ausbildung garantiert. Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Harwalik das Wort.

Abgeordneter **Harwalik** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wer hätte gedacht, daß sich das stets so bewegte und bewegende Kapitel Unterricht so verhältnismäßig fromm anlassen würde! Der Psalmist Gruber freute sich über die Bußfarbe, in der die beiden Sprecherinnen der SPÖ erschienen waren, der Herr Abgeordnete Peter stellte sich als Tugendwächter der österreichischen Schulpolitik vor, Mock wurde absolviert — darüber freuen wir uns —, Drimmel und Piffel bleiben verstockte Schulsünder — darüber freuen wir uns nicht —, und am Schluß breitete der Herr Abgeordnete Peter die Hände und segnete nicht etwa die alten Fraktionen, sondern ermahnte sie in vorweihnachtlicher Vorwahltaktik, ihre Erstarrung zu bereuen und die Richtung der blauen Bildungsformel einzuschlagen: „Damit diese Richtung stimmt.“

Herr Abgeordneter Peter! Ich beuge mich jetzt in unsere Richtung, aber es wird in der Schulreformkommission auf weiten Strecken Tuchfühlung geben, wie wir sie alle miteinander wünschen.

In den Parlamenten aller Kulturstaaten kann man bei den Budgetberatungen die Klage hören, daß die Kluft zwischen dem explodierenden Bildungswesen und den quantitativen Bedürfnissen, die Kluft zwischen dem Angebot und der progressiv wachsenden Nachfrage nicht überbrückt werden kann, nur werden bei diesen Debatten die Akzente von den Parlamentariern unterschiedlich gesetzt. Ich glaube, wir tun gut daran, den Wettlauf der Gehirne nicht auf den parteipolitischen Rangierbahnhof abzuschieben.

Im SPÖ-Programm steht zum Beispiel das Wort von der Bildungskrise. Dieses Wort bedarf einer Erörterung, einer Ergänzung, denn es könnte falsch verstanden werden. Ja, es gibt eine Bildungskrise, aber in einem anderen Sinn. Es gibt eine weltweite Krise aller Bildungssysteme, aber es ist eine Wachstumskrise und keine Verfallskrise! Das gilt vor allem für Österreich auch. Es ist eine

13774

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Harwalik

Wachstumskrise, und sie haben wir geistig und ökonomisch zu meistern. Das ist unsere Aufgabe.

Nun ein paar Worte zur Lehrerbesoldung, einem aktuellen Thema täglich in den Zeitungen. Ich freue mich, daß die Mittelschullehrer, die Professoren an den höheren Schulen vor einem Abschluß stehen. Dieser ist trotz aller Hemmungen zu erwarten. Es waren sicherlich berechnete Forderungen. Und ich sage offen: Ich freue mich, daß der Pflichtschullehrerstreik nicht stattgefunden hat.

Die Regierung hat den Pflichtschullehrern ein Angebot gemacht, das die Probleme auf zufriedenstellende Weise lösen kann. Das Angebot wurde in Paketform gemacht, und es ist meine Pflicht und Schuldigkeit, vor der Lehrerschaft und der Öffentlichkeit hier zu sagen, daß der Vater dieses Paketgedankens der Herr Minister Dr. Mock war und daß er diese dringende Frage so gefördert hat, daß wir heute — auch das glaube ich, wenn auch die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind; ich kenne ihren Verlauf sehr gut — sagen können: Auch hier kommt es zu einer klaren Einigung.

Es ist eine schwierige Frage nicht etwa nur an die Regierung zu richten! Ich darf als Gewerkschafter einmal sagen, welche Bedenken die Lehrerforderungen in der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten ausgelöst haben. Der Herr Abgeordnete Robert Weisz ist nicht hier, aber ich weiß genau, welche Sorgen ihm diese Forderungen bereitet haben; ich kenne seinen Ausspruch dazu. Das ist alles natürlich und selbstverständlich, denn wir haben ja 25 Sektionen im öffentlichen Dienst.

Die Volksschullehrer haben eine neue Ausbildung an den Pädagogischen Akademien, vier Semester über die Matura hinaus. Unser Besoldungswesen ist auf dem Berechtigungswesen aufgebaut. Das ist der Kardinalgrundsatz der Forderung für ein neues Schema. Wenn wir dieses Prinzip nicht verletzen wollen, mußte dieses neue Schema erstellt werden. Und nun kommt eine gewaltige Forderung, für den Staat eine gewaltige Aufgabe, deren Erfüllung man nicht einfach vom Staat etwa mit vorgestreckter Brust verlangen kann, sondern das geschieht alle hundert Jahre einmal. Es handelt sich um eine Forderung, die der Staat zu erfüllen hat, und das ist die Angleichung der Pflichtschullehrerschaft.

Worin gründet moralisch und rechtlich diese Forderung, die in der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten bei den anderen Sektionen so viele Bedenken ausgelöst hat? Die Forderung ist legitim. Die Geschlossenheit des pädagogischen Berufsstandes gründet auch in der Geschlossenheit des Gesellschaftsauftra-

ges der Erziehung, in der ungeteilten Einheit der erzieherischen Verantwortlichkeit. Wir leben in einer Ära der Schulreformen. Ansatzpunkt ist fast immer die Lehrerbildung. Alle Länder haben die Pflichtschullehrer nachgeordnet den neuen Schematas, die Proportion könnte etwa lauten: Eine Verantwortung für die Gesellschaft und eine Wertung durch die Gesellschaft.

Was sieht das Paket vor? Ein beachtliches Angebot. Erstens: Das neue Besoldungsschema für die Absolventen der Akademien wird erstellt, zugesichert und mit 1. 9. 1970 wirksam. Damit wird der Auftrag der drei Parteien an die Regierung erfüllt.

Zweitens: Die Regierung sichert grundsätzlich allen Pflichtschullehrern die gleiche besoldungsmäßige Behandlung zu. Die Lösung soll in Etappen erfolgen.

Drittens: Die erste Angleichungsetappe tritt 1971 in Kraft.

Ich war mir stets der großen Schwierigkeiten besonders dieser einheitlichen Lehrerbesoldung bewußt. Ich habe von Anfang an — der Herr Abgeordnete Kollege Gabriele wird mir das bestätigen — in der Gewerkschaft meine Kollegen immer wieder gewarnt und habe ihnen gesagt: Stellt Einzelforderungen zurück, um diese große Forderung der Lehrerschaft, die auch eine Forderung der Gesellschaft ist, mit erfüllen zu helfen.

Die Regierung hat die Motivation unserer Forderung, die vorerst durchaus nicht materiellen Charakter hat — das möchte ich deutlich sagen, wenn auch materielle Auswirkungen —, in ihrem Konzept gewürdigt. Das verdient Anerkennung. Ich möchte auch nicht versäumen, besonders die so einsichtsvoll bekundete Solidarität des gesamten öffentlichen Dienstes in Österreich hier hervorzuheben. Der Herr Bundeskanzler hat sich für einen zügigen Fortgang der Verhandlungen ausgesprochen. Und nun liegt es eben bei den Verhandlern, zu dem gewünschten Erfolg zu kommen. Eines möchte ich vorweg sagen: Wenn dieser Erfolg da ist, hat der Staat Österreich damit eine einmalige kulturpolitische Tat gesetzt. Sie verdient Respekt. Ich sage das auch klar meinen Kollegen in der Gewerkschaft, meinen Kollegen in der Lehrerschaft. Nicht, daß sie ein Geschenk erhalten würden, aber die Wertung der Lehrerschaft durch den Staat darf diese wieder mit Genugtuung erfüllen und sie wieder in ihrer Berufsfreude und Hingabe an die Jugend heben.

Im Zusammenhang damit ein Wort, das plötzlich ins Vokabular der Öffentlichkeit getreten ist, und zwar über die Presse. Ein ernstes Wort über die Wertung der Lehrerbildung. Wir hören das Wort von der halbaka-

Harwalik

demischen Bildung. Ich sage vorweg: Nichts Schlimmeres kann man der neuen gehobenen Lehrerbildung antun, als sie mit dem Makel einer halbakademischen Bildung zu belasten. Man hat dabei sicher die Arithmetik der Semester im Auge. Die Tatsache, daß die Akademien keine Rektoratsverfassung haben, sondern eine Direktorialverfassung, daß sie keine akademischen Grade und Titel verleihen, ist allen klar. Aber wer ist eigentlich ein Halbakkademiker? Den Streit haben wir doch mit dem Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz 1962 beendet. Denn dieser Halbakkademiker trieb ja sein ungeistiges Wesen auch unter den Vollakkademikern. Man meinte ja bis dahin, wer nicht den Doktorhut trägt, etwa nur den Diplomingenieur — damals noch —, der sei kein Vollakkademiker. Das ist mit dem Hochschul-Studiengesetz bereinigt.

Und nun finden sich zur Ablöse die Akademien ein. Das ist kein geeigneter Ort. Ich muß eines fragen: Wenn eine neue Bildungsinstitution eine eigene klare Lehridee, Bildungsinhalte hat, ist das dann nicht auch eine integrale Bildung? Kann überhaupt ein Gesetz Bildungshälften, also Halbakkademiker, organisieren oder konstituieren? Wir sollten uns alle freuen, daß der erste Lehrer unserer Kinder, der die Wege zu allen Bildungsinstitutionen öffnet, nun mit mehr Wissen, mit mehr Können und mit mehr Förderungsmöglichkeiten unserer Kinder — das ist das Wesentlichste — in die Schultube treten kann. Wir wollen nichts anderes — auch mit unserer modernen pädagogischen Technologie — als eine Pädagogik des besseren Zuganges zum Kinde, des besseren Verständnisses unserer Kinder; und darüber etwa im Sinne des § 2 eine Pädagogik der besseren menschlichen Kommunikation, um diese Dimensionen über den nationalen Rahmen hinauszuschieben.

So meinen wir, daß die disqualifizierende Terminologie einer halbakademischen Bildung damit zurückgewiesen werden kann.

Nun ein sehr ernstes Thema, die Musisch-pädagogischen Realgymnasien. Ich bin dem Herrn Minister Dr. Mock sehr dankbar, daß er gestern sämtliche Direktoren dieser Bildungsinstitutionen in Wien zu einer sehr ernst und, wie ich höre, sehr hart verlaufenden Konferenz eingeladen hat. Das sind die Tangenten zum Volksbegehren und zum Gesetz vom 10. Juli. In den Lehrkörpern wird dieses Thema heftig diskutiert. Der bekannte Pädagoge Hofrat Dr. Seiwald aus Kärnten, Klagenfurt, hat einige Forderungen gestellt, die mir berechtigt erscheinen, etwa den Unterricht in der zweiten lebenden Fremdsprache beziehungsweise in Latein in allen vier Klassen. Nach den Übergangsbestimmungen wird sie

zurzeit nur in drei Klassen unterrichtet und ist Wahlfach bei der Reifeprüfung. Das erscheint mir wesentlich. Ferner verlangt er eine Eintrittssperre in die Übergangsstufe für Schüler, die in der vierten Klasse der AHS in mehr als zwei Gegenständen negativ waren.

Schärfer gehalten ist schon die Stellungnahme eines auch sehr angesehenen Schulmannes, des steirischen Direktors Franz Göbhart am Musisch-pädagogischen Realgymnasium in Graz. Ich darf sagen, daß ich vor wenigen Tagen als Referent zur Konferenz dieser Lehrkörper eingeladen war. Das Schreiben hat der Herr Minister erhalten. Hier heißt es wörtlich, daß sich die Musisch-pädagogischen Gymnasien sehr nachdrücklich gegen die nunmehr vom Gesetzgeber und von der Schulverwaltung vorgenommene Verstümmelung des Studiums an dem so hoffnungsvoll begonnenen Schultyp des Musisch-pädagogischen Realgymnasiums stellen werden, das sich eindrucksvoll zu einem Eckpfeiler des nationalen Bildungskonzeptes entwickelt hat; wir sind sehr dankbar für diese Feststellung, denn seinerzeit hat man ja viel Spott für diese Musisch-pädagogischen Realgymnasien übriggelassen — daß sich also die Musisch-pädagogischen Gymnasien sehr nachdrücklich gegen das Parlament und gegen die Schulverwaltung stellen werden. Das verlangt von mir persönlich nicht mehr und nicht weniger, als daß ich bereit bin — so heißt es in dem Bericht —, sofort eine Initiative zur Wiedereinführung der 13. Schulstufe an den Musisch-pädagogischen Realgymnasien zu ergreifen. Meine Antwort war unter anderem: Ich war weder der Initiator noch ein Laudator des Volksbegehrens. Ich werde korrekterweise aber nach der Entscheidung des Parlamentes heute nicht eine Initiative gegen das Volksbegehren ergreifen, sondern selbstverständlich die Arbeit der Schulreformkommission damit beschäftigen.

Man spricht von einem Todesurteil über den Lateinunterricht. Vor kurzem hat eine Altphilologentagung in Graz stattgefunden. Große Klagen über den Niedergang der alten Sprachen. Rechtliche Bedenken werden erhoben. Ich nehme die laut gewordenen pädagogischen Bedenken sehr ernst. Nun muß aber sehr klar geantwortet werden. Erstens, der Gesetzgeber konnte dem Volksbegehren nur ungeteilt entsprechen, denn in den Text des Volksbegehrens waren die Musisch-pädagogischen Realgymnasien miteinbezogen; also eine Forderung der Eltern. Ich muß ohne jede Tendenz feststellen, daß 87 Prozent der Professoren an höheren Schulen das Volksbegehren unterschrieben haben und das Musisch-pädagogische Realgymnasium nicht ausgeklammert haben. Die Forderung ist also heute irgendwie

Harwalik

frappierend. Ich habe — und das bekenne ich ebenfalls — vor der Ausklammerung gewarnt. Ich werde das hier sehr deutlich sagen. Warum? Weil es bildungspolitische Bedeutung für ganz Österreich hat.

Der Schultyp des Musisch-pädagogischen Realgymnasiums wurde nicht konzipiert als eine Aufbauform, sondern als eine Oberstufenform der AHS mit gleicher Bildungsdauer und mit gleicher Hochschulberechtigung. Damit wollten wir in die peripheren Landschaftsgebiete Österreichs kommen, in die Bildungssperregebiete, die wir 1962 aus dem Bildungsbabylon herausgeführt haben, in dem sie standen. Den Bauernkindern, den Kindern kleiner Gewerbetreibender wollten wir die gleichen Chancen geben mit der gleichen Ausbildungsdauer. Das steht hinter dem Konzept des Musisch-pädagogischen Realgymnasiums. Das wird heute übersehen.

Ich war pädagogisch sehr ernst dabei. Ich erinnere an die Schulgespräche im Jahre 1962. Ich war es persönlich, das darf ich heute hier bekennen, der sehr ernste Gespräche mit der SPÖ geführt hat, mit dem Herrn Stadtschulratspräsidenten Dr. Neugebauer. Im Jahre 1927 war festgelegt worden, daß der Hauptschüler mit einem befriedigenden Gesamterfolg ohne Aufnahmeprüfung in die höhere Schule übertreten kann. Es war mir klar, daß das nicht möglich ist. Die Sozialisten haben damals von einer illegalen Mittelschulreform 1934 gesprochen, in der dieser Passus fiel. Der Herr Minister Drimmel war damals auf mich gar nicht gut zu sprechen. Er hatte aber gar nicht unrecht. Er erklärte: Harwalik, du belastest diese Verhandlungen mit Forderungen, wie sie die Parteien dem Unterrichtsminister im Jahre 1927 nicht gestellt haben.

Was will ich damit sagen? Wir waren vom pädagogischen Standpunkt aus sehr verantwortlich, als wir die „gute Gesamtqualifikation“ durchgesetzt haben. Wir finden aber heute den begabten Hauptschüler gerade draußen in den peripheren Landschaftsgebieten Österreichs mehr als in den Großstädten; draußen, in jenen kleinen Städten, in denen ja die Unterstufe der AHS nicht existent ist und in der die Hauptschulen von den Begabungen nicht abgesaugt sind.

Gerade auf dem Lande wäre folgende Wirkung eingetreten, wenn das Musische ausgeklammert würde: Stadtmatura — acht Jahre, Landmatura — neun Jahre. Dagegen stellen wir uns. Das ist die selbstverständliche Folge einer solchen Korrektur. Hier haben wir einfach die Schulreformgespräche und -verhandlungen abzuwarten und die Übergangsmaßnahmen so optimal pädagogisch als möglich zu fassen.

Man kann mir dazu sagen: Ja, Herr Abgeordneter, wie viele Hauptschüler sind denn schon Schüler an den naturwissenschaftlichen, an den mathematischen Realgymnasien? Denen ist nämlich gestattet — und in der Stadt hätten sie die Möglichkeit, weil die Stadt eine reichere Bildungsmöglichkeit bietet; und jetzt wird es ganz klar —, nach vier Jahren am naturwissenschaftlichen oder mathematischen Realgymnasium die Matura zu erreichen, und dem Hauptschüler auf dem Lande nach fünf Jahren.

Ich glaube, daß wir hier alle einer Meinung sind. Das ist eine Idee, die wir alle von der breiten Sozialisierung der Bildung haben, daß wir diese Kluft zwischen Stadt und Land nicht auf tun dürfen. In meinem Wahlkreis existiert zum Beispiel ein Musisch-pädagogisches Realgymnasium, das hohes Ansehen genießt. Es befindet sich in Hartberg. Die Eltern haben mir erklärt: Herr Abgeordneter! Wenn das Parlament das Musisch-pädagogische Realgymnasium ausklammert, dann schicken wir unsere Kinder wieder mit dem Autobus 30 km nach Gleisdorf. Diese Schule ist ohnedies schon überfüllt. Wir lassen uns nicht diskriminieren, weil wir in einer abgelegenen Gegend leben, und lassen unsere Kinder nicht ein Jahr länger in die Schule gehen! — Das sind Reaktionen, die man nicht übersehen kann! So viel dazu.

Nun hat uns die Bildungsforschung in Verbund mit den Schulpraktikern, mit der Wirtschaft, mit der Technik und vielen weiteren entscheidenden Faktoren ein neues Schulkonzept aufzubereiten. Bis dahin haben wir uns mit Übergangsmaßnahmen zu behelfen, die pädagogisch optimal einzuformen sind. Dieses Transitorium darf pädagogisch nicht vernachlässigt werden. Hier danke ich nochmals dem Herrn Unterrichtsminister, und ich bitte ihn, die Maßnahmen erlasse für die Musisch-pädagogischen Realgymnasien zu überprüfen und ihre Sanierung, wo sie notwendig ist, unter allen Umständen in Kürze anzustreben.

Herr Abgeordneter Zankl! Nachdem Sie schon das Thema der allgemeinen Mittelschulen angeschnitten haben — Frau Abgeordnete Dr. Klein-Löw hat das Thema mitangestimmt, und Sie haben es sehr gründlich und fundiert ausgeführt —, möchte ich kurz darauf zurückkommen. Vorerst einmal halten wir die Diskussion über die Mittelstufe offen. Wir wollen uns in der Arbeit der Schulreformkommission nichts verbauen. Sie werden von mir keine ideologischen Verurteilungen oder Urteilssprüche hören. Ich bin überhaupt gegen die Ideologisierung der Schulpolitik. Wir haben das Beste einfach zu tun.

Ich muß Ihnen jetzt aber auch sagen: Wir haben Ihr Konzept, Ihr Programm genau stu-

Harwalik

diert. Wir haben wegen Ihrer Modelle große Bedenken. Und zwar warum? Wegen der Großraumbezogenheit, die Sie selbst anführen. Sie selbst sagen, daß das Modell A in idealer Weise etwa 500 Schüler brauchte; das Modell B 250 Schüler. Jetzt frage ich Sie: Würden wir damit die peripheren Landschaftsgebiete erfassen können? Diese Schülerzahlen sind nicht da.

Weiters frage ich: Würden diese Großraummodelle echte Wachstumszellen unseres Bildungsorganismus werden können? Das ist die entscheidende Frage, Herr Abgeordneter Zankl. (*Abg. Zankl: Herr Kollege! Das heißt: eine Mittelschule mit zwei Parallelklassen! Zwei erste, zwei zweite, zwei dritte, zwei vierte! Das ist doch nicht sehr groß!*) Sie müssen eine echte Wachstumszelle unseres Bildungsorganismus sein können. Die Diskussion bleibt offen.

Es ist richtig, daß wir heute in der Hauptschule auf dem Lande, die wir zweizügig führen, wirklich mit der Idee der breiten Soziologisierung der Bildung in Zusammenhang mit der Durchlässigkeit, mit dem Übertritt in die Oberstufenformen, weit hineingreifen. Das ist das entscheidende! Das haben wir im Jahre 1962 erreicht und wollen es ausbauen. Ich möchte aber nicht versäumen, diese Bedenken hier offen dargelegt zu haben.

Herr Abgeordneter Zankl! Ich möchte noch etwas, an die SPÖ gerichtet, sagen: Wir haben im Jahre 1962 — auch in den eigenen Reihen heftig kritisiert — eine Vereinheitlichung der Mittelstufe durchgeführt. Damals haben die Mittelschullehrer gesagt: Na ja, ihr habt doch den Glöckel ergänzt und vervollkommen! Der Drimmel, der Bock und du, ihr habt es bei den Verhandlungen getan! Ich habe das zurückgewiesen. Mich schreckt niemand mehr mit Glöckel! Das heißt: Ich habe mich kaum damit schrecken lassen. Ich kenne die Hintergründe der Glöckelschen Schulreform sehr gut. Wir haben aber keinen Einheitstopf. Ich möchte das auch nicht Ihrem Konzept vorwerfen. Das möchte ich unter keinen Umständen als nivellierendes Programm bezeichnen. Das wäre falsch. (*Abg. Ing. Kunst: Sie sagen, daß die Glöckelreform ein Eintopf war?*) Herr Kollege Kunst! Das haben Sie jetzt nicht mitbekommen, das war ein „Kunst“fehler! (*Abg. Ing. Kunst: Sie sagten, man kann Sie nicht abschrecken!*) Da haben Sie mich jetzt sehr schlecht verstanden. Sie würden über meinen Kommentar staunen und würden Ihr Wort sofort zurücknehmen. (*Abg. Probst: Davon leben ja die Lehrer, daß es die Schüler nicht verstehen! Daher kommen die schlechten Noten! — Abg. Peter: So schlechte Erfahrungen haben Sie mit den Lehrern?*)

Ich möchte im Thema fortfahren: Wir haben im Jahre 1962 eine gemäßigte und vernünftige Form der Vereinheitlichung der Mittelstufe durchgeführt. Die Hauptschule war keine Sackgasse mehr. Das war das entscheidende. Wir haben den Weg zur höheren Bildung aufbereitet.

Ein Wort zur politischen Bildung, das die Frau Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw angeschnitten hat. Wir gehen sogar darüber hinaus, daß die politische Bildung unserer jungen Menschen nur ein Unterrichtsprinzip sein soll. Ich sage, daß die politische Bildung ein strukturierendes Prinzip unseres Unterrichts sein soll. Das heißt: Alle Unterrichtsprinzipien sind von hier abzuleiten und führen wieder auf sie zurück zur Formung des politischen, staatsbürgerlich gebildeten Menschen, basierend auf seiner Wertidee, auf der dieser Mensch steht, auf seiner geistigen, religiösen, politischen und auf seiner wirtschaftlichen Wertidee. Das ist ein strukturierendes Prinzip, das wir ausbauen müssen. Auch damit haben wir im Jahre 1962 begonnen und haben die Sozial- und Wirtschaftskunde eingeführt, um das wirtschaftliche Verständnis unserer Staatsbürger aufzuschließen. Man muß sagen, daß es ein erschütterndes Bild war! Ich erinnere mich, mit einem Intellektuellen — Mitglied eines Landesschulrates; Sie werden von mir nicht verlangen, daß ich einen Namen nenne — über Forderungen des Schulwesens einmal gesprochen zu haben. Ich habe gesagt: Hier wird der Finanzminister leider nicht ja sagen können. Der äußerst empörte Staatsbürger X erwiderte: Was hat hier ein Finanzminister in das Unterrichtsressort hineinzureden?

Er hat damit kundgetan, daß er überhaupt nicht weiß, daß der Staatshaushalt die Klammer des gesamten Staates ist. Das ist eine wirtschaftliche Unbildung sondergleichen. Man hat sie auf vielen Ebenen antreffen können.

Ich bringe immer wieder das schöne Rechenbeispiel, das wir alle kennen — wir haben Jahre hindurch solche Rechenbeispiele geübt —: Der Kaufmann kauft eine Ware um 10 S, dann verkauft er sie um 13 S. Wieviel Prozent hat er dabei verdient? — So leicht verdient der Kaufmann nur im Rechenbuch. Daß man zehn-, elf- und zwölfjährigen Schülern etwas von den Steuern, von der Umsatzsteuer, vom Risiko, von der Kalkulation, und wie die Dinge alle heißen, erzählen kann, das hat man bisher nicht bedacht. Jetzt ist es höchste Zeit, daß wir dem nachkommen.

Das Unterrichtsministerium hat — man kann ihm keinen Vorwurf machen, das ist keine billige Verteidigung — in vielen Erlässen für die staatsbürgerliche Erziehung viel getan. Erstens die Erlässe zur Zeitgeschichte, zwei-

Harwalik

tens die Maßnahmen für die staatsbürgerliche Erziehung, drittens die Förderung des Jugendplanes, die außerschulische Jugenderziehung, und wie die Dinge alle heißen.

Und nun komme ich zu einem, wenn Sie wollen, heißen Kapitel, aber es muß in aller Offenheit besprochen werden. In den letzten Wochen waren die Bundestheater wieder im Mittelpunkt so mancher Polemiken, zum Teil von Vorwürfen, die gegen diese Staatstheater erhoben wurden, Vorwürfe, wie sie heute überall bei etablierten Theatern zu hören sind. Man wirft diesen etablierten Theatern in der ganzen Welt Zeitferne, Unbeholfenheit oder Establishment vor. In einigen Theaterstädten terrorisiert man mit den härtesten Attacken die Theaterleute. In einigen anderen wieder manipuliert man mit extremen Forderungen den ganzen Komplex so weit, daß man nicht nur einen Großteil der Jugend zu Gegnern hat, sondern durch diese Manipulationen auch erreicht, daß das alte und treue Theaterpublikum ausbleibt. Der Schwund der Besucherzahlen geht leider quer durch alle Bilanzen.

Bei uns in Österreich heizt man das Unbehagen — sicherlich manchmal auch hervorgerufen durch künstlerisch wirklich ungenügende Produktionen, das sei zugestanden — immer noch mit der Zahlenjongliererei an, die bestechend ist: die Bundestheater, vom Steuer-groschen jedes einzelnen getragen, sind zu teuer, sie verschlingen zuviel Geld, sie sind ein Luxusartikel, und wie die Dinge alle lauten.

Meine Damen und Herren! Aus der Theater-geschichte der ganzen Welt, nicht nur Österreichs, weiß man — und das muß man mitten hinein in die Kritik sagen —, daß Theater zu allen Zeiten Geld kostet. Ein Theater ist kein Bäckerladen, den man nach der Zahl der Semmeln abschließen kann, die man verkauft. Viel Geld! Großes, repräsentatives Theater konnte zu keinen Zeiten kostendeckend arbeiten. Das gibt es einfach nicht. Aber wir kommen auf die Kostendeckung, sie ist da, sie wird nur einfach verschwiegen oder nicht gesehen. Dieses große Theater brachte immer ein Defizit. Es brauchte immer die unterstützenden Subventionen des Staates, der Monarchen und der Mäzene, wie Sie aus der Kulturgeschichte wissen.

Das österreichische Theater, vor allem unsere Bundestheater, sind große Repräsentanz in der Welt. Wien ist genannt im Dreiklang Metro und Scala. Und es ist kein dummer Stolz, wenn wir diesen Dreiklang selbst nicht stören wollen — ohne daß ich notwendigen Reformen die Dringlichkeit ab-

sprechen wollte. Davon ist keine Rede. Aber in der Kritik wird einfach alles übersehen und alles überhört.

Kein anderes Land, vielleicht wenige können das aufweisen an künstlerischer Repräsentanz wie wir in Österreich. Rang und Glanz Österreichs und unsere kulturelle Weltgeltung beruhen noch immer darauf. Jetzt können wir zur Kostendeckung kommen. Nehmen wir die Zahlen des Fremdenverkehrs.

Ich muß ein Wort Drimmels wiederholen: Die Fremden aus aller Welt kommen nicht — verstehen Sie mich nicht falsch — wegen des ASVG. nach Wien, sondern wegen Wien, Burgtheater, Salzburg und wie unsere großen Städte nun einmal heißen.

Sie würden staunen, und wissen wir wohl, was auf der Habenseite Österreichs dem sogenannten buchhalterischen Defizit der Bundestheater gegenübersteht? (*Abg. Peter: Herr Harwalik! Die Oper ist nur mehr ein Opernmuseum!*) Ich komme darauf zurück. Ich kenne diese Kritik. Herr Abgeordneter Peter! Es sind immer noch die fünf großen Divisionen Österreichs, mit denen wir alle Schlachten in der Welt gewinnen: die Staatsoper, das Burgtheater, das Philharmonische Orchester, die Wiener Sängerknaben und die Spanische Hofreitschule. (*Abg. Peter: Und auf die österreichische Wirtschaft haben Sie ganz vergessen?*) Die Wirtschaft ist damit nicht zurückgestellt, bestimmt nicht, sie hat ihre großen Leistungen neben dem kulturellen Aufbau zu stellen, und sie ergänzen einander.

Noch immer mißt die Welt Österreichs Geltung vornehmlich nach diesen Institutionen, nach den Bundestheatern, nach den Leistungen unserer Festspielstädte, nach unseren Museen und vielen anderen kulturellen Einrichtungen. Die Auslandsgastspiele unserer Staatsoper und unseres Burgtheaters etwa sind eine Visitenkarte erster Ordnung für unser Land. Denken Sie nur an die Welttournee des Burgtheaters vor zwei Jahren oder an die Operngastspiele knapp nach dem Ende des zweiten Weltkrieges. Sie haben der Welt verkündet: Österreich ist wieder da mit seiner Musik und mit seinen musischen Menschen. Bei der Weltausstellung in Montreal diente unsere Staatsoper erneut dieser Mission. Gerade das Jubiläumsjahr 1969 hat uns allen wieder die so große Rolle, die die Wiener Staatsoper für alle, für unsere Geschichte und auch für unsere heutige Existenz darstellt, eindringlich bewiesen.

Nun auch zur anderen Seite. Das alles kostet Steuergeld. Das klebt alles fest in Traditionen. Dies alles muß und soll heute Prüfungen und Reformen unterzogen werden. Aber kann man wirklich sagen, daß aus-

Harwalik

gerechnet die Theaterdirektoren und Beamten, die Regisseure und Künstler alle ihr Berufsethos, ihr Berufskönnen verloren hätten? So einfach liegen die Dinge wirklich nicht. Daß sie etwa unverantwortlich die Millionen verwalten, verschleudern, vergeuden? Sicher gibt es Affären und Pannen. Gerade beim Theaterbetrieb werden sie sensationell hochgespielt und lassen sich nicht bei Einnahmen und Ausgaben auf Schilling und Groschen vorhersehen. Es gibt unvorhergesehene Ausfälle, durch Krankheiten, Indispositionen, Schauspiel- und Spielplanwechsel, Absagen. Wer vom Theater errät oder errahnt schon den Erfolg, den Publikumsbesuch, das Echo der Kritiker? Wie schwer, wie verantwortungsvoll, wie menschlich subjektiv-sensibel die Arbeit aller Theaterschaffenden ist, brauche ich wohl nicht näher zu begründen.

Unsere Bundestheater stehen also vor Reformen. Ich meine nicht, daß diese Reformen revolutionär herbeigeführt werden sollen, sondern evolutionär, behutsam, immer mit künstlerischer Verantwortung, aber doch auch zielstrebend in den erkannten Punkten der finanziellen Gebarung, des strukturellen Umbaus, der Intensivierung aller Betriebe dieses weltgrößten Theaterkonzerns.

Man wird an einigen Punkten sicherlich einsparen können. Aber man wird auch der Moderne und den modernen Erkenntnissen Rechnung tragen müssen, Man wird immer im Auge behalten müssen, die Jugend gleicherweise wie das gewohnte Publikum für das Theater zu begeistern. Hier sind bereits Ansätze da, hier werden weitere Punkte folgen müssen.

Es stimmt, die halbe Milliarde ist erreicht. Optisch eine Riesenzahl. Aber auch hier möge man gerecht hineinleuchten. 72 Millionen dienen dem Pensionsfonds, der hier noch verankert ist. Die Steigerungen konnten leider nicht den Umbauten, den Neuinszenierungen und Ausstattungen zugute kommen, sondern eben den Mehrerfordernissen, den Personalerfordernissen, sowohl für die Aktiven wie für die Pensionisten. Denken Sie auch an die Preissteigerungen bei den Materialien, beim Einkauf der Materialien und so weiter. Man hat auch im Bundestheater gespart, aber ich habe eben erklärt, wo die Ersparnisse wieder ausgegeben werden mußten.

Alle diese Budgetzahlen hat das Unterrichtsministerium wiederholt veröffentlicht. Man hat die Einnahmen steigern können, nicht durch Eintrittspreiserhöhungen, sondern durch manche Rationalisierung in den Betrieben. Hören Sie: Die Wiener Staatsoper hat in der abgelaufenen Spielzeit um 30.000 Besucher mehr zählen können als 1967/68. Und dies bei

weniger Premieren und, Herr Abgeordneter Peter, bei einem „Museumsspielplan“, wie das leider so oft immer wieder zu hören ist. (*Abg. Peter: Trotzdem ist es ein Museumsspielplan!*)

Wir kommen zur großen Frage der Ensembletheater und dieser Probleme. Das Theater vor 30, 40 Jahren ist nicht mehr das Theater von heute. (*Abg. Peter: Ich glaube, die Staatsoper ist noch ein Theater von vor 30 oder 40 Jahren!*) Es kostet immenses Geld, dieses Theater nicht im Zuschnitt — ich bitte, mich nicht falsch zu verstehen — eines Landestheaters zu halten, sondern eben im großen Zuschnitt unserer großen künstlerischen Repräsentanz. Die Volksoper würde jetzt mehr Geld brauchen für neue Ausstattungen, für neue Operetten, Musicals, die sicherlich wieder höhere Einnahmen brächten.

Und auch wieder ein Beweis aus den jüngsten Tagen: Das Burgtheater hat es jetzt wieder bewiesen beim „Armen alten Fritz“ vor wenigen Tagen: Weil man besser in die Ausstattungstasche gegriffen hat, wurde es ein großartiger, vielbejubelter Erfolg, der sicherlich auch zu Buche schlagen wird.

Die künstlerische Potenz ist hierzulande vorhanden. Bestaunt und bewundert wird die Phalanx unserer Künstler an Burg und Oper. Wir haben herrliche Häuser, ein treues Publikum, eine wirklich gute Theateratmosphäre — es sind eigentlich alle Voraussetzungen gegeben, daß bei kluger Steuerung dieser Theater, bei behutsamer Einführung der wichtigen Reformen, bei aller Achtung vor den großen Traditionen und bei allem Mut zur Moderne diese unsere geliebten Theater echt und recht die Rolle spielen können, die wir Ihnen mit allen guten Wünschen zugedacht haben. Lassen wir die Hand von politischer Polemik hier auf diesem Sektor, sie hat hier nichts zu suchen. Selbstverständlich ist damit nicht gemeint die echte Budgetkritik. Ich habe selbst zugestanden, daß Reformen notwendig sind.

Und ein Wort zur sogenannten Affäre des „Theaters am Kärntnertor“. Das ist das heißeste Eisen, nicht wahr? Damals mußte rasch zugepackt werden, ein Theaterraum im so begehrten teuren 1. Wiener Bezirk war zu haben. Was sollte man denn damit? Das darf nicht übersehen werden. Man wollte dort einen Studiobetrieb für das Burgtheater eröffnen.

Und dann kamen, wie Sie alle wissen, die ersten drastischen Sparmaßnahmen für die Bundestheater ab 1967/68. Plötzlich fehlte das Geld für die nötigen Adaptierungen. Es hagelte plötzlich auch noch andere finanzielle und vor allem gewerkschaftliche Forderungen.

Harwalik

So leid es allen tat — trotz aller Bemühungen —, aus dem Studio wurde nichts. (*Abg. Zeillinger: Der CV-Verbindung war nicht leid!*) Dort wird sich vorerst einmal die Filmabteilung und die Opernklasse der Akademie für Musik und darstellende Kunst beheimaten.

Lassen Sie mich am Schlusse ein kurzes steirisches Loblied anstimmen auf den „Steirischen Herbst“. (*Abg. Zeillinger: Auf die Bajuvaria!*) In- und ausländische Besucher des „Steirischen Herbstes“ brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß mit dem „Steirischen Herbst“ eine kulturelle Veranstaltungsfolge im Entstehen begriffen ist, die internationalen Rang beanspruchen darf. Ich werde das dann gleich mit den Pressestimmen der Welt beweisen. (*Abg. Peter: Stimmt der „Steirische Herbst“ nicht elegisch?*)

Besonders augenfällige Anerkennung fand der „Steirische Herbst“ durch die Aufnahme — jetzt kommen meine Beweise — in die Europäische Vereinigung der Musikfestspiele in Genf, der unter anderem die Festspiele von Bayreuth, Berlin, Edinburgh, Stockholm, Warschau und Wien angehören. Die Aufnahme — übrigens die einzige Neuaufnahme im heurigen Jahre — fand einstimmig statt, und zwar mit der Begründung, daß das Programm des „Steirischen Herbstes“ hervorragend sei.

Der „Steirische Herbst“ ist das einzige zeitgenössische Festival Österreichs und fand heuer vom 4. bis 31. Oktober zum zweiten Mal statt. Rund 50.000 Personen haben Veranstaltungen des „Steirischen Herbstes“ besucht. Namhafte in- und ausländische Zeitungen haben darüber berichtet, darunter neben den regionalen Zeitungen praktisch die gesamte Wiener Presse, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Die Zeit“, „Die Süddeutsche Zeitung“, „Die Welt“, die „Stuttgarter Zeitung“, zahlreiche deutsche Rundfunkstationen, der italienische Rundfunk, italienische Zeitungen wie „La Stampa“, Schweizer und jugoslawische Zeitungen.

Ein Großteil der Veranstaltungen wurde vom Österreichischen Rundfunk — es sei ihm dafür herzlich Dank gesagt — beziehungsweise von ausländischen Rundfunkstationen, darunter Jugoslawien, Italien, Tschechoslowakei, Deutschland — Sie staunen alle, ich sehe es Ihren Gesichtern an —, Frankreich, Schweiz, Holland, Dänemark und anderen Ländern übertragen. Das Echo war positiv.

Dazu einige ausländische Pressestimmen. „Die Zeit“ aus Hamburg schreibt: „Der Steirische Herbst hat alle Chancen, in der Konkurrenz zu den übrigen Festspielen glanzvoll zu bestehen.“

„Stuttgarter Zeitung“: „Graz ist so lange Zeit im Ruf gestanden, eine geruhssame bürgerliche Provinzstadt zu sein, daß es in der Tat fürs erste schwerfallen mag, die alt-hergebrachten Vorurteile über Bord zu werfen. Man sollte es schleunigst tun, denn Graz ist im Begriff, mit seinem Steirischen Herbst“ — dessen Initiator unser Kulturreferent Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Universitätsprofessor Dr. Koren ist — „ein Festival zu prägen, das keine Touristenattraktion sein will, sondern die intellektuelle Auseinandersetzung zum Thema hat.“ (*Zwischenruf bei der FPÖ.*)

Und jetzt ist es die „Süddeutsche Zeitung“ — bitte, würden Sie jetzt herhören —: „Noch ist es keine Schande, es nicht zu kennen — das Musikprotokoll des Steirischen Herbstes —, denn es wird in diesem Jahr erst zum zweiten Mal geschrieben. Aber wenn es so weitergeht, wird man bald von ihm reden müssen“ — (*Abg. Peter: Es fällt das Wort Steiermark, und schon ist er da!*) — „wie von den Donaueschinger Musiktagen oder den Festivals der Internationalen Gesellschaft für neue Musik.“ (*Abg. Dr. van Tongel: Sagen Sie, gefällt Ihnen diese Musik?*)

„Frankfurter Allgemeine“, 20. November: „Sommerliche Festspiele, die sich im Schatten Salzburgs ein wenig lustlos hinschleppten, wurden vor zwei Jahren gleichfalls in den Oktober verlegt. Es entstand in aller Stille ein Marathon-Festival, das in einem weitläufigeren, in seiner Art kaum minder anziehenden Ambiente als das salzburgische vor sich geht.“

Und „Die Welt“ in Hamburg schreibt: „Während in Bayreuth die Abgesandten der berühmten Festspielstädte Europas gerade darüber debattierten, ob und wie man Festspiele ‚demokratisieren‘ könne, wurde zur gleichen Zeit in Graz das demokratische Festival, was immer man darunter verstehen mag, schon praktiziert.“

Wenn es bei Ihnen heute auch noch ein Lächeln hervorruft, im nächsten Jahr, Herr Abgeordneter Peter, sind Sie unser Besucher, und Sie stimmen dann auch ein steirisches Loblied an mit allen anderen Bundesländern.

Ich möchte dazu sagen, damit ich ja nicht von den Damen und Herren aller Bundesländer, in denen Festspiele stattfinden, falsch verstanden werde: Wenn ich hier von Konkurrenz gesprochen habe, so ist damit nichts anderes gemeint als ein anreicherndes Bemühen in der Vielfalt der künstlerischen Repräsentation Österreichs.

Harwalik

Es war für mich eine große Freude, diese Stimme meiner Heimat hier zum Klingen bringen zu können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Scrinzi das Wort.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus dem „Steirischen Herbst“ wieder zurück in den Wiener Budgetwinter. Man könnte versucht sein, dem Herrn Kollegen Gruber, der mit einem Gaudeamus angefangen hatte, entgegenzuhalten — wenn man auf das Unterrichtsbudget schaut —: „Lasciate ogni speranza“ — weil heute schon so ein zitatensfreudiger Tag ist. Aber ich, ich gehe nicht so hart ins Gericht. Ich gebe zu, daß das vorliegende Budget zumindest diskussionswürdig ist. (*Abg. Dr. Gruber: Gaudete!*)

Aber darf ich vielleicht noch auf etwas eingehen, was früher offensichtlich die ÖVP ein bißchen in den Nerv getroffen hat und im Zusammenhang mit dem Thema steht, das wir zu behandeln haben, das war der Vorwurf, eine alte Partei zu sein.

Ich habe schon einmal einen ziemlichen Sturm im Haus hervorgerufen, als ich diesbezüglich in der Geschichte des Hauses etwas zurückgeblättert habe. (*Abg. Machunze: Herr Kollege Scrinzi, wenn es auf die Glatzen ankommt, sind wir beide gleich!*) Nein, es kommt hier auf etwas anderes an. (*Ruf bei der SPÖ: Unter der Glatze! — Abg. Peter: Es kommt auf das an, was unter der Glatze drinnen ist!*)

Es ist festzustellen — und das hat mein Parteifreund Peter schon zum Anklingen gebracht —, daß gerade auf dem bildungspolitischen Sektor eine unerhörte Beharrungstendenz ihren Niederschlag gefunden hat in der Tatsache, daß Sie das von Ihnen heute ja nicht mehr so gelobte Schulreformwerk von 1962 mit Mehrheiten ausgestattet haben, die Reformen fast unmöglich gemacht haben. Und es bedurfte der Faust des Volksbegehrens in Ihrem Nacken, um in diese erstarrte, verhärtete Front Bewegung zu bringen. Insofern war auch die nun a posteriori aufgestellte Behauptung, man habe schon damals gewußt, daß es kein Werk für ewige Zeiten sei, gerade durch diesen Umstand widerlegt.

Noch etwas anderes spricht dafür. Wenn man in den stenographischen Berichten des Parlaments zurückblättert, dann muß gesagt werden, daß es von 1945 bis zum Jahre 1966 keine vergleichbare Epoche gegeben hat, wo man so ausführlich und doch, glaube ich, auch gründlich bildungspolitische Probleme im offenen Haus debattieren konnte. Das heißt

also: erst die Überwindung eines eben alten, überholten Systems, das Sie offensichtlich wieder anstreben, hat überhaupt die offene Bildungsdiskussion möglich gemacht.

Herr Kollege Harwalik, ich höre Ihren Beiträgen zu diesem Thema immer mit Vergnügen zu, ich habe aber vergeblich nachgeblättert, Ich habe das Jahr 1962 nachgeblättert, wo es eine sehr harte Konfrontation zwischen den beiden anderen Parteien und den Freiheitlichen gegeben hat, und habe in diesen ganzen Jahren nichts Vergleichbares auf diesem Gebiet gefunden. Erst seit 1966 ist wieder Bewegung in die Bildungsfront geraten, eine Bewegung, die wir ja alle sehr begrüßen. Es soll auch nicht verkannt werden — das ist doch auch ein Verdienst des neuen parlamentarischen Systems, das 1966 geschaffen wurde; wir wollen die Umstände nicht prüfen, die dazu geführt haben —, daß doch eine ganze Reihe von bildungspolitischen Initiativen Wirklichkeit werden konnte. Wobei es meines Erachtens gar nicht darauf ankommt, daß hier die Regierung sich darangemacht hat, den von der ÖVP mitverschuldeten Nachholbedarf langsam aufzuarbeiten. Sie werden aber zugeben, daß es erst im freien Raum dieser offenen, echten parlamentarischen Debatten möglich war, eine ganze Reihe von entscheidenden bildungsreformerischen Gesetzeswerken in Kraft zu setzen. Und Sie werden den Anteil, den die Oppositionsparteien an diesen Tatsachen haben, nicht in Abrede stellen. Im Gegenteil, Sie haben ja hier im Haus bescheinigt, daß es die Zusammenarbeit aller hier vertretenen Gruppen war, welche diese bedeutenden Gesetzeswerke möglich gemacht hat. Nicht zuletzt ist das ja auch in der einstimmigen Annahme fast aller dieser Gesetze zum Ausdruck gekommen.

Das waren sicher Reformwerke, keineswegs mit Anspruch auf Vollendung und Ewigkeit, so wie Sie ihn seinerzeit, 1962, postuliert haben — wir haben das ja auch hier kritisiert —, aber doch immerhin Gesetze, die die Türe zu einer modernen Bildungspolitik, möchte ich sagen, aufgerissen haben.

Sehr vielen Kritikern des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes muß ich sagen: Wenn die Voraussetzungen geschaffen würden — sie sind nur teilweise geschaffen worden, und das ist ein Umstand, den die Regierung zu verantworten hat —, dann wären in diesem Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz so viele moderne reformatorische Ansätze drinnen, daß uns um die Hochschulreform im Grunde nicht bange sein müßte.

Das Studienbeihilfengesetz haben wir gemeinsam erarbeitet, samt der dann inzwischen

Dr. Scrinzi

durchgeführten Novelle, wobei diese Novelle wiederum nicht alle Wünsche und nicht alle Wünsche aller Gruppen erfüllt hat.

Das Forschungsförderungsgesetz ist ein gemeinsames Werk dieses Hauses, und es ziemt, daß nun auch von seiten der Opposition der Anteil der Oppositionsparteien an diesen Gesetzeswerken — im Gegensatz zu der etwas einseitigen Darstellung, die der Herr Abgeordnete Gruber gebracht hat — festgehalten wird.

Die speziellen Studiengesetze, die ja auch zum Teil auf Vorarbeiten zurückgehen, die lange zurückliegen, alles das sind doch letzten Endes Dinge, die wir im wesentlichen gemeinsam erarbeitet haben. Das schmälert nicht das Verdienst der Regierung oder der Regierungspartei an diesen Dingen; es hieße aber die Gewichte etwas einseitig verteilen, wenn man hier nur der Regierungspartei ein Gaudeamus singen würde.

Noch etwas anderes, Herr Kollege Gruber, das habe ich mir auch noch vorgenommen, Ihnen zu sagen, obwohl ich nicht der Verteidiger der hier angegriffenen anderen Oppositionspartei bin: das war der Plagiatvorwurf. Ich glaube, diese Vorwürfe stellen eine Verkennung der gesamten Entwicklung dar. Seien wir doch froh, daß so viele Sachzwänge die Bildungspolitik bestimmen, daß sich notwendig eine Konvergenz ergibt, die natürlich auch darin ihren Ausdruck finden wird: Vergleichen wir die Aussagen, die etwa wir, die Freiheitlichen, in unserer Bildungsformel haben, die sehr kursorische Aussagen sind, wie ich zugebe, oder die Aussagen, die Sie in Ihrem Programmentwurf am 12. Bundesparteitag machen, mit jenen, die im sozialistischen Programm enthalten sind, dann wollen wir doch die Diskussion über diese Ausgangsentwürfe nicht dadurch verschärfen, daß wir uns gegenseitig des Plagiats bezichtigen. Denn dann müßte ich diesen Vorwurf gleich auch gegenüber Ihrem Programm erheben. Da beginnt nämlich das Plagiat, Herr Kollege Gruber, schon beim Titel „Fortschritt und Sicherheit“ haben Sie abgeschrieben, das ist der Schlußsatz des CDU-Aktionsprogramms von den vergangenen Wahlen. Aber Fortschritt und Sicherheit sind nun einmal zwei Anliegen, die eben sehr virulent sind. Und deshalb würde ich nicht meinen, daß es falsch ist, wenn man einen guten Gedanken, eine Erkenntnis oder eine Idee, die jemand vor einem oder zur gleichen Zeit gehabt hat, übernimmt. Auch wenn ich im einzelnen hinein schaue, könnte ich Ihnen nachweisen, daß Sie geradezu wortwörtlich in Ihrem Bildungsteil II „Bildung — Grundlage der freien Gesellschaftsordnung“ abgeschrieben haben. Ich

halte das für keinen Nachteil an sich, sondern ich glaube eben, daß die Konvergenz hier begrüßenswert ist, weil sie ja auch die Diskussion erleichtern wird, wenn es darum geht, sowohl in der Schulreformkommission wie in der Hochschulkommission zu einem gemeinsamen Konzept für die Weichenstellung der Bildungspolitik für das Jahr 2000 zu kommen.

Sie bestreiten das, Kollege Gruber. Ich will das Hohe Haus nicht damit aufhalten, daß ich Sie hier überzeuge.

Der Begriff der Chancengleichheit. „Das Bildungskonzept muß vom gesamten Bildungswesen als Einheit ausgehen“ — das ist wörtlich aus unserem Programm übernommen. Kein Nachteil für Ihr Programm, wie ich sagen möchte. „Die Anwendung moderner Lehr- und Lernmethoden“, auch abgeschrieben, wobei ich gar nicht prüfen will, ob alle diese Dinge, die wir hier drinnen finden, originäres und originales Gedankengut unserer Mitarbeiter sind. Darauf kommt es doch auch nicht an, sondern gerade im Raum der Politik kommt es sehr viel mehr darauf an, daß wir die Zeichen der Zeit verstehen, daß wir moderne, zukunftsgerichtete Ideen aufnehmen und sie auf ihre Verwirklichbarkeit im politischen Gemeinwesen, dem wir verantwortlich sind, prüfen.

Ich möchte nicht unnötig polemische Töne in diese Diskussion hineinbringen. Dabei klammere ich nicht aus, daß selbstverständlich bei zahlreichen Übereinstimmungen in bezug auf unsere bildungspolitischen Ziele ein Rest ideologischer Differenzen bleiben wird, den wir demokratisch austragen müssen und den wir natürlich letzten Endes nach den Mehrheitsverhältnissen, die sich ja nach dem 1. März in diesem Hause ganz anders darstellen werden, festzulegen und durchzusetzen haben werden.

Ich begrüße es daher auch, obwohl ich keineswegs in allen Punkten mit dem sozialistischen Konzept übereinstimme, daß ein solches Hochschulkonzept erarbeitet wurde, daß es gedruckt vorliegt, daß man sich darüber Gedanken machen kann, wenngleich ich hier anmerken möchte, daß im ersten Teil dieses Konzepts, Perspektiven, Allgemeines, für mein Gefühl Töne anklingen, die ich lieber nicht gehört hätte, ideologische Untertöne, die darauf hindeuten, daß es harte Auseinandersetzungen geben wird.

Auch die grundlegende Frage, wieweit die Hochschulreform vorwiegend eine Sachreform sein wird, wieweit sie eine gesellschaftspolitische sein soll, wird uns noch manch harte Diskussion abfordern. Aber hier klingt doch noch etwas von einer Ideologie an, die zumindest in ihrer Terminologie sehr weit

Dr. Scrinzi

zurückgreift. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, wenn man den heutigen Hochschulbetrieb kennt, daß er unter den „Interessenzwängen der privaten Profitwirtschaft“ steht und demgegenüber dem Prinzip der Demokratie verpflichtet sein müsse. Ich kann in dem Zusammenhang auch dem Interpreten nicht folgen.

Mein heutiger Diskussionsbeitrag soll nur einzelne Marken setzen; es ist ja wenig sinnvoll, im Angesicht einer abtretenden Regierung eine große Grundsatzauseinandersetzung zur Bildungspolitik zu entfalten; aber ein paar Marken sollen doch gesetzt werden, damit hier zeitgerecht Abgrenzungen erfolgen.

Wir Freiheitlichen sehen die Hochschulreform nicht unter dem Ziel, daß man Akademiker heranbilden müsse, die die Gesellschaft ständig in Frage stellen. Natürlich muß gerade von unseren Hohen Schulen aus ständig die Frage nach dem Standort unserer Gesellschaft gestellt werden, aber darüber hinaus dürfen doch die sehr handfesten Ausbildungs- und Berufsziele, die die Hochschulen verwirklichen helfen müssen, nicht übersehen werden. Nach freiheitlicher Auffassung müssen diese handfesten Ausbildungs- und Berufsziele zumindest gleichwertig mit dem Bildungsziel sein. Dabei ist unbestritten, daß auch wir Freiheitlichen auf dem Standpunkt stehen, daß sowohl die Bildungsziele als auch die Berufsziele neu überdacht und den Erfordernissen der sich rasch wandelnden modernen Gesellschaft angepaßt werden müssen.

Ich glaube also, um noch einmal darauf zurückzukommen, das Gaudeamus war reichlich euphemisch. Wenn man sich gewisse Begleiterscheinungen dieser Debatte in Erinnerung ruft, muß man doch zugeben, daß man sich nicht an den Perzentsätzen berauschen soll, die das von uns im übrigen, wie schon mein Parteifreund Peter gesagt hat, abgelehnte Budgetkapitel Unterricht im Verhältnis zum Gesamtbudget erzielen kann. Es ist festzustellen, daß sehr, sehr bescheidene Fortschritte erzielt wurden; wir anerkennen, daß es Fortschritte sind, aber wir müssen doch, was wir Freiheitlichen hier seit Jahren wiederholen, eine alte Forderung von uns verwirklichen oder zumindest überprüfen, ob sie nicht verwirklicht werden muß. Es ist auch schon die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht worden, mit uns darüber zu diskutieren. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß auf dem Wege über die Finanzierung aus dem ordentlichen Budget der Rückstand, der Notstand, der an den Hochschulen herrscht, nicht beseitigt werden kann, zumindest nicht in der gebotenen Zeit, damit das zunehmende Zurückbleiben Österreichs auf dem Gebiete der Hochschul- und

Forschungsentwicklung gegenüber den vergleichbaren anderen Ländern aufgeholt werden kann.

Wir sehen auch einen sehr ökonomischen Aspekt der Bildungsreform. Gewiß ist das geistige Ziel, sind die gesellschaftspolitischen Aufgaben dieser Bildungsreform unerhört wichtig, aber die rein ökonomischen Erfordernisse, die uns diese Bildungsreform aufzwingen, sollen nicht übersehen werden. Fragen der Vollbeschäftigung, der Arbeitsplatzsicherung und der sozialen Sicherheit werden ja sehr wesentlich davon abhängen, ob es uns gelingt, ein optimal effizientes Bildungssystem zu installieren, ein System, das insbesondere auch jene Mobilität aufweist, die erforderlich ist, um sich anpassen zu können. Und daß in einem solchen System zementierte Zweidrittelmehrheiten hoffentlich keinen Platz mehr finden werden, das darf ich hier namens der Freiheitlichen aussprechen.

Wir haben das Fiasko des 9. Schuljahres als Konsequenz einer sehr doktrinen, im Kompromiß ausgehandelten Schulreform kaum hinter uns. Es ist doch nicht übertrieben, wenn wir sagen, wir sind jetzt im Begriff, mit der jetzt gebildeten Schulkommission, zu der erfreulicherweise auch die Praktiker aus dem Unterrichtsbereich zugezogen wurden und in die wir die Eltern mit hineingenommen haben, die Trümmer dieses Schulreformwerkes 1962 aus dem Wege zu räumen, um einer modernen, einer zukunftsgerichteten Entwicklung Raum zu verschaffen.

Wir mußten vor wenigen Wochen zur Kenntnis nehmen, daß eine österreichische Universität, die Salzburger, erklären mußte, sie sei nicht einmal mehr in der Lage, ihren reinen Betrieb aufrechtzuerhalten. Es mußte die Notleine gezogen werden, um die Universität in die Lage zu versetzen, ihre Papier- und Telefonrechnungen und so weiter zu bezahlen. Es ist nicht lange her, daß uns die heute auch schon genannten 109 Vertreter der naturwissenschaftlichen Fakultäten ihren Notschrei übermittelt und darauf hingewiesen haben, daß sie nicht mehr in der Lage sind, die Verantwortung für den Betrieb an diesen Hochschulen zu übernehmen. Da kann man doch nicht von einem Gaudeamus reden! Das sind doch Töne, die nicht zu überhören sind.

Ich glaube auch nicht, daß es rein psychologisch verstanden werden soll, daß man sagt, nun sind Wahlen vor der Tür, und man mache sich bemerkbar, wenn eine Gruppe von geachteten, international geschätzten Forschern und Gelehrten sagen muß — ich darf hier wörtlich zitieren: „Wir müssen in Zukunft jede Verantwortung für den Stand der Ausbildung der österreichischen Naturwissenschaftler und

13784

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Dr. Scrinzi

Techniker ablehnen und ersuchen daher die Öffentlichkeit um ihre Unterstützung.“ Wenn sich diese Leute an die Öffentlichkeit wenden müssen, so muß es doch schwere Mängel in der bildungspolitischen Entwicklung der letzten Jahre der ÖVP-Alleinregierung gegeben haben, sonst könnten uns solche Kassandrarufer nicht erreichen.

Darf ich vielleicht auf eines eingehen, was Kollege Gruber gesagt hat. Sie haben gemeint, die hier unter anderem in diesem Memorandum ausgesprochene Forderung von dem Verhältnis der Sach- und Personalaufwendung sei unreal. Ja haben Sie überlesen, daß sich die genannten Professoren auf internationale Erfahrungsziffern stützen? Wenn Sie sagen unreal, dann deshalb, weil auch diese ÖVP-Alleinregierung, die in ihrer Regierungserklärung der Bildungspolitik, der Wissenschaft und Forschung Vorrang gegeben hat, grobe Unterlassungssünden begangen hat. Ich gebe zu, daß diese in zwei Jahren nicht aufzuholen sind. Aber man kann das nicht damit abtun, daß man sagt, es ist unreal. Das ist eben nur unreal gesehen von der deletären Situation, in welche die österreichischen Universitäten und Hochschulen, in welche die Wissenschaft und Forschung geraten sind.

Eine ganze Reihe ähnlicher alarmierender Symptome wären anzuführen, die uns eher veranlassen sollten, hier violett getönte Bußstimmung aufkommen zu lassen als solche psalmodischen Lobgesänge.

Die Feststellung, daß hier eine Traumgrenze besteht — selbst wenn man zurückblendet in die Monarchie — mit etwas über 10 Prozent Anteil des Unterrichtsbudgets am Gesamtbudget: An diesen Dingen soll man sich nicht unnötig berauschen. Wenn Sie gerade diesbezüglich das Memorandum der Hochschullehrer etwas genauer angesehen haben, aber auch eine ganze Reihe von Publikationen aus dem Hochschulraum, eine ganze Reihe von Stellungnahmen, die auch in der österreichischen Hochschullehrerzeitung in den letzten Monaten zu lesen waren, so stellt sich doch heraus, daß trotz dieser Vermehrung des Anteils am Budget Mittel, die das einzelne Institut, der einzelne Lehrstuhlinhaber zur Verwirklichung der ihm gesetzten Lehr- und Forschungsaufgaben zur Verfügung hat, sich in zahlreichen Bereichen verringert haben, weil sie aufgezehrt wurden durch die gleichzeitige Explosion der Hörerzahl. Immerhin haben wir in einem relativ kurzen Zeitraum eine Verdoppelung der Hörerzahl zu verzeichnen. Der Mehraufwand war notwendig, um diese rein quantitativen Probleme zu bewältigen.

Wenn, wie aus diesem Memorandum der Naturwissenschaftler hervorgeht, der Aufwand, der dem einzelnen Lehrer zur Verfügung steht, ein Zehntel, ein Fünftel dessen beträgt, was unter vergleichbaren Umständen in unseren Nachbarländern zur Verfügung steht, so haben wir wirklich keinen Grund zum Optimismus. Wir kommen wieder darauf zurück, was wir hier im Hause seit 1966 immer wieder gesagt haben, was auch heute mein Parteifreund Peter schon als Forderung deponiert hat: Wir müssen durch außerordentliche Aufwendungen, sei es durch die von uns vorgeschlagene Anleihe, sei es aber auch durch ein Notopfer für unsere Hochschulen und für unsere Wissenschaft —, versuchen, das budgetäre Wachstum, das insuffizient ist, zu kompensieren.

Vielleicht ist es bei dieser Gelegenheit angezeigt — ich habe das bei meinem Vordrager, dem Abgeordneten Gruber, vermisst —, als Mitglied der Hochschulkommission, die ja seit dem vergangenen Herbst ihre Arbeit aufgenommen hat, ein paar Dinge im engeren Rahmen zu diesem Reformanliegen zu sagen.

Wir werden ja demnächst in der Lage sein — ich weiß nicht, ob noch in dieser zu Ende gehenden Gesetzgebungsperiode oder in der nächsten —, einen Zwischenbericht über die dort geleistete Tätigkeit vorzulegen. Es wird aus diesem Zwischenbericht hervorgehen, daß doch eine ganze Reihe von Vorschlägen erarbeitet werden konnte, die unserer Meinung nach praktikabel sind. (*Abg. Dr. Gruber: Die gehen an den Bundesrat?*) Sie werden an den Bundesrat gehen, aber letzten Endes sind sie natürlich Arbeitsunterlagen für das Hohe Haus, weil ja nicht der Bundesrat allenfalls die Gesetze erlassen muß, sondern das Parlament.

Es war doch erfreulich, festzustellen, daß nach einem System der offenen Demokratie, das ich heute schon einmal als ein Kennzeichen einer jungen Partei und eines jungen Parlaments zitiert habe, eine Reihe von brauchbaren Vorschlägen, teils einstimmig, teils mehrheitlich, erarbeitet wird. Es steht nämlich zu befürchten — das ist so gut wie sicher, es ist im Grunde auch richtig —, daß erst das kommende Parlament sich mit diesen Dingen konkret wird beschäftigen können.

Von diesem Orte aus ist es vielleicht auch angezeigt, allen Beteiligten und allen Betroffenen im Interesse der Sache weitere Geduld abzufordern. Denn wenn man die Problematik der Hochschulreform nicht primär vom gesellschaftspolitischen Aspekt her sieht, wenn es einem nicht darum geht, am Modell der Hochschule bestimmte gesellschaftspolitische Ziele praktizieren zu wollen, dann wird man

Dr. Scrinzi

die großen Schwierigkeiten nicht erkennen, die einem solchen Reformwerk im Wege stehen und nur schrittweise zu überwinden sind.

Es ist nicht nur mangelnder Reformwille der in der Kommission vertretenen Professoren, wie ich meine, ebensowenig auch der dort vertretenen Politiker, wenn sich diese Reform vielleicht nicht mit jenem Tempo vollzieht, das die drängende, rasch fertige Jugend von uns erwartet.

Das sollte aber auch kein Anlaß sein, daß man versucht, mit außerparlamentarischen Methoden auf dieses Reformwerk einen Druck auszuüben. Er würde nichts Gutes zeitigen. Denn eine Institution von der Komplexität unserer geschichtlich gewordenen Hochschulen zu reformieren, ist eben ein außerordentlich mühseliges Werk, das, wenn man es ernst nimmt, außerordentliche Behutsamkeit erfordert.

Es ist in diesem Zusammenhang in der Öffentlichkeit soviel von der Demokratisierung unserer Hochschulen die Rede. Gewiß, es ist im institutionellen Bereich der Hochschule notwendig, daß wir dort eine Reihe von demokratischen Prinzipien, wie sie in anderen Lebensbereichen gelten, zu verwirklichen suchen, aber immer im Hinblick und im Rückblick auf die Frage, daß wir damit eine bessere Hochschule schaffen wollen und nicht nur eine Hochschule, die bestimmten Modellvorstellungen besser entspricht.

Denn eines ist ja klar: Im Raum der Hochschulen, im Raum der Universitäten gibt es eine Grenze für das Demokratisierungsbestreben, und diese Grenze liegt im Wesen der Wissenschaft, liegt im Wesen der Lehre, in den Prinzipien moderner naturwissenschaftlicher Forschung. Dort kann man weder neue Erkenntnisse gewinnen noch Fortschritte durch Mehrheitsbeschlüsse, durch Abstimmungen erzielen, sondern dort werden letzten Endes schöpferische Kräfte wirksam, die nach anderen Spielregeln wirksam sind als etwa jene, die das Zusammenleben in einer Institution, sei es im institutionellen Hochschulraum oder in der Gesellschaft insgesamt, bestimmen. Es sollte auch immer wieder gesagt und bedacht werden, daß man hier nicht gewaltsam Grenzen überspringen kann, was eben an integralen Hindernissen scheitern muß, sondern daß man letzten Endes von der eigentlichen Aufgabe und den eigentlichen Möglichkeiten der Hohen Schule ausgehen muß.

Es ist heute auch ein Wort vom Anspruch auf Bildung gefallen. Dieser Anspruch auf Bildung wird ja in allen drei zu den Fragen der Bildungsreform vorliegenden Programmen

bejaht. Ich meine, das ist ein Fortschritt, einmal den faktischen Zuständen gegenüber, wie wir sie vor noch nicht allzu langer Zeit gehabt haben, die wir auch keineswegs gänzlich überwunden haben, aber nicht, weil das am Nichtwollen der verantwortlichen politischen Parteien scheitern würde, sondern weil das eben an Schwierigkeiten scheitert oder durch Schwierigkeiten noch behindert ist, die wir erst gemeinsam überwinden müssen. Wir haben in diesem Haus so oft schon vom sozialen, vom regionalen und von verschiedenen anderen Zensen gesprochen, die die Verwirklichung des Anspruchs auf Bildung behindern. Wir wollen das Hohe Haus nicht mit der Wiederholung jener Zahlen aufhalten, die das belegen. Insofern, glaube ich, ist aber das Bekenntnis aller drei Parteien doch ein grundsätzlicher und ein bedeutungsvoller Fortschritt.

Der Anspruch auf Bildung kann nicht gelöst werden von der besonderen und erhöhten Verpflichtung, welche der Gebildete wiederum der Allgemeinheit gegenüber hat. Das hat auch mein Parteifreund Peter hier schon namens der Freiheitlichen angedeutet. Wir müssen eben ein ausgewogenes Verhältnis finden.

Es darf ja nicht übersehen werden, daß in unseren Hohen Schulen große, viel größere Investitionen als bisher, materielle Investitionen getätigt werden müssen, Mittel, die schließlich die Allgemeinheit aufbringt, woraus sich auch Forderungen an jene ergeben, die nun letzten Endes die Nutznießer dieser Bildungsinvestitionen sind. Denn diese Bildungsinvestition kann nicht nur, sie soll und sie muß — das ist letzten Endes auch im Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz als eines der Ziele unserer Hohen Schulen schon festgehalten —, sie muß natürlich Bildung als einen geistigen Anspruch befriedigen und verwirklichen. Aber sie muß natürlich auch sehr harte ökonomische Ziele verwirklichen helfen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf etwas zurückkommen, was ich bei der Beratung des Studienbeihilfengesetzes schon erörtert habe; das ist die Frage — sie ist heute auch schon in den Debattenbeiträgen angeklungen —: Können wir es uns erlauben — und hier, scheint mir, muß insbesondere auch mit der Sozialistischen Partei zu dem Kapitel 131 noch diskutiert werden —, können wir uns darauf beschränken: die Bildungseinrichtungen haben das Ausmaß oder haben die Summe der subjektiven Nachfrage zu bilden!? Geviß muß hier Freiheit bestehen. Geviß muß grundsätzlich auch jenes Studium ergriffen werden können, von dem nach Maßgabe der ökonomischen Verhältnisse zu sagen ist, daß

Dr. Scrinzi

es wahrscheinlich nicht in der Lage sein wird, dem betreffenden Absolventen später eine berufliche Basis zu geben. Diese Freiheit fordern und vertreten und verteidigen wir Freiheitlichen ja in allen Bereichen unseres sozialen Lebens.

Aber ich glaube, daß die Allgemeinheit, die diese Schulen schafft, die die Mittel für sie bereitstellt, doch auch die andere Seite betrachten muß, daß sie doch prüfen muß: Wieweit sind diese Hohen Schulen in der Lage, den Bedarf an Menschen bestimmter beruflicher Qualifikation zu decken? Dieser Bedarf ändert sich ja mit den Veränderungen, die in der sozialen, in der wirtschaftlichen Struktur vor sich gehen. Es ist ja schon darauf verwiesen worden, daß wir heute Bereiche haben, in denen wir Überschüsse haben, daß wir in anderen Bereichen einem bedrohlichen Defizit an qualifizierten Kräften gegenüberstehen. (*Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Mit anderen Worten: Wir müssen doch in diesem Zusammenhang auch die Frage stellen: Wieweit ist hier der planende und lenkende Eingriff notwendig? — Ich muß dazu sagen, daß ich von der Notwendigkeit solcher planender und lenkender Maßnahmen überzeugt bin. Sie sollen natürlich nicht — das muß noch einmal betont werden — die Wahlfreiheit des einzelnen beeinträchtigen, aber der einzelne muß einerseits über die Lage, wie sie auf dem Gebiete des akademischen Nachwuchsbedarfes ist, gründlich aufgeklärt werden. Es ist festzustellen, daß die reinen Berufsberatungen, die an und für sich wertvolle Arbeit leisten, nicht ausreichen. Es muß zweitens — und das war unsere Vorstellung im Zusammenhang mit dem Studienbeihilfengesetz — durch Förderungsmaßnahmen dort das Bedarfsdefizit abgedeckt oder verkleinert werden, wo ein echter Bedarf besteht. Gerade eben wiederum bei allen naturwissenschaftlich-technischen Studienrichtungen haben wir nach dem OECD-Bericht einen großen Fehlbestand zu erwarten.

Es wurden früher die Ärzte genannt, und der Kollege Gruber hat mit Recht — ich gebe ihm hier recht — darauf verwiesen, daß im Gegensatz zu den besorgten Feststellungen der Österreichischen Ärztekammer offensichtlich auf der einen Seite ein Überschuß, ein Überangebot an Ärzten zu bestehen scheint, auf der anderen Seite aber die Versorgung der Landbevölkerung zunehmend in Gefahr gerät. Es ist sicher richtig, daß auch hier mit bestimmten lenkenden Maßnahmen eingegriffen werden muß.

Aber eines muß bei dieser Gelegenheit — wir werden beim Kapitel Soziales wiederum darauf zurückkommen — gesagt werden:

Dieses Defizit ist ein Systemdefizit, ist kein quantitatives Problem, sondern dieses Defizit auf dem Land draußen ist die Folge eines Krankenversicherungssystems, das den Gegebenheiten unserer Zeit — bei allen geschichtlichen Verdiensten — eben nicht mehr gerecht wird. Wir sollten uns bemühen, auch über schwere doktrinaire Hürden hinweg, doch den Durchbruch in ein neues, in ein moderneres Denken zu finden.

Insbesondere auf dem Sektor des ärztlichen Nachwuchses ist die Verschiebung im Angebot an Fachärzten und Praktikern recht bedenklich. Wir haben tatsächlich in einer Reihe von Städten Fachärzteüberschuß, wir haben wieder Facharztgebiete, wo wir ein Defizit an ausgebildeten Ärzten haben. Das alles kann man aber nicht nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen und nach den Grundsätzen eines Manchester-Liberalismus einfach dem Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen. Hier muß von den verantwortlichen Instanzen — dazu gehört auch das Unterrichtsministerium — informativ und in gewissem Sinne auch durch Förderungsmaßnahmen eingegriffen werden.

Ich darf vielleicht abschließend noch einen besonderen Akzent unterstreichen, der ganz allgemein im Hinblick auf die Bildung ebenfalls schon vom freiheitlichen Sprecher erörtert wurde; das ist der europäische Aspekt bei unserer Bildungsreform. Er ist vielleicht im Hochschulsektor leichter als auf allen anderen Gebieten zu verwirklichen, denn letzten Endes sind die nationalen, die regionalen Strukturen der europäischen Universitäten aus einer Zeit herausgewachsen, in der diese europäische Struktur der Universitäten schon verwirklicht war. Wir haben uns ja gewissermaßen im Laufe der Neuzeit von der europäischen Universität wegbewegt zu jenen Hohen Schulen, die heute sehr starke lokale, regionale und nationale Unterschiede aufweisen. Wenn wir uns große Namen, die Namen von Wissenschaftlern, Technikern, Ärzten der vergangenen Jahrhunderte zurückrufen und daran denken, welchen internationalen, welchen europäischen Studiengang oder welche europäische Laufbahn sie später etwa als Hochschulprofessoren mühelos nehmen konnten, so ist festzustellen, daß wir uns auf diesem Gebiet zurückentwickelt haben, daß aber im Grundkonzept aller bestehenden europäischen Hochschulen jene Ansätze vorhanden sind, die eine echte Europäisierung dieser Hohen Schulen ermöglichen. Hier sollten wir gemeinsam mit den anderen Ländern des freien Europa anstreben, die Schranken zu beseitigen, die heute noch bestehen, sei es durch die Schaffung gemeinsamer Voraussetzungen zum Universitätsbesuch an allen in Frage kommenden Universi-

Dr. Scrinzi

täten, sei es in der Frage der Angleichung des Studienganges, sei es letzten Endes in der gegenseitigen Anerkennung der erreichten akademischen Grade.

Insbesondere möchte ich hier eine Empfehlung und eine Anregung wieder deponieren, die lautet: Es sollte keinen Hochschulbesuch geben, es sollte niemand das Reifezeugnis einer höheren Schule erhalten, der nicht tatsächlich den Nachweis erbringt, daß er eine zweite, wenn nicht eine dritte europäische Sprache wirklich spricht; nicht nur, daß ihm bescheinigt wird, daß er fünf oder sechs Jahre auf der Schulbank saß und unter anderem auch den Gegenstand Französisch, Englisch, Italienisch oder was immer es sei gehabt hat.

Meine Damen und Herren! Alle diese Aufgaben, die ja alle Parteien in ihren Aussagen — und ich glaube nicht einmal, ich unterstelle keiner Partei, daß sie es nur im Hinblick auf die Wahloptik tat — ausgesprochen haben, alle diese großen bildungspolitischen Ziele und Aufgaben, die wir uns gesetzt haben, sind wirklich große, verantwortungsvolle Zielsetzungen. Wir müssen uns alle zur Überzeugung durchringen, die wir Freiheitlichen in unserer eigenen Bildungsformel in einem Satz festgelegt haben, mit dem ich meine Ausführungen schließen möchte. Der Satz heißt: Wissen und Können sind das wichtigste Produktionskapital von morgen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Hertha Firnberg. Ich erteile es Ihr.

Abgeordnete Dr. Hertha **Firnberg** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Seit die Österreichische Volkspartei als Alleinregierung am Werk ist, wird mit einem sehr großen Propagandaaufwand der bildungspolitische Slogan vom Vorrang für Bildung und Forschung vertreten. Ich möchte zugeben, daß in der Unbeirrbarkeit, diesen Slogan immer wieder zu vertreten, eine gewisse strategische Stärke liegt. Unbeirrt nicht nur vom Protest der Opposition — man würde ja noch verstehen, daß man uns verhöhnt oder in einem Zwischenrufwirbel untergehen läßt, wenn wir kritische Bemerkungen dazu machen *(Abg. Nimmervoll: Nicht verhöhnt!)*; das ist schon vorgekommen, lieber Kollege, lassen wir das! —, sondern auch unbeirrt vom Protest der Wissenschaftler, der Forscher, der Gelehrten, der Professoren und der Studentenschaft. Immer wieder erklingt von neuem das Lied vom Vorrang. Der Herr Finanzminister spricht davon, natürlich der Herr Unterrichtsminister und der Herr Bundeskanzler, auch heuer wieder. Es ist ein unglaubliches Eigenlob, eine Selbst-

zufriedenheit, die der Kollege Gruber heute wieder vorgeführt hat, der nicht nur mit Sprüchen aus der Bibel, sondern auch mit dem entsprechenden Weihrauch hier nicht gespart hat.

Wir sind das ja schon gewohnt, und es ist auch nicht sonderlich aufregend! Aber etwas müssen wir befürchten: daß nämlich die Öffentlichkeit, anstatt aufgerüttelt zu werden, anstatt ein waches Ohr dafür zu bekommen, daß für Bildung und Forschungsförderung sehr viel mehr notwendig ist als heute getan wird, anstatt daß also das Bildungs- und Forschungsbewußtsein gefördert wird, von dem wir immer sprechen, den falschen Eindruck gewinnt, daß viel, ja daß sogar genug auf diesem Gebiet geschieht.

Ich habe seit Jahren die nicht gerade dankbare Aufgabe, immer wieder darauf hinzuweisen und zu beweisen, daß es mit dem Vorrang nicht so weit her ist. Die geringfügige Aufstockung der Mittel für Bildung und Forschung, der geringfügige Anstieg des Anteils der Bildungsausgaben am Budget — ich wiederhole die Zahlen: von 10,41 Prozent auf 10,44 Prozent, also ein Ansteigen um 0,03 Prozent —, die Errichtung einiger Lehrkanzeln, worauf ich noch zu sprechen kommen werde, das alles gibt noch lange nicht das Recht, von einem Vorrang zu sprechen.

Herr Kollege Gruber ist hier. Ich wollte ihm nämlich sagen, daß er nicht zu fürchten braucht, daß jetzt eine Jeremiade kommt. Etwas anderes wäre viel angebrachter, Kollege Gruber. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)* Nein, nein, nämlich die Apokalypse hier zu zitieren, das Gericht über die gottlose Menschheit abzuhalten, die hier rechts sitzt. *(Abg. Ing. Helbich: Das ist etwas Neues! — Abg. Harwalik: Heute geht es aber heilig zu!)* Da ich aber keineswegs, wie man mir von der Österreichischen Volkspartei nachzusagen beginnt, übermäßig suffragettenkämpferisch bin, so will ich nicht die Apokalypse zitieren, sondern die Bergpredigt: „Wehe euch, die ihr jetzt lacht, denn trauern werdet ihr und weinen!“ — Das wird sicherlich kommen, Herr Kollege Gruber. *(Abg. Dr. Gruber: Aber das Gegenteil steht auch drinnen: „Selig die Trauernden, denn sie werden getröstet werden!“ — Gegenrufe bei der SPÖ. — Abg. Konir: Ah, ihr trauert schon!)* Nein, erst nach dem 1. März wird das kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Jahren spreche ich im Namen der sozialistischen Fraktion eine Warnung aus, nämlich die Warnung, daß die Notlage der Hochschulen, daß der Bildungsnotstand, vor dem wir stehen und in dem wir uns befinden —

13788

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Dr. Hertha Firnberg

eine Folge Ihrer Politik —, langsam zu einer Notlage unserer ganzen Gesellschaft wird.

Seit Jahren weise ich auf die wachsenden und nicht zu überhörenden Proteste hin, die genau das bestätigen, was wir Sozialisten im Parlament uns immer wieder zu sagen genötigt sahen.

Ich bitte, sich zu erinnern, Herr Kollege Gruber: Im Vorjahr habe ich darauf hingewiesen, daß der Sachaufwand für Hochschulen zu niedrig und völlig unzureichend dotiert ist und noch gesenkt wurde. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.*) Das ist damals nicht sachlich diskutiert worden, sondern einfach übergangen worden. Heuer liegt das bereits mehrfach zitierte Memorandum von 109 Gelehrten vor uns. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.*) Der Herr Primarius Dr. Scrinzi ist darauf schon eingegangen. Der Notruf ist unüberhörbar! Und zwar trotz allem, was Sie sagen, Herr Kollege Gruber. Das ist unüberhörbar und wurde immer wieder bestätigt.

Ich möchte den Beibrief zu diesem Memorandum hier im Hohen Hause deponieren und zitieren, nicht nur wegen des Inhaltes, sondern vor allem wegen der Begleitumstände, die die Verfasser des Memorandums veranlaßt haben, dieses Memorandum an die Abgeordneten zu schicken. Es heißt hier:

„Sehr verehrte Frau Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In der Beilage finden Sie ein Memorandum über die Lage der naturwissenschaftlichen Forschung an Österreichs Hochschulen und Vorschläge zu deren Rettung, welches von 109 Inhabern naturwissenschaftlicher Lehrkanzeln an österreichischen Hochschulen unterzeichnet ist. Dieses Memorandum wurde am 20. Juni 1969 mit eingeschriebenem Brief an den Herrn Bundeskanzler, den Herrn Bundesminister für Unterricht und den Herrn Bundesminister für Finanzen gesandt. In einem Begleitschreiben, das ebenfalls von den 109 österreichischen Hochschulprofessoren unterzeichnet war, baten wir den Herrn Bundeskanzler und die beiden Herren Bundesminister um Kenntnisnahme unserer ernstesten Sorgen und Verwirklichung unserer Forderungen.“

„Am heutigen Tage wird nun der Budgetvoranschlag 1970“ — der Brief stammt vom 21. Oktober — „dem Nationalrat vorgelegt. Bis jetzt hat keiner der drei Herren auf die Übersendung des Memorandums in entsprechender Weise reagiert. Zu unserem großen Bedauern müssen wir daraus auf das Desinteresse der Verantwortlichen schließen.“ (*Abg. Dr. Gruber: Es hat sich keiner für zuständig erklärt!*) Zwischen 20. Juni und 21. Oktober ließ man 109 Wissenschaftler,

Gelehrte und Professoren unserer Hochschulen auf eine Antwort warten, und es ist nicht zu verwundern, daß sie dies als Desinteresse interpretieren.

Meine Damen und Herren! Wir Sozialisten sind jedenfalls nicht desinteressiert an diesen Fragen, sondern wir nehmen das, was uns hier von den 109 Professoren gesagt wurde, sehr ernst, nämlich daß die Mittel für eigene Forschungen an den Hochschulen in einem solchen Ausmaß unter den Erfordernissen liegen, daß es fast unmöglich ist, mit der Entwicklung der internationalen Forschung auch nur auf einigen Gebieten Schritt zu halten.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß von den vielen prominenten Wissenschaftern, die dieses sehr ernste Memorandum unterzeichnet haben, ein Unterzeichner besonders hervorzuheben ist, der uns — ich möchte fast sagen: uns Abgeordneten — fast ein Bürge dafür ist, daß hier kein Wort übertrieben ist. Ein Bürge deswegen, weil wir diesen Kämpfer für Forschung und Hochschule, diesen Mitschöpfer und Ersten Präsidenten des Forschungsrates, Professor Rohrer, der auch mit unterzeichnet hat, aus so vielen Gesprächen, Arbeitsgesprächen und Beratungen kennen, daß dieser einzige Name uns allein genügen würde, um uns zu sagen, daß jedes Wort, das hier steht, bitter ernst ist und von uns bitter ernst zu nehmen ist.

Die Erregung über die unzureichende Dotierung ist übrigens überall vorhanden. Es war am 28. Oktober eine Pressekonferenz in Wien. Bei dieser Pressekonferenz hat Herr Professor Polansky sehr deutlich und gründlich erklärt, daß von Vorrang für Bildung und Forschung keine Spur ist, und er hat auch erklärt: Wenn die naturwissenschaftliche Forschung an den Hochschulen weiterhin so gering dotiert wird, dann wird Österreich im Jahre 2000 nicht mehr zu den Kulturnationen gehören.

Dieser Protest war aber nicht nur auf Wien beschränkt. Es fand zum Beispiel auch in Innsbruck an der Universität eine Pressekonferenz am 28. Oktober statt über die katastrophale Notlage der österreichischen Hochschulen. Es ist typisch — typisch! — für das Interesse im Hohen Hause an Forschungs- und Wissenschaftsfragen, daß bei dieser Pressekonferenz an der Universität Innsbruck ein einziger Abgeordneter anwesend war, nämlich mein Parteifreund Abgeordneter Jungwirth. Von Ihrer Seite, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, die Sie maßgeblich mitbestimmen, was an den Hochschulen geschieht, hat es keiner der Mühe wert gefunden, an der Pressekonferenz an der Universität Innsbruck über so wichtige, so lebenswichtige

Dr. Hertha Firnberg

Fragen dieser Universität teilzunehmen. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Wir waren damals in Wien und haben im Ausschuß gearbeitet! Das möchte ich sagen! — Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber. — Abg. Jungwirth: Nein, stimmt nicht!*)

Ich will nicht lange über diesen Fall sprechen. — Die Universität Innsbruck gibt sehr konkrete Detailangaben, nicht nur allgemeine Feststellungen. Ich will nur einen ganz kleinen Teil hier wiederholen, weil mein Kollege Jungwirth, der ja bei dieser Pressekonferenz anwesend war, es nicht versäumen wird, darauf zurückzukommen, und er wird das eingehender ausführen.

Ich darf darauf hinweisen, daß über diese Pressekonferenz ein schriftlicher Auszug vorliegt; wir haben den Auszug der Ergebnisse dieser Pressekonferenz zugeschickt erhalten, und zwar in dankenswerter Weise von den Herren Professoren der Universität Innsbruck. In diesem Auszug heißt es:

„Nach wie vor trostlos, ja von Jahr zu Jahr schlechter werdend ist die Höhe beziehungsweise Kaufkraft der den Hochschulinstituten für Unterrichts- und Forschungserfordernisse, also für Bücher, Zeitschriften, Geräte, Chemikalien und soweit, zur Verfügung stehenden Geldbeträge.“

Es werden hier ganz konkrete Beispiele angeführt, daß etwa von den wichtigen 30 amerikanischen physikalischen Zeitschriften nur 5 vorhanden sind, von den österreichischen, deutschen, französischen und englischen Zeitschriften überhaupt keine; in ganz Innsbruck sind auf allen Hochschulinstituten und der Universitätsbibliothek nur knapp 10 Prozent der physikalischen Weltliteratur vorhanden. Es wird daraus geschlossen, daß sich im wissenschaftlichen Bereich, insbesondere bei den Naturwissenschaften, jetzt bereits die schweren Folgen dieser Politik zeigen.

Was wir hören, bestätigt, daß alles das, was wir an Kritik hier angebracht haben, wahr und berechtigt ist. Nämlich daß es sich bei diesem Statement über den Vorrang von Wissenschaft, Bildung und Forschung um Lippenbekenntnisse handelte und handelt, daß alles auf die lange Bank geschoben wird, daß gezögert wird, daß ständig — wie wir die Worte schon kennen — geprüft wird, überlegt wird, diskutiert wird, daß es sich also um „kosmetische“ Äußerungen handelt, die ohne jede echte Bedeutung sind.

Ich möchte dafür noch einen Kronzeugen anführen, nämlich den Hochschulbericht, der im Unterrichtsministerium selbst verfaßt wurde. Das ist ein sehr interessantes Dokument. Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede wieder darauf hingewiesen, daß

die Dynamik in einprägsamen Zahlen zum Ausdruck kommt, und er hat — ich möchte sagen: jubiläumsstatistisch — in Relativzahlen nachgewiesen, was alles seit 1965 geschehen ist: Der Lehrkanzelstand wurde um 40 Prozent erhöht, die Assistentenposten wurden um 50 Prozent erhöht. Tatsächlich, wenn man darüber konkret spricht, sind im letzten Jahr — um das geht es ja hier in unserer Budgetdebatte —, von 1969/1970 22 Lehrkanzeln neu geschaffen worden. Ich werde darauf noch zurückkommen, wie viele davon besetzt sind. Wir weisen ja in jedem Jahr darauf hin — pflichtgemäß müssen wir das tun —, daß Lehrkanzeln, die nicht besetzt sind, auch nicht viel helfen.

Ich habe im vorigen Jahr bei der Budgetdebatte gleichfalls darauf hingewiesen; vor allem hat der Herr Kollege Gruber — er möge es bitte auf Seite 9430 des stenographischen Protokolls über die 117. Sitzung nachlesen — damals darauf aufmerksam gemacht, daß es in Österreich mit der Nichtbesetzung der Lehrkanzeln nicht so schlecht bestellt sei. Er hat als Beweis dafür angeführt, daß der Herr Unterrichtsminister auf eine Anfrage von mir bekanntgegeben habe, daß nur 9 Prozent der Lehrkanzeln unbesetzt sind; in anderen Ländern ist das viel schlechter.

Im Hochschulbericht — der jetzt vorliegt — lesen wir es ganz anders: Auf Seite 79 ist zu lesen, daß von den 884 Lehrkanzeln 166 nicht besetzt sind, das heißt, daß 19 Prozent nicht besetzt sind: jede fünfte Lehrkanzel ist nicht besetzt! Selbst wenn man reduziert und sagt, daß man die neugeschaffenen noch nicht mit einrechnen kann, sind es 15 Prozent. Ich möchte ganz ehrlich fragen: Was stimmt jetzt? Daß ohnehin die Lehrkanzeln relativ gut besetzt sind, oder daß ein Fünftel der Lehrkanzeln unbesetzt ist?

Kronzeuge Hochschulbericht! Meine Damen und Herren! Wie oft haben wir darüber Klage geführt, wie oft haben wir über das zögernde und langwährende und langwierige Berufungsverfahren Anfragen gestellt! Der Hochschulbericht bestätigt das. Die Vakanzen betragen im Durchschnitt 572 Tage.

Wie oft haben wir darauf hingewiesen, wie notwendig es wäre, den Mittelbau aufzustocken. Der Hochschulbericht bestätigt das! Was wir je Kritisches hier zu bedenken gegeben haben und wofür wir je Abhilfe verlangt haben, wird im Hochschulbericht bestätigt.

Wenn der Herr Kollege Gruber heute die Linzer Hochschule und die geplante Klagenfurter Hochschule als ein Verdienst des Unterrichtsministeriums reklamiert (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber*), dann muß ich sagen, Herr

Dr. Hertha Firnberg

Kollege Gruber: Sie müssen es wissen, daß daran das Ministerium wahrlich den geringsten Teil des Verdienstes hat, sondern daß das Verdienst überwiegend bei den Ländern, bei den Städten und bei einzelnen Persönlichkeiten liegt, die sich initiativ eingesetzt haben. (*Abg. Dr. Gruber: Von Anfang an ...!*) Ja, ja, aber das Verdienst der Gründung und Schaffung dieser Hochschulen liegt nicht beim Unterrichtsministerium! (*Zwischenrufe.*)

Ich gebe gern zu, daß die finanzielle Besserstellung der Hochschulen nicht alles ist, aber es ist doch ein sehr wesentlicher Teil der Hochschul- und Forschungspolitik. Man kann nicht einfach die Weichen umstellen und sagen, wie es der Herr Minister in seiner Antwort heute angetönt hat: Hochschul- und Forschungspolitik, das ist sozusagen ein gesellschaftspolitisches Problem und kein budgetpolitisches! Ich möchte nachdrücklich sagen: Nach unserer Auffassung ist es beides, es ist auch ein finanz- und budgetpolitisches, und zwar sehr wesentlich.

Ich möchte schließlich auf ein Problem zurückkommen, das uns auch immer wieder beschäftigt, nämlich auf die zögernde und schleppende Hochschulreform. Ich weiß, es besteht die Gefahr, daß wieder wie in jedem Jahr die Antwort kommt: Gut Ding braucht Weile. Auch der Herr Kollege Scrinzi hat gesagt, man muß mit Behutsamkeit an diese Reform herangehen. Sicherlich, aber doch auch mit einem gewissen Elan!

Als wir im Jahre 1966 das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz verabschiedet haben, haben wir darauf hingewiesen, daß mit der Verabschiedung dieses Gesetzes erst eine erste, und zwar die kleinere Etappe der dringend notwendigen umfassenden Hochschulreform erledigt wäre, denn das eigentliche Ziel jeder Hochschulreform ist die Adaption unserer Hochschulen an den gesellschaftspolitischen Auftrag des 20. Jahrhunderts. Wir haben mit großer Dringlichkeit immer wieder dieses Anliegen, das Vorantreiben der Hochschulreform im Hohen Haus, in den Ausschüssen bei allen Gesprächen gefordert, und zwar mit vielen guten Gründen, nicht nur, aber doch auch sehr maßgeblich wegen der leidenschaftlichen Proteste unserer studentischen Jugend gegen die jetzige Hochschulverfassung. Wir haben immer die Berechtigung dieser Proteste anerkannt.

Ich möchte dem einige Worte anfügen. Es wurde vom „Volksblatt“ die Anfrage der sozialistischen Abgeordneten Broda, Firnberg, Ströer und Genossen in Angelegenheiten des Studenten Michael Genner zum Anlaß genommen, uns kommunistischer Umtriebe sozusagen verdächtig zu machen. Es war eine

Chance, wieder einmal die Rote Katze zu servieren. Auch vom „Volksblatt“ wurde sehr beunruhigt darauf hingewiesen, daß der Parteivorsitzende und daß Kreise um den Parteivorsitzenden Dr. Kreisky sehr beunruhigt seien über diese Schritte der sozialistischen Abgeordneten. Ich darf das „Volksblatt“ und die Österreichische Volkspartei beruhigen: Der Herr Abgeordnete Kreisky ist keineswegs beunruhigt wegen dieser Anfrage, ganz im Gegenteil; er war viel zu lang selbst politisch eingesperrt, als daß er nicht diese Anfrage völlig verstehen und sie nicht völlig unterstützen würde, die in dieser Angelegenheit von sozialistischen Abgeordneten gestellt wurde. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich persönlich darf dazu vielleicht noch ein Wort sagen. Ich weiß heute noch nicht und ich habe damals nicht gewußt, wo der politische Standort des Studenten Michael Genner ist. Mich interessiert das auch nicht. Ich habe wenig Interesse — das wird man begreifen — für das Twen-Shop, ich habe wenig Interesse für die Protestierer gegen das Twen-Shop, ich habe überhaupt kein Interesse für die Hippies und schon gar keines für die Kommunistische Partei. Es geht mir hier wirklich um ein Prinzip, um ein Prinzip, das für mich der oberste Leitsatz ist, immer der oberste Leitsatz war und sein wird, nämlich darum, daß wir in einem demokratischen Gemeinwesen über die politische Freiheit jedes einzelnen sorgsam wachen müssen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich halte es hier mit Voltaire, meine Damen und Herren, mit Voltaire, der sagte: Ich verachte zutiefst, was jener Mann sagt, aber ich werde mich leidenschaftlich dafür einsetzen, daß er es sagen darf! (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Das, meine Damen und Herren, war der Grund, warum wir an den Justizminister die einfache Anfrage stellten, was hier eigentlich vorgeht. Es wäre leicht gewesen, die ganze Angelegenheit kurz zu bereinigen, indem man uns die Antwort gibt.

Wir stehen übrigens nicht allein mit der Forderung, eine gewisse Transparenz der Vorgänge zu erhalten. Ich habe eine Nachricht, daß am Sonntag im Auditorium Maximum der Wiener Universität 500 Studenten versammelt waren, daß unter diesen 500 Studenten CVer, Sozialisten, Parteilose und Aktionsstudenten waren und daß diese 500 Studenten ... (*Abg. Dr. Gruber: Die „bösen CVer!“ — Abg. Dr. Broda: Keine „bösen“ CVer, sondern sehr fortschrittliche CVer! — Abg. Dr. Gruber: Gibt es solche auch?*) Kollege Gruber, mit Ihren jungen CVERN vertragen wir uns besser als mit den alten CVERN, die hier sitzen. Diese 500 Studenten

Dr. Hertha Firnberg

verschiedensten politischen Couleurs haben allesamt ein Transparent beklatscht, auf dem die Freilassung des Studenten Michael Genner gefordert wurde. Sie sind also viel weiter gegangen als die sozialistischen Abgeordneten, die nur wissen wollen, was eigentlich los ist. Ich glaube nicht, daß man alle 500 Studenten gleich als Kommunisten bezeichnen kann, das kann nicht einmal in Ihren Intentionen liegen, meine Herren von der rechten Seite.

Nun lassen Sie mich noch ein Wort zur Hochschulreform sagen. Wir haben immer wieder gedrängt, den Vorgang der Reform zu beschleunigen, nicht immer nur neue Beratungsgremien und Planungsgremien zu installieren. Ich entnehme dem IBF Nr. 1079, daß schon wieder eine neue Planungsgruppe für den Herrn Minister konstituiert wurde. Ich glaube, es ist fast eine Dissertationsarbeit festzustellen, wie viele solcher Beratungs- und Planungsgremien zur Verfügung stehen, welche Funktion sie haben und wie sie zusammengesetzt sind.

Es geht nicht darum, zu planen und zu beraten und neue Beratungsgruppen neu zu installieren, sondern es geht doch sehr ernstlich darum, daß einmal gehandelt werden muß. Wir leben in einer Welt im Umbruch, in einer Welt im Aufbruch, und diese verlangt Handeln ebenso sehr wie Überlegen.

Wir haben die Hoffnung, daß in der eingesetzten parlamentarischen Hochschulkommission die Dynamik der Jugend zum Tragen kommt, und wir haben ja auch eine kleine Ernte, wenn auch sehr zögernd, schon eingebracht: die Studienkommissionen, diesen ersten Schritt zu einer institutionalisierten Demokratisierung auf Hochschulboden in den neuen spezifischen Studiengesetzen; wir hoffen, daß der bald zu erwartende Bericht der parlamentarischen Hochschulkommission uns einiges mehr an Anregungen bringen wird.

Das fast endlose, nicht mehr abreißende Debattieren um die Hochschulreform hat zweifellos einen Vorteil gebracht, nämlich daß die Erkenntnis allgemein gesichert wurde, daß die Neuordnung der Hochschulen durchaus umfassend sein muß. Hochschulreform muß bezogen sein auf die Innovation der Hochschulorganisation im Geist der Demokratisierung.

Wir Sozialisten sind hier nicht so zögernd und kleinlich, wie sich Herr Primarius Scrinzi in der Frage der Demokratisierungstendenzen gezeigt hat. Wir meinen, daß die Mitbestimmung aller am Hochschulgeschehen Beteiligten absolut notwendig ist, die Mitbestimmung durch Lehrende und Lernende. Das ist eine

vielgelästerte, aber sehr publizitätswirksame Forderung, hinter der wir zweifellos stehen.

Wir meinen, daß es notwendig ist, die Personalstruktur zu ändern, das heißt auch die Erneuerung des Habilitationsverfahrens und des Berufungsverfahren, und hier gibt uns der Hochschulbericht recht. Eine Verwaltungsreform ist an den Hochschulen gleichfalls notwendig, vielleicht notwendiger als in manchen anderen Bereichen. Und schließlich ist eine völlig neue, auf moderne Bildungsziele ausgerichtete Studienreform, gepaart mit einer Erneuerung der Hochschuldidaktik unabdingbar notwendig. Es ist Zeit, daß in unserem Jahrhundert die Freiheit des Lehrens und des Lernens ernstlich gewahrt wird.

Was das Unterrichtsministerium mit seinen wirklich ungezählten Beratungsgremien und seinem Ministerialstab nicht zuwege gebracht hat — die Sozialistische Partei hat es zustande gebracht. Wir haben der Öffentlichkeit ein Hochschulkonzept vorgelegt, das im Konzentrat der umfassenden sozialistischen Alternative die Chancengleichheit, über die heute mehrfach schon gesprochen wurde, für alle Bildungswilligen und Bildungsfähigen statuiert. Wir sind der Meinung, daß kein Bildungswilliger und kein Bildungsfähiger von der Hochschulbildung ausgeschlossen werden darf. So notwendig Planungen und Prognosen, Beratungen und Informationen über den Bedarf in den verschiedenen akademischen Berufen sind, müssen wir doch auch bedenken, daß die rasche Entwicklung auf allen Gebieten, und auf diesem Gebiet doch ganz besonders, ein wiederholtes Neuprognostizieren notwendig macht.

Unsere Leitsätze zum Hochschulkonzept sind kurz, ich darf zitieren, Herr Präsident: „Das Hochschulkonzept geht davon aus, daß die Gestaltung der materiellen und sozialen Umwelt nur mit Hilfe eines Wissenschafts- und Forschungsbetriebes geleistet werden kann, der dem Prinzip der Demokratie verbunden ist. Organisationsprinzip der Hochschule soll die nach Qualifikation gestufte Mitbestimmung und Mitverantwortung aller am Wissenschaftsbetrieb Beteiligten werden. Darüber hinaus muß moderne Politik in den siebziger Jahren Hochschulpolitik und Forschungsförderung als Teile einer geplanten und zielstrebigem Wissenschaftspolitik betrachten, die heute die wichtigste Voraussetzung für den Reichtum eines Landes bildet.“

Ich möchte Herrn Kollegen Dr. Gruber zu seiner Kritik an unserem Hochschulkonzept nur eines sagen: Ein politisches Konzept, wie unser Hochschulkonzept es darstellt, die Präsentation der Auffassungen einer politischen Partei, ist keine Dissertation und keine Habi-

Dr. Hertha Firnberg

litationsschrift und keine Seminararbeit, und im übrigen habe ich Zitierungen auch im ÖVP-Programm nicht vermißt, aber auch nicht gefunden. Ein Parteikonzept muß nicht jedes Ei des Kolumbus sich selbst neu erfinden, ganz im Gegenteil. Es ist die Aufgabe einer politischen Konzeption im Sinne einer Planung, alles zu prüfen, was vorliegt, alles zu prüfen, was Sachverständige ausarbeiten, alle Erfahrungen zu sammeln, die man bei uns und anderswo gemacht hat, und dann die richtige Wahl zu treffen.

Übrigens wurde uns die Brauchbarkeit und die Originarität gerade unseres Hochschulkonzeptes mehrfach bestätigt. Nicht alle haben uns gelobt. Wir sind froh darüber. Wenn ich wieder mit der Bergpredigt sprechen darf, heißt es hier: „Wehe, wenn alle Welt euch lobt, gerade so taten den Lügenpropheten ihre Väter.“ Nicht alle haben uns gelobt, aber doch sehr viele. Und es ist nicht so einfach, das alles abzutun, wie der Herr Kollege Gruber es getan hat.

Die Österreichische Hochschülerschaft hat sich zum Beispiel sehr positiv verhalten. (*Abg. Dr. Gruber: Unwiderrufen!*) Vielleicht unter Ihrem Druck, Herr Kollege Gruber. (*Heiterkeit. — Abg. Dr. Gruber: Bei mir gibt es keine Impression!*) Das Hochschulkonzept hat in der Presse größte Beachtung gefunden, und die Stimme von Journalen, die eher zu Ihren Parteifreunden als zu unseren zählen, waren durchaus positiv. Ich habe eine ganze Mappe davon hier, ich möchte aber nur eines zitieren. In der „Kleinen Zeitung“ vom 26. November heißt es: „Erstmals seit Kriegsende liegt die Initiative bei der Diskussion der Hochschulreform bei den Sozialisten. Mit ihrem vor einigen Tagen der Öffentlichkeit vorgelegten Hochschulkonzept haben sie die Diskussion um die Gestalt der künftigen Hochschule um einige wesentlich neue Gesichtspunkte — zumindest in der österreichischen Diskussion — bereichert, die geeignet sein könnten, die Krise dieser an End- und Fruchtlosigkeit leidenden Diskussion überwinden zu helfen.“

Und eben wegen des positiven Widerhalls, den unser Hochschulkonzept, das ja eine Diskussionsgrundlage für uns alle ist, gefunden hat, sind wir sehr verwundert über die Haltung, die der Herr Unterrichtsminister einnimmt. Es geht mir hier die Nachricht zu, daß dem Herrn Unterrichtsminister ein entsprechendes Kontingent an Hochschulkonzepten angeboten wurde, um diese den Mitgliedern der parlamentarischen Hochschulkommission zusammen mit den übrigen Unterlagen für die nächste Sitzung zur Verfügung zu stellen. Der Herr Unterrichtsminister hat aber, soviel wir

hören, seinen Beamten die Weisung gegeben, das Hochschulkonzept den Mitgliedern der parlamentarischen Hochschulkommission nicht vorzulegen, weil es sich hier um ein parteipolitisches Konzept handelt.

Ich muß sagen, das ist eine sehr klein-karierte Haltung. Glaubt der Herr Minister wirklich, daß er durch diese Methode verhindern wird, daß die Mitglieder der parlamentarischen Hochschulkommission vertraut werden mit dem Hochschulkonzept der Sozialistischen Partei? Ich glaube, es wäre besser gewesen — und das ist ein Rat, den ich dem Herrn Minister gerne geben möchte —, wenn er seine Energie dazu verwenden wollte, endlich selber ein Hochschulkonzept vorzulegen, hier dem Parlament und der Öffentlichkeit. Das wäre für ihn sehr viel leichter gewesen mit seinen Beratungsgremien und dem ganzen Stab an Beamten, als es uns möglich war mit den wenigen Studenten, Professoren und Fachleuten, die wir als freiwillige Mitarbeiter zur Verfügung hatten.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß und möchte nur noch eines sagen. Wir haben die Gewißheit, daß auf hochschulpolitischem Gebiet, wie in allen anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik, der Gesellschaftspolitik und der Kulturpolitik, die doch schon sehr müde und sehr zögernde und nur mehr prüfende und abwehrende Österreichische Volkspartei den Weg in die siebziger Jahre nicht weisen wird und nicht weisen kann. Und ich rede gar nicht vom Jahr 2000.

Den Weg in die Zukunft Österreichs werden auf hochschulpolitischem Gebiet wie auf allen anderen wir, die Sozialisten, weisen. Wir sind überzeugt, daß der Weg zu einem modernen Österreich nur unter Führung der Sozialisten vor sich gehen kann. Und für diesen Weg, für diese Führungsrolle haben wir uns auch mit unserem Hochschulkonzept vorbereitet. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister Dr. Mock. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Unterricht Dr. **Mock**: Herr Präsident! Hohes Haus! Es tut mir außerordentlich leid, daß offensichtlich die Frau Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Firnberg bezüglich der Verteilung des sozialistischen Hochschulkonzeptes falsch informiert wurde.

Meine Antwort war folgende: Nachdem Mitglieder des Klubs der Abgeordneten der Sozialistischen Partei auch Mitglieder der parlamentarischen Hochschulkommission sind, wäre es mir lieber, wenn diese Konzepte direkt mitgebracht und verteilt würden, da

Bundesminister Dr. Mock

ich sonst für eine größere Anzahl politischer Gruppen, sowohl für die partei- als auch einzelne politische Gruppen die Verteilung übernehmen müßte. Das war meine Antwort. Ich hatte nie grundsätzliche Bedenken und habe, nie eine Weisung gegeben, daß das nicht vorgelegt werden darf.

Ich habe auch einleitend bei meiner ersten Rede heute bereits festgestellt, daß ich jede Diskussion dieser Probleme als nützlich betrachte, daß wir auch im Unterrichtsministerium von all diesen Programmen Kenntnis genommen haben; nicht im Sinne der Bürokratie Kenntnis genommen, wo es heißt: „Kenntnis genommen und einlegen“, sondern uns damit auseinandersetzen.

Ich möchte nicht in Details eingehen, aber darf ich nur darauf verweisen, daß wir uns zum Beispiel auch mit der Kostenfrage für das Schulkonzept auseinandergesetzt haben, wobei unsere derzeitigen Berechnungen bei 13 Milliarden Schilling stehen.

Ich habe heute vormittag sehr deutlich erklärt, daß es sich bei der Hochschulreform meiner Auffassung nach primär um ein gesellschaftspolitisches Problem handelt, daß es selbstverständlich notwendig sein wird, auch in Hinkunft die Aufwendungen der öffentlichen Hand für unseren ganzen Bildungssektor zu steigern. Damit darf ich diese meine Erklärung nochmals klar zum Ausdruck bringen.

Ich selbst habe nicht die Frage meiner Verhandlungen mit den Professoren der Naturwissenschaften hier aufgeworfen. Ich bin interessiert daran, diese Verhandlungen in einer sachlichen Atmosphäre zu führen. Dies war auch bisher der Fall. Nicht zuletzt hat auch in einer sehr konstruktiven Weise der Präsident des Forschungsförderungsfonds, Professor Rohrer, an diesen Verhandlungen teilgenommen. Ich möchte aber vielleicht doch hier folgendes richtigstellen:

Was das Verhältnis von Sach- und Personalaufwand 1 : 1 anlangt, wo es heißt, man stütze sich auf international arbeitende Grundlagen, habe ich vor mehreren Wochen geäußert, uns doch diese Unterlagen zur Verfügung zu stellen; wir wären dankbar dafür, sie wären ein nützliches Hilfsmittel für die Auseinandersetzung mit der Frage der Berechnung eines Schlüssels zwischen Sach- und Personalaufwand. Ich habe bis heute solche Unterlagen nicht bekommen.

Im übrigen darf ich sagen, daß, wenn man es global berechnet, das Verhältnis von Sach- und Personalaufwand ein Verhältnis von ungefähr 1 : 2,8 ist, sodaß man von dem Verhältnis 1 : 1 nicht weit entfernt ist. Wenn man

einen Schlüssel festlegte, müßte man diesen Schlüssel für jedes einzelne Institut in jedem Zeitpunkt berechnen; denn wie heute schon einmal gesagt wurde, ändert sich dieser Schlüssel laufend. Wenn es sich um ein Institut für Kernenergie-Physik handelt, das zum Beispiel einen Atommeiler braucht, benötigt es anfangs einen sehr hohen Sachaufwand, der dann zwar sinken, aber immer hoch bleiben wird. Wenn es sich um ein Institut für theoretische Physik handelt, wird der Sachaufwand viel geringer sein. Hier liegt unter anderem die Problematik des Schlüssels. Wie gesagt, wir haben die Unterlagen, die auf einen Schlüssel von 1 : 1 verweisen sollen, bis heute nicht bekommen.

Im übrigen hat das Büro des Herrn Finanzministers kurz nach dem 20. Juni versucht, eine größere Anzahl der Unterschriften zu kontaktieren. Einige Herren konnten nicht erreicht werden, andere haben darauf hingewiesen, daß man es nur aus Solidarität unterschreiben hätte, aber nicht darüber persönliche Verhandlungen führen möchte.

Bei dieser Gelegenheit darf ich bekanntgeben, daß im Zeitpunkt, wo es im Hohen Haus geheißen hat, man könne an den Hochschulen nicht einmal die nötige Kreide kaufen, am 15. November ein Betrag von 110 Millionen Schilling auf den verschiedenen Konten der österreichischen Hochschulen und Universitäten gelegen ist.

Meine Damen und Herren! Damit diese Dinge alle besser funktionieren, aus diesem Grund befassen wir uns auch mit Bildungsökonomie. Daher gibt es im Bundesministerium für Unterricht seit neuestem eine Abteilung für Bildungsökonomie, um die Strukturen funktionsfähiger zu machen. Es hat ja niemand festgestellt, daß alles an allen Instituten eitel Wonne ist; denn dann würde es ja nicht notwendig sein, etwas Neues zu bauen, neu einzurichten und für erhöhte Mittel zu plädieren. Deswegen arbeiten wir, weil wir wissen, daß auf den verschiedensten Gebieten ein echter Bedarf vorhanden ist, und deshalb werde ich auch mit der gleichen positiven Einstellung und, wie ich hoffe, in der gleichen sachlichen Atmosphäre meine Verhandlungen mit den Vertretern der Naturwissenschaften weiterführen.

Ich darf noch auf einige andere Fragen eingehen. Ebenso wie ich die Beiträge politischer Gruppen zur Bildungsproblematik begrüßt habe, habe ich auch die Ergebnisse einer Bildungsenquête des Österreichischen Wirtschaftsbundes begrüßt, der sich gestern dankenswerterweise sehr intensiv mit den Fragen des berufsbildenden Schulwesens aus-

Bundesminister Dr. Mock

einandergesetzt hat. Wie ich vorhin betont habe, liegt mir dieser Sektor besonders am Herzen.

Es wurde heute auch von Herrn Abgeordneten Dr. Scrinzi festgestellt, wie wünschenswert es ist, daß in bildungspolitischen Fragen eine Einstimmigkeit zwischen den im Hohen Haus vertretenen Parteien erzielt wird. Ich teile diese Auffassung und bin daher sehr glücklich darüber, daß zum Beispiel die Schulreformverhandlungen bisher in einer sehr sachlichen Atmosphäre geführt wurden; ich werde meines dazu beitragen, daß diese sachliche Atmosphäre auch in Hinkunft gewahrt bleibt. Ich glaube, daß die bildungswissenschaftlichen Fragen zu wichtig sind, als daß sie in tagespolitische Auseinandersetzungen hineingezogen werden.

Was die Aufforderung anlangt, Konzepte auch vorzulegen, so ist bekannt, daß wir seit längerer Zeit unsere Grundsätze, nach denen wir uns unsere Bildungsreform vorstellen, bekanntgegeben haben. Ich darf hier nur beispielsweise erwähnen ... (Abg. Dr. Hertha Firnberg: Sie sagen: Wir! Wer ist „wir“?) Die Österreichische Volkspartei. (Abg. Doktor Hertha Firnberg: Ach so! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Weiss: Präzise Ausdrucksweise!)

Frau Abgeordnete, Sie haben die Hochschuldidaktik als besonders wichtigen Sektor erwähnt. Hier darf ich sagen: Einige Wochen, bevor Ihr Konzept publiziert wurde, habe ich in einem Erlaß an die Hochschulen auf die Wichtigkeit dieser Frage verwiesen und mich bereiterklärt, im Hinblick auf die Enge der Dienstposten besonders im Wege der Lehraufträge behilflich zu sein, solche hochschuldidaktische Vorlesungen einzurichten.

Wenn in dem Programm gefordert wird, daß das Seminar, die praktische Übung in den Vordergrund tritt und die Vorlesung sozusagen zurückzutreten hat, darf ich darauf verweisen, daß bereits im Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz durch eine Änderung der Aufzählung der Lehrveranstaltungen an den Hochschulen die Wichtigkeit des Seminars betont wurde, weil das Seminar, die praktische Übung und andere Einrichtungen in dieser Aufzählung an erste Stelle gestellt sind.

Ich habe im Herbst die Einrichtung von Studienkommissionen an den Technischen Hochschulen auch zum Anlaß genommen, den anderen Universitäten und Hochschulen zu empfehlen, unter Benützung des gegebenen gesetzlichen Rahmens analoge Einrichtungen zu schaffen. Das gleiche gilt für die Einrichtung von ständigen Kommissionen, die die größere Arbeitsfähigkeit von Großfakultäten und einen schrittweisen Übergang auf das Abteilungs-system sicherstellen sollen.

Mir ging es primär darum, durch Handlungen zu zeigen, daß der Bundesminister für Unterricht an einer Hochschulreform interessiert ist. Ich glaube, daß das auch vom Großteil der Öffentlichkeit einer Beauftragung von Experten vorgezogen wird, über das Grundsatzprogramm hinaus ein voluminöses Konzept zu erstellen. Ich bin aber, wie gesagt, dankbar für jede Anregung, die von anderer Seite hiezu abgegeben wird.

Es ist angeschnitten worden, welch großen Beitrag die Gemeinden und Städte zum Schulbau leisten. Wenn ich in den Bundesländern oder auch bei Schuleröffnungen in Wien bin, verfehle ich nie, den Ländern und Gemeinden für dieses Engagement zu danken. Ich bin aber überzeugt, daß der Schulbau wie sämtliche Bildungsprobleme ein gesamtgesellschaftliches Anliegen ist, bei dem es der Bevölkerung darum geht, daß möglichst viele Schulen gebaut, die bestmöglichen Lehrkanzeln zur Verfügung gestellt werden, und daß es für die Bevölkerung eine zweite Frage ist, ob der Steuerschilling im Wege einer Gemeinde, einer Stadt oder des Bundes hierfür zur Verfügung gestellt wird. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Gar so ist das nicht, da irren Sie sich! Sie kennen nicht die Nöte unserer Gemeinden und unserer Städte! Sagen Sie das den Bürgermeistern, und Sie werden eine Antwort erfahren, daß Ihnen Hören und Sehen vergeht!) Das habe ich auch anläßlich einer Ansprache in Linz öffentlich festgestellt.

Daß es an unseren Hochschulen nicht so katastrophal aussieht, wie es öfter beschrieben wird, kann vielleicht auch daraus ersehen werden, daß immer wieder ein großer Kreis ausländischer Wissenschaftler interessiert ist, an unseren Hochschulen und Universitäten zu unterrichten. Ich verweise nur darauf, daß zum Beispiel vom Professorenkollegium der Hochschule Linz 40 Prozent aus dem Ausland kommen, daß an allen österreichischen Hochschulen und Universitäten mehr als 10 Prozent aus dem Ausland kommen. Sie finden hier offensichtlich Arbeitsbedingungen, die ihren Vorstellungen entsprechen. (Abg. Doktor Androsch: In Linz, Herr Minister!) Herr Abgeordneter, darf ich Ihnen sagen, daß es an einer einzigen Hochschule einen Prozentsatz von unter 10 an ausländischen Professoren gibt, nämlich an der Hochschule für Bodenkultur. An den anderen Universitäten und Hochschulen liegt der Anteil zwischen 10 und 40 Prozent. (Abg. Dr. Androsch: Wie ist es an der Welthandel?) Bei der Hochschule für Welthandel liegt er bei 10 Prozent, bei allen anderen Universitäten und Hochschulen darüber. (Abg. Dr. Androsch: Wer ist ein Ausländer an der Hochschule für Welthandel?)

Bundesminister Dr. Mock

— *Abg. Dr. Hertha Firnberg: Sie meinen also, es ist alles in bester Ordnung?*

Nein, es ist nicht in bester Ordnung, Frau Abgeordnete! Deshalb bemühen wir uns um mehr Mittel, deshalb habe ich unterstrichen, daß die öffentliche Hand in Hinkunft mehr Steuermittel zur Verfügung stellen muß, daß wir die ganze Hochschulstruktur ökonomischer gestalten müssen, daß wir nach Schwerpunkten vorgehen müssen. Ich bin mir bewußt, daß diese Schwerpunktsetzung ein leicht veränderter Grundsatz ist, der aber in der Praxis nur schwer verwirklicht werden kann. Wir werden ihn aber verwirklichen müssen.

Es wurde der Hochschulbericht zitiert. Wir haben nicht versucht, die schwierigen Gebiete unseres Bildungssektors zu vermeiden. Sie haben selbst darauf verwiesen, daß hier aufgezeigt ist, daß der Sachaufwand in letzter Zeit gegenüber dem Personalaufwand zurückgegangen ist, weil eben die Zahl des Personals in den letzten Jahren besonders gesteigert wurde. Dies war für mich der Anlaß, neben dem Schwerpunkt Bauten auf dem Bildungssektor den Schwerpunkt Sachaufwand zu setzen, und es kam immerhin von 1969 auf 1970 zu einer Steigerung des Sachaufwandes für die Hochschulen um rund zwanzig Prozent und innerhalb dieses Satzes zu einer Steigerung der Anlagenkredite um ungefähr 29 Prozent. Das sind zwei Prozentsätze, die es in den letzten zehn Jahren nicht gegeben hat! Das zeigt, daß wir diesem Aspekt des Sachaufwandes eine entsprechende Bedeutung zugemessen haben, und ist ein Beispiel, daß wir auch Folgerungen aus dem Hochschulbericht gezogen haben.

Ich glaube letztlich, daß es bei aller Notwendigkeit, konzeptiv vorzugehen und Grundsätze zu haben, das erste Anliegen eines Unterrichtsministers sein muß, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten noch in dieser Legislaturperiode Handlungen zu setzen und in der kommenden Legislaturperiode die Voraussetzungen für Regierungsvorlagen zu schaffen, damit auch von legislativer Seite her die verschiedenen Reformbemühungen vorangetrieben werden. Ich möchte dabei nach dem Grundsatz handeln „More facts, fewer slogans — Mehr Handlungen und Tatsachen und weniger Slogans!“, weil ohnehin die Gefahr besteht, daß die Diskussion um die verschiedenen Reformprobleme in einer Dunstglocke reformatorischer Rhetorik erstickt. Ich möchte nicht den Fehler begehen, daß man auch mir einmal diesen Vorwurf macht! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es

ihm. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Weis: Ein Stachanowist!*)

Abg. Peter (FPÖ): Abgeordneter Robert Graf von der Österreichischen Volkspartei behauptete gestern, wir Freiheitlichen würden im Parlament auftreten, als stellten wir eine parlamentarische Hundertschaft dar. Ich will ihn nicht Lügen strafen und bin daher bestrebt, Auftritt und Leistung zu vermehren und zu verbessern. (*Abg. Dr. Gruber: Das Auftreten zu vervielfachen! Die Leistung zu verbessern ist etwas anderes!*) Das Auftreten kann mit der Leistungsverbesserung zusammenhängen. Der Herr Abgeordnete Gruber wird mir nicht verwehren, mich nun mit einigen Detailproblemen dieses Budgetkapitels zu beschäftigen.

Frau Abgeordnete Dr. Firnberg, ich knüpfe bei Ihrer Rede an, weil Sie sich damit auseinandergesetzt haben, wie krampfhaft die Sprecher der Österreichischen Volkspartei heute bemüht sind, den Vorrang für Bildung und Forschung glaubwürdig zu machen. Das erinnert mich an die Diskussion der Parteiböhmänner in Linz, wo zum Thema „Leistungen dieser Alleinregierung“ Herr Bundeskanzler Dr. Klaus angesprochen wurde und dem Diskussionsteilnehmer antwortete: Wenn eine Henne ein Ei legt, müsse man ihr doch gestatten, daß sie gelegentlich gackere. Das, was die ÖVP-Regierungsmehrheit heute über die Bühne zu bringen versucht, erinnert an ein ländliches Sprichwort: Groß gackern, klein legen! (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Das entspricht ungefähr den 0,03 Prozent der Aufstockung des Unterrichtsbudgets im Jahre 1970, und die Henne (*auf Minister Dr. Mockweisend*) ist heute, wie wir uns überzeugen konnten, sehr, sehr fleißig und sehr bestrebt, das bildungspolitische Eierlegen glaubwürdiger zu machen, als es den Rednern der Regierungspartei bis zur Stunde gelungen ist.

Herr Unterrichtsminister! Ich gebe Ihnen einen Vorwurf weiter, der von Professoren verschiedener Hochschulen und Universitäten außerhalb Wiens erhoben wurde. Er besteht darin, daß die verantwortlichen Herren Ihres Ministeriums bei der Vergabe von Auslandsstipendien schwerpunktmäßig die Universität Wien und die Wiener Hochschulen bevorzugen und daß die außerhalb Wiens liegenden Hochschulen und Universitäten nicht nur stiefmütterlich behandelt werden, sondern teilweise überhaupt keine Berücksichtigung bei Auslandsstipendien erfahren. Ich darf Sie bitten, diesem Vorwurf nachzugehen und ihn nach Möglichkeit aufzuklären.

Herr Minister! Zum vierten Male ergreife ich beim Kapitel Unterricht im Rahmen einer Budgetdebatte in dieser Legislaturperiode das

13796

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Peter

Wort, um den Versuch zu unternehmen — und ich tue es heute wieder —, das Unterrichtsministerium zu bewegen, sich bezüglich der von breiten Kreisen der Öffentlichkeit und der Wirtschaft geforderten Neuordnung der Ferien zu äußern. Es ist mir in den vergangenen Jahren nicht gelungen, Ihren Vorgänger, Herrn Doktor Piffl-Perčević, zu bewegen, seine Auffassungen zur Neuordnung der Ferien darzulegen. Ich bitte daher Sie, Herr Minister Mock, nach Möglichkeit noch heute oder in absehbarer Zeit schriftlich zu den Wünschen, die aus dem Bereich der Fremdenverkehrswirtschaft und der Elternschaft vorliegen, Stellung zu nehmen. Die „Kleine Zeitung“ war es, die in jüngster Zeit forderte, mit dem „Ferienunsinn“ der jetzigen Ferienordnung Schluß zu machen. Sowohl Bundeswirtschaftskammer als auch Elternvereinsbereiche fordern eine Staffelung der Hauptferien in einem zeitlichen Abstand von etwa zwei Wochen, wobei die Bundesländer in zwei Gruppen geteilt werden sollen: Wien, Niederösterreich, Burgenland, Steiermark und Kärnten einerseits, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg andererseits. Herr Unterrichtsminister! Ist diese Thematik in Ihrem Hause schon ausreichend untersucht worden? Wenn ja, zu welchen Ergebnissen haben diese Untersuchungen geführt?

Ich habe in den abgelaufenen Jahren des weiteren mehrmals ersucht, zur Frage der Weihnachtsferien eine Stellungnahme vom Unterrichtsminister zu erhalten. Auch in dieser Frage hat sich der seinerzeitige Ressortchef nicht entschließen können, Aufklärung zu erteilen. Besteht eine Chance zur Staffelung der Weihnachtsferien, so wie es die Fremdenverkehrswirtschaft fordert und wie es auch von Elternkreisen vertreten wird, damit die preisgünstige Jännerlücke des Winterfremdenverkehrs den Eltern mit Kindern im Schulalter erschlossen werden kann?

Wie sieht es mit der Realisierung der Forderung auf Erweiterung der Osterferien auf zwei Wochen aus? Welche Ansichten vertreten die verantwortlichen Herren des Unterrichtsministeriums in dieser Frage? Die Karwoche soll durch eine zweite Woche ergänzt und der Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag sollen in der Nachosterwoche den Osterferien noch zugeschlagen werden. Der dadurch eintretende Unterrichtsausfall könnte ausgeglichen werden, indem man freie Tage für unnötige Zwecke nicht so großzügig bewilligt, wie das heute an der Tagesordnung ist; mit freien Tagen für Lehrervereine, freien Tagen für Gewerkschaftsversammlungen und andere Veranstaltungen ist sparsamer umzugehen. Die vier Tage, die bei einer Verlänge-

rung der Osterferien auf zwei Wochen verlorengelassen würden, ließen sich — wie aufgezeigt — im Laufe des Schuljahres verhältnismäßig leicht einsparen, sodaß dadurch kein Unterrichtsausfall eintreten würde.

Ich komme zurück auf eine schon in der Schulreformkommission angeschnittene Frage, die dort noch keine befriedigende Klärung erfahren konnte. Wie sieht es in Zukunft mit dem Geographieunterricht aus? Entspricht es den Tatsachen, daß der Geographieunterricht in der Oberstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen ausgesetzt und durch den Wirtschaftskundeunterricht ersetzt werden soll? Diese Mitteilungen des Unterrichtsministeriums haben nicht nur in Lehrer-, sondern auch in Studentenkreisen Besorgnis hervorgerufen, weil sich die jungen Menschen fragen müssen, ob es dann überhaupt noch einen Sinn hat, an der Universität Geographie zu studieren und eine Vollausbildung in diesem Unterrichtsfach anzustreben. Man macht den für dieses Thema Verantwortlichen des Unterrichtsministeriums den Vorwurf, daß man Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, für die es in der Wirtschaft zu wenig Existenzgrundlagen gibt, eine engbegrenzte als Wirtschaftskundelehrer geben will. Damit schafft das Unterrichtsministerium einen Gegensatz und eine unerfreuliche Konkurrenz zwischen den Geographie- und den Wirtschaftskundelehrern, ohne daß damit eine sinnvolle Ergänzung erreicht wird, gegen die durchaus nichts einzuwenden wäre.

Die Aufwendigkeit der Schulbauten, Herr Bundesminister, ist ein leidiges, viel diskutiertes, aber nach wie vor nicht geklärtes Problem in unserem Lande. Fachwissenschaftliche Publikationen der jüngsten Zeit machen dem österreichischen Schulbau den Vorwurf, daß er sehr aufwendig und trotzdem nicht modern und zweckentsprechend sei. Ein weiterer Vorwurf ist der, daß neue Unterrichtsformen in den überaus konservativen und sehr aufwendigen Schulbauten oft nicht praktiziert werden können. Die aufwendigen Klischeebauten sind ein mit Satteldach, Einheitsglasfront und phantasiereichen Fassaden ausgestattetes Hemmnis. Auch die Innengestaltung vieler Schulen entspricht in vielen Fällen nicht den modernen Unterrichtsanforderungen unserer Zeit.

Ein Architekt macht dem österreichischen Schulbau den Vorwurf, daß der Kasernencharakter des 19. Jahrhunderts nach wie vor nicht überwunden ist. Das Schulgebäude soll nach Ansicht der Pädagogen und der Baufachleute nicht fixieren, es soll vielmehr anregen und soll zum Weiterstreben stimulieren. Gerade diesen Anforderungen entspricht der

Peter

österreichische Schulbau vielfach nicht. Einer der Hauptmängel besteht in veralteten gesetzlichen Bestimmungen, wo man ebenso Hand anlegen müßte wie an der Kompetenzfrage — das führte ich in meiner ersten Rede zur Schulerrichtung und zur Schulerhaltung schon aus.

Die Fünftageschulwoche wird in einigen Bereichen der Schulverwaltung nicht mehr diskutiert, sondern demnächst schon praktiziert. Ist es zweckmäßig, Herr Bundesminister, daß Bezirksschulräte von sich aus die Initiative ergreifen und im nächsten Schuljahr einen freien Samstag im Monat einführen? Meines Erachtens sollte das Ministerium nach bestimmten Überlegungen entsprechende Erfahrungswerte zur Fünftageschulwoche erarbeiten lassen. Welchen Standpunkt bezieht der neue Bundesminister für Unterricht also zur Fünftagewoche? Auch diese Frage soll endlich geklärt werden.

Immer mehr wird in der Öffentlichkeit diskutiert — und das führt in den Bereich der Schulreformkommission —, ob der Zug für die allgemeinbildenden höheren Schulen auf dem richtigen Geleise steht und ob die Weichen für die allgemeinbildende höhere Schule auch tatsächlich richtig gestellt werden. Dazu kommt der große Mangel des zu geringen Angebotes im mittleren berufsbildenden Schulwesen. Nicht nur das berufsbildende höhere Schulwesen, sondern auch das mittlere berufsbildende Schulwesen ist von der Schulreform 1962 ignoriert worden.

Den modernen Sprachen ist auf Grund vielfacher Kritik, die gerade im letzten Jahr nachhaltiger geworden ist, nicht nur zu wenig Raum in Österreich an den allgemeinbildenden höheren Schulen eingeräumt, auch die Methoden des Sprachunterrichtes sind oftmals nicht mehr zeitgemäß. Die Lateinproblematik ist ungelöst und hängt wie ein Klotz am Bein der allgemeinbildenden höheren Schulen.

Aus den Kreisen der Wirtschaft kommt der Vorwurf, daß die Lehrpläne die Mathematik zu wenig berücksichtigen würden. Es ist notwendig, daß verantwortliche Beamte des Unterrichtsministeriums diese in der Öffentlichkeit vorgebrachten Auffassungen sammeln, ordnen, katalogisieren und der Schulreformkommission zur Verfügung stellen.

Damit zur Arbeit der Kommission selbst. Ich bin der Überzeugung, daß die Schulreformkommission in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum ein reiches Arbeitsprogramm bewältigt hat. Trotzdem sind wir alle von einer großen Sorge erfüllt, denn die bisherigen intensiven Bestrebungen sind noch nicht dazu angetan, den Schulpraktikern wirklich Hilfe zu gewähren und deren schwere Aufgabe zu

erleichtern. Hier wird also von Seite des Unterrichtsministers alles getan werden müssen, um so rasch wie möglich zu einer unmittelbaren und effektiven Hilfe für die Lehrer aller Schulgattungen zu kommen. Das ist eine vorrangige Aufgabe, welche die Schulreformkommission zu bewältigen hat.

War es noch vor einem Jahr das 9. beziehungsweise das 13. Schuljahr, das zu einem Zentralproblem der Schulreform geworden ist und das angetan war, die bildungspolitische Entwicklung weitestgehend zu blockieren, so ist durch die inzwischen geleistete Arbeit der Schulreformkommission das 9. Schuljahr zu dem geworden, was es in der gesamten Bildungsreform sein soll und sein muß, nämlich ein wesentliches, aber im Gesamtrahmen der Bildungsreform doch untergeordnetes Detailprogramm.

Nach meiner persönlichen Beurteilung zeichnen sich aus der Arbeit der Schulreformkommission erfreuliche und positive Ansätze ab, von denen es aber noch abzuwarten gilt, ob es uns gelingen wird, sie zu einem breiten und tragfähigen gemeinsamen Nenner der österreichischen Bildungspolitik zu machen.

Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben und müssen bedenken, daß sehr schwere und vielleicht die schwersten Brocken der offenen Bildungsprobleme noch zu bewältigen sein werden. Ich stehe unter dem Eindruck, daß alle drei Fraktionen diesen Belangen mit großem Verständnis gegenüberstehen und daß sich brauchbare Auswege abzeichnen.

Was auf dem Gebiete der vorschulischen Ausbildung bisher erarbeitet wurde, ist als durchwegs positiv zu bezeichnen. Wenn einer der Erträge der Bildungsreform darin bestehen würde, die Vorschulzeit besser und intensiver als bisher zu nützen und den Schuleintritt sinnvoller zu gestalten — eben nach der Begabung und Veranlagung des Kindes — als es heute der Fall ist, den Schuleintritt in die Altersgruppe zwischen dem fünften und dem siebenten Lebensjahr einzuordnen, dann würde das für den weiteren Verlauf der Schulbahn von außerordentlich großem Vorteil sein.

Die Schulreformkommission hat das Recht des Kindes auf den Kindergarten postuliert. Wir wissen, welche materiellen Schwierigkeiten mit der Verwirklichung dieses Postulates verbunden sind. Trotzdem müssen entsprechende Vorkehrungen getroffen werden, um das Kindergartenwesen in Österreich auszubauen und auf eine breitere Grundlage zu stellen.

Es geht im vorschulischen Bereich darum, die im ländlichen Raum auftretenden bildungspolitischen Schwierigkeiten zu steuern.

Peter

Man wird in der weiteren Arbeit der Schulreformkommission großen Wert auch darauf legen müssen, die Grundschule flexibel zu gestalten, damit sie besser als bisher auf die Veranlagung und Eigenart des Kindes eingehen und darauf Rücksicht nehmen kann.

Der Übertritt in die weiterführende Schulbahn nach vier oder nach fünf Grundschulstufen darf heute keine ideologische Streitfrage mehr sein, sondern muß so flexibel wie nur möglich gestaltet werden, weil eben gemäß der Veranlagung und der Begabung der eine Schüler nach der vierten und der andere nach der fünften Grundschulstufe so weit ist, in den aufgefächerten Unterricht übergeführt zu werden.

Viel Kopfzerbrechen wird uns noch die Problematik Gesamtschule — Einheitsschule bereiten. Hier gehen die Meinungen stark auseinander. Ich selbst bin ein Gegner der Einheitsschule im Sinne des sozialistischen Schulprogramms und stehe ebenso mit großer Skepsis einigen Meinungsäußerungen gegenüber, die in den letzten Wochen aus dem Lager des Arbeiter- und Angestelltenbundes gekommen sind.

Mit großem Interesse habe ich den Vortrag des Professors Herbert Schambeck auf der Bundeskonferenz des Arbeiter- und Angestelltenbundes am 30. Oktober verfolgt. Im Rahmen dieses Vortrages begegnet einem immer wieder der Ausdruck „Gesamtschule“. Mich würde nun interessieren, ob durch Verwendung des Begriffes „Gesamtschule“ allmählich eine Annäherung der ÖVP-Auffassung an den Einheitsschulgedanken der Sozialistischen Partei erfolgt, oder ob ich die Ausführungen des Professors Schambeck mißverstanden habe. Das ist eine Frage, die ich mit großem Interesse an die zuständigen Abgeordneten der Regierungspartei zu richten habe. (*Abg. Dipl.-Ing. Leitner: Ich kann Sie beruhigen, das ist ein Mißverständnis gewesen!*) Danke vielmals. Herr Abgeordneter, Sie werden sicherlich noch zum Kapitel Unterricht sprechen. Vielleicht gehen Sie auf dieses Problem ein. Ich nehme also zur Kenntnis: Die Auffassung von Professor Schambeck bezüglich der Gesamtschule ist nicht eine „halbe Einheitsschule“ im Sinne des sozialistischen Schulprogramms. (*Abg. Ofenböck: Nein, auf keinen Fall! — Abg. Zankl: Traurig, aber wahr!*) Ich glaube, daß man mit dem Ausdruck „traurig“ im Zusammenhang mit Bildungsproblemen sehr vorsichtig und sehr zurückhaltend sein soll.

Herr Abgeordneter Zankl! Ich bin bereit, mich vom besseren Argument überzeugen zu lassen. Ich bin der Meinung, daß man Schulversuche mit der Einheitsschule im Sinne des

sozialistischen Schulprogramms sogar durchführen soll, um entsprechende Erfahrungswerte zu gewinnen.

In der Bildungspolitik muß künftig über Parteigrenzen hinweg ein Grundsatz Gültigkeit haben: Man muß bereit sein, sich vom besseren bildungspolitischen Argument überzeugen zu lassen, auch dann, wenn es von der Seite des politischen Gegners kommt. Auf dieser Grundlage möchte ich den sozialistischen Einheitsschulgedanken diskutieren. Ich stehe ihm nicht aus parteipolitischen Gründen mit Vorbehalt gegenüber, sondern auf Grund pädagogischer und bildungspolitischer Überlegungen.

Gerade die Forderung der Sozialisten nach der Einheitsschule soll eben einen wesentlichen Bestandteil der weiteren bildungspolitischen Diskussion darstellen, denn wir wollen das geistige Wettbewerbsprinzip auf dem Gebiete der Bildungspolitik zur vollen Entfaltung bringen, um die besten Lösungen gemeinsam zu erarbeiten. (*Abg. Zankl: Aber, Kollege Peter, bei der Frage werden wir sehr bald in Österreich den Ruf für uns buchen können, das Schlußlicht zu sein!*) Die neue Bundesregierung der Bundesrepublik hat das Gesamtschulkonzept der Öffentlichkeit jetzt unterbreitet. Durch die Unterbreitung des Gesamtschulkonzeptes ist eine sehr rege bildungspolitische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland eingeleitet worden. Auch dort stößt die Gesamtschule der SPD auf eine große Diskussionsbereitschaft, ebenso auch auf große Bedenken.

Ich bezweifle, ob wir das „Schlußlicht“ sein werden und ob wir als letztes Land die sozialistische Einheitsschule oder wie es jetzt im Schulprogramm bezeichnet wird „die Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen“ einführen werden. Die SPÖ ist mit der neuen Formulierung den eigentlichen Problemen aus dem Weg gegangen und spricht heute von der „Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen“, obwohl bekannt ist, was damit konkret gemeint ist.

Diskutieren wir also die Problematik der sozialistischen Einheitsschule sachlich und prüfen wir, auf welcher Seite das bessere Argument steht. Wenn wir aus allen Schul- und Bildungsprogrammen der hier im Hause vertretenen Parteien das Beste herausnehmen, zum gemeinsamen Konzept erheben und dies verwirklichen, so glaube ich, werden wir der österreichischen Schule einen großen Dienst erweisen und darüber hinaus die geistige Wettbewerbsfähigkeit Österreichs sicherstellen. Diesem Leistungsprinzip ist ja auch Idee und Inhalt der Bildungsformel der FPÖ zugeordnet. Wir Freiheitlichen treten für die

Peter

offene Schule für alle ein, die besser als bisher auf die Begabung und auf die Veranlagung des jungen Menschen Rücksicht nimmt. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Wir wollen mit der Bildungsformel der Freiheitlichen Partei Österreichs den Weg zu einer fortschrittlichen Bildungs- und Ausbildungspolitik für heute und morgen erschließen. Das Ziel der freiheitlichen Bildungsformel ist ein ganzheitliches, aufeinander abgestimmtes Bildungs- und Ausbildungssystem. Mit der FPO-Bildungsformel wollen wir einer attraktiven Bildungspolitik für wagemutige junge Menschen den Weg bereiten, getragen von der Erkenntnis, daß Bildungsplanung und Bildungsforschung Hand in Hand gehen müssen. Auf dem Gebiet der Bildungsforschung muß noch mehr getan werden. Es gilt, auf allen Ebenen, in allen Schulbereichen und in allen Organisationsformen des Schulwesens gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen für alle jungen Menschen zu gewährleisten. Das erfordert die von uns Freiheitlichen verlangte offene Schule. Wir müssen bereit sein — ganz gleich, wo wir stehen — moderne, europäisch orientierte Veränderungen des Bildungswesens entschlossen herbeizuführen. Der Aufruf dazu ist zu wenig. Die offene Schule muß in die Tat umgesetzt werden, um den offenen Aufstieg in einem offenen und vereinten Europa zu gewährleisten. *(Beifall bei der FPO).*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Leitner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. **Leitner** (ÖVP.): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Ausführungen der Frau Kollegin Dr. Firnberg haben sehr deutlich gezeigt, wie notwendig es war, daß die Österreichische Volkspartei Bildung und Forschung als den ersten Schwerpunkt ihres Regierungsprogramms herausgestellt hat. *(Abg. Zankl: Aber nur auf dem Papier!)*, daß dieser Schwerpunkt auf dem Wege der Verwirklichung ist.

Auf diesem Gebiet sind Erfolge erzielt worden, die vor Jahren nicht vorstellbar waren, nicht nur auf dem Gebiet der Hohen Schulen, auch auf dem Gebiete des allgemeinbildenden höheren Schulwesens, auf dem Gebiet des gesamten Schulwesens: In jedem politischen Bezirk mindestens eine höhere Schule, eine starke Schulbautätigkeit, Neugründungen von Berufsschulen mittlerer und höherer Art, eine bessere Ausschöpfung der Begabungsreserve vor allem dort, wo sie zu finden sind, nämlich in den ländlichen Gebieten, eine starke Hebung des Bildungsbewußtseins in weiten Kreisen unserer Bevölkerung und seit 1969 wieder eine echte umfassende Diskussion über

die Weiterentwicklung der Schule in der Schulreformkommission.

Der Herr Kollege Scrinzi hat gesagt, daß seit 1966 wieder Bewegung in die Bildungsfront gekommen ist. Wir wissen das. Er hat gesagt, daß im Parlament eine gute Arbeit geleistet wurde. Das ist doch eine Anerkennung für die Mehrheitspartei in diesem Haus, das ist doch eine Anerkennung für die Regierung. *(Abg. Dr. van Tongel: Für das Parlament ist das eine Anerkennung!)* Auch für die Regierung, wenn gute Arbeit geleistet wird und entsprechende Konzepte vorgelegt werden. *(Abg. Zankl: Weil wir der Motor sind, deshalb!)* Wir hoffen und erwarten, daß wir 1970 diese Arbeit erfolgreich weiterführen können.

Wenn heute von der Opposition gesagt wurde, daß eine Bildungskatastrophe bevorstehe, daß überall lamentiert werde, so glaube ich, ist das typisch für die Einstellung dieser Partei. Es ist doch keine Katastrophe, wenn die Schulbesuchsquoten der allgemeinbildenden höheren Schulen stark gestiegen sind, wenn die Schülerzahl von 79.000 auf 120.000 an den allgemeinbildenden höheren Schulen in den letzten Jahren gestiegen ist. Da sprechen doch die objektiven Zahlen eine ganz andere Sprache.

Wir sagen, daß dieser Schwerpunkt der Bildung und Forschung erst in einer Alleinregierung der ÖVP möglich war. Vorher hat eine Regierung ein solches Schwerpunktprogramm nicht zustandegebracht. Bei den Budgetverhandlungen in der Koalitionsregierung hat vielfach der Proporz geherrscht. Wenn der Unterrichtsminister 100 Millionen Schilling gefordert hat, dann ist sicher der Innenminister gekommen und hat eine ebensolche Forderung angemeldet. Und wenn für die Unterrichtsbauten einige 100 Millionen Schilling gebraucht und gefordert wurden, dann hat der Verkehrsminister eine solche Summe verlangt. Zum Schluß war dann sicher der Finanzminister überfordert. *(Abg. Wielandner: So viele Schulden sind damals nicht gemacht worden wie heute!)*

Eine klare Rangordnung der notwendigen Maßnahmen gerade auch auf dem Gebiete der Bildung und Forschung kann das Bundesfinanzgesetz daher erst in einer Alleinregierung aufweisen, und diese Schwerpunktmaßnahmen wurden auch gesetzt.

Jetzt heißt es: Ja, aber der Unterrichtsminister hat immer der ÖVP angehört! Es wird sich jeder Minister, sicher auch der Unterrichtsminister, um die notwendigen Mittel für sein Ressort bemühen, aber wir wissen auch, daß er in der alten Regierung nicht

13800

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

immer Erfolg gehabt hat. Diesmal, in den vergangenen vier Jahren, konnte hier ein echter Fortschritt erreicht werden.

Es wird gesagt, eine umfassende Diskussion sei quasi ein Verdienst der Sozialistischen Partei. Wir freuen uns, daß in diesem Hause wieder eine umfassende Diskussion über das beste Schulkonzept, über die Weiterentwicklung der Schule aufgenommen wurde.

1962 wurden die Schulgesetze beschlossen. Der Schwerpunkt Bildung und Forschung konnte damals nicht verwirklicht werden. Die gesetzliche Weiterentwicklung beziehungsweise Anpassung wurde aber dann durch die Sozialistische Partei blockiert. Ich möchte hier nur zwei Beweise anführen: erstens die landwirtschaftlichen Schulgesetze. — Hier wurde als Ursache das niederösterreichische Landesausführungsgesetz zur Lehrerbesetzung als Grund dieser jahrelangen Blockade angegeben, obwohl die Vorlagen gemeinsam erarbeitet wurden. Zuerst, 1965, die Blockade in der Regierung, und dann die Blockade im Parlament seit 1966.

Diese Regierungsvorlagen haben die Nummern 38 bis 41, die wichtigste Vorlage liegt im Verfassungsausschuß. (*Abg. Steiner: Im Sterbeausschuß!*)

Der zweite Beweis war das Bemühen, die Klassenschülerhöchstzahl flexibler zu gestalten. Hier hat es 1968 im Haus seitens der Sozialistischen Partei geheißt: Es wird eine buchstabengetreue Durchführung der Schulgesetze 1962 gefordert, und daher muß man dagegen sein. 1969 kam dann das Schulprogramm der SPÖ, jetzt wird die Weiterentwicklung anerkannt.

Ich habe schon gesagt, daß die Bereitschaft zum umfassenden Gespräch bei uns vorhanden ist. Das Ergebnis ist ja die Schulreformkommission. Die Arbeit in dieser Kommission zeigt, welch raschen Fortschritt die Entwicklung auf dem Gebiete der Schule nimmt. Denken wir an die Einführung der Lehrmaschinen. Hier hat Österreich durch die Errichtung des ersten Lehrmaschineninstitutes in Europa auch wieder eine Tat gesetzt, die zu beachten ist. Denken wir an die neuen Erkenntnisse der pädagogischen Wissenschaft, welche uns Vorschule, Kindergarten, welche uns die Bildungsfähigkeit des jungen Menschen bis zehn Jahre erst so richtig ins Bewußtsein gebracht haben. Ich verweise hier auch auf die Bedeutung der Volksschule, wir haben gerade diese Bedeutung immer wieder herausgestellt.

Die Entwicklung des Unterrichtsbudgets von 1960 bis 1964 zeigt sehr deutlich, daß es damals trotz der Schulgesetze 1962 nicht mög-

lich war, diesen Vorrang zu postulieren und zu verwirklichen. Die Zunahme der Mittel von 1960 auf 1964 weist sicher eine Steigerung auf, nämlich von 3 Milliarden Schilling auf 4,3 Milliarden Schilling, aber der prozentuelle Anteil an der ordentlichen Gebarung bleibt immer annähernd gleich. 1960 waren es 7,39 Prozent und 1964 7,72 Prozent, dazwischen sinkt dieser Anteil sogar einmal auf 7,09 Prozent ab.

Erst ab 1966 zeigt das Budget starke Steigerungsraten auf dem Gebiete des Unterrichtswesens. Wenn wir die Baukredite einmal außer acht lassen, dann zeigt sich, daß bereits 1966 6 Milliarden Schilling aufgewendet wurden — 8,79 Prozent der ordentlichen Gebarung —, 1968 8'128 Millionen Schilling — 9,96 Prozent der Gebarung — und 1970 10'186 Millionen Schilling, das sind 10,43 Prozent der ordentlichen Gebarung.

Das gleiche gilt für die Baukredite auf dem Gebiete des Unterrichtswesens. Vor 1964 starke Jahresschwankungen: 1960 waren es 410 Millionen Schilling, 1961 nur 185 Millionen Schilling, 1962 wieder 356 Millionen Schilling. Seit 1965 stellen wir auch hier eine starke Steigerungsrate auf 600 bis 660 Millionen Schilling im Jahr fest. Für das kommende Jahr sind 890 Millionen Schilling vorgesehen, davon allein 842 Millionen Schilling für die reinen Schulbauten.

Dazu kommt das Sonderfinanzierungsprogramm für die Universitäten, das Herr Kollege Scrinzi gefordert hat. Das ist 1 Milliarde Schilling. Im heurigen Jahr wird mit dem Bau von acht Großbauten auf Grund dieses Programmes begonnen werden.

Dazu kommt die Sonderfinanzierung für den Bau der berufsbildenden höheren und mittleren Schulen, ebenfalls mit einem Sonderfinanzierungsprogramm, das im Unterrichtsbudget gesichert werden konnte.

Ich darf hier kurz auf die Bedeutung des berufsbildenden Schulwesens hinweisen. Schon mein Vorredner hat gesagt, daß wir gerade auf diesem Gebiet einen echten Nachholbedarf haben, weil es notwendig ist, Bildung und Ausbildung an die Erfordernisse der modernen Zeit, der Technik und der wirtschaftlichen Entwicklung bestmöglich anzupassen.

Es wurden zwischen 1966 und 1969 2,3 Milliarden Schilling für den Bau von Hochschulen und allgemeinbildenden höheren Schulen aufgewendet. Zwischen 1962 und 1965, also in den drei Jahren vorher, waren es um 60 Prozent weniger.

Nun hat heute die Frau Kollegin Stella Klein-Löw als Wiener Abgeordnete große Bauforderungen an den Bund gestellt. Sie hat aber kein Wort darüber gesagt, ob Wien

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

genauso, wie die Länder und Gemeinden es tun, bereit ist, eigene Mittel für den Ausbau des höheren Schulwesens zur Verfügung zu stellen, um damit die Anstrengungen des Bundes zu steigern. Seit 1960 wurden vom Bund höhere Schulen mit einem Umfang von 1350 Millionen Schilling fertiggestellt und bezogen. Wien erhielt davon 33 Prozent, das sind 439 Millionen Schilling. Da Wien nur 25 Prozent der Bevölkerung hat, hat es hier sicher nicht schlecht abgeschnitten. (*Abg. Ing. Häuser: Wieviel Studierende?*) Kürzlich wurden in Wien wieder zwei höhere berufsbildende Schulen mit einem Kostenaufwand von 199 Millionen Schilling fertiggestellt. Im Bau befinden sich Projekte mit 521 Klassen, welche ebenfalls mehr als 1 Milliarde Schilling erfordern. Hier ist Wien ebenfalls wieder gut beteiligt.

Ich glaube, die Gemeinden, in denen in den letzten Jahren höhere Schulen gebaut oder errichtet wurden, haben hier größte Leistungen erbracht. Diese Leistungen sind anzuerkennen und wurden im Bildungsinteresse unserer Bevölkerung erbracht. Ich möchte hier keinen Neidkomplex hervorrufen oder postulieren, aber ich glaube, auch Wien soll die Leistungen des Bundes anerkennen und diese durch eigene Anstrengungen unterstützen.

Ein echter Erfolg der Bildungspolitik ist der gewaltige Aufbruch des Schul- und Bildungsinteresses in der gesamten Bevölkerung, besonders auch in der Bevölkerung der Landgebiete, der peripheren Gebiete in unserem Bundesgebiet. Dieses Bildungsbewußtsein ist nämlich eine wesentliche Voraussetzung für die Beseitigung des regionalen Bildungsgefälles zwischen Stadt und Land. Diese Beseitigung ist eine der größten Aufgaben, die unsere Gesellschaft heute zu erfüllen hat: die Ausschöpfung der Begabungsreserven in allen Berufsschichten des ländlichen Raumes. Dort wohnt ja nicht mehr der Bauer allein, dort ist auch nur mehr ein prozentueller Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung von 20 oder 25 Prozent festzustellen. Gleiche Bildungschancen bei gleichem Bildungswillen und annähernd auch gleiche Bildungskosten für den Schüler und für seine Eltern, aber auch für die Gebietskörperschaften.

Dieses wache Bildungsbewußtsein ist aber auch die Voraussetzung für die großen finanziellen Leistungen, die die gesamte Gesellschaft erbringt. Es ist eine Aufgabe von größter regionalpolitischer Bedeutung, die Bildungskosten in dieser Gesellschaft möglichst gerecht zu verteilen. Maßgebend kann hier nicht die durchschnittliche Zahl der Schüler oder der Kinder sein, sondern der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Kinderärmere Städte

sind also pro Kopf der Bevölkerung genauso zu belasten wie kinderreichere Landgemeinden. Ich glaube, das erfordert die soziale Gerechtigkeit. Es wird sicher Aufgabe des kommenden Finanzausgleiches sein, in der nächsten Legislaturperiode auf diese kleineren und mitilieren Gemeinden mehr Rücksicht zu nehmen.

Ich habe hier eine sehr wertvolle Arbeit des Herrn Dr. Czerny „Das gesamtösterreichische Kulturbudget“. Er vergleicht die Ausgaben der Gebietskörperschaften im Jahre 1964 mit denen des Jahres 1967. Leider liegen keine neueren Zahlen vor, und es wird Aufgabe der Ökonomiekommission in der Schulreformkommission sein, für neuere Zahlen zu sorgen; sie hat diese Forderung auch schon gestellt.

Von 1964 bis 1967 hat das Kulturbudget eine Zuwachsrate von 56 Prozent. Die vergleichsweise Zuwachsrate des Bruttonationalproduktes während dieser Zeit beträgt 24,6 Prozent. Das heißt also, daß das Kulturbudget stark gestiegen ist.

Beim Bund ist die Situation so, daß die Budgetsumme während des Vergleichszeitraumes um 25 Prozent angewachsen ist. Der Anteil all der Ausgaben jedoch, die für Kultur und Bildung gemacht wurden, stieg von 5,8 Milliarden Schilling auf 8,6 Milliarden Schilling, also eine Zuwachsrate von 46 Prozent. Während die Budgetsumme nur um 25 Prozent gestiegen ist, hat das Kulturbudget um 46 Prozent zugenommen.

Damit wuchs also auch der Anteil der Kultur- und Bildungsausgaben am Gesamtbudget von 9,34 auf 10,9 Prozent. Wir wissen, daß es im heurigen Jahr auf 11,44 Prozent gesteigert werden konnte.

Bei den Ländern, ohne Wien, ist die Zuwachsrate der hier berücksichtigten Kultur Ausgaben 110 Prozent. Der Anteil des Kulturbudgets am Gesamtbudget aller Länder wuchs in diesem Zeitraum von 6,3 Prozent auf 10,6 Prozent im Jahre 1967, es ist sicherlich seither noch weiter gestiegen.

Die Gemeinden weisen mit 80 Prozent eine beachtliche Steigerung auf. Je kleiner die Gemeinden sind, desto größer ist der Anteil des Bildungsbudgets. Bei Kleingemeinden bis zu 1000 Einwohnern ist dieser Anteil mit 17 Prozent am höchsten. Durchschnittlich betrug er 13,3 Prozent.

Wenn von der Freiheitlichen Partei die Forderung aufgestellt wurde, daß die Bildungsausgaben mindestens 10 Prozent der Ausgaben des Gesamtbudgets betragen sollen, dann steht bereits für 1967 fest, daß dies für Bund, Länder und Gemeinden, ohne Wien, Gültigkeit gehabt hat.

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Bei der Gemeinde Wien schaut das etwas anders aus. Hier haben wir mit 18 Prozent die geringste Zuwachsrate überhaupt, und zwar zwischen 1964 und 1967. Der Anteil der Bildungsausgaben am Gesamtbudget betrug 1964 5,8 Prozent, er sank aber im Jahre 1967 auf 5,1 Prozent ab, er ist weniger als ein Drittel im Vergleich zu den Kleingemeinden in Österreich. Aus dieser Aufstellung geht weiter hervor, daß, wenn Wien als Land und als Gemeinde — und das ist es ja — die gleichen Pro-Kopf-Aufwendungen tätigen würde wie die Länder und Gemeinden insgesamt, das Kulturbudget dieser Stadt im Jahr 1967 um 906 Millionen Schilling größer sein müßte. *(Abg. Dr. Androsch: Im Rathaus wird das Gemeindebudget diskutiert!)*

Jetzt stelle ich an die Sozialistische Partei die Frage, wie sie ihr Schulprogramm, das sie jetzt im Rahmen der Programmflut vorgelegt hat, finanzieren will.

Meine Herren! Ich habe hier eine Aufstellung darüber, was das sozialistische Schulprogramm zusätzlich kostet. Ich frage jetzt, wie die Sozialistische Partei dieses Programm finanzieren will, denn das wird gerade die Gemeinden und Länder sehr interessieren. Ich glaube, wenn wir uns über Bildungsprobleme, über neue gesetzliche Initiativen und über die Weiterentwicklung der Schulen unterhalten, dann müssen wir das hier auch besprechen. Es kann doch nicht so sein, daß das Parlament Gesetze beschließt, die andere zahlen müssen. Oder will man beim Bildungsbereich eine ähnliche Finanzierung vorsehen, wie der Herr Obmann der Sozialistischen Partei im Fernsehen — ich habe das zufällig gesehen, denn wir können uns ja sehr selten die Fernsehsendungen ansehen — gesagt hat, es werde das Humanprogramm keine besonderen Belastungen bringen, denn jeder Österreicher sei dann so gesund, daß er einen Tag im Jahr weniger im Krankenhaus verbringt; das erbringt 200 Millionen Schilling Ersparnisse. Und damit finanzieren wir das Programm. *(Abg. Dr. Stella Klein-Löw: So hat er das nicht gesagt!)* Ich frage also, ob das hier auch so der Fall ist. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Der Bauaufwand für die Vorschulklassen beträgt nach dem sozialistischen Programm — meine Herren, das ist sehr gering gerechnet — 1980 Millionen Schilling. Das müßten die Gemeinden leisten. Der Bauaufwand für die Ganztagschule beträgt 1 Milliarde Schilling, und zwar für Länder und Gemeinden gemeinsam. Der Bauaufwand für die Herabsetzung der Klassenschülerhöchstzahl — das ergibt mehr Klassen; in der Pflichtschule ist die Zurverfügungstellung der Gebäude ja

Sache der Gemeinden — beträgt 1270 Millionen Schilling. Der Ausbau der Kindergärten beträgt 1250 Millionen Schilling, er trifft auch die Gemeinden. Die Kosten für die Räume der Mittelschule, wie sie von der SPÖ genannt wird, der Einheitsschule, betragen 1620 Millionen. Dabei müssen wir berücksichtigen, daß dann in diese höheren Schulen mehr Kinder gehen; also dafür eine weitere Milliarde. Für die Berufsfachschulen — die Länder sind dafür zuständig — wieder 1 Milliarde Schilling. Das ergibt insgesamt 9 Milliarden Schilling an Bauaufwand!

Nun könnte man vielleicht sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Das ist ja ein Bauaufwand, also eine einmalige Leistung, und das hat die Volkswirtschaft aufzubringen! Der jährliche Betriebs- und Personalmehraufwand beträgt aber auch 4,2 Milliarden Schilling. Jetzt frage ich also, wie sie das, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, finanzieren wollen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Häuser: Noch 5 Milliarden!)*

In einer Schulreformkommission, Herr Kollege Lanc, ist einmal der witzige Spruch gefallen: Man kann die Schulpolitik in Österreich nicht nur vom Wiener Rathausmann her, aber auch nicht von der Wildspitze her machen. Das ist nicht möglich. Nach meiner Ansicht haben wir hier Maßnahmen zu setzen, damit das regionale Bildungsgefälle beseitigt und nicht vergrößert wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist sehr interessant. *(Abg. Dr. Androsch: Kann ich Ihre Berechnungen haben?)* Ja, die werden wir dann in der Schulreformkommission genau erörtern. *(Abg. Dr. Androsch: Na gehn S', geben's mir's! — Abg. Ing. Häuser: Warum sagen Sie nicht 20 Milliarden!)* Herr Kollege Androsch! Wir haben ihr Finanzierungsprogramm vorerst einmal auch nicht bekommen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ. — Unruhe.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend):* Also, meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich wieder etwas zu beruhigen. Wir sind ja nicht in der Schule.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner** *(fortsetzend):* Herr Kollege Androsch! Geben Sie uns Ihr Finanzierungskonzept mit den 24 Seiten, dann machen wir hier einen Handel, dann tauschen wir das aus. *(Abg. Dr. Androsch: Sie sind nicht in der Lage, mir Ihre Berechnungen zu geben!)*

Ich will sagen, daß die Schulkosten sehr unterschiedlich liegen; das habe ich bereits aufgezeigt. Es ist so, daß die Schulbesuchs-

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

quoten bei den allgemeinbildenden höheren Schulen länderweise sehr verschieden sind. Natürlich ist die Schulbesuchsquote zwischen 1950 und 1968 im Burgenland von 2,3 auf 6,2 Prozent gestiegen, sie hat sich also bei den höheren Schulen fast verdreifacht. In Wien hat sich diese Schulbesuchsquote nicht ganz verdoppelt. Es ist aber eine Tatsache, daß im Burgenland nur 6,2 Prozent der Kinder dieses Alters eine höhere Schule besuchen können, während es in Wien 31 Prozent sind. Und daher, glaube ich, haben wir hier weiter Maßnahmen zu setzen. Sie wurden erfolgreich begonnen, damit dieses Bildungsg f lle beseitigt wird. Ansonsten werden wir hier unglaublich, wenn wir nur Programme entwickeln, die dann in der Realisierung insbesondere die Länder, die peripheren Gebiete treffen, oder die Länder treffen, wo mehr Kinder zu versorgen sind. (*Abg. Dr. Androsch: Was kostet dieser Vorschlag, den Sie soeben gemacht haben?*) Das kostet so viel, daß in diesen Ländern Schulen zu bauen sind. (*Abg. Dr. Androsch: Ist das Ihr Finanzierungskonzept?*)

Herr Kollege Androsch! Ist Ihr Schulprogramm nur ein Schulprogramm für Wien oder auch für das Burgenland? Wenn Ihr Programm auch ein Schulprogramm für das Burgenland ist, dann ist das ja keine Frage, denn wir müssen sowohl auf diesem Gebiet als auch auf dem Schulen bauen. Oder wollen Sie damit sagen, daß man nach Ihrem Konzept dort keine Schulen zu bauen braucht? Dann haben Sie recht. Aber ich glaube, daß das nicht stimmt. So kann man bei uns nicht diskutieren, Herr Kollege Androsch. (*Abg. Lanc: Wir wollen wissen, was das kostet!* — *Abg. Dr. Androsch: Ich will nur wissen, was das kostet!* — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Herr Kollege Androsch noch einmal sachlich: Sie haben gefragt, was nach diesem Konzept der Schulbau im Burgenland kostet. Sicher kostet der Schulbau im ländlichen Bereich, in den Bundesländern viel Geld. Das wissen wir. (*Abg. Dr. Androsch: Dann machen Sie einen Finanzierungsvorschlag!*) Aber, Herr Kollege Androsch, nach Ihrem Konzept werden ja diese Milliarden Schilling zusätzlich notwendig werden, ohne daß das andere schon bewältigt ist. (*Abg. Dr. Androsch: Ich will Ihren Finanzierungsvorschlag hören!*)

Hier, glaube ich, haben wir eine Priorität der Rangordnung zu setzen, und diese Priorität ist eine soziale Forderung und die heißt: Bildungschancengleichheit für ganz Österreich! (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Lanc: Das ist ein Schlagwort! Das sagen Sie seit Jahrzeh-*

ten! — *Abg. Dr. Androsch: Das ist ein Slogan!*)

Ich habe noch nie gehört, daß die Stadtgemeinde Wien für den Ausbau höherer Schulen Mittel bereitgestellt hat. (*Abg. Dr. Stella Klein-Löw: Ach nein!*) Sehr viele Länder und Gemeinden haben solche Mittel bereitgestellt. Ich habe noch nicht gehört, daß die Stadtgemeinde Wien Mittel für den Ausbau der Hochschulen zur Verfügung gestellt hat. (*Abg. Dr. Stella Klein-Löw: Sie hat es aber!*) Tirol hat 300 Millionen Schilling aufgebracht, um die technische Fakultät zu bekommen, Oberösterreich hat wesentliche Mittel aufgebracht, Kärnten wird als sozialistisches Land wesentliche Mittel aufbringen. „Gehe hin und tue desgleichen“, wenn wir heute schon bei Bibelsprüchen sind, möchte ich das dazu nur sagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte doch sagen, daß es hier zwei Momente zu berücksichtigen gibt: einmal den Pflichtschulbesuch im Verhältnis zur Wohnbevölkerung. Es gibt in Österreich 125 Pflichtsch ler auf 1000 Einwohner, in Kärnten haben wir die höchste Zahl mit 152, in Tirol gibt es 148 — die anderen Bundesländer liegen knapp darunter —, und Wien hat 65 Pflichtsch ler. Das ist nur eine Feststellung, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist kein Angriff, das ist kein Vorwurf, das ist einfach eine Feststellung, die aber bedeutet, daß die Bildungskosten besser und anders aufgeteilt werden müssen. (*Abg. Doktor Androsch: Also Umschichten!*) Dazu kommt dann noch etwas: Der Besuch der allgemeinbildenden höheren Schulen von der ersten bis zur vierten Klasse in der Vollform, also der Zehn- bis Vierzehnjährigen, wird ja vom Bund finanziert. In Österreich besuchen 16 Prozent der Kinder dieses Alters diese Schulen, das heißt also, daß in der Regel der Bund für diese Schulkosten aufkommt.

Ich weiß schon, daß dort, wo neue Schulen gegründet wurden, die Gemeinden — zumindestens eine Zeitlang — mit sehr beachtlichen Mitteln hier mithelfen, den Aufwand zu decken. Im Burgenland sind es aber nur 9,8 Prozent der Kinder, die eine höhere Schule besuchen; also zahlen Gemeinde und Land 92 Prozent selber. In den anderen Bundesländern sind es 12 bis 14 Prozent, das liegt relativ eng beisammen, und in Wien sind es 40,7 Prozent.

Ich darf also feststellen, was ich vorher mit den Zahlen bewiesen habe, daß Wien sehr große Kosten für die Pflichtsch ler auf den Bund überwälzt. Es könnte doch erwartet werden, daß Wien so wie die anderen Bundesländer und Gemeinden für die Universitäten

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

und für die höheren Schulen entsprechende Leistungen erbringt.

Und hier darf ich jetzt sagen — ich glaube, das ist so bedeutsam, und es kommt jetzt in der Schulreformkommission immer wieder sehr deutlich zum Vorschein —, daß sich die Gespräche nicht sosehr auf die äußere Organisation, sondern auf die innere Gestaltung der Pflichtschule beziehen müssen, aber auch hier die mittleren und höheren Schulen verstärkt miteinbezogen werden müssen.

Grundsätzlich ist die zweizügig geführte Hauptschule allenfalls in der modernisierten Form, wie sie durch die permanente Schulreform zustande kommt, als Mittelpunktschule anzustreben. Diese Mittelpunktschule wurde erst möglich durch den Ausbau der Verkehrswege und durch moderne Verkehrsmittel. Vorher war sie ja nicht möglich. Wenn man deshalb dem ländlichen Raum einen Vorwurf macht, so muß ich den hier zurückweisen. Es muß aber beachtet werden, daß diese erforderliche Konzentration im Schulwesen zu keiner unerträglichen Belastung der Kinder durch die Entfernung, zu keiner unerträglichen Belastung der Eltern durch die Fahrkosten führt und daß es auch zu keiner Schwächung der kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten dieser Räume führen darf.

Die Sozialistische Partei hat ein Konzept einer Gesamtschule mit 16 Klassen und 500 Schülern in der Oberstufe vorgelegt, also für die zehn- bis vierzehnjährigen Schüler. Ich glaube, diese großen Schulen beseitigen keinesfalls das regionale Bildungsgefälle, sondern würden es vergrößern. Außerdem haben solche Großschulen, wie sie das Konzept vorsieht, auch nur eine horizontale Durchlässigkeit und stellen daher für Kleinstädte und ländliche Gebiete keine echte Lösung dar.

Die Schule für 250 Schüler, wie sie im roten Bildungsprogramm als Alternative für die ländlichen Räume enthalten ist, müßte drei Klassen haben, um der großen Schule ebenbürtig zu sein, nicht zwei; denn wenn man nur zwei hat, dann bleiben wir gleich bei der heutigen zweizügigen Hauptschule und führen hier einige moderne pädagogische Methoden ein. Es würden also annähernd die gleiche Klassenzahl und genauso viele Lehrer benötigt als für die Schule für 500 Schüler.

Ich frage hier: Wer soll das in der nächsten Zeit bei einem realen Programm und bei einer wirklichen Rangordnung im Bildungskonzept verwirklichen? Wir als Politiker haben die Aufgabe, real zu denken.

Die Ökonomie für die Gesellschaft und auch für den einzelnen muß mehr in den Vordergrund gerückt werden. Ich glaube, mit

Stützkursen und mit Förderstufen, mit einer inneren Differenzierung der Klassen läßt sich vielleicht eine Form finden, die für alle Kinder unseres Staates richtig und zweckmäßig ist.

Und jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Wort zur Gesamtschule. Da gibt es eine sehr interessante und neue Arbeit von Frau Dr. Rotbacher aus Salzburg. In ihr wird darauf hingewiesen, daß die erste Gesamtschule die High-School in Amerika war, daß man hier bereits Schwächen feststellt und man bemüht ist, diese Schwächen abzustellen. Es wird dann dargetan, daß sich diese Gesamtschule in Europa im Versuchsstadium befindet, das kein Urteil über ihren Erfolg zuläßt. Es werden dann mit wissenschaftlicher Genauigkeit die Vor- und Nachteile festgestellt, und ganz zum Schluß heißt es: „Gesamtschulen sind kein Ersatz für das vorhandene historisch gewachsene Bildungswesen, das sich Reformen ständig offenhalten muß. Gesamtschulen sind aber als Versuch und Diskussionsbeitrag zu begrüßen, wenn sie Arbeitstechniken entwickeln, die unsere heutigen Schulen verbessern.“ Zu diesem Wort kann man stehen, und hier wird die Schulreformkommission sicher eine echte Aufgabe zu erfüllen haben.

Ich begrüße es, daß der Herr Bundesminister eine eigene Abteilung für Bildungsökonomie eingerichtet hat, und kann mir nicht vorstellen, warum die Frau Kollegin Firnberg gesagt hat: Schon wieder eine neue Abteilung, schon wieder eine neue Institution, nur Institutionen und keine echte Arbeit!

Heute ist das Leben kompliziert geworden. Zum vorherigen Probieren, zum Versuchemachen mit untauglichen Mitteln, möchte ich hier als ausgebildeter Naturwissenschaftler folgendes sagen: Im Bereich der Naturwissenschaft stellt man zuerst sehr gründliche Überlegungen an, wie man eine Versuchsreihe anstellt, dann erst macht man den Versuch, und erst wenn er gelungen ist, zieht man die Folgerungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Das gleiche sollen wir auch bei unseren Schulen machen.

Es ist daher notwendig, daß eine gründliche Beratung stattfindet, daß Schulversuche gemacht werden. Und hier möchte ich sagen, daß gerade die Ökonomie-Kommission in ihren zwei Sitzungen bereits eine gute Arbeit geleistet hat. Es ist Aufgabe dieser Kommission, klare und unbestechliche Unterlagen zur Bewältigung der raschen Evolution im Schulwesen zu liefern und die Phantasie, die bei gewissen Programmen und Zielsetzungen vorherrscht, mit der gesellschaftlichen, mit der wirtschaftlichen Realität zu konfrontieren und in Einklang zu bringen.

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Ich glaube, es ist sehr zweckmäßig, wenn hier einige „heilige Kühe“ geschlachtet werden. Ich möchte nicht anstehen zu sagen, auf allen Seiten sollen einige „heilige Kühe“ abgeschafft werden, und wir müßten nüchtern die neuen Erkenntnisse diskutieren und dann verwirklichen.

Es ist sicherzustellen, daß der Bildungsaufwand wirtschaftlich vernünftig eingesetzt wird, daß die Bildungskosten sozial gerecht aufgeteilt werden, daß das Landkind nicht benachteiligt wird, daß für dieses auch die gleichen Startbedingungen gegeben sind. Die regionale Bildungsdisparität ist möglichst zu beseitigen, denn dies ist ein wesentlicher Faktor einer positiven Strukturpolitik, ein Faktor zur besseren wirtschaftlichen Entfaltung ländlicher Gebiete.

Die Ökonomiekommission hat hier gute Vorschläge gemacht. Sie hat festgestellt, daß die Bildungsexplosion nur dann zu bewältigen sei, wenn auf dem Schulsektor ein ökonomisches Denken einsetzt und auch die Schulverwaltung die Kosten- und Nutzenrechnung anstellt, daß eine Inventur der Bildungseinrichtungen vorzunehmen ist und daß dann Betriebsanalysen zu erfolgen haben. Es wurde aber auch festgestellt — und das ist auch heute schon gesagt worden —, daß der Schüler auch weiterhin Subjekt der bildungsökonomischen Denkweise bleiben muß. Die Ökonomie hat ihm aufzuzeigen, welche Erfordernisse vorhanden sind, die Wahlmöglichkeit muß dem Schüler erhalten bleiben. Es müssen aber im Bildungsziel und in den Bildungsinhalten die wirtschaftlichen Aspekte entsprechend mehr Gewicht erhalten.

Es ist sehr zu begrüßen, daß der Aufbau einer gesamtösterreichischen Datenbank für das Bildungswesen erfolgt ist und bereits die ersten positiven Ergebnisse festzustellen sind.

Es ist auch zu begrüßen, daß die Ökonomiekommission eine Bestandsaufnahme der jährlichen nationalen Ausgaben für die Bildung gefordert hat, in einer allgemein verständlichen Form. Dabei sollen nicht nur die Aufwendungen der Gebietskörperschaften — gegliedert nach ihrer Einteilung —, sondern auch die der privaten Schulerhalter und der Eltern erfaßt werden. Dann erst stehen uns die echten Mittel zur Verfügung, die notwendig sind, um die Planung auf ihre Realisierbarkeit überprüfen zu können. Diese Kommission hat auch festgestellt, daß eine Fortsetzung des OECD-Berichtes — Bildungsplanung und Wirtschaftswachstum — nach allgemeinen, aber auch nach regionalen Gesichtspunkten notwendig ist. Auch diesbezüglich wurde hier schon gesprochen.

Abschließend möchte ich sagen: Die ÖVP-Politik mit dem klaren Vorrang von Bildung und Forschung hat in den letzten vier Jahren einen sehr erfolgreichen Weg beschritten. Dieses Haus konnte in sachlicher Zusammenarbeit gute Gesetze beschließen, vor allem auf dem Sektor der Hochschule, der Forschungsförderung, der Studienbeihilfe. Auch das trägt bei, die Diskrepanz zwischen den einzelnen Kindern unserer Gesellschaft zu beseitigen.

Ich bin überzeugt, daß wir auch nach dem 1. Jänner 1970 (*Rufe bei der SPÖ: März!*) die Bildungspolitik der ÖVP erfolgreich weiterführen können, konsequent diese gute Politik weiterführen, für unsere Kinder, zum Nutzen ganz Österreichs! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Sie können sich vorstellen, warum ich mich jetzt zu Worte gemeldet habe. Ich kann Ihnen versprechen, die Rede wird kurz sein, und Sie können sich auch vorstellen, daß ich mich als Wiener Abgeordnete und als stellvertretende Obmännin des Unterrichtsausschusses nach dieser Rede des Abgeordneten Leitner doch zu Worte melden mußte.

Erstens möchte ich feststellen, daß bis jetzt eine sachliche Debatte zu einzelnen Punkten der Bildung, der Schule, der Hochschule geführt wurde. (*Abg. Dr. Withalm: Bis jetzt!*) Ich möchte feststellen, daß in diese sachliche Debatte — es tut mir leid, Herr Vizekanzler, daß Sie da Beifall geklatscht haben — ein Ton hereingebracht wurde, der bis jetzt ... (*Abg. Dr. Withalm: Bis jetzt — Sie sagen es!*) in ihr nicht geherrscht hat. Ich bedaure es als eine der Mitverantwortlichen des Unterrichtsausschusses, daß wir nicht eine sachliche Debatte in sachlichem Ton — so wie wir es gewohnt waren und sind — bei diesem Kapitel weiterführen konnten. (*Abg. Dr. Withalm: Sachlich und angenehm ist vielleicht ein Unterschied!*)

Ich möchte aber als Wiener Abgeordnete etwas feststellen: Der Herr Kollege Leitner rief in den Saal: Was hat schon Wien für die AHS, was hat Wien für die Schulen getan? — Herr Abgeordneter Leitner! Ich werde zu den Bundesländern und zu Ihren finanzpolitischen Erläuterungen gar nichts sagen. Dazu wird ein anderer Kollege sprechen. Ich möchte Ihnen folgendes sagen: Was hat Wien gemacht? Wien hat zum Beispiel, obwohl es dazu in keiner Weise gesetzlich verpflichtet war, für die Untermittelschüler Stipendien gegeben, für die man nicht vierseitige Formulare ausfüllen

13806

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Dr. Stella Klein-Löw

muß, sondern die man auf kürzestem Wege bekommt. Es sind keine Stipendien in dem Sinne, daß man damit studieren kann, aber es sind Zuschüsse zu den Lernmitteln, die die Eltern viel kosten, wobei man ganz genau gesagt hat, bis zu welcher Einkommensgrenze sie gegeben werden; sie reicht bis etwa an die 90.000 S im Jahr. Man ist da sehr großzügig.

Sie haben zwar nur gefragt: Was hat Wien für die AHS gemacht?, aber ich muß Ihnen bei dieser Gelegenheit sagen, daß Wien im letzten Jahre die Lernmittel, die es für alle Kinder in dieser Stadt, die schulpflichtig sind, gegeben hat, wenn sie in öffentlichen Schulen sind, auch auf die konfessionellen und privaten Schulen erstreckt hat. Auch diese Kinder bekommen alle Lernmittel. Sie werden sagen, das sind nicht die AHS ... (Abg. Dr. Withalm: Seit wann geschieht das?) Ich habe es ja gesagt: seit vorigem Jahr. Verzeihung, Herr Vizekanzler, aber der Herr Kollege Leitner hat heute gesprochen und nicht im vorvorigen Jahr. (Abg. Dr. Withalm: Wie lange ist urgiert worden?) Daher antworte ich ihm, was bis heute gemacht wurde. (Dr. Withalm: Wie lange hat es gedauert, bis es so weit war?) Wie lange es gedauert hat? Viel weniger lange als das, was wir hier monieren, und was wir bis heute nicht haben, Herr Vizekanzler! (Abg. Dr. Withalm: Jahrzehnte hat es gedauert, bis es so weit war!) Es hat lange gedauert, Herr Vizekanzler, aber es ist da. Daher kann man nicht sagen, daß nichts gemacht worden ist.

Fortsetzend möchte ich sagen, daß in Wien wiederholt Grund gegeben wurde, aber nicht sachlicher Grund, sondern Grundstücke, Grundmöglichkeiten für Schulbauten für AHS. (Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Wir auch! 6 bis 8 Prozent des Gemeindebudgets in unseren Landgemeinden!) Sie auch, aber auch Wien. Der Kollege Weikhart hat heute gesagt, daß das zum Beispiel in Liesing der Fall war. Ich möchte Ihnen mitteilen, daß die Gemeinde Wien wiederholt Hauptschulklassen und andere Möglichkeiten zur Unterbringung von AHS-Klassen gegeben hat.

Meine Damen und Herren! Ich finde gar nicht, daß all das ein besonderes Ruhmesblatt ist. Ich finde, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, daß man hilft, wo es notwendig ist. Wenn man aber hier Dinge, die geschehen, einfach ableugnet und in dem Ton und auf diese Art eine große Gemeinde, die wirklich viel für die Schulen tut, herstellt, dann, glaube ich, muß eine Wiener Abgeordnete sagen: Wenn Sie, Herr Kollege Leitner, von der Sache nichts wissen, dann erwähnen Sie nichts. Und wenn Sie etwas davon wissen,

dann sagen Sie das, was ist, und nicht das, was Ihnen „in den Kram“ paßt. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Zankl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Zankl (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem ich auch schon über sieben Jahre im Parlament bin, kennen Sie, glaube ich, meine Art. Ich melde mich nie ein zweites Mal und gehöre auch nicht zu den aggressiven Typen, die es unter den Menschen gibt. Aber das, was der Kollege Leitner — jetzt ist er leider nicht da ... (Abg. Dr. Halder: Ich werde es ihm dann sagen!) Bitte holen Sie ihn herein; ich spreche nur wegen des Kollegen Leitner.

Das, was der Kollege Leitner heute hier gesagt hat (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner betritt den Saal) — ah, jetzt ist er da —, seine geradezu cholerischen Ausführungen über dieses bestimmte Kapitel, zu dem auch schon meine Vorrednerin Stellung genommen hat, zwingt mich jetzt, doch etwas zu sagen.

Vor allem möchte ich vorausschicken (Abg. Dr. Withalm: Das ist der ruhigste Mensch, den es gibt! — Abg. Wielander: Wir haben es gehört!) Ich warte nur, bis der Herr Vizekanzler fertig ist. (Abg. Dr. Withalm: Er war doch ruhig! Daß die Ausführungen nicht überall Sympathien erweckt haben, wundert mich nicht! — Abg. Gertrude Wondrack: 25 Jahre verwalten Sie das Unterrichtsressort! — Abg. Dr. Withalm: Stimmt es tatsächlich, daß die Ausgaben der Gemeinde Wien für Kultur auf 5 Prozent gesunken sind? Das ist eine Katastrophe, wenn das stimmt!)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Meine Damen und Herren! Am Wort ist der Abgeordnete Zankl. (Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ. — Der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen.) Am Wort ist der Abgeordnete Zankl! Ich bitte, das jetzt zu bedenken! (Abg. Dr. Withalm: Das ist erschütternd, wenn es tatsächlich stimmt! — Abg. Dr. Androsch: Erschütternd ist Ihre Unkenntnis! — Abg. Gertrude Wondrack: Ablenkungsmanöver! — Anhaltende Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.) Meine Damen und Herren! Ich bitte, jetzt die Zwischenrufe einzustellen. Alle! (Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weichs: Der Herr Vizekanzler schwätzt immer!)

Abgeordneter Zankl (fortsetzend): So, bitte, ich darf also jetzt fortsetzen, Herr Vizekanzler, ja? (Abg. Dr. Withalm: Der Herr Präsident hat gesprochen!) Ich möchte also zunächst, Kollege Leitner, noch einmal ...

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Bitte nicht wieder neu anzufangen.

Abgeordneter **Zankl** (*fortsetzend*): Nein, ich fange nicht neu an, ich fange nur dort an, wo ich fortsetzen wollte, nicht von ganz vorne.

Kollege Leitner, ich möchte zunächst nur das einmal wiederholen, was ich heute schon einmal gesagt habe, nämlich, daß das Schulprogramm, das heißt also, der Programmentwurf, wie er damals noch geheißen hat, auch in Ihren Kreisen ein ungeheures zustimmendes Echo ausgelöst hat. Ich habe Ihnen ja heute aus einer ÖVP-Lehrerzeitung — der Verfasser heißt Dr. Brandauer, ich kenne ihn persönlich nicht, er ist anscheinend ein Klagenfurter Mittelschulprofessor — einige Zitate verlesen. Sie untermauern, glaube ich, alles das, was ich hier angedeutet habe: daß es nämlich in Ihrer Partei Gott sei Dank — ich habe das ja heute schon einmal gesagt, ich sage es wieder — auch Verhandlungspartner gibt, mit denen man vernünftig reden kann. Ich erinnere an den schulpolitischen Ausschuß, in dem ich die Ehre hatte mitzuwirken, noch unter Minister Piffl, Sektionschef Kövesi. Wir sind damals wirklich von November bis Februar erstaunlich gut vorwärtsgekommen. Man hat solche Töne, wie sie hier heute angelungen sind, nie gehört. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Ja, er hat aber nicht gesprochen. (*Ruf bei der ÖVP: Doch doch!*) Er hat kaum gesprochen. (*Abg. Dr. Withalm: Das waren keine Töne, das waren Fakten; unangenehme Fakten, das gebe ich zu, sehr unangenehme!*) Das waren keine Fakten, das waren Töne.

Aber nun zu der Frage, wozu ich eigentlich sprechen wollte, nämlich zur Frage der Finanzierung. Das hat ja den Kollegen Leitner heute so furchtbar erregt. (*Zwischenrufe.*) Zur Frage der Finanzierung, meine Damen und Herren. Kollege Leitner, Sie haben maßlos übertrieben. Wenn Sie unser Programm durchgelesen haben — das nehme ich an —, dann müssen Sie doch selbst feststellen: Wenn man aus einer Hauptschule oder aus einem Untergymnasium nach unserem Programmentwurf eine Mittelschule machen will — wo ist denn da eine Neufinanzierung notwendig? Sagen Sie mir das einmal! Das alte Gebäude, das gleiche Gebäude mit seiner modernen oder weniger modernen Ausstattung, in dem bisher eine Hauptschule oder ein Untergymnasium untergebracht war, dort ist dann jetzt eben eine Mittelschule untergebracht. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ja, sicher. Das ist doch selbstverständlich. Herr Kollege Leitner, wir werden doch nicht die Hauptschulen und die Untergymnasien abreißen und neue Schulen bauen. Halten Sie uns für so dumm, um Gottes willen? (*Abg. Dr. Withalm: Herr Zankl! Das kostet nicht nur nicht mehr, sondern das wird sogar noch billiger, wenn ich Ihnen zuhöre!*)

Da wird noch etwas eingespart! Also das scheint mir schon unwahrscheinlich zu sein!) Nein, das werden wir nicht machen.

Oder ein zweites Thema: Sie haben die Ganztagschule angezogen. Ja, entschuldigen Sie, meine Damen und Herren: Wenn man aus einer Sechstageschule eine Fünftageschule machen würde und die Schüler auch in der Mittagszeit irgendwie versorgen müßte, das heißt doch noch lange nicht, daß man die Schule vollständig umkrepeln müßte. Es ist doch ohneweiters möglich, diese Schüler in einem benachbarten Gasthof oder irgendwie zu versorgen oder durch eine Teiladaptierung, durch einen Zubau die Schule so zu ergänzen, daß man dann sagen kann: Jetzt haben wir eine Ganztagschule errichtet.

Oder: Sie wissen doch genausogut wie ich, daß die Kindergärten von den Gemeinden gebaut werden, daß die Volksschulen von den Gemeinden gebaut werden. Das war in der Vergangenheit so, und das wird auch in der Zukunft so sein. Aber auch die Sonderschulen werden von den Gemeinden gebaut und wurden von der Gemeinde gebaut. Da sind ja keine neuen Mittel notwendig.

Oder: Die Hauptschulen werden bei uns in Kärnten von den Gemeindeverbänden gebaut. Schulgemeindeverband heißt das. Also ein Verband der Gemeinden im politischen Bezirk, die zusammen bisher Hauptschulen finanziert haben, wird auch in Zukunft diese Hauptschulen oder wie sie heißen werden — Mittelschulen oder Ganztagschulen, das ist ja völlig unmaßgeblich — auch in Zukunft bauen. Die Berufsschulen wurden bisher von den Ländern gebaut und werden auch in Zukunft von den Ländern gebaut werden.

Wo sehen Sie da neue Schwierigkeiten bezüglich der Finanzierung?

Und schauen Sie, bei den Gymnasien — damit bin ich schon am Ende meiner Ausführungen angelangt — ist es doch so — das habe ich ja auch vorhin in meiner Rede gesagt —, daß der Bund ja nicht alle Kosten selbst getragen hat. Das wissen Sie doch alle, die Sie hier sitzen, daß bisher die Gemeinden bei der Errichtung von Gymnasien erhebliche Kostenanteile getragen haben. Die Gründe sind gekauft worden, die Aufschließungen sind bezahlt worden, also die Stromaufschließung, die Wasseraufschließung, die Kanalaufschließung, es sind Straßen gebaut worden und so weiter und so weiter. Das sind also lauter Finanzierungen, die der Bund hätte übernehmen müssen, aber die die Gemeinden großzügigerweise dem Bund abgenommen haben.

Ich sehe also keine Schwierigkeiten und keine Veranlassung, die Frage der Finanzie-

Zankl

rung so maßlos zu übertreiben, wie das der Kollege Leitner gemacht hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Radinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Radinger (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte in meinem Beitrag einige Detailfragen des höheren Schulwesens, des Bildungsgefälles und der Methoden der Bildungsplanung behandeln.

Im Vorwort zum Schulprogramm der SPÖ wird darauf hingewiesen, daß die Krise gerade in jenem Bereich des Schulwesens offenbar wurde, in dem die Vorschläge der Sozialistischen Partei bei der Schulgesetzgebung 1962 nicht berücksichtigt wurden, nämlich im allgemeinbildenden höheren Schulwesen.

Zur Kritik aus allen Bevölkerungsschichten an der Struktur, an den Methoden und am Lehrplan dieser Schule kam die Tatsache, daß man dem wachsenden Zustrom zu dieser Schule, die im wesentlichen als der Weg zur Hochschule angesehen wird, wegen des drückenden Lehrer- und Raummangels, fast möchte ich sagen, ratlos gegenüberstand. Diese Umstände waren zweifellos in weit stärkerem Maße die Motive für die Unterzeichner des Volksbegehrens zur Abschaffung des 13. Schuljahres als eine bloße Proteststellung gegen eine Verlängerung der Ausbildungszeit an höheren Schulen.

Die Sozialisten, die seit Jahren auf die Insuffizienz der höheren Schulen, des höheren Schulwesens, hinweisen, haben nun in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern, Fachleuten, Eltern und Erziehungsorganisationen ein Schulprogramm erarbeitet, das gerade auf dem Gebiete der höheren Schule zukunftsweisend ist.

Wir fordern in unserem Schulprogramm — das ist ja heute schon gesagt worden — die Schaffung einer Mittelschule aller Zehnbis Vierzehnjährigen, um allen Kindern gleiche Chancen zu bieten und allen Begabten den Zugang zur höheren Schulbildung zu eröffnen. Über diese Schule hat mein Klubkollege Zankl ausführlich gesprochen. Klarerweise sollen Schulversuche, die den regionalen Verhältnissen Rechnung tragen, vor einer endgültigen gesetzlichen Regelung durchgeführt werden.

Diese Forderung der Gesamtschule deckt sich mit den von den europäischen Unterrichtsministern in ihrer Konferenz in Versailles im Mai dieses Jahres bekundeten Ansichten und Forderungen.

In der von ihnen gefaßten Resolution II heißt es, daß die europäischen Erziehungsminister anerkennen, daß die Interessen des Kindes an sich den Vorrang vor den Interessen der Lehrpläne haben müssen, daß die

Erziehungsminister bestätigen, daß unterschiedslos allen Kindern dieselbe Bedeutung zuerkannt werden muß und daß das Schulsystem der Notwendigkeit gerecht werden sollte, es unterschiedslos allen Kindern zu ermöglichen, sich unbeschadet ihrer Fähigkeiten, ihrer Interessen und Erfordernisse voll zu entfalten.

Sie bekunden weiters ihr Bedauern über die Folge einer zu frühen Selektion als Vorbedingung für die Hinlenkung der Schüler zu den einzelnen Typen der Sekundarschule, da diese Form die Gefahr einer unvollkommenen Bewertung der dem Kind innewohnenden und noch zu entwickelnden Möglichkeiten in sich birgt, und daß dafür die Bedeutung der familiären und sozialen Faktoren überbewertet wird.

Sie betonen, daß kein Kind in Europa auf diese Weise für seine soziale Herkunft bestraft werden soll.

Sie sind der Ansicht, daß ein globales und nicht selektives Sekundarschulwesen, das unterschiedlich begabten und aus unterschiedlichem sozialem Milieu stammenden Schülern die größtmöglichen Chancen bietet, an denselben schulischen und außerschulischen Aktivitäten teilzunehmen, ein Mittel wäre, dieses Ziel zu erreichen.

In der Resolution IV betonen die europäischen Erziehungsminister die Notwendigkeit, die Bemühungen um eine Neuordnung der Strukturen und der Lehrpläne mit der Absicht fortzusetzen, Vorsorge für eine spätestmögliche Spezialisierung und eine maximale Durchlässigkeit des Bildungssystems zu treffen, um Sackgassen zu vermeiden.

Sie stellen schließlich die Konsequenzen fest, die sich aus der Entwicklung auf dem Schulsektor für die dritte Ebene ergeben, und sind deshalb der Ansicht, daß es angezeigt ist, umgehend verschiedene Modelle auf die Sekundarschule aufbauender Bildungsformen zu untersuchen, die geeignet erscheinen, die künftigen Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen und die persönlichkeitsgerechte Entfaltung des Menschen an sich zu garantieren.

Ein Vergleich mit unserem Schulprogramm zeigt, daß sich dieses weitgehend mit den Vorstellungen der europäischen Unterrichtsminister deckt.

Eine aufschlußreiche Mahnung für alle Verantwortungsbewußten bedeutet die im Hochschulbericht 1969 erstellte Aufgliederung der Studierenden nach ihrer regionalen Herkunft:

Wien stellt mit 19,5 Prozent der 18- bis 26jährigen Bevölkerung 36 Prozent der Studierenden. Die Studentendichte — das heißt, der Anteil der Studierenden an der gleich-

Radinger

artigen Bevölkerung — sinkt von 9,2 Prozent in Wien über 5,1 Prozent in Salzburg auf 2,3 Prozent im Burgenland.

Auf die Größenordnung der Herkunftsgemeinden der Studierenden bezogen, weist der Hochschulbericht nach, daß die kleinen Gemeinden an den Hochschulen stark unterrepräsentiert sind. Ein Drittel der gesamten Bevölkerung Österreichs wohnt in Gemeinden unter 2000 Einwohnern, aber diese Gemeinden stellen nur 10 Prozent der Studierenden.

Die Studentendichte sinkt von rund 10 Prozent in Gemeinden mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern auf 1,7 Prozent in Gemeinden mit 500 Einwohnern.

Dieses horrende Gefälle findet seine Parallele auf dem Gebiete auch der höheren Schulen. Im Jahre 1966 legten in Österreich insgesamt 10.164 Schüler die Reifeprüfung an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen ab, das sind 9,74 Prozent des Schüler-eintrittsjahrgangs. In den einzelnen Bundesländern sind die Zahlen sehr unterschiedlich. Während in Wien fast 20 Prozent eines Schülerjahrganges die Reifeprüfung ablegen, sind es im Burgenland nur knapp 3, in Kärnten und Vorarlberg um 5 Prozent, in Niederösterreich, Oberösterreich, Tirol und in der Steiermark um 6 Prozent.

Wenn man aus diesen Zahlen den Schluß ziehen sollte, daß in Wien zu viele Schüler eine Reifeprüfung ablegen, so wäre das ein Irrtum, denn der OECD-Bericht kommt zu dem Schluß, daß 25 Prozent der Angehörigen eines Jahrgangs und nicht 20 Prozent, schon gar nicht 3 oder 5 Prozent Maturanten sein sollten.

Ein erschreckendes Ergebnis zeigt eine Überprüfung der Anzahl der Studierenden nach der sozialen Herkunft. Während zum Beispiel der Anteil der männlichen Bevölkerung im Alter der Väter der Studierenden mit Hochschulbildung nur 4,4 Prozent ausmacht, beträgt der Prozentsatz der Studenten, deren Väter Akademiker sind, an der Gesamtzahl der Studierenden rund 30 Prozent. Nur 8 Prozent der Studenten stammen aus Arbeiterfamilien, wogegen der Arbeiteranteil an der Gesamtbevölkerung um 41 Prozent ausmacht.

Der Hochschulbericht stellt wörtlich fest, daß der Großteil der Studenten aus einigen wenigen sozialen Schichten kommt und daß die sozialschichtenmäßige Zusammensetzung der Studenten seit 1956 weitgehend unverändert geblieben ist!

In einer empirischen Untersuchung, die von Dr. Peter Seidl an vier Innsbrucker allgemeinbildenden höheren Schulen angestellt wurde und deren Ergebnisse 1969 unter dem

Titel „Versager auf höheren Schulen“ veröffentlicht wurden, kommt der Autor zu ähnlichen Ergebnissen in bezug auf die höheren Schulen und zu Schlußfolgerungen, die sich mit unseren langjährigen und im Schulprogramm der SPO neuerdings erhobenen Forderungen weitgehend decken.

Dr. Seidl führt aus, daß zwar die Privilegien bestimmter Schichten und gesellschaftlicher Gruppen auf den Zugang zu den höchsten beruflichen Positionen abgeschafft sind, daß jedoch die Untersuchungen übereinstimmend zeigen, daß die Bildungschancen auch heute noch ungleich verteilt sind. Die Kinder aus der sozialen Oberschicht, wie er es nennt, besuchen die höhere Schule in unvergleichlich größerem Ausmaß als die Kinder aus niederen Bevölkerungskreisen. Es ist durch eine Reihe von Untersuchungen bewiesen, daß nur ein kleiner Teil der begabten Kinder aus niederen Schichten in die höhere Schule eintritt, die Oberschichtkinder aber mit guten Volksschulnoten, wie er sagt, besuchen fast immer das Gymnasium. Von dieser Schicht gehen auch dann noch viele Kinder in die höhere Schule, wenn sie in der Volksschule nur durchschnittliche oder gar schlechte Noten hatten.

Die Eltern der Oberschicht und der oberen Mittelschicht entscheiden sich für den Besuch des Gymnasiums, bevor ein genaueres Urteil über die schulische Leistungsfähigkeit des Kindes möglich ist. Ganz anders ist es bei den Eltern aus niederen Schichten. Sie sind über die Möglichkeiten und Probleme der höheren Schulbildung so wenig informiert, daß sie der höheren Schule meist ablehnend und skeptisch gegenüberstehen. Durch die permanente Auslese im Laufe der Gymnasialjahre verringern sich die Chancen der Kinder aus den niederen Schichten im Vergleich zu den Möglichkeiten der Oberschichtkinder um ein weiteres. Beim vorzeitigen Abgang vom Gymnasium spielen soziale Faktoren wiederum eine bedeutende Rolle.

Die Gründung des Musisch-pädagogischen Realgymnasiums, die Ermöglichung der Übergänge zwischen den verschiedenen Schultypen waren nur vage Schritte zum Abbau der sozialen Schranken beim Zugang zur höheren Schulbildung. Ich möchte nebenbei im Zusammenhang mit diesem Schultyp eine Frage an den Herrn Minister stellen: Im Budgetausschuß richtete am 5. November der Abgeordnete Harwalik an den Herrn Minister das Ersuchen, die Übergangsmaßnahmen für das Musisch-pädagogische Realgymnasium noch einmal einer kritischen Würdigung zu unterziehen. Er hat dieses Ersuchen heute sinngemäß — soweit ich mich erinnern kann — wiederholt.

Radinger

Der Herr Minister sprach in seiner Beantwortung am 5. November von einer flexiblen Gestaltung der Übergangsstufe. Wir wären interessiert zu wissen, was unter einer solchen flexiblen Gestaltung konkret zu verstehen ist und ob dabei bei allem Verständnis, das wir für ein Entgegenkommen für die dortigen Schüler haben, die notwendige gediegene und gründliche Ausbildung dieser Schüler, die ja zum Großteil zukünftige Lehrer sind, gewahrt bleibt.

Zurück zu der von mir vorhin angeführten Untersuchung von Dr. Seidl. Er führt weiter aus, daß eine wissenschaftliche Analyse unseres Schulsystems zeigt, daß wir noch weit vom Ideal der gleichen Erziehungschancen für alle entfernt sind. Daß unser Schulsystem nach wie vor die Schüler aus niedrigeren sozialen Schichten in zweifacher Hinsicht benachteiligt, weil einerseits die begabten Kinder dieser sozialen Schicht nur in wenigen Fällen den Weg in die höhere Schule finden, andererseits die wenigen, die trotz der Schwierigkeiten in das Gymnasium eintreten, von der permanenten Auslese stärker betroffen werden als die übrigen Schüler. Er stellt fest, daß die frühe Auslese für die höheren Schulen und die dadurch bewirkte Zuteilung auf bestimmte Schultypen nicht länger haltbar ist. Trotz der Brücken und Übergänge bewirkt die frühzeitige Selektion in den meisten Fällen eine endgültige schulische Trennung der Kinder.

Übertritte von der Hauptschule in eine untere Klasse der allgemeinbildenden höheren Schulen sind außerordentlich selten, im Jahre 1964/65 — jüngere Zahlen stehen mir momentan nicht zur Verfügung — waren es nur 1,4 Prozent der Hauptschüler, sodaß die Tragfähigkeit der Brücken zwischen den verschiedenen Schulzweigen als sehr bescheiden und gering angesehen werden muß.

Die schichtenspezifische Selektionswirkung, von der hier die Rede war, tritt besonders kraß beim Übergang in die höhere Schule und beim vorzeitigen Abgang von dieser Schule in Erscheinung.

Wenn der OECD-Bericht uns eindringlich vor Augen führt, daß die österreichische Wirtschaft in den kommenden Jahren einen erhöhten Bedarf an hochqualifizierten Kräften, Maturanten und Akademikern, haben wird, und sich daraus die Folgerung ergibt, daß alle Begabungsreserven unseres Landes ausgeschöpft werden müssen, dann ist es nicht nur ein soziales Unrecht, sondern auch unökonomisch, wenn den begabten Kindern aus Arbeiter- und Bauernfamilien der Weg zur höheren Schulbildung weiterhin erschwert bleibt.

Unter diesem Gesichtspunkt muß die von der großen Eltern- und Erziehungsgemeinschaft der Kinderfreunde und von den Arbeiterkammern seit Jahren durchgeführte Aufklärungsaktion „Mehr Kinder an höhere Schulen“ gesehen werden. Daß diese Aktion von konservativer Seite mit scheelen Augen betrachtet, mißbilligt, kritisiert, abgelehnt, ja sogar da und dort behindert wird, liegt nicht nur daran, daß dort höhere Bildung — im Unterbewußtsein zumindest — noch immer als Vorrecht einer bestimmten Schicht angesehen wird, sondern auch daran, daß von dieser konservativen Seite versäumt wurde, die raum- und lehrermäßige Voraussetzung für die Aufnahme von mehr begabten Kindern aus jenen Schichten zu schaffen, die seit Generationen durch ihre Herkunft schon vom Start an benachteiligt wurden. Wir fordern daher, daß alle Maßnahmen getroffen werden, daß mit dieser sozialen Apartheidschulpolitik Schluß gemacht wird.

Hartmut von Hentig, Professor für Pädagogik an der Universität Göttingen, stellt in seinem Aufsatz „Ein Gesamtplan für die Schule“ das Postulat, daß die Ungerechtigkeiten der Gesellschaft nicht durch die Ordnungen der Schule bestätigt und verstärkt werden dürfen, daß sie aber auch nicht weggetäuscht, sondern im Inneren der Schule immer wieder aufgesucht und bewußt gemacht werden müssen, um die jungen Menschen bereit und fähig zu machen, ihr Leben lang gegen sie zu kämpfen.

Für dieses Ziel haben sich die Sozialisten immer leidenschaftlich eingesetzt, und sie werden sich um die Erreichung dieses Zieles weiter mit allen Kräften bemühen.

Die Aufnahmeprüfung an die allgemeinbildende höhere Schule in ihrer derzeitigen Form ist, das steht außer Frage, für eine befriedigende Feststellung der Leistungsfähigkeit der Schüler ungeeignet. Dennoch werden weiterhin zu Hunderten zusammengepfercht am Tag der Aufnahmeprüfung die Zehnjährigen bei diesem System herumdirigiert, nach unvermeidlich langen Wartezeiten dann wieder unter Zeitdruck im Schnellsiedeverfahren abgestempelt oder disqualifiziert. Das Schwanken der Versagerquoten bei den Ausnahmeprüfungen in den einzelnen Bundesländern zwischen 4,3 Prozent und 13,6 Prozent zeigt einmal mehr die Problematik eines solchen Ausleseverfahrens auf.

Es muß auch in diesem Zusammenhang auf die Forderung des sozialistischen Schulprogramms nach der gemeinsamen Schule der 10- bis 14jährigen verwiesen werden, die eine zu frühe Selektion und damit den Verlust von Begabungen ausschaltet, die soziale Milieu-

Radinger

sperre beseitigt und den Kindern aller Schichten den Weg zur höheren Schulbildung erleichtert.

Die derzeit noch — sicher nicht überall — übliche Methode: dozieren und examinieren, für die man die Lehrer nicht verantwortlich machen kann, weil sie ein Ergebnis ihrer Ausbildung ist, führt bei der derzeitigen Stofffülle vielfach zum Repetieren, Eliminieren und Ruinieren.

In Abwandlung des „Non scholae sed vitae“, das von meiner Kollegin Dr. Klein-Löw vor kurzem in diesem Hause in so idealer Form variiert wurde, gilt für den Schüler der AHS heute: Nicht für das Leben, sondern für die Prüfung lernen wir.

Wir sagen selbstverständlich ja zu einer vernünftigen Allgemeinbildung, aber das darf doch nicht dazu führen, daß junge Menschen, die einseitig weniger begabt sind, daran scheitern und daß ihnen auch der Weg zur Entfaltung ihrer Begabungen versperrt wird.

Dieses System ist auch die Ursache des Unbehagens und der Gewissenskonflikte für viele verantwortungsbewußte Lehrer. Dieses System führt zu der allseits bekannten Verwendung der sogenannten unerlaubten Hilfsmittel, zum Abschreiben von Hausübungen und Schularbeiten, zum Spekulieren, gefälschten Entschuldigungen und so weiter. Es führt dazu, daß junge Menschen vom geraden Weg abgedrängt werden und die Überzeugung gewinnen, daß man auf krummen Touren eher und sicherer zum Ziel und zum Erfolg gelangt.

Sollte ein solches Verhalten etwa als ein Kriterium der Lebenstüchtigkeit angesehen werden? Sollen wir weiter hinnehmen, daß ein Großteil der Gymnasiasten nur mit zahlreichen bezahlten Nachhilfestunden, mit Tricks, Lügen und Schwindel zur Reifeprüfung gelangt?

Das Schulprogramm der Sozialisten zeigt einen ehrlichen, gerechten und sozialen Weg, der ohne Niveausenkung und Bildungsschwund durch eine Reform der Struktur, der Lehrpläne, der Methoden und des Prüfungswesens gleiche Chancen für alle bringt und neue Motivationen für die Schüler schafft.

In der herkömmlichen Definition von „guten“ und „schlechten“ Schülern sehen ernst zunehmende Vertreter der Wissenschaft immer mehr ein Produkt einer Ideologie und sozialen Voreingenommenheit. Sie sehen in der fachspezifischen Leistungsdifferenzierung eine Möglichkeit für den einzelnen, seine Lernfähigkeit zu entfalten, für den Lehrer, auf den individuellen Rhythmus des Lernens Rücksicht zu nehmen und die Ablösung des alten Schulproblems des Nichtmitkommens wie

des Sichlangweilens durch die Individualisierung des Lernens.

Das ist das, was wir in unserem System von Kern- und Kursfächern für das Gymnasium, von Basis- und Leistungsgruppen für die Mittelschule anbieten.

Das Schulprogramm der SPÖ sieht die Vermittlung der Bildungsinhalte durch altersadäquate und zeitgemäße Unterrichtsmethoden und Sozialformen des Unterrichtes, wie Partnerarbeit, Gruppenarbeit, Diskussionen, Teamarbeit der Lehrer und so weiter, vor; zur Unterstützung der Lehr- und Lernarbeit sind technische Unterrichtsmittel einzusetzen. Es ist zu erwarten, daß die Anwendung neuer Unterrichtsmethoden und ein hohes Maß an innerer Differenzierung des Unterrichtes die Lernmotivation der Schüler fördert und Versager reduziert. Der Lehrer wird durch die Verwendung technologischer Mittel im Unterricht nicht überflüssig, sondern gewinnt Zeit, um sich seinen Erziehungs- und Bildungsaufgaben umso besser widmen zu können.

Wir reden ständig von der *éducation permanente*, von der Notwendigkeit der ständigen Weiterbildung und Anpassung unseres Wissens an geänderte Verhältnisse, aber wir erreichen durch unser derzeitiges Gymnasialsystem, daß unsere Jugend nach Ablegung der Reifeprüfung ihre Mathematikbücher, Lateinbücher oder andere Bücher verbrennt, unter vielfach ernst gemeinten Eiden, kein ähnliches Buch mehr anzurühren.

Die Gewährung gleicher Chancen für die sozio-kulturell Unterprivilegierten ist ohne die Einführung der Ganztagschule auf die Dauer unmöglich. Trotz der Kosten einer solchen Schule wird sie sich letzten Endes als ökonomischer erweisen im Vergleich mit jenen Kosten, die durch Jugendkriminalität und andere Folgen des Bildungsrückstandes für unsere Volkswirtschaft erwachsen. Zur Sicherung des Unterrichtsertrages, zur Ausschaltung des privaten Nachhilfeunterrichtes und somit zur Entlastung der Familie können im Rahmen der Ganztagschule die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden.

Wir sind uns voll und ganz bewußt, daß die Reform unseres Schulwesens in dieser Form nicht von heute auf morgen erfolgen wird, daß Schulversuche in ausreichender Anzahl zur Erprobung der Modelle durchgeführt werden müssen, daß eine ständige Kooperation von Wissenschaft, Forschung, Schulbehörden, Pädagogen und der Eltern notwendig ist.

Wir stehen in Österreich auf dem Gebiete der Bildungsforschung und der Bildungsplanung leider erst am Anfang. Die Studie, die über Initiative der OECD erstellt wurde, hätte schon im Jahre 1962 in Angriff genom-

13812

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Radinger

men werden können, wenn der damalige Unterrichtsminister Dr. Drimmel, mit dem Dipl.-Ing. Waldbrunner darüber verhandelte, mit dieser Forderung damals bei seiner Partei durchgedrungen wäre.

Wenn die Bildungspolitik der Gegenwart bestimmend ist für die Weltpolitik der Zukunft, für das Glück und Wohlergehen der kommenden Generationen, dann müssen auch bei uns Bildungsforschung und Bildungsplanung besonders organisiert, verstärkt ausgebaut, mit den notwendigen Mitteln dotiert und koordiniert werden.

Das Ziel der Bildungsplanung — und ich identifiziere mich hier wiederum mit Professor Hentig — ist es, die Menschen bereit machen zum Lernen, das heißt, ihre Vorstellungen und ihr Verhalten zu ändern, und zwar ein ganzes Leben lang. Es ist jedem Menschen zu ermöglichen, eine sinnvolle Kompetenz zu erwerben und sie gegen eine andere auszutauschen, wenn sie sinnlos geworden ist.

Ich möchte hier ein Gespräch einflechten, das Adalbert Stifter mit dem Fürsten Metternich über Bildungsreform führte. Es ist dies übrigens jener Stifter, der das „arme Erziehungswesen den Sündenstuhl seit 2000 Jahren“ nannte und der an den Bildungsminister die Forderung stellte, er müsse sowohl ein Fachmann als auch der Beste, Weiseste und Menschenliebendste im ganzen Reiche sein.

Stifter sprach also mit Metternich über Bildungsreform. Der Fürst stimmte den Vorschlägen zu, doch war seine erste Frage — so wie es auch hier in diesem Hause üblich ist —, woher das Geld kommen solle. Stifter antwortete Metternich: Ich weiß, daß die Staaten, um mit allen Schäden zurecht zu kommen, die aus unzulänglicher Volkserziehung entstehen, mehr Geld ausgeben, als wenn gleich die Volkserziehung nicht eingerichtet wäre. Wer die Bestimmung der Menschheit, sagte er, nicht in einem ewigen blinden Kreislauf von Tugend und Laster, von Recht und Gewalt, von Emporsteigen und Niedersinken sieht, sondern wer glaubt, daß sie sich nach und nach zur höchsten Blüte entwickeln wird, der wird auch überzeugt sein, daß eines der heiligsten Dinge, die Volkserziehung, seine Vollendung finden wird.

Auch wir wissen — und meine Fraktionskollegen haben ja darauf hingewiesen —, daß die Schule, die wir wollen, Geld kosten wird. Unser Schulkonzept enthält auch Finanzierungsvorschläge. Und ich bin überzeugt: Unsere Finanzexperten werden sicher noch auf diese Vorschläge bei gegebenem Anlaß zu sprechen kommen. Wir erwarten nur Finanzierungskonzepte auch von der anderen Seite!

Ich darf zum Abschluß sagen: Die Österreichische Volkspartei hat Dr. Drimmel, in dessen Amtszeit die Schulreform 1962 beschlossen wurde, vom Minoritenplatz ins Wiener Rathaus geschickt, wo er sich totlief! Sie hat Dr. Piffl, den Sie und Ihr Finanzminister bei seinem Versuch, Reformen zu realisieren, im Stich gelassen hatten, in die Wüste geschickt! Und Sie hat nun einen sehr ambitionierten jungen Mann ins Feuer geschickt!

Sie werden aber verstehen, daß nach all den schlechten Erfahrungen, die wir in der Vergangenheit auf diesem Gebiete erlebt haben, wir der Überzeugung sind, daß auch in der Schulpolitik eine entscheidende Wende zum Besseren nur durch einen Erfolg der Sozialisten am 1. März gewährleistet erscheint. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Wieso haben Sie die schlechten Erfahrungen gemacht? Die müßten ja wir gemacht haben!)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Broda. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Broda (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Nur auf eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Dr. Withalm: Herr Kollege Dr. Withalm, ich möchte schnell antworten. *(Abg. Dr. Withalm: Ich bitte Sie darum, Herr Kollege!)* Sie haben gemeint, daß nur die Regierungspartei gute oder schlechte Erfahrungen mit Ministern macht. Ich glaube, das ist nicht richtig! Gute und schlechte Erfahrungen mit Ministern der österreichischen Bundesregierung macht doch das ganze Volk. Es war also daher durchaus zutreffend, wenn der Kollege Radinger gesagt hat: Wir haben schlechte Erfahrungen gemacht. *(Abg. Doktor Withalm: Herr Professor Radinger hat gesagt, Sie, also die Sozialistische Partei, haben schlechte Erfahrungen gemacht!)* Nein, wir meinen folgendes, Herr Kollege. *(Abg. Dr. Withalm: Er spricht ja nicht für das Volk, das wäre zuviel verlangt! Das behaupten Sie auch gar nicht!)* Herr Kollege Withalm! Ich glaube, wir könnten uns — das wäre doch demokratisch — auf folgende Sprachregelung einigen: Der Minister, wenn er auch von einer Partei gestellt wird, ist in dem Augenblick, wo er Minister wird, nicht Minister dieser Partei für diese Partei, sondern er ist ein Minister für das ganze Land. Sind wir einig? *(Abg. Dr. Withalm: Sie haben das Gegenteil behauptet zu Beginn der Legislaturperiode, wo Sie damals gesagt haben: Wir sind nicht die Regierung für das ganze Volk! Jetzt bestätigen Sie das! Ich bin sehr mit Ihnen einverstanden!)*

Nein, ich halte das für eine ernste Frage. Ich bin der Meinung — und deshalb wollte ich das zwischen uns klarstellen —, daß es

Dr. Broda

so sein soll, Herr Kollege Dr. Withalm, daß sich Opposition und Regierungspartei tatsächlich, wie immer die Würfel fallen werden, darauf einigen sollten: Wenn ein Minister von der Regierungspartei nominiert ist, dann hat er ein Minister für die Gesamtheit des Parlaments und der Bevölkerung zu sein. (*Abg. Dr. Withalm: Ja, bin sehr mit Ihnen einverstanden! Nur war die Sozialistische Partei mit dem Grundsatz zu Beginn der Legislaturperiode nicht einverstanden! Für die Feststellung bin ich sehr, sehr dankbar!*) Wir werden nachlesen, wie das damals genau war.

Aber, Herr Kollege Dr. Withalm, viel wichtiger war die Klarstellung — ich möchte diesbezüglich nicht allzu scharf ins Gericht gehen mit dem Herrn Bundesminister, weil es offenkundig nur ein Versprechen war —, als er sich vor ein paar Stunden von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat in bezug auf unser Programm und das Programm der Österreichischen Volkspartei, daß er das nicht in ministerieller Funktion hier gesagt hat, sondern in der Diskussion als ein Minister, der von der Österreichischen Volkspartei nominiert ist.

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe die Budgetdebatte hier zu dem Zeitpunkt verlassen, als der Kollege Leitner gesprochen hat (*Abg. Dr. Withalm: Das war schade, da haben Sie einiges versäumt!*), weil ich anderweitig abgehalten war. Ich hatte den Eindruck gehabt, daß es die Budgetdebatte für die Jahre 1970 bis 1974 gewesen ist, nämlich für die nächste Gesetzgebungsperiode. Jetzt bin ich zurückgekommen und sehe, daß wir wieder bei der Budgetdebatte 1969 sind. Ich möchte mich ausschließlich mit diesen Fragen beschäftigen, wobei ich glaube, daß wir hier eine sehr ernste Sache diskutieren und daß es durchaus richtig ist, wenn hier der Grundsatz gilt, daß wir eine große Sache, nämlich die österreichischen Bildungsprobleme und die Anliegen von Wissenschaft und Forschung, mit „kleinen Worten“ besprechen.

Hier sollen vor allem Tatsachen und Argumente gelten. Hier brauchen wir nicht die große agitatorische Geste. So werden wir der Sache am besten dienen. Insofern stimme ich dem Herrn Bundesminister für Unterricht durchaus bei, wenn er meint, daß es nicht nur auf die Slogans ankommt, sondern auf die konkreten Tatsachen und in einer Budgetdebatte natürlich auch auf die konkreten Ziffern. (*Abg. Dr. Withalm: Ziffern, Zahlen, wie Dr. Leitner sie gebracht hat! Sie waren leider nicht da!*) O ja, ich war nur bei der Antwort meiner Kollegen nicht da. Das konnte ich ihnen ruhig überlassen. Soweit ich es

verstanden habe, waren das Ziffern und Zahlen der XII. Gesetzgebungsperiode, aber nicht der XI., die wir hier noch erörtern. (*Abg. Dr. Withalm: Der XI.! Genau von der hat er gesprochen!*)

Herr Kollege Dr. Withalm! Wir haben heute vormittag wieder anregende Ausführungen des Kollegen Dr. Gruber gehört, und der hat über die Konzepte und Programme, die jetzt allgemein vorliegen, gesprochen. Ich stimme ihm bei, daß das ein Fortschritt ist, daß das positiv ist und daß das vielleicht ein konkreter Beitrag zu der gestern so viel erörterten Demokratiereform ist und daß es auch hier gut ist, wenn wir sagen, daß wir durch solche konkrete Demokratiereformbeiträge mehr leisten, als wenn wir allzuviel Leerformeln aneinanderreihen, was wir alles besser machen wollen.

Ich betrachte in Übereinstimmung offenbar mit dem Kollegen Dr. Gruber als das Positive dieser jetzt vorliegenden Alternativen, Konzepte und Programme, daß sie viel weniger als früher diese Leerformeln enthalten haben, die uns nicht geholfen haben. (*Abg. Doktor Withalm: Was meinen Sie unter „früher“? Das „Programm für Österreich“?*) Nein, Herr Kollege Withalm! (*Abg. Dr. Withalm: Darüber haben wir schon einmal gesprochen, wenn Sie sich erinnern können! Das ist danebengegangen!*) Das „Programm für Österreich“ war ein sehr ernster und im Ergebnis außerordentlich erfolgreicher Versuch, denn aus dem „Programm für Österreich“ haben dann Sie alle Ihre Programme abgeleitet (*Ruf bei der ÖVP: Sie sagen, es war ein Versuch!*), und auch diese Konzepte, die wir jetzt vorlegen (*Abg. Dr. Withalm: Jetzt hören Sie aber auf!*), sind unmittelbar die organische Weiterführung und Entwicklung eines sehr interessanten Versuchs gewesen. (*Abg. Doktor Withalm: Machen Sie noch eines!*) Ich habe Ihnen schon damals, Herr Dr. Withalm, vorgeschlagen, daß auch Sie ein zweites „Programm für Österreich“ hätten machen sollen. Inzwischen haben Sie sich uns angeschlossen, jetzt machen Sie ja ständig das gleiche wie wir, Sie legen Programme für Österreich vor! Das ist gut und gar nicht schlecht. (*Abg. Dr. Withalm: Einer Ihrer Kollegen hat gesagt, es ist danebengegangen! — Weitere Zwischenrufe!*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Ich habe auch ein Programm: Weniger Zwischenrufe!

Abgeordneter Dr. **Broda** (*fortsetzend*): Kollege Dr. Withalm! Ich glaube folgendes — und da stimmen wir wahrscheinlich überein —: In einer Debatte über eine große Sache mit kleinen Worten kann man das wirklich sach-

13814

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Dr. Broda

lich und ruhig debattieren. Der Schritt vorwärts, den wir in der Demokratie gemacht haben, ist der, daß wir jetzt doch über sehr konkrete Dinge sprechen können, daß wir uns mehr als früher — alle zusammen! — freihalten von dem, was ich die Leerformel genannt habe.

Natürlich: Früher haben wir auch immer gesagt — alle zusammen, bitte! —, wir wollen mehr tun für Wissenschaft und Bildung, für Schulen und Hochschulen. Das hat sich noch nicht so konkretisiert und materialisiert, wie das jetzt der Fall ist. Daß wir jetzt sehr konkret diskutieren können — ich werde jetzt auch sehr konkret diskutieren —, das ist, glaube ich, ein echter Fortschritt.

Ich glaube — darin stimme ich wieder mit Ihnen überein —, man braucht das gar nicht ohne Salz und Kraft zu machen. Ich habe das auch heute sehr oft gehört: Man soll alles das immer aus der Tagespolitik heraushalten. Ja und Nein. Die Tagespolitik ist, wenn sie richtig gesehen wird und wenn sie demokratisch gesehen wird, nichts Schlechtes. Es soll nichts Odioses sein. Man kann auch gemeinsame Anliegen durchaus in der Tagespolitik diskutieren. Es soll ja nicht so sein, daß die Konturen verschwimmen. Ich möchte schon haben — das ist auch heute in der Diskussion wiederholt hervorgekommen —, daß man die Unterschiede deutlich macht und klarmacht, wie die Schwerpunkte und Prioritäten doch verschieden gelagert sind. Wir wollen bei allem gemeinsamen Bekenntnis zu dem, was auf diesem wichtigen Gebiet geschehen soll, nicht übersehen, worin die Unterschiede liegen.

Ich möchte dem Kollegen Gruber nur noch auf einen Zwischenruf, den er gemacht hat, antworten — das ist noch eine Fortsetzung unserer Demokratiereformdiskussion von gestern —, wie Sie moniert haben, daß in die Hochschulkommission von sozialistischer Seite kein Mitglied des Nationalrates entsendet worden ist. (Abg. Dr. Gruber: Das ist kein Vorwurf!) Nein, Sie haben das festgestellt. Ich meine auch ganz ernst — in Fortsetzung unserer gestrigen Diskussion —: das war die Überlegung der Aktivierung des Bundesrates und der Bundesräte bei uns. Wenn wir den Bundessekretär des Bundes Sozialistischer Akademiker, den Bundesrat Skotton, in die Kommission entsendet haben, so war das sicherlich ein Schritt zur konkreten Aktivierung des Bundesrates. Das war offenbar auch der Gedanke der Österreichischen Volkspartei. Ich begrüße das sehr — ich sage das ganz offen —, daß Sie den heute auch schon zitierten Spitzenfunktionär des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, den Universitäts-

professor Schambeck, in den Bundesrat entsendet haben. Er wird zweifellos ein sehr wertvoller Teilnehmer an künftigen Schul- und Hochschuldiskussionen sein. Das wollte ich nur als Altbundesrat sagen. (Abg. Doktor Withalm: Ich bin Ihnen dankbar dafür, daß Sie jetzt anerkannt haben, daß in der Zeit von 1966 bis heute, also zu Zeiten der Alleinregierung der ÖVP, sehr viel geschehen ist! Sie sprachen von der Demokratiereform! Ich bin sehr dankbar!)

Ich komme sofort darauf zurück. Zuerst komme ich noch auf den weiteren durchaus freundlichen Zwischenruf des Kollegen Gruber, nämlich darauf, was mit dem Dr. Fischer ist. (Abg. Dr. Withalm zur SPÖ gewendet: Er redet für uns heute, der Broda!) Darf ich folgendes sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sind alle froh darüber — nicht nur die Sozialistische Partei —, daß wir einen so aktiven und erfolgreichen Mittler zwischen zwei Generationen, zwischen der studentischen Jugend von heute und der schon in die aktive Politik hineinwachsenden Generation, haben wie den Dr. Fischer. Wir sind stolz darauf, daß wir den Dr. Heinz Fischer in diese Kommission hineinentsendet haben. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Herr Dr. Broda! Wen setzen Sie auf die Liste der Nationalräte?) Herr Kollege Withalm! (Zwischenrufe.) Ich weiß nicht, ob Ihnen als ÖVP-Fraktion diese zukünftige Verstärkung der sozialistischen Fraktion sehr viel Freude machen wird! (Abg. Dr. Withalm: Was dazu beiträgt, das Parlament zu verlebendigen, soll uns recht sein!) Sind Sie einverstanden. Trotzdem ist es noch immer so — dafür bin ich auch so —, daß wir unsere Kandidaten als eigene Fraktion nominieren, und dann, wenn es an der Zeit ist, und daß wir noch keine Einheitskandidaten nominieren, obwohl ich sehe, daß Sie den Dr. Fischer offenbar ohne weiteres auch als Kandidaten nominieren würden. Nicht wahr? (Abg. Dr. Withalm: Ich höre, zwei bei Ihnen in Wien nur!) Das wäre eine wirkliche Verstärkung für die ÖVP-Fraktion. (Abg. Libal: Wie ist das mit Herrn Dr. Withalm? — Abg. Dr. Gruber: Libal, statt dir! — Abg. Dr. Withalm: Aber Sie kommen wieder! Das beruhigt mich sehr! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen — Abg. Doktor Withalm: Sie würden mir furchtbar abgehen! — Abg. Libal: Aber Sie, Herr Doktor, würden mir auch abgehen!)

Präsident: Bitte, meine Damen und Herren, jetzt wieder etwas mehr Ruhe!

Abgeordneter Dr. **Broda** (fortsetzend): Aber nun zurück zum Budget. Herr Abgeordneter Dr. Withalm und meine

Dr. Broda

sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Hören Sie meine Antwort auf die von Ihnen aufgeworfene Frage, wieviel in dieser Gesetzgebungsperiode durch die ÖVP-Regierungsmehrheit und durch die Bundesregierung der ÖVP geschehen ist. Bei einem so ernsten Kapitel möchte ich darauf sehr ernst antworten. Ich glaube, wir sollten hier die Dinge so sehen (*Abg. Dr. Withalm: Objektiv!*), daß die Fragen der Bildung, der Wissenschaft und der Forschung heute im Parlament eine viel größere Rolle spielen als noch vor wenigen Jahren. So schwarzweißzumalen wie der Kollege Leitner, der einen Gruselfilm der Koalition ablaufen hat lassen, wie das alles finster war, um zu zeigen, wie strahlend hell alles unter der ÖVP-Alleinregierung geworden ist, das ist etwas zu einfach. Wir sind alle zusammen in diesen Jahren viel bildungsbewußter geworden, weil die Zeit dafür reif geworden ist. (*Abg. Dr. Withalm: Alle zusammen!*) Alle zusammen. (*Abg. Doktor Withalm: Alle zusammen!*) Ich habe das in meiner Rede am 15. Juli 1966 zum Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz gesagt, und ich sage das auch heute: Wir sind alle zusammen viel bildungsbewußter geworden, wir sind viel forschungsbewußter geworden als Parlament. Ich glaube, daß es eher klein-kariert ist, jetzt zu sagen, wer da den größeren Erfolg dazu beigetragen hat oder nicht. Es war dieses Parlament, dazu bekenne ich mich als Teil dieses Parlamentes. Ich glaube, daß uns diese Feststellung — darüber werde ich noch zu sprechen haben — auch erhöhte Verantwortung und Verpflichtung auferlegt.

Ich möchte ganz konkret auf mein Anliegen kommen, das ich in jeder Budgetdebatte bringe; sonst menge ich mich in diese Fragen, die wirklich nicht die unsrigen sind, Kollege Dr. Withalm, sondern die der Pädagogen und jener Damen und Herren, die davon mehr verstehen als ich, nicht ein. Ich möchte mich nur wie alljährlich mit einer Frage beschäftigen, und das ist die Forschungsförderung, und zwar eingeschränkt auf Forschungsförderung auf Grund des Forschungsförderungsgesetzes. Das ist die Ansatzpost 1/1214. Herr Kollege Gruber hat sich auch damit beschäftigt. Ich darf ihm jetzt einige Überlegungen gegenüberstellen und entgegenhalten.

Zu den Ziffern: Im Budget für 1970 wird der Betrag für den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung von 35 Millionen Schilling auf 45 Millionen Schilling erhöht. Das ist eine Erhöhung um 10 Millionen Schilling, aber gleichzeitig eine Verminderung um 10 Millionen Schilling gegenüber jenem Betrag, der im Jahre 1969 einschließlich der zusätzlichen Mittel auf Grund des 2. Budget-

überschreitungsgesetzes zur Verfügung gestellt worden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Ziffer muß man hier doch aussprechen. Man muß sie im Sinne der heute schon zitierten intellektuellen Redlichkeit hier beim Namen nennen und darauf hinweisen, daß wir, meine Damen und Herren von der Regierungspartei und Herr Unterrichtsminister, tatsächlich in absoluten Ziffern für den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung für 1970 um 10 Millionen Schilling weniger einsetzen, als im Jahre 1969 ausgesetzt worden ist, nämlich 55 Millionen Schilling.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme schon zum Budgetüberschreitungsgesetz. (*Abg. Dr. Gruber: Man kann nur vergleichen Budgetansatz mit Budgetansatz und Rechnungsabschluß mit Rechnungsabschluß!*)

Herr Kollege Gruber! Ich will darauf eingehen. Schauen Sie, ich habe vorgeschlagen, daß wir hier einer großen Sache mit kleinen Worten dienen sollen. Mir ist sofort bei der Budgetrede des Herrn Finanzministers Doktor Koren aufgefallen, daß der Herr Finanzminister — Sie werden sich daran erinnern — gesagt hat, nachdem er allgemein absolute Ziffern genannt hatte: Die Mittel für die beiden Forschungsförderungsfonds auf Grund des Forschungsförderungsgesetzes werden um 47 Prozent erhöht. — Der Herr Finanzminister hat schon sehr gut gewußt, warum er keine absolute Ziffer genannt hat, weil nämlich eine absolute Ziffer für beide Fonds, insbesondere für den Fonds der wissenschaftlichen Forschung, leider noch immer — und das sind doch Tatsachen — gegenüber einem Mammutbudget eine solche Miniziffer ist, daß der Herr Finanzminister, der ja seine Sache sehr gut zu exponieren weiß, mit Recht, Herr Unterrichtsminister, davor zurückgeschreckt ist, die absolute Ziffer zu nennen. Er hat daher auf eine prozentuelle Erhöhung umgestellt.

Herr Kollege Machunze! Ich werde gleich auf das Budgetüberschreitungsgesetz zu sprechen kommen und auf den Zwischenruf, ob man nur Ansatz mit Ansatz vergleichen kann. (*Abg. Machunze: Herr Minister Broda! Haben Sie sich einmal angesehen, welche Forschungsprojekte gefördert werden? Mir haben Fachleute gesagt, daß vieles von dem, was auf dem Umweg gefördert wird, im Institut gemacht werden könnte, und zwar ohne Forschung!*) Ja, das ist jetzt schon eine heikle Frage. Ich bin aber dem Herrn Kollegen Machunze dankbar, weil ich wirklich der Meinung bin, daß wir hier nicht große Worte machen sollen, sondern konkret über diese

13816

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Dr. Broda

Dinge diskutieren sollen. Ich komme sofort darauf zu sprechen.

Tatsache ist nun folgendes: Wir haben uns als Gesetzgeber dieser Gesetzgebungsperiode, wir, die beiden großen Parteien — die Kollegen der Freiheitlichen Partei haben ja dagegen gestimmt —, zum Forschungsförderungsgesetz und zu seiner Konstruktion bekannt. Die Sozialistische Partei hatte gegen diese Konstruktion große Bedenken, insbesondere deshalb, weil wir der Ansicht waren, daß die Konstruktion zu schwerfällig sei. Wir waren gegen die Zweiteilung und wir waren dagegen, daß man hier zuwenig Schwerpunkte bilden kann. Jetzt komme ich auf das zu sprechen, was der Herr Kollege Machunze gemeint hat. Wir haben nämlich gemeint, daß man viel mehr Forschungsdynamik betreiben sollte und daß die Möglichkeit gegeben sein müßte, eine Forschungspolitik — im guten Sinne jetzt, nicht -politisierung! — zu betreiben. Wir haben uns der Mehrheit gebeugt. Wir haben mitgestimmt, weil wir der Meinung waren, daß das Gesetz ein Fortschritt ist. Und nun glaube ich, daß wir damit eine Ehrenverpflichtung übernommen haben, und zwar als ganzes Parlament. Jetzt können wir nicht bremsen. Man hört ja von vielen Seiten, und es wird darüber diskutiert und in den Zeitungen geschrieben, ob das Forschungsförderungsgesetz überhaupt seinen Zweck erfüllt hat, ob es nicht Fehlleistungen sind, ob die Konstruktion richtig ist, ob überhaupt nach Schwerpunkten gefördert wird und nicht sehr viel gefördert wird, was schon woanders gefördert wird, aber Herr Kollege Machunze, erinnern Sie sich doch, daß wir gerade das kritisiert haben, nämlich daß durch die Konstruktion des Gesetzes oft die linke Hand nicht weiß, was die rechte Hand fördert, weil die Zersplitterung in den Kompetenzen nicht überwunden worden ist, weil alle Ministerien noch separat Förderungen gewähren und forschen lassen.

Jetzt sagen Sie uns, Sie hören auch diese Einwendungen und diese Bedenken. Ich möchte jetzt gar nicht rechthaberisch sein und nicht sagen: Wir haben auf diese Gefahren aufmerksam gemacht, sondern ich sage für unsere Fraktion: Jetzt haben wir dieses Gesetz geschaffen, wir haben diese beiden Fonds geschaffen — heute wurde schon der Name des verdienstvollen Präsidenten des Forschungsförderungsfonds der wissenschaftlichen Forschung, Prof. Rohrer, genannt —, jetzt müssen wir die Fonds eine Zeitlang arbeiten lassen. Jetzt dürfen wir sie nicht auf Sparflamme setzen, und jetzt — das war der Einwand, Kollege Gruber —, sage ich, haben wir eine wirkliche Ehrenverpflichtung, als Gesetzgeber unser Versprechen einzulösen.

Der Forschungsförderungsfonds der wissenschaftlichen Forschung — Kollege Gruber weiß das ja alles so gut wie wir — würde in Wirklichkeit das Zehnfache der Mittel brauchen, als jetzt im Budget für ihn eingesetzt ist, um nur den Anschluß an solche Institutionen wie den schweizerischen Forschungsrat zu bekommen. Der Forschungsförderungsfonds der wissenschaftlichen Forschung sagt, daß ihm bei diesen Mitteln keine echte Schwerpunktbildung möglich ist. Eine Planung großer und langfristiger Vorhaben ist ihm unmöglich. (*Abg. Machunze: Herr Minister! Auf Grund dieses Briefes habe ich mir berichten lassen, welche Forschungspunkte gefördert werden sollen!*) Ja. Jetzt berichte ich darüber nur, ich werde dann noch einen konkreten Vorschlag machen.

Der Forschungsförderungsfonds der wissenschaftlichen Forschung sagt: Die geringfügigen Erhöhungen im Budget reichen nicht aus, so wie letztes Jahr, für das Ziel, das sich die Regierung setzt, nämlich nach den Forschungsberichten und nach allgemeinen internationalen Sätzen bis zum Jahre 1976 einen Anteil zur Forschungsförderung von 1,5 bis 2 Prozent des Bruttonationalproduktes zu erreichen. Diese zusätzlichen Mittel, die jährlich zugeführt werden, genügen nicht. Ich bin auch der Meinung, daß sie nicht genügen, und sehe die große Gefahr — das muß man hinter diesem großen Vorhang von ein bißchen Selbstzufriedenheit und Selbstbeweihräucherung über die Fortschritte, die wir erzielt haben, eben auch sehen —, nämlich die Gefahr, daß die Forschungslücke nicht kleiner, sondern größer wird; diese Gefahr ist nicht gebannt.

Jetzt komme ich, Herr Kollege Machunze, zu dem, was ich dem Herrn Kollegen Gruber entgegenhalten möchte. Ich glaube, man darf die Dinge nicht nur so arithmetisch oder haushaltstechnisch sehen.

Der Kollege Dr. Gruber sagt, wir haben 1969 im Budget für diesen Fonds, der heute hier zur Debatte steht, 35 Millionen Schilling eingesetzt gehabt. 35 Millionen Schilling bei einem 100-Milliarden-Budget! Und jetzt haben wir immerhin schon 45 Millionen eingesetzt. Ich weiß, daß Sie sich natürlich vorbehalten, daß bei entsprechender Antragstellung durch ein Budgetüberschreitungs-gesetz dann diese Mittel aufgestockt werden, wie es in diesem Jahr geschehen ist. So habe ich es, glaube ich, richtig verstanden. Dem möchte ich, Kollege Gruber, doch folgendes entgegenhalten: Bitte übersehen wir nicht die psychologische Seite. Es ist eben, wie bei all diesen Dingen, nicht nur die materielle Seite zu sehen; hier gilt halt auch der Grundsatz: Wer schnell gibt, gibt doppelt.

Dr. Broda

Ist es nicht ein wenig eine unwürdige Vorgangsweise, die wir hier der wissenschaftlichen Forschung, konkret dem Forschungsförderungsfonds der wissenschaftlichen Forschung, zumuten, wenn wir ihn von vornherein wieder auf ein Budgetüberschreitungs-gesetz 1970 verweisen? Führt das nicht dazu, daß wir hier, ich möchte sagen, die Freude am Forschen, an der Arbeit, die ja von den Funktionären dieses Fonds selbstlos geleistet wird, sehr dämpfen? Ist es nicht so, daß wir statt den Funktionären dieses Fonds die Möglichkeit zu geben, wirklich zu planen, sie wieder darauf verweisen, bei uns zu petitionieren und, ich möchte auch ganz offen sagen, zu antichambrieren? Ist das gut? Ich spreche nur von diesen ganz kleinen Beträgen, es wäre schon viel mehr gewesen, wenn Sie sich durchgesetzt hätten, Herr Unterrichtsminister. Ich hoffe, daß Sie es wenigstens beantragt haben, daß wenigstens der gleiche Betrag, wie er schließlich für das Jahr 1969 ausgeworfen wurde, gleich ins Budget für 1970 eingesetzt werden soll.

10 Millionen Schilling! Wie leicht gibt man das in einem 100-Milliarden-Budget aus! Und ich sage es ganz offen, ich gehöre ja nicht Ihrer Mehrheit an, aber mich kränkt es als oppositioneller Abgeordneter dieses Parlaments, daß wir jetzt dem Forschungsförderungsfonds für wissenschaftliche Forschung sagen müssen: Hoffen wir, daß es wieder mit einem Budgetüberschreitungs-gesetz gehen wird. Derzeit haben wir Ihnen wieder 10 Millionen abgezwickelt von dem, was wir Ihnen im Jahr 1969 schließlich gegeben haben.

Das habe ich hier als besondere Verantwortung des Gesetzgebers gemeint. Es kommt eben nicht immer nur darauf an, was man gibt, sondern auch, wie man es gibt. (*Abg. Machunze: Und für was man's gibt!*) Kollege Machunze, ich anerkenne, daß das ein ernstliches Bedenken ist, das Sie vorbringen. Aber wenn wir A gesagt haben zu dieser Konstruktion der Fonds, dann müssen wir eben auch B sagen. Dann müssen wir sagen, wir werden sehr genau kontrollieren, wir werden sehr genau achtgeben, wir werden diskutieren, aber wir können jetzt nicht, wie ich schon einmal gesagt habe, wie man in Wien sagt, das Gas abdrehen. (*Abg. Machunze: Kann man nicht!*) Kann man nicht, aber Sparflamme schon. (*Zwischenrufe.*) Ja, ja, der Kollege Machunze meint es aber eher so. (*Abg. Dr. Gruber: Wenn Kollege Machunze da so interpretiert wird, daß man dem jetzt weniger geben soll, so ist das falsch!*) Da bin ich mit Ihnen einer Meinung, Kollege Gruber; ich möchte, wie gesagt, auch konkrete Vorschläge dazu machen.

Ich möchte noch einen einzigen Punkt auch aus unserer gestrigen Diskussion hier herüberziehen. Wir als Parlament haben uns — ich betrachte das als einen wirklichen Fortschritt in dieser Gesetzgebungsperiode — in ein besonderes Naheverhältnis zur wissenschaftlichen Forschung begeben. Wir haben die Sache an uns gezogen, Initiativanträge da, Initiativanträge dort. Sie wissen ja, daß das Forschungsförderungsgesetz seine Existenz einem der erfolgreichen Initiativanträge dieser Gesetzgebungsperiode von beiden Seiten verdankt, aber jetzt haben wir uns auch der Verantwortung zu stellen, es ist sozusagen unser Kind, unser unmittelbares, legitimes Kind. (*Abg. Dr. Gruber: Wir werden keine Kindesweglegung begehen!*) Ja, das ist gut, Kollege Gruber, das möchte ich auch hier festhalten. Ich glaube, da werden wir uns vorsehen müssen, denn das ist eines der wenigen Gebiete von großer Bedeutung, wo es, meine Damen und Herren, nicht die so erfolgreichen Fürsprecher der Interessenvertretungen gibt. Wir haben das Gesetz geschaffen, die Interessenvertretungen sind natürlich da mitgegangen, Arbeiterkammern, Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und Landwirtschaftskammern, aber die haben ja immer viel größere Beträge im Kopf, da geht es ja gleich um Milliarden, und diesen so ungeheuer wichtigen Sektor, wo es noch um sehr kleine Beträge geht, haben die Interessenvertretungen uns überlassen. Darum sollen wir uns jetzt unmittelbar annehmen — wir tun es gerne —, aber dann müssen wir es auch wirklich so machen, wie es der außerordentlich wichtigen Sache und unserer Verantwortung entspricht.

Auch wieder von gestern: Hier haben wir eben auch Schecks einzulösen, das ist eine Ehrenobligation, möchte ich sagen, wie es sich aus unserer unmittelbaren parlamentarischen Verantwortung ergibt.

Ich möchte nicht, daß wir hier vielleicht Unbehagen, Mißbehagen und Mißverständnisse dadurch fördern, daß wir zu rasch klein beigeben und sagen, das ganze Experiment mit dem Forschungsförderungsgesetz ist mißglückt. Aus Diskussionen hört man es ja heraus, in den Zeitungen wird das sehr häufig gesagt. Ich bin nach meinen Informationen tatsächlich der Meinung, daß das Gesetz trotz aller Schwächen eine brauchbare Grundlage ist, daß man es ausbauen und verbessern soll und daß man sich sehr genau anschauen soll, was die Ergebnisse sind; dafür haben wir ja die Forschungsberichte. Aber wir haben, wie Dr. Gruber sagt, keinerlei Anlaß — ich sage das sehr bewußt und ein bißchen polemisch gegen das, was in der letzten Zeit

13818

Nationalrat XL. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Dr. Broda

in der Öffentlichkeit manchmal gesagt und geschrieben worden ist —, eine Kindesweglegung zu begehen. Wir bekennen uns zu dem Gesetz und zu seinem weiteren Ausbau.

Hohes Haus! Ich möchte daher nun konkret drei Dinge sagen: Die sozialistischen Abgeordneten werden natürlich dafür eintreten, falls das gerechtfertigt ist und falls wir die entsprechenden Anträge bekommen, daß es im nächsten Jahr durch Budgetüberschreitungs-gesetze eine Aufstockung der Mittel gibt, nachdem wir ja hier dieses Budget so beschließen werden. (*Abg. Dr. Withalm: Also werden Sie dann dafür stimmen?*) Aber Kollege Withalm! (*Abg. Dr. Withalm: Sie haben ja gesagt, Sie werden dafür eintreten!*) Wir werden dafür eintreten, wir werden Sie dann als Opposition auffordern, mit uns dafür zu stimmen. (*Abg. Dr. Withalm: Illusionist Dr. Broda!*)

Kollege Withalm! Wir werden zweitens dafür eintreten — Sie sind herzlichst eingeladen, sich daran zu beteiligen —, daß wir einen Forschungsförderungs-Finanzierungsplan für 1970/74 dann in der nächsten Gesetzgebungsperiode ausarbeiten, damit man alle diese Gesichtspunkte berücksichtigen kann, die jetzt zur Diskussion gestellt werden. Ich möchte hier das wiederholen, was ich als Sprecher meiner Fraktion bei der Beratung des Forschungsförderungsberichtes sagen durfte: Wir werden vorschlagen, daß wir im neuen Parlament nach dem 1. März 1970 in den ersten 100 Tagen wieder die Vertreter des Forschungsförderungs-fonds, der wissenschaftlichen Forschung hierher ins Parlament einladen und mit ihnen alle Erfahrungen, die wir dann auf Grund der dreijährigen Tätigkeit des Forschungsförderungs-fonds der wissenschaftlichen Forschung gemacht haben, austauschen und gemeinsam abklären, wie wir weiter vorgehen. Ich glaube, das kann man wirklich in den ersten hundert Tagen machen, das muß man wirklich nicht aufs ganze Jahr verlagern, obwohl Sie gestern sicher recht gehabt haben, wenn Sie meinten, man soll nicht zu genau sein mit den ersten 100 Tagen.

Ich möchte den Damen und Herren dieses Forschungsförderungs-fonds hier nochmals versichern, daß wir sozialistischen Abgeordneten ihr Anliegen weiter voll und ganz wahrnehmen werden. Ich möchte weiter sagen, daß wir glauben, daß der Forschungsförderung im nächsten Jahr und in den nächsten Jahren nicht nur — das ist ja schon ein abgebrauchtes Wort — „Vorrang gebührt“, sondern echte Priorität, und dafür werden wir uns einsetzen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner** (*der den Vorsitz übernommen hat*): Als nächstem Abge-

ordneten erteile ich dem Herrn Abgeordneten Luptowits das Wort.

Abgeordneter **Luptowits** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich habe bereits im Budgetausschuß Fragen zu Ansätzen des Kapitels Kunst ausführlich gestellt. Ich werde mich deshalb nicht mit den konkreten Ansätzen an und für sich noch einmal befassen, sondern ich glaube, daß es jetzt Zeit ist, eine Art Bilanz der Kunstpolitik, der allgemeinen Kulturpolitik zu ziehen und einige Betrachtungen darüber anzuschließen, welche Vorstellungen, welche Zielsetzungen, welche Richtlinien wir von einer Kunstpolitik, einer allgemeinen Kulturpolitik haben.

Ich werde mich diesmal auch nicht mit Fragen der Bildungspolitik auseinandersetzen, denn das Thema, das ich mir gewählt habe, die Frage der bildungswissenschaftlichen Hochschule, ist so weit gediehen, daß ich annehmen kann — nachdem ja alle Parteien mit diesem Projekt einverstanden sind und positive Äußerungen aus allen Schichten da sind —, daß wir dieses Projekt heute nicht diskutieren werden, sodaß ich mich ausschließlich mit Fragen der Kulturpolitik, der Kunstpolitik beschäftigen werde.

Ich habe in den vergangenen Jahren immer wieder verlangt, daß unsere gesamte Innen- und Außenpolitik einen stärkeren kulturpolitischen Akzent bekommen soll, weil ich der Meinung bin, daß gerade die Kulturpolitik an Bedeutung gewinne und in den nächsten Jahrzehnten auch die gesamte Sozialpolitik einen viel stärkeren kulturpolitischen Akzent bekommen wird. Kollege Machunze, wenn Sie an die vermehrte Freizeit denken — nun, womit sollen wir hier diesen unmobilierten Freizeitraum füllen? Den können wir doch nur mit Kunst und Sport füllen. Deshalb wird diesen Erwägungen und Aufgaben eine ganz große Bedeutung zukommen.

Ich habe auch die Ansätze in den vergangenen Jahren überprüft und immer wieder gefragt: Wo liegen also die Schwerpunkte der österreichischen Kunstpolitik? Ich habe immer wieder feststellen müssen, daß wir nach dem Gießkannenprinzip in der Kunstpolitik Ansätze haben und daß wir auch derzeit einen echten Schwerpunkt in der österreichischen Kunstpolitik vermissen.

Natürlich ist der jetzige Unterrichtsminister dafür nicht verantwortlich, aber die Mehrheit des Hauses hat immer den Budgets in der Form, wie sie vorgelegt wurden, zugestimmt und trägt also mit Schuld an dieser mangelnden Schwerpunktbildung in der Kunstpolitik. Natürlich ist Politik immer umstritten, das ist

Luptowits

ganz klar; schließlich läßt sich jede Politik erklären und rechtfertigen. Aber für einen neutralen Staat wie Österreich — so meine ich — ist es nicht gleichgültig, wie diese Politik aussieht. Und was für die Politik im allgemeinen gilt, gilt natürlich für die Kulturpolitik im besonderen.

Was sollte eigentlich eine Kulturpolitik eines Landes ausmachen? Was sollte auf dem Gebiet der Kultur- und Kunstpolitik primär geschehen? Ich meine, es sollten zuerst einmal Denkmodelle entwickelt und Leitbilder entworfen werden, da wir doch in der öffentlichen Meinung bestimmte Strömungen feststellen, die uns absolut keine Freude machen können und die uns allen, auf lange Sicht gesehen, wahrscheinlich schaden werden. Gerade der Bereich des Kulturellen ist besonders schwierig, weil die Träger des Geisteslebens oftmals durch ihre Sprache manche erschrecken, ja vielleicht sogar schockieren. Wobei ich der Meinung bin, daß gerade das In-Frage-Stellen unseres Tuns und Handelns, daß gerade diese Aufgabe den Intellektuellen zukommt und vor allem natürlich auch den Künstlern und all denen, die in der Kunstpolitik etwas zu sagen haben.

Mir ist eine zu laute Bewegung viel sympathischer als trüber Konformismus, und wir sollten alles das tun, was dazu beiträgt, eine Unruhe zu erhalten; denn nichts ist verderblicher und gefährlicher für eine Kunst- und Kulturpolitik, als wenn man der Trägheit und der Gelassenheit und all den Dingen, die man auch als mangelndes Interesse bezeichnen könnte, huldigt.

Noch etwas muß ich dazu sagen: Man sollte auch begreifen, daß es vergebliche Mühe ist, die Sorgen und Sehnsüchte und die Unzufriedenheiten der jungen Menschen mit Verweis oder vielleicht sogar mit Polizeiknüppeln zu behandeln. Wer nur drohen oder unterdrücken kann, wem nichts Besseres einfällt, wer also keine Alternativen zu bieten hat, der, glaube ich, sollte sich dieser Frage nicht widmen; denn was heute gärt und im Aufbruch begriffen ist, sollte man nicht mit Repressalien bekämpfen. Durch Repressalien leisten wir niemand einen Dienst. Eines können wir auf keinen Fall verhindern, nämlich daß die Jungen von heute, die heute aufbegehren, die uns vielleicht in ihrer Sprache und in ihrer Haltung und ihrem Tun erschrecken, einmal die Erwachsenen von morgen sind. Und sie werden einmal das Erbe, das wir uns heute schaffen und zu verwalten bemühen, übernehmen.

Ich glaube, daß wir uns gerade jetzt zum Abschluß der Periode fragen sollten, ob es uns im gesamten europäischen und außer-europäischen Raum gelungen ist, unsere Stel-

lung als Kulturstaat zu festigen, auszuweiten, das Ansehen der österreichischen Kultur zu heben. Wir leben noch immer — so meine ich — in vielen unseren Äußerungen und Taten vom Dünkel, wir seien sozusagen noch eine kulturelle Großmacht ohne Konkurrenz. Ich glaube, daß wir uns heute gerade dieser Konkurrenz in verstärktem Maße stellen und alles dazu tun müssen, um uns hier überhaupt noch zu behaupten.

Ich kann Herrn Kollegen Harwalik nicht recht geben — ich werde dazu noch bei den Bundestheatern etwas sagen —, wenn er hier fünf Säulen hat, von denen er schon einmal gesprochen hat. Er hat nur übersehen, daß es daneben noch viele andere Repräsentanten und künstlerische Aktivitäten gibt, also zum Beispiel die bildenden Künste, zum Beispiel die Cerha-Reihe, die „Kontrapunkte“ von Keuschnig und alle anderen Dinge. (*Abg. Harwalik: Das leugne ich nicht!*) Nicht leugnen, Sie haben es nur nicht erwähnt, also übersehen. (*Abg. Harwalik: Ich habe nur demonstrativ gemeint!*) Es hat so den Eindruck erweckt, als ob das die österreichische Repräsentanz wäre.

Ich glaube, wir sollten uns von diesen überholten Vorstellungen und verkrusteten Erscheinungen lösen. Denn wie schrieb doch einmal die angesehene „Süddeutsche Zeitung“ — vielleicht etwas böswillig —, ich zitiere wörtlich: „Der von Österreich jahrzehntelang praktizierte Versuch, den hellwachen Osteuropäern die kulturellen Erinnerungen ihrer Großeltern zu präsentieren, erwies sich als eindeutiger Fehlschlag. Heute betrachten die Intellektuellen in Prag, Budapest und Belgrad die vielgepriesene Drehscheibe Ost-West als nette Jausenstation mit geistigem Himbeersaft und Guglhupf.“

Wenn die Dinge auch etwas dramatisiert und polarisiert hier in der „Süddeutschen Zeitung“ dargestellt werden, irgendein Körnchen Wahrheit steckt auf alle Fälle dahinter. Das heißt also, unsere auswärtige Kulturpolitik ist in den Augen auch dieser Menschen und auch dieser Kritiker irgendwo nicht so dargestellt worden, wie sie es sich eigentlich erwartet haben und wie wir es uns eigentlich auch alle vorstellen und erwarten.

Vor allem sollten wir uns auch noch von einer Vorstellung lösen, als ob wir in der Kulturwelt, in der Kulturpolitik eine kulturelle Brückenfunktion zu erfüllen hätten. Im Zeitalter der Düsenflugzeuge kommen die Völker und Nationen zueinander. Es ist also diese oftmals zitierte, mißbrauchte Brückenfunktion längst überholt. Das bedeutet aber, daß wir uns dem harten Wind aussetzen, vor allem natürlich den Geist und die Strömungen

13820

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Luptowits

des Jahrhunderts besser aufnehmen, verarbeiten und objektivieren müssen, damit wir an der Gegenwart nicht vorüberleben.

Ich habe schon einmal hier das Beispiel gewählt. Wenn ich daran denke, daß zu Schuberts Zeiten, im Zimmer Schuberts, die Bilder seiner Freunde hingen, die Musik seiner Freunde aufgeführt wurde — auch seine eigene Musik —, und wenn ich daran denke, wie schwierig es war, im Wiener Konzertleben, das heißt in den Gremien oder in den Vereinigungen, die dazu ausersehen sind, Musik zu bieten, wie lange Zeit und wieviel Kraft das gekostet hat, daß in das Wiener Konzertleben auch die Zeitgenossen, die zum Teil schon längst tot sind, Eingang gefunden haben, dann, muß ich sagen, wird hier auch ein Versäumnis nachgeholt, und dieses Versäumnis hat uns natürlich viel Ansehen im Ausland gekostet. Aber jetzt ist ein Anfang getan. Ich freue mich darüber. Wir sollten alle glücklich sein, daß endlich dieser Bann gebrochen ist.

Wir müssen nämlich heute gerade auch auf kulturpolitischem Gebiet mit dem Ausland in einen echten Wettbewerb treten. Nur der wird in diesem Wettbewerb bestehen können, der immer wieder von sich aus neue Kräfte schöpft, der vor allem den schöpferischen Kräften im eigenen Lande die Möglichkeit bietet, sich zu entfalten. Es ist sehr bedauerlich, daß viele unserer bedeutenden schöpferischen Kräfte ins Ausland gehen müssen oder aus eigenem Antrieb gehen. Manchmal ist es gar nicht die materielle Basis, die ihnen hier fehlt; manchmal ist es auch das geistige Klima, das ihnen hier die Entfaltung ihrer Persönlichkeit nicht gestattet hat.

Ich will nicht auf die unangenehmen Erscheinungen hinweisen, wie sie im Deutschen Fernsehen gezeigt wurden. Es ist sicherlich eine Ansichtssache, ob man sein Vaterland in der Form in aller Öffentlichkeit charakterisiert.

Ich glaube aber, es wäre nie dazu gekommen, wenn das geistige Klima so wäre, daß man den Männern und Frauen, die diese Richtungen vertreten, sei es in der Literatur oder in der bildenden Kunst oder auch zum Teil im Theater, hier die Möglichkeiten geboten hätte, ihre Werke einer breiteren Öffentlichkeit darzubieten, wenn man sie vor allem gelesen hätte; denn eine Literaturförderung wäre ja gar nicht notwendig, wenn man die Werke der Schriftsteller und Dichter kaufen und lesen würde, dann wäre dieses Problem ja von allein gelöst. Aber noch sind wir nicht so weit, auf diesem Gebiet haben wir vielleicht doch einen großen Nachholbedarf.

Diese Entwicklungen, die wir hier feststellen, sollten wir nicht mit einem leichten Achselzucken zur Kenntnis nehmen, wobei ich meine Betrachtungen nicht in das monotone Grau des Kulturpessimismus kleiden möchte. Ich glaube, wir haben allen Anlaß, hier zu sagen, daß es auch positive Erscheinungen in unserem kulturellen Leben gibt. Es sind Ansätze vorhanden, nur müssen sie eben entsprechend gefördert werden. Man muß ihnen vor allem ein Podium geben, wo sie ihre Leistungen auch entsprechend präsentieren können. Denn wir wissen alle, daß es nur wenige Kulturschöpfer gibt, daß wir die Begabungen, die wir haben, hegen und pflegen müssen. Wir müssen ihnen natürlich neben der materiellen Basis auch das geben, um auf diese Art und Weise das von ihnen geschöpfte Gut durch Kulturvermittler einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln, um eben aus der Vielzahl der Menschen bewußte Kulturempfänger zu machen. Daran krankt es ja heute. Wir haben wohl schöpferische Menschen, aber wir haben zuwenig Kulturvermittler, die in der Lage sind, das so verarbeitet weiterzugeben, daß der Kulturempfänger auch wirklich bereit ist, es aufzunehmen.

Vor diesem Problem stehen wir. Ich glaube, dieses Problem wird noch größer werden, wenn die vermehrte Freizeit Anforderungen dahingehend stellen wird, daß man sie auch sinnvoll gestaltet.

Ich habe immer wieder ein stärkeres kulturpolitisches Engagement gefordert. In der Außenpolitik — ich werde zum Schluß noch etwas über die auswärtige Kulturpolitik sagen — wird es vielfach übersehen, daß gerade die Kulturpolitik im Ausland Wirkungen erzielt, die oftmals kein Exportartikel anderer Art erzielen kann.

Man ist über die Kulturpolitik — das hat das Beispiel der Steiermark und Kärntens gezeigt — zu einer politischen Befriedung an der Grenze gekommen, die früher absolut nicht so gesichert war, als es heute scheint.

Das, so meine ich, sollten wir auch in der offiziellen österreichischen Außenpolitik in verstärktem Maße zum Tragen bringen.

Die Kulturpolitik und die Kunstpolitik sollen den Menschen in den Stand setzen, sich die technisch-zivilisatorischen Möglichkeiten in einem humanen Sinne dienstbar zu machen.

Daß der Staat die Kunst unterstützt und fördert, ist bestimmt nicht immer der allgemeine Wille der Gesellschaft, die er vertritt. Der Bürger ist zwar einverstanden, daß man das Gute und das Schöne und das Edle fördert, wobei er der Meinung ist, daß das etwas Starres, für alle Zeiten Gleichbleibendes ist.

Luptowits

Aber ansonsten will er in seiner Ruhe nicht gestört werden.

Wir müssen uns hier entscheiden und sagen, daß diese Art von Kulturpolitik oder diese Haltung in der Kulturpolitik ein Betrug ist. Wir sollten alles dazu tun, daß wir den Menschen sagen: Nicht Ruhe und Zufriedenheit kann hier dominieren, sondern wir müssen uns entscheiden zur Unruhe und zum Fortbestand des Lebens.

Wenn man heute von Kunst redet, dann meint man im allgemeinen einen wesenlosen Schein, der über den Häuptern der Menschen schwebt. Manche sagen: Kunst ist göttlich, und sie wird auch mit anderen Ausdrücken definiert.

Man kann natürlich Kunst auch so sehen. Aber das extreme Beispiel, das ich jetzt bringen werde, lautet: Es kann auch ein Waffenschieber Kunstkenner und Kunstliebhaber sein. Er kann also Renoirs in seinen Gemächern haben. Die Frage, ob das die richtige Kunstpolitik ist, sei dahingestellt.

Wir sollten allen die Möglichkeiten schaffen, um Kunsterfahrung und Kunstpflege — und darauf kommt es mir an — allen Gesellschaftsschichten zu ermöglichen.

Ich habe im Vorjahr dazu etwas gesagt, ich auf das französische Beispiel Malraux hingewiesen. Ich habe mir Unterlagen über die französische Botschaft kommen lassen, um einen tieferen Einblick in das zu bekommen, was hier in Frankreich geschieht.

Wir sollten natürlich nicht alles übernehmen, so wie es die Franzosen gemacht haben, man muß es adaptieren, anpassen auf die österreichischen Verhältnisse. Aber hier ist etwas modellhaft entwickelt worden, was auch für uns in Österreich sehr interessant ist.

Man muß bei der Kunsterfahrung auch eine Preispolitik betreiben, die es nämlich gestattet, daß alle Bevölkerungsteile an dieser Kunstpolitik Anteil nehmen oder Kunsterfahrung sammeln können. Ich habe das bereits im Ausschuß dem Herrn Minister gesagt. Ich meine, daß die Preispolitik der Bundestheater wirklich überprüft werden sollte. Man muß wirklich überlegen, wie man das Abonnementsystem und alle anderen Dinge — ich werde das abschließend noch in einigen konkreten Punkten aufzählen — überprüft, denn das Burgtheater, das Akademietheater, die Volksoper und die Staatsoper sollten allen die Möglichkeit bieten, zum Kunstgenuß zu kommen. Ich habe also Nachmittagsvorstellungen an Sonntagen oder Vormittagsvorstellungen vorgeschlagen, wo die Menschen tatsächlich in diese Institute kommen können, um hier höchste Kunst zu erleben.

Aber wenn ich schon beim Bundestheater bin: Sehen Sie, meine Damen und Herren, Minister gehen, Minister kommen, und wie man hört, geht auch der Bundestheaterchef, ein neuer ist im Anflug. Die Frage ist also: Wie wird sich etwas ändern in der Theaterpolitik, was wäre zu wünschen?

Ich habe einige dieser Fragen, die ich jetzt sage, in den vergangenen Jahren hier bereits konkretisiert. Ich möchte sie noch einmal wiederholen.

Erstens: Unbedingt notwendig wäre eine verantwortungsbewußtere Vorbereitung der Aufführungen, das heißt längere Probezeiten. Herr Bundesminister! Ich nehme an, daß Sie selber oftmals ins Theater gehen und sich die Stücke ansehen. Es wird oftmals gehudelt, weil man zu echten Proben einfach keine Zeit hat. Man könnte sich folgendes überlegen: Vielleicht könnte man öfter mit der Volksoper tauschen, vielleicht könnte man dort exzellente Aufführungen, gut geprobte Aufführungen vorbereiten und dann in der Staatsoper spielen und umgekehrt, um auf diese Art und Weise zu einer längeren Probezeit zu kommen, denn ohne längere Probezeit ist es natürlich vor allem bei modernen Stücken nicht jedem Ensemble gegeben, gute Aufführungen herauszubringen. Ein Ensemble, das noch nie oder selten modernere Stücke gespielt hat, braucht natürlich längere Probezeiten. Daran, glaube ich, scheitert auch die gesamte Theaterpolitik und die Theaterpolitik der Bundestheater.

Zweitens: Unbedingt notwendig ist, wie ich meine, eine Modernisierung der Struktur, die überbürokratisiert ist.

Drittens: Das Abonnementsystem ist neu zu durchdenken.

Viertens sollte man doch daran denken, daß heute eine weitgehende soziale Sicherheit gegeben ist, die nicht zur Lethargie und Langleiße führen sollte und dürfte. Die Künstler sollten sich nicht als Angestellte fühlen. Ich glaube, man sollte gerade bei dieser sozialen Sicherung in den Bundestheatern das ganz klar sagen, denn die Künstler haben ja eine besondere Funktion innerhalb der Gesellschaft zu erfüllen.

Fünftens: Der Spielplan und der Stil gewinnen immer mehr Gewicht. Man sollte gerade auf die Spielplangestaltung und auf die Bildung des Stils in den Theatern besonderen Wert legen. Natürlich hängt das vom Direktor, aber auch von den Regisseuren, von den Schauspielern ab. Alle müssen hier zusammenwirken, um zu einem echten Erfolg zu kommen.

Mit Recht hat Kollege Harwalik gesagt, daß die Subventionen für die Bundestheater die

Luptowits

Menschen sehr aufregen. Die Subventionierung der Bundestheater ist ja ein altes Problem. Ich habe hier schon oftmals meine Stellungnahme dazu bezogen. Aber damit ist es ja nicht getan. Ich glaube, wir sollten uns fragen, wie man hier zu einer besseren Lösung kommen könnte, damit staatliche Kulturpflicht und druckfreie künstlerische Theaterarbeit erreicht werden kann. Diese Frage wurde in Florenz vor wenigen Wochen bei einer Tagung diskutiert, wo es um das Schicksal der subventionierten Theater ging. Der Direktor der beiden antiken Theater von Verona Gianfranco De Bosios hat einen sehr beachtenswerten Vorschlag gemacht. Ich möchte Ihnen diesen Vorschlag vortragen, weil ich meine, daß er auch für uns interessant ist, um diese Erstarrung des Subventionssystems hier doch einmal in Bewegung zu bringen.

Was wurde also hier vorgeschlagen? De Bosios meinte, der Staat solle genügend finanzielle Mittel auswerfen, um seinen politischen Willen für ein kontinuierliches nationales Theater zu beweisen. Dem Theater muß jede Freiheit der Stückwahl — sagte er — und der kreativen Stilsuche zustehen. Es muß echte kulturelle Arbeit in der Verbindung von Spielplangestaltung, künstlerischer Sauberkeit und soziale Sorge für alle am Theater Beschäftigten leisten. — Aber, und jetzt kommt das Entscheidende, er sagte: Die staatlichen Zuschüsse sollen nicht bürokratisch verbriefte gegeben werden, sondern auf Grund eines alle drei Jahre zu wiederholenden Wettbewerbs. Das Theater kann nämlich dann keine bürokratisch eingeengte oder verwässerte Kunst liefern, da das Kriterium für die Zuwendung das Urteil eines in seinem kritischen Bewußtsein geweckten Publikums ist. Damit — so meinte er weiter — wäre ein Theater zu erreichen, das aus dem Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesellschaft und all ihrer Schichten lebt, das von den Inhalten statt von Stilprinzipien bestimmt wird und das durch diese Kunst bessere Beziehungen zwischen den einzelnen innerhalb eines Staates und zwischen den Nationen herzustellen vermag. — Ich glaube, daß dieser Vorschlag, der hier in Florenz diskutiert wurde, auch für uns interessant wäre, vor allem deshalb, damit eben der Vorwurf dieses verbrieften Rechtes auf Subventionen wegfällt. Der Gesetzgeber wird also jedes Jahr die Subvention beschließen. Um hier einen Anreiz zu schaffen, glaube ich, sollte man sich etwas einfallen lassen, und das wäre so eine neue Idee, die man vielleicht wieder in etwas abgewandelter Form auch für uns verwenden könnte.

Ich möchte jetzt zum Schlusse einige Überlegungen zur Kulturpolitik und Kunstpolitik

anstellen, wie wir sie uns hier also vorstellen. Als erstes, glaube ich, wäre die verfassungsmäßige Zuständigkeit von Bund und Ländern auf diesem Gebiete zu überprüfen; die ist ja gegeben. Aber ich meine, daß diese verfassungsmäßige Zuständigkeit heute nicht mehr der Wirklichkeit entspricht, das heißt, wir können es uns einfach nicht leisten, daß Länder und Bund, jeder auf seine Art, Kultur- und Kunstpolitik machen. Sicherlich sollte jedes Land eine eigene Facette haben. Das, was also die Steirer mit dem „Steirischen Herbst“ machen oder die Kärntner mit den Komödienspielen und mit dem Musikforum oder die Salzburger mit ihren Festspielen und die Niederösterreicher mit ihren Spielen, all das, glaube ich, sollte diese Vielfalt sein, aber alles das sollte abgestimmt werden und sein, es sollte hier also nicht so sein, daß die wenigen Mittel, die vorhanden sind, einfach nur gestreut werden, sondern man sollte in jedem Bundesland, wo echte Ansätze vorhanden sind, eben zu solchen Schwerpunkten kommen. Dazu wäre es aber notwendig, Herr Bundesminister, daß man sich eben mit den Landeshauptleuten, mit den Ländern, einigt und in einer Art Arbeitsgemeinschaft für Kulturpolitik diese Fragen einmal diskutiert und bespricht und sich selber bestimmte Ziele setzt.

Zweitens sollte hier noch etwas auch rein vom Äußerlichen her gemacht werden. Ich habe bereits einmal vorgeschlagen, daß der Name „Bundesministerium für Unterricht“ doch erweitert werden sollte. Er entspricht nicht mehr dem Inhalt des Ministeriums. Es ist hier der Sport, Kunst, der Kultus vertreten. Vor allem in Hinblick auf die vermehrte Freizeit und die Freizeitgestaltung könnte ich mir vorstellen — ich bringe also zwei Vorschläge —, daß man sagt „Bundesministerium für Bildung, Forschung und Kunst“ oder daß man sagt „Bundesministerium für Bildung, Forschung und Freizeitgestaltung“; denn in der Freizeitgestaltung soll Kunst und Sport bereits inbegriffen sein, damit nämlich auch der Öffentlichkeit ein echtes Abbild der Verwaltungstätigkeit des Ministeriums gegeben wird. Auch diesen Vorschlag habe ich bereits einmal hier im Hause gemacht, und ich wiederhole ihn noch einmal, weil ich meine, daß es richtig und notwendig wäre, auch vom rein Äußerlichen her die Dinge zu reformieren.

Drittens: Eine Expertenkommission sollte einen umfassenden Bericht über die Lage und Bedürfnisse der schönen Künste, der Literatur, der Musik, des Films erarbeiten lassen. Dieser Bericht sollte die Grundlage bilden für planmäßige Entscheidungen. Es ist doch so: Wer mit diesen Fragen zu tun hat, weiß, daß wir

Luptowits

alle mitsammen in der Kulturpolitik und auch in der Kunstpolitik basteln. Diese Bastelei kostet sehr viel Geld, sie kostet sehr viel Kraft, sie kostet sehr viel Nervensubstanz. Ich meine, wenn es uns hier gelänge, solch eine Bestandsaufnahme zu machen und uns auf Grund dieser Bestandsaufnahme konkrete Ziele zu setzen und Maßnahmen selber zu ergreifen, dann, glaube ich, könnten wir auch hier bessere Arbeit leisten.

Viertens: Ein Beirat wäre zu bestellen, um für die Regierung Gutachten auf kultur- und kunstpolitischem Gebiet zu erstellen. Dem Beirat sollten angehören: Künstler, Soziologen, Planologen, Architekten, Wirtschaftler, Unterrichtsexperten und auch Interessenten.

Fünftens: Die österreichische Bundesverfassung garantiert die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre. Ich glaube, analog dazu sollte in die Bundesverfassung auch die Freiheit der Kunst und ihrer Ausübung hineinkommen, denn ich meine, was für die Wissenschaft und für die Lehre gilt, sollte im gleichen Maße auch für die Kunst gelten.

Ein Weiteres: Ich glaube, die Sicherung der sozialen und materiellen Existenz des Künstlers ist eine Verpflichtung der Gesellschaft. Aufträge an Künstler sollten nicht als soziale Geste verstanden werden, sondern sollten als eine gesellschaftliche Notwendigkeit erteilt werden.

Ein Nächstes: Die Ausbildung des Künstlers muß neu durchdacht werden; auch das, glaube ich, kostet Zeit. Für die Ausbildung des Künstlers ist die Zeit auch nicht stehengeblieben. Auf diesem Gebiete sollten wir uns neue Möglichkeiten überlegen. Analog dazu möchte ich sagen, daß es notwendig ist, die Ausbildung der Kunsterzieher zu reformieren. Ich weiß, Herr Bundesminister, daß sie einen Brief von der Salzburger Universität bekommen haben, einen Durchschlag habe ich in der Hand, worin die Salzburger Universität der Meinung Ausdruck gibt, man sollte eine eigene Lehrkanzel ins Leben rufen, an der diese Kunsterzieher, die im vermehrten Maße gebraucht werden — nicht nur an den allgemeinbildenden höheren Schulen, sondern sie werden auch in den freien Vereinigungen und an all den Stätten gebraucht werden, die wir vorhaben zu bauen —, ausgebildet werden. In diesen Kulturzentren sollen die Menschen nicht nur Kunst erfahren, sondern auch Kunst ausüben. Dazu brauchen wir diese Menschen natürlich in vermehrtem Maße. Das sollte vielleicht auch berücksichtigt werden.

Wenn all das, was ich hier gesagt habe, durchgeführt wird, wenn die Freiheit des einzelnen, unter den Leistungen der Künste zu wählen oder sich selbst kulturell zu engagie-

ren, gewährleistet sein soll, muß es eine Vielfalt von Stätten geben, die sowohl geographisch als auch sozial gestaltet werden müssen und verteilt werden sollen, daß sie die Menschen jederzeit bequem erreichen können.

Die Franzosen haben es so gemacht, daß sie in Industriezentren, also dort, wo Menschen geballt wohnen, Kulturstätten mitten in den Wohnbezirken errichtet haben. Man errichtet sie auch weiterhin, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, Kunsterfahrungen zu sammeln und Kunst auszuüben.

Ich glaube, daß eine weitschauende Kunstpolitik darüber hinaus noch kunstsoziologische und kunstpädagogische Forschung braucht. Auch dies — so meine ich — sollte man in die Überlegungen einer österreichischen Kunstpolitik einbeziehen.

Schließlich und endlich sollte man einen jährlichen Bericht über die kunstpolitischen Maßnahmen und die künstlerischen Aktivitäten erstellen. Diesen Bericht sollte man der breiten Öffentlichkeit vorlegen, damit die Menschen sehen, wie die Gelder zum Teil verwendet werden, und darüber hinaus noch sehen, was an künstlerischer Potenz, an künstlerischer Aktivität hier in unserem Lande vorhanden ist.

Ich habe bereits im Vorjahr eine Arbeitsgemeinschaft vorgeschlagen, die den internationalen Kulturaustausch fördern soll. Denn ich meine, daß der internationale Kulturaustausch nicht durch einen einzelnen Verband oder durch die beamteten Stellen stattfinden soll. Es sollte daher nicht nur allein dieser Kulturaustausch auf Beamtenebene forciert werden, sondern es sollten auch die Vereine und Verbände, die sich damit befassen, miteinbezogen werden. Ich glaube, dadurch würde eine viel breitere und tiefere Wirkung erzielt werden.

Nun komme ich zur auswärtigen Kulturpolitik. Es sind hier erfreuliche Ansätze vorhanden. Ich habe den Herrn Bundesminister darüber im Ausschuß befragt, und er konnte mir sagen, daß mit 1. Jänner 1970 die neuen Richtlinien in Kraft treten werden, die sich mit der auswärtigen Kulturpolitik befassen. Ich meine, wir sollten hier den Dingen doch noch etwas mehr Beachtung zuordnen. Wir sollten noch mehr an unserem Kulturbild, ich möchte Kulturruhm sagen, arbeiten. Auch hier sind uns die Franzosen ein Beispiel. Ich glaube, es gibt keine Kulturnation, die so fleißig an ihrem Kulturruhm arbeitet wie die Franzosen. Wir sollten von ihnen auf diesem Gebiet etwas lernen, denn auswärtige Kulturpolitik wird heute oftmals noch belächelt. Man vergißt aber auch, daß zur auswärtigen Kultur-

Luptowits

politik viel mehr gehört als Beethoven, Mozart oder die Philharmoniker. Zur auswärtigen Kulturpolitik gehört in gleichem Maße die Frage der Genossenschaftsordnung, zum Beispiel in der Dritten Welt. Vielfach wird übersehen, daß man das eine und auch das andere bringen kann und bringen soll. Man soll dazu beitragen, daß die Völker ihre verdeckte oder überdeckte Kultur selbst wiederfinden. Denn das Scheitern der Entwicklungshilfe sehe ich darin, daß man verabsäumt hat, den Menschen ihr eigenes kulturelles Leben bewußt zu machen. Hätte man das getan, hätte man sich fürwahr Milliarden erspart. So sind sie verpufft, vertan, und man weiß oftmals nicht, wohin sie gekommen sind.

Meine Damen und Herren! Dies sind einige Betrachtungen und Überlegungen zur österreichischen Kulturpolitik im allgemeinen und zur Kunstpolitik im besonderen. Im Artikel 27 der „Universellen Erklärung der Menschenrechte“ heißt es: „Es geht auch hier letzten Endes darum, daß jeder das Recht hat, in Freiheit am kulturellen Leben der Gemeinschaft teilzunehmen, die Kunst zu genießen und einen Anteil am Fortschritt der Wissenschaft und an ihren positiven Resultaten zu haben.“ Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Unterricht Dr. Mock. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Unterricht Dr. **Mock:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, der Unterrichtsminister würde seiner Verantwortung nicht genügen, wenn er bei der Budgetdebatte zumindest nicht einige kurze Bemerkungen auch zu Fragen der Kunst- und Kulturpolitik macht.

Ich bin dem Herrn Abgeordneten Luptowits für die Vielzahl der Anregungen, die er zu diesem Thema vorgebracht hat, dankbar. Ich werde sie auch im Unterrichtsministerium überprüfen lassen. Ein Teil dieser Anregungen wurde schon von ihm im Finanz- und Budgetausschuß vorgetragen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß ein wichtiger Aspekt der Kunstförderungs politik des Bundesministeriums für Unterricht darin besteht, daß man versucht, die Kunstförderungsmittel nicht nach einem Gießkannen-Prinzip zu verteilen. Auch das ist ein Prinzip, das leicht deklariert, aber viel schwerer durchzuführen ist. Denn wenn man die vorhandenen Mittel auf bestimmte Einsätze konzentriert, heißt dies, daß für andere Zwecke eben weniger Mittel vorhanden sind. Trotzdem habe ich versucht, hier einen, wenn auch zugegebenermaßen bescheidenen Anfang zu setzen,

als ich auf dem Gebiet der Literaturförderung fünf Jahresstipendien für Literaten einsetzte, die ein Jahr arbeiten wollen, ohne um ihr tägliches Brot Sorge zu haben, ohne sich als Artikelschreiber verdingen oder anderen Dingen nachgehen zu müssen, die sie von ihrer schöpferischen Tätigkeit abhalten.

Ich glaube, daß wir diesen Weg auch auf anderen Sektoren versuchen müssen. Diese Konzentration der Kunstförderung sollte umso leichter sein, als es doch gelungen ist, die diesbezüglichen Budgetansätze auch für bildende Kunst und für andere Sparten im kommenden Jahr wieder zu erhöhen.

Die Bundestheater sind zweifellos ein wichtiger Sektor. Ich habe mich zur Reform der Bundestheater, zur Fortführung der administrativen Reform und auch zur Durchführung einer legislativen Reform bekannt. Personelle Entscheidungen wurden getroffen. Die Reform wird in Angriff genommen werden. Noch möchte ich nicht sagen, daß die Reformschlacht auch schon gewonnen ist. Es ist ein schwieriges Unternehmen, handelt es sich hier doch um einen Kulturkonzern mit einem Budget von 500 Millionen Schilling.

Wenn man weiß, wie lange es dauert, bei einem Betrieb mit einem Umsatz von 2 bis 3 Millionen Schilling eine Betriebsprüfung durchzuführen, dann wird man dafür Verständnis haben, daß die Reform und die betriebliche Überprüfung eines so großen Konzerns, der auch so delicate Aspekte aufweist wie die Bundestheater, einige Zeit dauern wird.

Es ist sicherlich notwendig, daß wir diese Reform durchführen; denn es gilt, die Potenz dieser Institutionen, wie gerade zum Beispiel bei der Wiener Staatsoper, die das Österreichbild in der ganzen Welt geprägt hat, unbedingt zu erhalten. Diese Institutionen wurden uns als Erbschaft von einem Land gegeben, das andere Dimensionen hatte. Es war ein Land von 56 Millionen Menschen. Für diesen Rahmen wurden diese Gebäude errichtet.

Naturgemäß verlangt es hohe Aufwendungen, sie zu erhalten und zu führen, auch wenn sie sehr rationell geführt werden. Gerade deswegen, weil sie in der Bundeshauptstadt lokalisiert sind, ist es notwendig, daß man, um auch das Verständnis der Staatsbürger in den Bundesländern stets dafür zu gewinnen oder zu sichern, die kulturellen Aktivitäten in den Bundesländern ermuntern und fördern soll, wo es nur geht; sei es, daß es sich um bereits etablierte Einrichtungen handelt, wie zum Beispiel die Salzburger Festspiele, die Bregenzer Festspiele, den „Steirischen Herbst“ oder viele andere wertvolle kulturelle Initiativen. Es wird notwendig sein, daß wir sie ermuntern, daß wir ihnen — wo immer es

Bundesminister Dr. Mock

nur geht — helfen, um auch dadurch das Verständnis dafür zu sichern, was an kulturellen Großinvestitionen in der Bundeshauptstadt getätigt werden muß.

Ich möchte hier auch erwähnen, daß mir die Förderung des künstlerisch wertvollen Filmes ein Anliegen ist. Ich habe daher den Auftrag gegeben, einen Gesetzentwurf für ein Filmförderungsgesetz für den künstlerisch und bildungsmäßig wertvollen Film zu erstellen. Diese beiden Dinge möchte ich besonders hervorheben und wollte sie auch dem Hohen Haus zur Kenntnis bringen.

Zum Thema Freizeit möchte ich noch abschließend folgendes sagen: Ich messe der sinnvollen Freizeitbeschäftigung große Bedeutung bei. Es wird immer mehr Freizeit geben! Gerade in diesen Wochen und Monaten wurde eine neue, fast allgemein geltende Arbeitszeitreduktion beschlossen.

Wir müssen der Jugend die Chance einer sinnvollen Freizeiterfüllung geben. Gerade deswegen habe ich mich sehr bemüht, auch die Mittel für Jugendförderung im Budget 1970 zu erhöhen, und gerade deswegen — das ist ein Thema, das wahrscheinlich noch später behandelt werden wird — liegt mir sehr viel an einer intensiven Sportförderung, liegt mir sehr viel daran, daß der Sportstättenplan, der seit einiger Zeit in Angriff genommen worden ist, intensiv weitergeführt wird, beendet wird, um wirklich sicherzustellen, daß ganz Österreich mit nützlichen und leicht erreichbaren Sportstätten im Interesse der Jugendlichen, aber auch der Erwachsenen, die Gesundheitssport betreiben wollen, überzogen wird. Ich danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Johanna Bayer. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna **Bayer** (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Viele meiner verehrten Vorredner haben die Notwendigkeit einer sachlichen Debatte beim Kapitel Unterricht zum Ausdruck gebracht. Ich stimme mit dieser Ansicht überein. Sie werden aber sehen, morgen werden die Kommentare lauten „lustlos“ und „langweilig“. Es wäre interessant, zu hören, was man in den Kommentaren unter einer lustvollen Debatte versteht. Wahrscheinlich, wenn möglichst viel Wirbel ist, Sensationen, persönliche Diffamierungen, flotte oder auch weniger nette Zwischenrufe; das wird dann wahrscheinlich als lustvolle Debatte bezeichnet. *(Abg. Peter: Ich habe eine andere Vorstellung von lustvoll! — Heiterkeit.)* Bitte, das bleibt Ihnen überlassen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Sie haben dem Abgeordneten Dr. Leitner übelgenommen, daß er eine realistische Finanzierungs-berechnung des SPO-Schulprogramms durchgeführt hat. Das waren, um mit Herrn Abgeordneten Dr. Broda zu sprechen, doch auch nur Tatsachen und Argumente, und vielleicht war es, weil er etwas lauter wurde, daß Sie das dann nicht als Tatsachen und Argumente gewertet haben.

Herr Dr. Broda hat auch gesagt, man sollte sich nicht gegenseitig etwas vorwerfen, aber damit hat — ich habe heute sehr genau aufgepaßt — die Frau Dr. Firnberg begonnen. Darauf werde ich am Schluß noch zurückkommen.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Broda gemeint hat, er werde nächstes Jahr einem Budgetüberschreitungs-gesetz zustimmen, welches die Forschungsförderung berücksichtigt, dann frage ich nur, warum er das nicht schon heuer letzthin beim Budgetüberschreitungs-gesetz getan hat, als wir auch für die Forschungsförderung zusätzliche Mittel bereitgestellt haben. Wenn man nämlich echt an der Forschungsförderung interessiert ist, dann müßte man doch einem solchen Budgetüberschreitungs-gesetz die Zustimmung geben. Mir schien diese Mitteilung nicht ganz logisch bei dem sonst so außerordentlich logisch eingestellten Minister Abgeordneten Dr. Broda.

Nun komme ich auf etwas, was heute Vormittag die Frau Abgeordnete Hofrat Dr. Klein-Löw gemeint hat. Sie sagte, sie hält es nicht für richtig, daß der Landesschulrat das Schulbauprogramm aufstellt. Nach unseren Erfahrungen ist es zweckmäßiger, in einem Bundesland das Schulbauprogramm durch den Landesschulrat aufstellen zu lassen und die Reihenfolge zu beschließen. Das kann doch das Ministerium nicht gegen die Intentionen eines Landes tun. Ich weiß also nicht, wieso sie da anderer Ansicht ist.

Herr Abgeordneter Zankl! Sie haben die enorme Bautätigkeit bei Schulen hervorgehoben. Ich danke Ihnen dafür. Ich bin überzeugt, Sie haben nicht nur die enorme Bautätigkeit der Gemeinden, sondern auch des Bundes gemeint, die ja tatsächlich in den vergangenen Jahren enorm gewesen ist. *(Abg. Zankl: Aber nicht in Kärnten, leider! — Rufe bei der SPO: Alles verdreht! — Abg. Ofenböck: Fragt den Zankl! Der hat es ja wirklich gesagt! — Abg. Zankl: Das habe ich nicht gesagt, Frau Doktor!)* Wir meinen ja jetzt ganz Österreich.

Der Herr Abgeordnete Peter hat anerkannt, daß die Absolventen unserer Hochschulen und unserer allgemeinbildenden und berufsbildenden höheren Schulen im Ausland sehr gefragt und geschätzt sind. Auch das ist doch ein Zei-

Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer

chen dafür, daß unser Bildungswesen nicht so schlecht ist, wie es manchmal schlecht gemacht wird.

Herr Abgeordneter Zankl! Ich danke Ihnen auch, daß Sie dafür sind, die Schulgesetze aus dem Jahre 1962 weiter zu entwickeln, und erinnere Sie daran, daß es nett gewesen wäre, wenn Sie schon früher darauf gekommen wären, beispielsweise als wir die Schülerhöchstzahl etwas flexibler gestalten wollten. Ich erinnere Sie daran, wie schwer es für uns war, bis wir Sie soweit hatten, daß Sie sich zu dem Schulvolksbegehren bekennen, und daß wir im vergangenen Sommer diesbezüglich die schwierigsten Verhandlungen hatten — denken wir an den Herrn Kollegen Gratz —, bis es wirklich so weit gekommen ist, daß wir die erste Änderung der Schulgesetze 1962 durchführen konnten. Wir werden sicher aufbauend weiterbilden und konstruktiv in dieser Weise arbeiten.

Ich möchte nun möglichst kurz auf zwei Gebiete zu sprechen kommen: Das eine ist die Mädchenbildung, das andere ist das Kapitel 13, Kunst.

Was die Mädchenbildung anbelangt, können wir feststellen, daß in einer industrialisierten und technisierten Welt Mann und Frau in gleicher Weise fähig sein müssen, klar und geordnet zu denken, zu planen und verlässlich und exakt zu arbeiten. Daher haben Mädchen die gleichen Bildungsmöglichkeiten wie die Knaben und sie können jede Schule besuchen, die auch von Knaben besucht wird. Wenn von diesen Bildungschancen nicht in vollem Ausmaße Gebrauch gemacht wird, liegt dies vielfach an manchen Eltern, die noch vom Vorurteil befangen sind, es sei überflüssig, Mädchen eine zeitraubende und kostspielige Berufsausbildung angedeihen zu lassen. So sind 30 Prozent der weiblichen Jugendlichen als Hilfsarbeiter tätig — ein bedeutend höherer Prozentsatz, als es bei den Burschen der Fall ist.

Für diese wäre im Zuge der Schulreform eine Berufsschule anzustreben, wie sie in Vorarlberg üblich ist und sich gut bewährt hat. Aber dazu kommt auch die Notwendigkeit einer intensiven Elterninformation über die Bedeutung der Mädchenbildung.

Ich begrüße es sehr, daß bei der Schulreformkommission auch die Elternverbände entsprechend vertreten sind, denn die Zahl der Eltern und der Schulkinder übersteigt bei weitem die Zahl der Lehrer. Deshalb müssen ihre Stimmen entsprechend gehört werden. Die Bestimmung, daß Mädchen, welche die achte Pflichtschulstufe nicht positiv abschließen konnten, keine berufsbildende Schule besuchen dürfen, bedarf jedenfalls einer Revision.

Viele würden vermutlich leichter eine Haushaltungsschule schaffen und könnten mit den dort erworbenen hauswirtschaftlichen Kenntnissen in Berufe kommen, in welchen sie notwendig gebraucht werden, beispielsweise für Hilfsdienste auf dem Sozialsektor, im Fremdenverkehr und in Haushalten.

Der Wille vieler Eltern ist es, ihren Töchtern eine Ausbildung angedeihen zu lassen, die zugleich eine Berufsausbildung und Vorbereitung auf die künftigen Aufgaben als Hausfrau und Mutter bietet. Ich möchte das nicht als altmodisch und überholt bezeichnen. Wenn man selbst berufstätig ist und Haushalt und Familie hat, weiß man am besten, wie notwendig es ist, entsprechende Kenntnisse von rationeller Haushaltsführung zu haben. Ich beobachte viele junge Ehefrauen, die nur eine Berufsausbildung genossen haben und sich äußerst schwer tun, den Haushalt einigermaßen modern und zweckentsprechend zu führen. Der Wille dieser Eltern also, die den Mädchen beides vermitteln wollen, eine Berufsausbildung und eine gewisse hauswirtschaftliche Ausbildung, macht sich in der steigenden Zahl der Aufnahmewerber in die mittleren Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung — in die Bildungsanstalten für Arbeitslehrerinnen, Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, Bildungsanstalten für Erzieher — immer stärker bemerkbar. So stieg die Schülerzahl an den mittleren Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung vom Schuljahr 1966/67 bis zum Schuljahr 1968/69, also innerhalb von zwei Jahren insgesamt um 33 Prozent. Auch eine erfreuliche Tatsache, die wir hier vermerken wollen.

Zu diesem Bildungswillen der jungen Menschen und ihrer Eltern kommt die Tatsache hinzu, daß wegen der großen Zahl der berufstätigen Frauen in Österreich und wegen der Bedeutung der Erziehung der Kinder im Kleinkindalter sowie der hohen Zahl der Einzelkinder die Notwendigkeit der Unterbringung von Kindern in Kindergärten immer mehr in den Vordergrund gerückt wird. Der Bedarf an Kindergärtnerinnen ist ständig im Steigen. Desgleichen ist der Bedarf an Erziehern kontinuierlich ansteigend, weil immer mehr Eltern gezwungen sind, ihre Kinder in Schülerheimen unterzubringen. Diese Gegebenheiten stellen die Unterrichtsverwaltung vor die Aufgabe, die mittleren Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung den Erfordernissen entsprechend auszubauen und diese Ausbildung zu intensivieren.

In diesem Sinne wurden Räume zugemietet, Parallelklassen eröffnet, Kurse zur planmäßigen Vorbereitung auf die Ablegung der Externisten-Befähigungsprüfung für Erzieher ein-

Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer

gerichtet. Die Fortbildung der Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher wurde gefördert. Der Ausstattung dieser Bildungsstätten mit Unterrichtsbehelfen und Lehrmitteln wurde besondere Beachtung geschenkt und die Tatsachenforschung auf dem Gebiete der Kleinkinderziehung und der Heimerziehung intensiviert. Für diese erwähnten Bildungsanstalten wurden für das Jahr 1970 um 29 Prozent mehr Mittel gegenüber 1969 veranschlagt.

Ich bin dem Herrn Bundesminister für Unterricht dankbar, daß er heute in seiner ersten Zwischenmeldung seinen besonderen Einsatz für das berufsbildende Schulwesen zum Ausdruck gebracht hat und auch seinen Einsatz, daß mehr Konvikte errichtet und mehr Stipendien gegeben werden.

Das Unterrichtsministerium ist bestrebt, Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Bildungsgänge zu ermöglichen, die unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Gesellschaft und Wirtschaft ihren Interessen und Fähigkeiten am besten entsprechen. Auch hier möchte ich betonen, daß der Bedarf an künftigen Kräften bei der Bildungs- und Berufsberatung immer zu berücksichtigen sein wird.

Am 10. Dezember veranstaltet das Unterrichtsministerium eine Enquete zum Thema: „Erwachsenenbildung als Teil der Bildungsreform in Österreich“. Ich bin sicher, daß in den Arbeitsgruppen wertvolle Ergebnisse erarbeitet werden können. Ich bedaure, daß die Abgeordneten wegen der Parlamentssitzung vermutlich nicht daran teilnehmen werden. Jedenfalls hat die Erwachsenenbildung eine ganz besondere Bedeutung im Hinblick auf den ständigen Fortschritt und im Hinblick auf die Arbeitszeitverkürzung. Für diese Enquete könnte ein Motto gelten: „Wer glaubt, etwas zu sein, hört auf, etwas zu werden.“ Dieses Motto müßte man noch vielen Menschen ins Stammbuch schreiben, denn es gibt eine ganze Reihe, die glauben, sie hätten ihre Bildung vollendet, auch bereits in jungen Jahren.

Was nun das Kapitel Kunst anbelangt, haben wir zunächst als einen Schwerpunkt die Bildung angesehen. Die Voraussetzung für das Kunstverständnis auf breiter Basis ist eine möglichst gute Vor- und Ausbildung. Es wird dann mehr der Fall sein, daß die Menschen Bücher kaufen und Bücher lesen und die Künstler weniger Schwierigkeiten haben.

Der Herr Bundesminister für Unterricht hat bei verschiedenen Gelegenheiten seine Entschlossenheit bekundet, jungen Kräften auf allen Gebieten des kulturellen Lebens Entfaltungsmöglichkeiten zu sichern. Die künstlerische Freiheit wird bei der bildenden Kunst, der Musik und der Literatur berücksichtigt. Es

gibt keine offizielle oder „staatliche“ Kunst in Österreich.

Bei der Förderung der bildenden Kunst handelt es sich um Staatspreise, Ehrengaben als monatliches Fixum für ältere Kunschtchaffende, Arbeitsstipendien, Beihilfen zu Studienreisen und Zuschüsse zu Ausstellungen im In- und Ausland.

Außer den bestehenden Staatsateliers für Bildhauer im Pratergelände werden Malerateliers instandgesetzt werden. Die Mittel für diese Sparte wurden gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent erhöht.

Auf dem Gebiete der Literaturförderung stehen um 19 Prozent mehr Mittel zur Verfügung. Die Prämien, Ehrengaben, Staatspreise und Reisestipendien werden durch eine neue Aktion, nämlich die Vergabe gutdotierter Arbeitsstipendien mit einjähriger Laufzeit an Schriftsteller und Dichter, ergänzt. Druckkostenbeiträge kommen den Autoren und Verlegern zugute.

Auf dem Gebiet der Musik ist die ständige Förderung der großen und kleineren Orchester, der Musikalischen Jugend, der Konzert- und Chorvereinigungen, der Kirchenmusik, Schallplattenproduktionen und der Gesamtausgaben von Werken von Komponisten vorgesehen.

Bei der darstellenden Kunst handelt es sich um die Subventionierung der Privattheater, der österreichischen Länderbühne und der Theater in den Bundesländern, der Festspiele zum Beispiel in Bregenz, Melk, Graz, Ischl und so weiter. Für 1970 wurden die Mittel um 15,5 Prozent erhöht. Außer der Förderung von Kulturbauten, zum Beispiel der Bruckner-Halle in Linz, werden österreichische Komponisten und andere Künstler auf dem Gebiete der Musik und darstellenden Kunst unterstützt.

Für Film und Fernsehen stehen um 36,7 Prozent mehr Mittel als im Jahr 1969 zur Verfügung. Film und Fernsehen haben einerseits Bildungsaufgaben zu erfüllen und andererseits der Kulturpolitik und Kulturpropaganda für Österreich zu dienen. Die Bundesschulen einschließlich der Hochschulen werden mit audiovisuellen Lehrmitteln und Geräten versorgt. Mit dem Rundfunk und Fernsehen besteht eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Schulfunks und Schulfernsehens.

Die Eigenproduktion wird in Zukunft privaten Filmherstellern im Rahmen eines Bundesinstitutes für Bild und Ton übertragen werden zur Erarbeitung und Erstellung audiovisueller Lehrmittel im gesamten Bundesgebiet und zur Koordinierung der Produktionstätigkeit.

13828

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer

Im Dienste der Kulturpolitik und Kulturpropaganda für Österreich handelt es sich um die Produktion kulturell wertvoller Filme und um die Heranbildung des Nachwuchses in allen Bereichen der Filmherstellung. In den letzten Jahren wurden 300 Kurz- und Langfilme von 70 Herstellerfirmen gefördert. Die bisherigen Ermessenskredite sollen, einer Empfehlung des Rechnungshofes und des Bundesministeriums für Finanzen entsprechend, durch ein Filmförderungsgesetz auf eine gesicherte Basis gestellt werden. Dadurch wird ein Programm gesichert werden, welches Kultur- und Dokumentarfilme, Kinder- und Jugendfilme, Experimentalfilme und künstlerische Spielfilme enthält. Diese sollen unsere Landschaft, Leistungen und Lebensart und damit ein Österreichbild für das In- und Ausland vermitteln.

Auf dem Gebiete des Musealwesens erfolgten Neuaufstellungen im Natur- und im Kunsthistorischen Museum, in der Neuen Galerie sowie in der Sekundärgalerie der Gemädegalerie.

Expositionen der Bundesmuseen zur Revitalisierung denkmalpflegerisch wertvoller Gebäude wurden errichtet. Eine Reihe von Wechselausstellungen und Wanderausstellungen fand statt.

Was den Denkmalschutz anbelangt, ist die Erhaltung des kulturellen Erbes für alle Völker der Welt von Bedeutung. Dieses innerstaatliche Anliegen ist zugleich eine internationale Verpflichtung, die aus dem Haager Abkommen zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten resultiert, dem Österreich im Jahre 1964 beigetreten ist.

Die erste überschlagsmäßige Bestandaufnahme ergab rund 15.000 denkmalgeschützte und schutzwürdige Objekte in Österreich. Die Erhaltung liegt im öffentlichen Interesse, und deshalb werden privaten Eigentümern finanzielle Zuschüsse gewährt. Bisher stand das Einzelobjekt im Mittelpunkt des Denkmalschutzes. Die neue Akzentsetzung lautet: der Schutz des Ensembles, das heißt der Erhaltung von historischen Stadtkernen, Bezirksteilen und Zonen. Dies erscheint im Hinblick auf die sich überstürzende Motorisierung und die zunehmende Verkehrsdichte und den dadurch möglichen Abbruch von Teilen eines solchen Ensembles vordringlich. Für den Denkmalschutz sind für das Jahr 1970 um 6 Prozent mehr Mittel vorgesehen.

Ich möchte auch noch die österreichischen Kulturinstitute im Ausland erwähnen, deren Bedeutung nicht nur für die im Ausland lebenden Österreicher sehr groß ist, sondern die vor allem dazu dienen, unsere Kultur den Menschen nahezubringen, die Ausländer sind. Sie sollen ja für Österreich, für unsere Lebens-

art Verständnis bekommen, und daher sind sie nicht als verlorene Posten zu betrachten.

Das Programm der Österreichischen Volkspartei sieht eine weitere Aktivierung der Kunstpolitik als wesentlichem Teil der Kulturpolitik vor. Sie beinhaltet die Förderung des zeitgenössischen Kunstschaffens und die Wahrung des großen kulturellen Erbes Österreichs.

Außer den vielfältigen erwähnten Förderungsmaßnahmen werden Kunsterziehung in der schulischen und Erwachsenenbildung diesem hohen Ziele dienen.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe schon anfangs gesagt, daß Frau Dr. Firnberg eigentlich mit den Vorwürfen begonnen hat. Ich muß nun darauf zurückkommen. Sie hat den Ausgang ihrer Rede sozusagen in eine Wahlrede gekleidet und hat davon gesprochen, daß auf dem Gebiete der Kulturpolitik die ÖVP müde, zögernd und prüfend sei. Aber ich glaube, der Grund hierfür ist, daß es Ihnen leid tut, weil Sie auf dem Gebiete der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik nicht solche Erfolge wie wir aufzeigen können. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich glaube, Sie wären froh, wenn Sie auf solche Erfolge hinweisen könnten.

Ich muß daher noch einmal etwas wiederholen — in der Schule muß man auch immer wieder wiederholen; wir behandeln ja heute das Kapitel Unterricht —, damit man es sich endlich einmal merkt. Manchmal muß man eben auch im Parlament etwas wiederholen, damit es sich die Abgeordneten merken. Sie können dann darauf zurückkommen. Es sind ja noch einige Redner gemeldet.

Meine Wiederholung besteht darin, daß das Bildungsbudget seit dem Jahre 1965 um 90 Prozent gestiegen ist. Wenn Sie das auch schon sehr oft gehört haben, so muß man es doch immer wieder sagen. Ich stelle fest, daß wir um 40 Prozent mehr Lehrkanzeln haben, um 50 Prozent mehr Assistenten, 7278 mehr Pflichtschulklassen, 10.663 mehr Pflichtschullehrer, daß 45 Prozent mehr Schüler in die allgemeinbildenden höheren Schulen gehen, daß 11 Hochschulintstitute, 3 Hochschulbauten, 25 allgemeinbildende höhere Schulen und 5 berufsbildende höhere Schulen fertiggestellt wurden. Weiter wurden 3 Hochschulbauten, 20 allgemeinbildende höhere Schulen und 9 berufsbildende Schulen bereits begonnen.

Ich möchte mit dieser Wiederholung zum Ausdruck bringen, daß die ÖVP nicht müde war, nicht müde ist und niemals müde werden wird, den Vorrang von Bildung und Forschung und einer konstruktiven Kulturpolitik zu gewährleisten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lukas das Wort. (*Abg. Dr. Gruber: Hast du dir die Merksätze jetzt eingeprägt? — Abg. Lukas: Ich komme gleich mit dem ersten!*)

Abgeordneter **Lukas** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Lehrermangel in Österreich scheint auch für dieses Haus schon eine Selbstverständlichkeit zu sein. Er wurde nicht einmal von der Kollegin Bayer erwähnt, weil dies eben ein Minuspunkt der Österreichischen Volkspartei ist, denn sie hat nichts dagegen unternehmen können, um hier auch nur eine Lockerung zu erzielen. (*Abg. Harwalik: Sie hat erwähnt, daß es 10.000 Lehrer mehr sind!*) Das ist der neuralgischste Punkt des österreichischen Schulwesens, Kollege Harwalik. (*Abg. Harwalik: 28 Prozent Pflichtschullehrer sind schon mehr!*) Nach neun Stunden Debatte hat man über diesen neuralgischen Punkt geschwiegen. Die Eltern bangen, Harwalik, um ihre Kinder, weil die Klassen vollgestopft sind. (*Abg. Harwalik: 10.000 Volksschullehrer mehr!*)

Diesen Lehrermangel verspürt man von der Volksschule bis zur Hochschule. Dieses Symptom zeitigt verschiedene negative Erscheinungen.

Am stärksten und am schrecklichsten in seinen Auswirkungen ist der Lehrermangel an der Pflichtschule. Das Schuljahr 1969/1970 erbrachte diesbezüglich einen Höhepunkt. Wir alle wußten, und auch ich wußte, daß die letzten Klassen der Lehrerbildungsanstalten geschlossen haben und wir für das Schuljahr 1969/70 von den Lehrerbildungsanstalten keinen Nachwuchs erwarten konnten.

Allein das Land Wien erhielt durch die Pädagogischen Akademien, die bereits tätig waren, 280 ausgebildete Lehrer. Im Lande Salzburg wurden 20 Lehrer eines Abiturientenkurses auch noch in den Schuldienst gestellt. Die Landesschulräte mobilisierten für dieses Jahr Pensionisten. Handarbeitslehrerinnen, die kein Recht hatten, einen Volksschulunterricht vorzunehmen, wurden eingesetzt, um eine Übergangsbrücke zu schlagen, damit es heuer zu keiner Schulkatastrophe komme.

Die Volksschulen auf dem Lande sind vollgestopft mit 40 bis 60 Kindern pro Klasse. Man konnte selbst im Ministerium nicht genau die Zahl erfahren, wie viele Lehrer uns in diesem Jahr fehlen. Durch eine telefonische Rundfrage habe ich es ermittelt, und ich kam nahe an die Zahl 7000!

Für viele Kinder in den überfüllten Klassen wird dieses Jahr im Schulleben, aber auch im späteren Leben noch lange nachwirken, und

viele werden den Weg zur allgemeinbildenden höheren Schule, ob sie von der Volksschule oder Hauptschule dorthin übertreten können, nicht finden.

Nun tröstet man sich in den verantwortlichen Bundesstellen damit, daß im nächsten Schuljahr 2100 Absolventen der Pädagogischen Akademien zur Verfügung stehen werden, wodurch doch eine bedeutende Entlastung sichtbar wird. In dieser Vorstellung liegt aber ein Irrtum, denn wenn man die Studentenzahlen in den einzelnen Bundesländern genauer betrachtet, dann stellt man fest, daß sie ganz verschieden sind. In den östlichen Bundesländern ist die Zahl der Studenten an den Pädagogischen Akademien im Verhältnis zur Bevölkerungszahl höher als in den westlichen Bundesländern. Die Werbung für den Besuch der Pädagogischen Akademien war aber in allen Bundesländern, im Osten wie im Westen, gleich gut. Die Bemühungen der Landesregierungen und der Landesschulräte waren überall ausgezeichnet. Die Ursache liegt auf einem anderen Sektor. Die Wirtschaft im Westen versteht es, bereits in den Maturantenklassen um Arbeitskräfte zu werben, bietet verlockende Gehälter an, und noch besser ist der Verdienst, wenn der Maturant des Westens dem Angebot aus Deutschland oder aus der Schweiz folgt. Dann überlegt er nicht mehr lange, ob er Lehrer werden soll, dann verfliegen all die ideellen Vorstellungen von der Bedeutsamkeit des Lehrers in der Gesellschaft, von der Hoheinschätzung dieses Berufs im Volk und im Staate.

Er glaubt auch nicht mehr daran, wenn er beobachtet, daß der Staat nur schleppend seine Aufgabe, Pädagogische Akademien zu bauen, durchführt. Es stimmt! Wir haben seit 1962, seitdem uns das Gesetz dazu mahnt, zwei Pädagogische Akademien fertiggebaut. Die eine steht in Feldkirch, die andere in Salzburg, und sie sind bereits bezogen. Die Akademie in Wien ist im Bau. Wir müssen uns aber fragen: Ist das wirklich eine hervorragende Leistung, wenn von acht zu erbauenden Akademien zwei fertig sind und sich eine im Bau befindet? Warum geht es mit den anderen Akademien nicht weiter?

Durch dieses Bild bekunden doch die österreichische Bundesregierung und besonders der Herr Finanzminister Koren, daß sie kein besonderes Interesse an der Lehrerbildung zeigen. Ja, man muß sich schämen, und jetzt hören Sie: Wenn man das Interesse der katholischen Kirche an der Lehrerbildung erkennt — von sechs zu errichtenden Pädagogischen Akademien sind fünf fertiggestellt und die letzte steht im Bau —, dann vergleichen Sie, was der Bund dagegen getan hat! (*Abg. Dipl.-*

13830

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Lukas

Ing. H ä m m e r l e: Muß man sich dafür schämen?) Ja, man muß sich schämen. (*Abg. Dipl.-Ing. H ä m m e r l e:* Warum?) Weil das Interesse hier ein viel geringeres ist.

Das beobachten nicht nur die Lehrer, das beobachtet auch jene Jugend, die an den Pädagogischen Akademien studiert oder den Entschluß gefaßt hat, dort zu studieren. Und sie ziehen daraus richtige Schlüsse. Wenn nichts unternommen wird, dann werden auch die Werbeslogans, dann werden die Plakate, die Werbeschriften nicht ihr Ziel erreichen, und die Meldungen für die Pädagogischen Akademien werden geringer werden.

Fünf Akademien sind schon seit vielen Jahren im Planungsstadium und werden auch weiterhin geplant.

Jetzt möchte ich die Situation von Klagenfurt aufzeigen. In Klagenfurt ist die Pädagogische Akademie schon seit dem Jahre 1968 fertiggeplant. Wir haben zwar erst am 9. Februar 1969 den Baubewilligungsbescheid bekommen, aber die Ursache für diese späte Erledigung lag nicht beim Lande, nicht in der Planung, sondern darin, Herr Bundesminister Kotzina, daß Ihr Bundesministerium oder das Finanzministerium der Stadt Klagenfurt die Aufschließungskosten, die den Betrag von 900.000 Schilling ausmachten, nicht gleich bezahlte. Man gab uns 10 Millionen Schilling ins Budget und stellte dann durch Techniker fest, daß man auf diesem Bauplatz in Klagenfurt mit 10 Millionen Schilling nicht beginnen kann. Es wurden x-mal Anträge gestellt, diesen Betrag aufzustocken, damit man doch beginnen kann. Auch jetzt, im Jahre 1970, stehen wir, obwohl die Planung vollkommen abgeschlossen ist, noch immer in einer Wartezeit und müssen weiterhin um eine Aufstockung bitten. Vielleicht wird man doch für 1970, wenn man aufstockt, wenigstens mit dem Spatenstich beginnen können. (*Abg. Steining er:* Aber bei der OVP: „Bildung hat Vorrang!“)

Über solche Zustände sind die Landesregierungen entsetzt. Ihnen ist diese schleppende Vorgangsweise unverständlich.

Herr Minister Mock! Es liegt in Ihrem Amtsbereich, dem Herrn Finanzminister klarzulegen und ihn dazu zu bewegen, daß er endlich auch Mittel für die Erbauung von Pädagogischen Akademien einsetzt, denn seitdem Finanzminister Dr. Koren den Bundesvoranschlag erstellt, wurde kein Bau einer Pädagogischen Akademie in Österreich begonnen. Anscheinend ist für ihn der Slogan „Bildung hat Vorrang“ doch nur eine Tarnung.

Der Student an der Pädagogischen Akademie sieht diese Zustände so klar wie jeder daran Interessierte. Und wenn der Student,

weil er schon sehr skeptisch wird, an die Lehrervertreter weiterhin noch die Frage richtet: Wie wird denn mein Gehalt aussehen?, dann muß man antworten: Das wissen wir noch nicht, denn darüber wird schon sehr, sehr lange verhandelt.

Solche Auskünfte erfreuen die werdenden Lehrer keineswegs und sie machen ein sehr erstauntes Gesicht. Sie haben doch an der Akademie oftmals gehört, welchen verantwortungsvollen und hochgeachteten Beruf sie erwählt haben. Nun erfahren sie, welch zäher Kampf die Lehrerschaft für eine gerechte Besoldung führen muß. Da werden die Studenten an den Pädagogischen Akademien skeptisch, und es drängt sich ihnen der Gedanke auf: Haben wir wirklich den richtigen Beruf erwählt, zumal man für verantwortungsvolle Arbeit wenig Verständnis findet und hart um seine Rechte kämpfen muß?

Schon am 5. Dezember 1966 haben Sie, meine Herren auf der Rechten wie Sie in der Mitte und Sie auf der Linken, also somit der Nationalrat, die Regierung aufgefordert, zeitgerecht über die neue Lehrerbeseoldung Verhandlungen einzuleiten. Von Verhandlungen merkte ich durch eineinviertel Jahre nichts. Zu dieser Zeit standen die Studenten an den Pädagogischen Akademien Wiens schon mitten im Studium. (*Abg. G u g g e n b e r g e r:* Die Gewerkschaft führt ja die Verhandlungen!) Du bist ja ein Gewerkschafter. (*Abg. G u g g e n b e r g e r:* Wir führen sie auch!) Hör nur einmal zu: Ich fühlte mich daher veranlaßt, in einer Fragestunde im April 1968 den Herrn Bundeskanzler zu fragen, ob bis zum Herbst 1968 die Gehaltsfrage für die akademisch gebildeten Lehrer geregelt sein wird. Der Herr Bundeskanzler antwortete mir sehr kurz: Bis zu diesem Zeitpunkt ist alles geklärt. — Doch es haben zu diesem Zeitpunkt keinerlei Verhandlungen stattgefunden.

Am 25. September 1968 fand dann die erste Verhandlung zwischen den Gewerkschaftsvertretern, der Lehrerschaft und den Beamten der zuständigen Ministerien statt. Bei der ersten Beratung erkannten die Lehrervertreter, daß die Beamten wenig Verständnis für die Lehrerforderung zeigten und sich vor allem zu einem Gehaltsschema für Neulehrer und Altlehrer bekannten.

Gegen diese Ansichten erstellten am 27. September 1968 — also zwei Tage später — die Gewerkschaftsverantwortlichen ein Memorandum, das an die Bundesregierung, an den Nationalrat und Bundesrat und an die Landesregierungen gerichtet war. Am 28. November desselben Jahres forderte der Nationalrat die Bundesregierung auf, dem Memorandum volle Beachtung zu schenken und vor allem für eine

Lukas

gleiche Besoldung für Alt- und Neulehrer vorzusorgen.

Es folgten dann etliche unverbindliche Unterausschußsitzungen, die kein Ergebnis brachten. Davon erfuhr auch der Herr Bundeskanzler. Und so gab er am 5. Mai 1969 schleunigst die Weisung, die Verhandlungen haben aufgenommen zu werden, beschleunigt zu werden und müssen bis zum Juli 1969 abgeschlossen sein.

Der Appell des Bundeskanzlers wurde aber nicht beachtet. Annäherungen in den Ansichten wurden anscheinend nicht versucht, und somit wurden die Verhandlungen am 3. Juli 1969 ergebnislos abgebrochen.

Zu diesem Zeitpunkt waren die ersten Studenten der Pädagogischen Akademien Wiens bereits ein Jahr im Schuldienst. Das Pflichtbewußtsein für die ersten akademischen Lehrer war bei den Gewerkschaftsvertretern größer als bei den verhandlungsbeauftragten Beamten der Bundesregierung.

Nach den Ferienmonaten erwarteten die Gewerkschaftsvertreter die Fortsetzung der Verhandlungen. Als von seiten der Regierung keine Bereitschaft zur Fortsetzung der Verhandlungen — trotz Urgenz der Gewerkschaft — bekundet wurde, drohte die Gewerkschaft mit Streik, falls die Verhandlungen nicht aufgenommen werden.

Am 23. Oktober 1969 wurden die Verhandlungen wiederaufgenommen, und die Beamten der Regierung brachten ein Regierungsangebot folgenden Inhaltes:

1. Die Absolventen der Pädagogischen Akademien erhalten ab 1. 9. 1970 eine neue Besoldung.

2. Es wird grundsätzlich anerkannt, daß es keinen Gehaltsunterschied zwischen Alt- und Neulehrern geben soll; die Durchführung kann für die Altlehrer nur in Etappen erfolgen.

3. Die erste Etappe der Nachziehung wird im Jahre 1971 wirksam.

Und — jetzt kommt ein kleiner Pferdefuß — 4. Die legislative Regelung bleibt einer neuen Bundesregierung vorbehalten.

Mit Punkt 4 wird klar, daß dies kein Regierungsangebot einer Regierung Klaus mehr ist, denn die gegenwärtige Regierung kann kein Angebot für eine zukünftige Regierung stellen. Es ist wohl anzunehmen, daß eine kommende Regierung dieser Frage gegenüber aufgeschlossener sein wird, diese Frage sicherlich auch rascher behandeln wird, aber Aufträge kann eine scheidende Regierung, besonders die ÖVP-Alleinregierung, einer zukünftigen Regierung, die bestimmt ganz anders aussehen wird, doch nicht geben. (*Abg. Suppan: „Klaus III“ wird sie heißen!*) Das kann

bestenfalls eine Empfehlung an die nächste Regierung sein. Die Lehrerschaft empfindet den Punkt 4 des Angebotes als eines der üblichen Versprechen der Österreichischen Volkspartei, die dann andere erfüllen müssen.

Die Lehrerschaft war anfangs wohl erstaunt, doch es entspricht dem Image der ÖVP, Versprechen zu machen und dann davon nur wenig durchzuführen. (*Abg. Harwalik: Kollege Lukas, schon überholt — die Regierungsvorlage bekommen wir!*) Wir kommen noch weiter; die neue Legislative muß sie durchführen.

Als ein Gewerkschaftsfunktionär, ein Delegierter am ÖVP-Parteitag Herrn Finanzminister Koren fragte, ob wegen der Lehrerbesoldung von der derzeitigen Regierung noch eine Regierungsvorlage zu erwarten sei, antwortete der Herr Finanzminister, sofern eine Regierungsvorlage erstellt werde, sei er bereit, sie im Parlament einzubringen.

Ich weiß auch, daß vor zwei Tagen Gewerkschaftsvertreter mit dem Finanzminister Koren darüber gesprochen haben. Ich antworte darauf: Sofern dieser Eiertanz der Regierung bei den Besoldungsverhandlungen aufhört und eine echte Verständigung zwischen den beiden Verhandlungspartnern eintritt, könnte es noch zu einer einvernehmlichen Lösung kommen.

Dazu gebe ich noch folgende Meinung ab: Ich halte die Forderungen der Lehrerschaft für gerecht. Und wenn die Regierung große und empfindliche Abstriche macht, wertet sie damit die Pädagogischen Akademien ab. Eine solche Abwertung ist kein Werbemittel für den Lehrberuf.

Am jüngsten Verhandlungstag, am 14. November 1969, wurde kein neuer Vorschlag des Bundeskanzleramtes vorgelegt. Doch den Diskussionsbeiträgen der Regierungsbeamten — so wurde mir berichtet — konnte man entnehmen, daß sie das bereits erstellte Angebot entwerteten und vorschlugen, man solle zunächst nur über die erste Gehaltsstufe verhandeln. Das gehört wohl in ein Witzblatt. Da stimmt mir sogar Kollege Harwalik bei. (*Abg. Harwalik: Entschuldigen! Bitte mich nicht zu belasten! — Heiterkeit.*)

Das soll die Meinung des Bundeskanzleramtes sein.

Diese Bundesregierung kann auch von den Lehrern nicht mehr ernst genommen werden. Wie Ihre Parteifreunde sie taxieren, das können Sie in Ihrer eigenen Presse Tirols, in den „Tiroler Nachrichten“ lesen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, zu gestatten, daraus zu zitieren:

Hören Sie einmal, was Ihre Presse schreibt:

13832

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Lukas

„Wie groß dieser Mangel aber tatsächlich besonders auf dem Pflichtschulsektor ist, wurde nie deutlich genug aufgezeigt.“

„Man hat auch schon verschiedentlich nach Ursachen gesucht, zur Behebung dieses seit Jahren immer drückender werdenden Mangels, ist aber von Seite der Verantwortlichen“ — damit meinte man die ÖVP (*Abg. Guggenberger*: *Ich habe geglaubt: die Stadtschulinspektoren!*) „bisher nicht sehr viel getan worden. Man mag denken, wie man will, es ist unwiderlegbar, daß die Gehälter der österreichischen Pflichtschullehrer sich in einem europäischen Vergleich ziemlich jämmerlich ausnehmen. Besonders im Interesse unserer Landbevölkerung, die ja in erster Linie vom Lehrermangel betroffen wird, ist es dringend zu wünschen, daß sich «der Staat» auch ohne Streikdrohungen von seiten der Lehrervertreter in bezug auf die Besoldung endlich etwas einfallen läßt!“

Und an einer anderen Stelle steht unter Fettdruck:

„Die Schul- und Dienstbehörden des Landes tun alles, was in ihrer Macht steht, sie trifft an dieser Situation keine Schuld, die Möglichkeit einer Änderung liegt auf höherer Ebene! Wenn «Bildung Vorrang» hat, muß man sich ... diesen Vorrang auch was kosten lassen! Dies trifft auch hinsichtlich der Ausbildung, der Fortbildung und vor allem der Besoldung der Lehrer zu.“

Das schreibt Ihre eigene Parteipresse.

Was fordern nun die Gewerkschaftsvertreter? Auch das sollen Sie hören, denn Sie machen nur Zwischenrufe und wissen — außer wenigen — nicht, was die Gewerkschafter selbst wollen. (*Abg. Guggenberger*: *Ja, ja!* — *Abg. Ing. Kunst*: *Ihnen macht das keine Sorge!*).

Auf Grund der viersemestrigen Ausbildung an den Pädagogischen Akademien wird folgende Forderung erhoben: Die Gewerkschaft der Pflichtschullehrer fordert für das neue Gehaltsschema das arithmetische Mittel der Lebensverdienstsumme zwischen den Gehältern nach den derzeitigen Bezügen des Volksschullehrers und den neuen Bezügen des Lehrers an den allgemeinbildenden höheren Schulen.

Die Verhandlungsvorschläge der Regierungsbeamten liegen weit unter dieser gerechten Forderung der Gewerkschaftsvertreter und sind darum nicht annehmbar. Wenn man den Lehrern solche Angebote macht, dann wird das Gefühl aufkommen, daß sie von dieser Regierung nicht ernst genommen werden. Die Lehrerschaft ist mit der in den Verhandlungen deutlich gewordenen Behandlung ihrer Besoldungsfrage nicht einverstanden und von der

Haltung der Regierung selbstverständlich schwerstens enttäuscht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ströer das Wort.

Abgeordneter **Ströer** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zwei Bereiche der Bildung wurden heute nur am Rande erwähnt. Daher möchte ich einiges dazu sagen. Es betrifft die Erwachsenenbildung und den zweiten Bildungsweg.

Ich habe eine Einladung zu der schon erwähnten Enquete bekommen. Die Frau Kollegin Dr. Bayer hat diese Enquete erwähnt. Diese Enquete hat das Thema zum Inhalt: „Erwachsenenbildung als Teil der Bildungsreform“.

Herr Minister! Ich habe dieser Einladung entnommen, daß sich hervorragende Referenten mit allen Bereichen der Erwachsenenbildung beschäftigen werden. Expressis verbis ist hier nicht ausgedrückt, daß auch der zweite Bildungsweg behandelt wird. Wenn ich eine Bitte äußere, dann die, daß man vielleicht in der Diskussion anregt, doch auch diesem Problem einige Aufmerksamkeit zu schenken. Aber vielleicht ist meine Anregung überflüssig, vielleicht hat der eine oder andere Referent ohnedies vor, über dieses Thema zu sprechen. Wir sind nämlich der Meinung, daß auch über diesen Weg gesprochen werden soll, über jene Bildungsmöglichkeit, die allen jenen offenstehen soll, die aus irgendeinem Grunde ihren Bildungsweg unterbrochen oder verfehlt haben.

An sich ist das nicht neu, aber unserer Meinung nach wird für jene Bildungswilligen, die sich diesem Weg unterziehen wollen, immer noch viel zuwenig an Möglichkeiten geboten. Wir meinen daher, daß für diese Lernwilligen und meist etwas älteren Bildungswilligen ein zweiter Bildungsweg eingerichtet werden muß. Dieser Weg soll allen jenen offenstehen, die dazu die nötige Begabung und die erforderliche Energie haben. Sie sollen in die Lage versetzt werden, auch die höchsten Stufen unseres Schulwesens zu absolvieren.

Die Sozialisten haben der Öffentlichkeit eine Reihe von Programmen vorgelegt, das ist den Damen und Herren bekannt, unter anderem auch ein Programm, das sich mit der Erwachsenenbildung beschäftigt. In diesem Programm haben wir dem Bereich des zweiten Bildungsweges ein eigenes Kapitel gewidmet. Nach längeren Diskussionen mit Pädagogen und mit Fachleuten der Erwachsenen- und Volksbildung haben wir eine Formulierung

Ströer

gefunden, von der wir meinen, daß diese Vorschläge nützlich wären, wenn man sie verwirklichte.

Wir meinen, zu diesem Zweck sind allgemeinbildende und berufsbildende höhere Schulen für Berufstätige einzurichten. Diese Schulen bilden eine Sonderform der Oberstufe des österreichischen Schulwesens und verdienen eine besondere materielle Ausstattung.

Bei der Auswahl der Bildungsinhalte und bei der Erstellung der Lehrpläne für höhere Schulen für Berufstätige ist nach Möglichkeit auf die abgeschlossene Berufsausbildung Bedacht zu nehmen. Es können daher nicht alle Bildungsinhalte und Unterrichtsgegenstände, die die höheren Schulen im ersten Bildungsweg behandeln, auch im zweiten Bildungsweg die Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluß einer höheren Schule darstellen. Es muß vielmehr der bisherigen Berufsausbildung viel größeres Gewicht beigemessen werden. Dadurch soll auch den Studierenden an den höheren Schulen für Berufstätige ein früherer Abschluß ermöglicht werden. Die Lehrtätigkeit an den höheren Schulen für Berufstätige muß der Eigenart und dem Lebensalter der Studierenden gerecht werden.

Daher noch einmal meine Bitte: Wenn schon das Thema der Erwachsenenbildung behandelt wird, dann soll man auch diesen Bereich nicht vergessen.

Nun noch einige Bemerkungen ganz allgemein zur Erwachsenenbildung.

Wie immer wir die Gesellschaft von morgen bezeichnen, als eine Freizeitgesellschaft oder als eine informierte Gesellschaft — wir meinen, die Erwachsenenbildung wird in ihr einen wichtigen Platz einnehmen. Es wäre gefährlich, wenn sich die zukünftige Gesellschaft nur nach materiellen Gütern orientierte.

In diesem Zusammenhang möchte ich davor warnen, eine Arbeitszeitverkürzung um drei Stunden etwa so aufzufassen, als ob die Menschen dann vor lauter Freizeit nicht mehr wüßten, was sie damit beginnen sollen. Die erste Etappe der Arbeitszeitverkürzung hat ja gezeigt, daß den Menschen wohl mehr Freizeit übrigbleibt, aber nicht so viel mehr Freizeit, um diese wirklich für eine umfassende Bildung zu verwenden. Außerdem muß man berücksichtigen, daß die moderne Verkehrswelt den arbeitenden Menschen und den Tätigen sehr viel von dieser Freizeit wieder wegnimmt.

Wir meinen, es geht bei der Erwachsenenbildung darum, den Sinn unserer Tätigkeit, unserer Arbeit, zu erkennen und auch die Bedeutung der schöpferischen Möglichkeiten zu sehen, die uns diese vermehrte Freizeit

bietet. Es geht darum, beizutragen, unsere politische Verantwortung als Staats- und Weltbürger zu erfüllen.

Und nun fragt es sich, ob wir auf diese Aufgaben vorbereitet sind und welche Einrichtungen der Erwachsenenbildung uns zur Verfügung stehen. Derzeit kennen wir einige dieser Einrichtungen, Einrichtungen der freien, umfassenden und öffentlichen Institutionen, wie Volkshochschulen, Volksbildungswerke, Volksbüchereien und Volksbildungsheime. Es gibt auch die bekannten Bildungseinrichtungen des Bundes, verschiedener Behörden, der Kammern, der Gewerkschaften und der Betriebe, Einrichtungen von Kirchen und politischen Parteien, es gibt Abendschulen und Bildungsprogramme der Massenkommunikationsmittel und natürlich auch Fernkursinstitute.

Auf den ersten Blick scheint es so, als gäbe es ohnedies genügend Möglichkeiten der Erwachsenenbildung. Leider aber, das möchte ich ausdrücklich vermerken, fehlen vielen der Institutionen, die diese Einrichtungen führen und unterhalten, die entsprechenden finanziellen Mittel. Und es fehlen nicht nur die Mittel, merken wir sehr oft, sondern es fehlt oft auch eine sinnvolle Zusammenarbeit, es fehlen Pläne, die die restlose Ausnützung dieser vorhandenen Bildungseinrichtungen garantieren. Es ist sehr schmerzlich, wenn man sieht, daß an verschiedenen Orten viele hervorragende Bildungsstätten tagsüber leerstehen und nur in den Abendstunden Verwendung finden und andere Bildungsstätten wieder tagsüber einige Stunden in Verwendung stehen und am Abend den Bildungswilligen und den Institutionen, die Bildungsarbeit leisten wollen, verschlossen sind. Das verstehe ich unter dem Fehlen geeigneter Pläne und genügender Zusammenarbeit. Wir meinen, manches könnte auf diesem Gebiet im Interesse der Bildungswilligen geändert werden, und eine bessere Ausnützung der vorhandenen Möglichkeiten wäre durchaus sinnvoll.

Noch ein Wort zu den finanziellen Mitteln und zu den Förderungskrediten, die der Bund für 1970 zur Verfügung stellt und von denen Kollege Dr. Gruber meinte, diesmal — 1970, meinte er — stünden diese in erhöhtem Ausmaß zur Verfügung. Dazu nur einige Bemerkungen.

Herr Minister! Sie wissen, daß diese Förderungskredite, die — das gebe ich zu — von allen, die sich mit diesem Bereich beschäftigen, anerkannt werden, von 1969 auf 1970 doch nur unwesentlich, von 18,3 Millionen auf insgesamt 23 Millionen, erhöht wurden. Das bedeutet eine Erhöhung um 15 Prozent und das klingt gar nicht so schlecht, doch es ist zu

13834

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Ströer

berücksichtigen, daß die Institutionen, die diese Einrichtungen führen und unterhalten, leider auch unter dem ehernen Gesetz der steigenden Ausgaben leiden. Diese Ausgaben steigen, ohne daß besondere neue Aktivitäten hinzugekommen wären, im Durchschnitt um 10 Prozent pro Jahr. Denn man kann vielleicht an Honoraren, Vortragsgebühren bei Dozenten und Vortragenden sparen, aber man ist doch gezwungen, ständig neue Lehrmittel anzuschaffen, man benötigt Einrichtungsgegenstände, Geräte und vor allem muß man die Angestellten, die die Volksbildungseinrichtungen, Volksbildungswerke und -vereine haben, auch bezahlen. Daher meine ich, daß von diesem Mehr eigentlich für vermehrte Aktivitäten nicht sehr viel übrig bleibt; das wird jeder zugeben, der in der praktischen Arbeit tätig ist und der weiß, wie schwer diese Vereinigungen zu kämpfen haben.

Es ist erwähnt worden, daß für Druckkosten, Druckaufträge höhere Beträge zur Verfügung stehen. Aber ich muß auch dazu sagen, daß die Druckkosten und die Papierpreise doch jedes Jahr um etliche Prozent steigen und daß dieses Mehr leider zerrinnt und diesen Organisationen nur zum Teil zugute kommt.

Noch etwas ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, und das ist etwas sehr Erfreuliches: Jedes Jahr entstehen ja neue Einrichtungen, neue solche Institutionen, was aber bedeutet, daß, wenn die Mittel nicht sehr stark vermehrt werden, die vorhandenen Mittel dann eben auch auf mehr Organisationen aufgeteilt werden müssen, und das ist immer sehr schmerzlich.

Wer die praktische Arbeit kennt, der weiß — das möchte ich ausdrücklich betonen —, wieviel Geld es kostet, um neue Heime, neue Räume, Büchereien in größerer Zahl einzurichten oder herzustellen. Für die Errichtung von Volks- und Freizeitheimen, wie wir sie uns vorstellen, von Häusern, die etwa mit Jugendräumen und Bibliotheken ausgestattet sind, benötigt man sehr, sehr viel Mittel. Zwei Millionen Schilling für ein „Heim der offenen Tür“, für ein Volksheim oder Volkshaus oder für eine Bildungsstätte sind unbedingt erforderlich.

Ich möchte ein Beispiel anführen, wie es die Arbeiterkammern und der Gewerkschaftsbund pflegen. Diese Organisationen geben jedes Jahr rund 20 Millionen Schilling allein für die Errichtung solcher Bildungsstätten, solcher Volkshäuser oder Volksheime aus, und ähnliche Stätten werden auch von anderen privaten Verbänden oder Interessengruppen errichtet. Und hier ist anzumerken, Herr Bundesminister, daß diese Organisationen für ihre Tätigkeit auf diesem Gebiete, von ganz

bescheidenen Beträgen abgesehen, vom Bund leider keine Unterstützung bekommen. Ich kann mir allerdings vorstellen, daß von insgesamt 23 Millionen Schilling, die an Förderungskrediten vergeben werden können, natürlich nur wenige Millionen bleiben, um solche Einrichtungen zu schaffen.

Dennoch ist es erfreulich, daß so etwas entsteht und daß es viele Gemeinden gibt, die hier mittun, die sich mit diesen privaten oder halböffentlichen Organisationen zusammentun und solche Stätten errichten, und wir meinen, das soll auch weiterhin gefördert werden. Mit Hilfe solcher Heime soll dem reifen, an der Weiterbildung interessierten Menschen Gelegenheit gegeben werden, sich mit den gesellschaftlichen und kulturellen Erscheinungen dauernd — das möchte ich ausdrücklich betonen — geistig auseinanderzusetzen. Und wenn wir die erforderlichen Voraussetzungen schaffen, werden wir die Probleme, von denen sehr oft gesprochen wird, die eine vermehrte Freizeit und eine höhere Lebenserwartung mit sich bringen, sicher bewältigen.

Wir Sozialisten werden sowohl der Erwachsenenbildung als auch den Einrichtungen, die es den interessierten Menschen ermöglichen, sich den zweiten Bildungsweg zu bahnen, auch weiterhin größte Aufmerksamkeit schenken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Jungwirth das Wort.

Abgeordneter **Jungwirth** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der 28. Oktober 1969 wird zweifelsohne als schwärzester Tag der schwarzen ÖVP-Regierung in die Geschichte der Zweiten Republik eingehen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* An diesem 28. Oktober wurde in Pressekonferenzen der österreichischen Öffentlichkeit — leider sehr spät — die katastrophale finanzielle Notlage der österreichischen Hochschulen mit einer schonungslosen Offenheit vor Augen geführt.

Was an diesem 28. Oktober endlich unumwunden auch in Innsbruck einem breiten und interessierten Publikum zur Kenntnis gebracht wurde, ist so ernst, so erschütternd, ja so schockierend, daß es einem, der in den Hochschulbetrieb nicht eingeweiht ist, fast unglaublich erscheint. Es ist, kurz gesagt, die Bankrotterklärung des Konservatismus in Österreich, die Bankrotterklärung der ÖVP-Regierung in Österreich. *(Abg. Dr. Withalm: Herr Kollege! Da müssen Sie sich aber wirklich zusammennehmen, daß Sie dabei ernst bleiben!)* Sie werden bei meinen Ausführungen dann noch daraufkommen, daß das stimmt, Herr Vizekanzler *(Abg. Dr. Withalm: Ich bin sehr*

Jungwirth

neugierig darauf!), denn auch die Herren Professoren und die Hörer der Universitäten sind mit mir einer Meinung.

Die großsprecherische Ankündigung des Herrn Bundeskanzlers in der Regierungserklärung 1966, besonderes Augenmerk in diesen vier Jahren der Bildung und Forschung zuzuwenden, wurde auf diesen Pressekonferenzen, Herr Vizekanzler, einfach ad absurdum geführt. (Abg. Dr. Withalm: Waren Sie während der Rede des Dr. Broda im Saal?) Nein. (Abg. Dr. Withalm: Das ist schade! Lassen Sie sich informieren, was er gesagt hat!) — Ich hoffe, daß der Herr Bundeskanzler vor seinem Abgang am 1. März 1970 wenigstens so ehrlich ist und dem österreichischen Volk sagt, daß er nicht in der Lage war, dieses Versprechen in seiner Regierungserklärung zu erfüllen.

Damit ist er auch in den Augen der Universitätsprofessoren und der Hörer der Universitäten unglaublich geworden.

Noch etwas war für mich erschütternd festzustellen: daß weder die Abgeordneten der ÖVP Tirols noch ein Vertreter der Tiroler Handelskammer bei dieser Konferenz in Innsbruck anwesend war, wohl die Vertreter der Arbeiterkammer. Das kann man nur als ein stilles Schuldbekenntnis deuten. Daß kein Vertreter der Handelskammer — Herr Vizekanzler, passen Sie jetzt gut auf — anwesend war, wurde mir im Laufe der Ausführungen der Herren Professoren klar. Die Anwesenden mußten mit Staunen zur Kenntnis nehmen, daß die Tiroler Handelskammer in einem Schreiben an die Universität Innsbruck es sich verbeten hat, daß verschiedene Lehrkanzeln sich am Unternehmen um Unterstützung für ihre unterdotierten Forschungsaufgaben wenden, für eine Forschungstätigkeit, die ja letzten Endes der Wirtschaft mehrfach zugute kommt. Ich möchte allerdings annehmen, daß der Herr Vizepräsident der Tiroler Handelskammer, mein Kollege Dr. Bassetti, sich von diesem Schreiben distanzieren wird; ich hoffe aber auch, daß er den Schreiberling dieser Zeilen bei den Ohren nehmen wird. (Abg. Dr. Withalm: Herr Kollege! Was mich freut ist, daß ich feststellen kann, daß Sie sich offensichtlich von Ihrer Erschütterung schon sehr gut erholt haben. Das beruhigt mich! — Gegenrufe bei der SPÖ.) Noch nicht ganz, Herr Vizekanzler. Ich hoffe auch nicht, daß sich die österreichische Bevölkerung von dieser Erschütterung erholt hat. Ich glaube es nicht. (Abg. Dr. Withalm: Nicht nur Sie waren erschüttert! — Zwischenruf des Abg. Ing. Kunst.) Nicht nur ich, sondern die ganze Öffentlichkeit war erschüttert, Herr Vizekanzler. Lesen Sie die Zeitungen vom 29. Oktober

durch, gleich welchen Couleurs! (Abg. Dr. Withalm: Ich lese jeden Tag die Zeitungen. Ich habe nicht gelesen, daß die ganze Öffentlichkeit erschüttert war!)

Noch etwas war mir einfach unverständlich: daß sich unsere geistige Elite jahrzehntlang den Maulkorberlaß des Bundesministeriums für Unterricht hat bieten lassen, daß die Dotierung — sprich: Unterdotierung — für den Sachaufwand nicht einmal den Studenten bekanntgegeben werden durfte. Hier unterstütze, ja gratuliere ich unserer Jugend, daß sie rebelliert hat und auf Grund dieser Demonstrationen erreichte, daß dieser ominöse Erlass aufgehoben wurde. Dadurch konnten an diesem 28. Oktober die Schleier fallen, und was hier bekannt wurde, war so erschütternd und hat auch seinen Niederschlag in der gesamten österreichischen Presse gefunden. Ich wage zu behaupten, daß es, was die österreichische Bildung und Forschung anbelangt, nicht 5 Minuten, sondern eine Sekunde vor 12 ist.

So kann und darf es nicht weitergehen, soll nicht in zehn Jahren im Geschichtsunterricht unserer Nachbarstaaten der Unterschied zwischen Austria und Australien darin bestehen, daß Australien als ein hochentwickeltes Industrieland im Pazifik gilt und Österreich, das einstmals das Herz der Kultur des Abendlandes war, das Land im Herzen Europas, nur mehr als das Land der Jodler und Schilehrer bekannt ist.

Nach dem ersten Weltkrieg konnte das materielle Manko unserer Hochschulen durch die nach Wien zurückströmende geistige Kapazität des Völkerstaates ausgeglichen werden. Heute wird diese Schicht der geistigen Kapazität immer dünner, denn das Unterrichtsministerium hat es mit seiner veralteten Maria Theresianischen Bürokratie ausgezeichnet verstanden, unsere eigenen Wissenschaftler mit schlafwandlerischer Sicherheit ins Ausland zu treiben. (Abg. Dr. Withalm: Heute tragen Sie schon sehr dick auf, muß ich sagen!)

Jetzt passen Sie auf, Herr Vizekanzler: Dies wurde an Hand des Falles von Prof. Dr. Rothleitner demonstriert. Auf der Tagesordnung dieser Pressekonferenz stand als dritter Tagesordnungspunkt:

„3. Darlegung des Innsbrucker Falles Prof. Rothleitner, der heute einen Ruf nach Mainz annahm, da das Bundesministerium für Unterricht eine bescheidene Verbesserung seiner Situation und die Erfüllung schon vor Jahren gegebener Zusagen abermals verweigerte und damit das Angebot aus Mainz in keiner Weise erreichte.“

Und nun, Herr Vizekanzler, ein offener Brief der Österreichischen Hochschülerschaft an der Universität Innsbruck vom 17. Novem-

Jungwirth

ber 1969, gerichtet an den Herrn Bundesminister. In diesem Brief heißt es den Fall Prof. Rothleitner betreffend wie folgt:

„Das wirkt sich noch in weiterer Weise schädlich auf unser Studium aus.“ Nämlich der Abgang von Prof. Rothleitner.

„Es wird uns dies anfangs dieses Studienjahres äußerst schmerzlich durch den Weggang Professor Rothleitners von der zweiten Lehrkanzel für theoretische Physik vor Augen geführt. Professor Rothleitner hatte als österreichischer Wissenschaftler einer Berufung an unsere Universität gegenüber vier Berufungen an ausländischen Hochschulen den Vorzug gegeben. Die ihm gemachten Zusagen waren geringer als die der ausländischen Hochschulen und wurden zudem dann nicht erfüllt. Daraufhin folgte er einer Berufung an die Universität Mainz.

Wir können den Vorwurf nicht zurückhalten, daß das Ministerium, dem Sie vorstehen, keinerlei Verständnis für die Mindestforderungen eines gesuchten Wissenschaftlers aufbringt. Offensichtlich ist das Ministerium an der Besetzung von Lehrkanzeln nicht interessiert und schon gar nicht an der Berufung bester Kräfte.“

„Sie, Herr Minister, haben wiederholt versprochen, sich für eine Beschleunigung von Berufungsverhandlungen einzusetzen. Die mit Ihrem Ministerium geführten Verhandlungen haben aber trotz Interventionen von Rektor und Dekanen keine für Professor Rothleitner annehmbaren Arbeitsbedingungen gebracht und seinen Weggang zum überaus großen Schaden der Studierenden und der Hochschulforschung bewirkt.“

Was sagen Sie dazu, Herr Vizekanzler? Ist das nicht erschütternd? Die Studierenden der Fachrichtung Physik und Mathematik können diese Tatsache nur unter Protest zur Kenntnis nehmen und fordern einhellig eine möglichst rasche Wiederbesetzung der vakanten Lehrkanzel. Ich hoffe, daß Ihnen dies gelingen wird, Herr Bundesminister.

Noch demonstrativer wurde den Anwesenden an Hand von Beispielen die katastrophale finanzielle Situation den Hochschuleaufwand für Forschung und Unterricht an der naturwissenschaftlichen Lehrkanzel der Philosophischen Fakultät in Innsbruck betreffend dargelegt. Auch hier bitte ich Sie, Herr Vizekanzler, sehr aufmerksam zu folgen.

Unter der Überschrift „Konkrete Angaben über die Notlage“ des Innsbrucker Universitätsinstitutes wird folgendes ausgeführt:

„Wohl erfolgt von Jahr zu Jahr eine leichte Erhöhung der Geldmittel, doch wird diese durch die Inflation und die Gründung neuer Lehrkanzeln aufgezehrt.

Konkretes Beispiel:

Wenn eine Fakultät mit 30 Lehrkanzeln monatlich 150.000 S erhält, so erhält eine Lehrkanzel im Durchschnitt monatlich 5000 S. Werden nun zehn neue Lehrkanzeln geschaffen und wird die Geldzuweisung um den gewaltigen Prozentsatz von 20 Prozent erhöht, so stehen 40 Lehrkanzeln 180.000 S, damit jeder Lehrkanzel monatlich nur mehr 4500 S zur Verfügung!“

Es ist hier auch ein äußerst interessantes Beispiel des Zoologischen Instituts angeführt:

„1895 wurde die Jahresdotation des Zoologischen Instituts und seiner (einzigen) Lehrkanzel auf 1000 fl erhöht. Nach Menüpreisen im Restaurant et cetera umgerechnet sind dies 40.000 bis 50.000 S jährlich, also zirka 4000 S monatlich (1895). Im Jahre 1969 beträgt die monatliche Dotation der Lehrkanzel Zoologie II (Tierphysiologie) 4100 S monatlich.“

Herr Vizekanzler, was sagen Sie dazu? (Abg. Dr. Gorbach: Er ist erschüttert!) Ich hoffe.

„Die Folgen für den Staat und die Wirtschaft:

Im wissenschaftlichen Bereich, insbesondere bei den Naturwissenschaften, zeigen sich bereits schwere Folgen: in modernsten Gebieten, wie Laser-Physik, Schaltungsgebrauch für Computer, können weder Studierende ausgebildet noch Forschungsthemen für Doktorarbeiten vergeben werden, da die Literatur fast völlig fehlt.“

Ich muß in diesem Zusammenhang als anerkennend verzeichnen, daß bei dieser Pressekonferenz Herr Swarovsky, Unternehmen Wattens, hier war und sich auf Grund dieser katastrophalen Situation bereit erklärt hat, der Universität Innsbruck die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Laser-Physik zu übermitteln. Ich glaube, damit wird das Verständnis dieses Mannes aus der Wirtschaft demonstriert. (Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)

Nimmt es einem da wunder, wenn sich die studierende Jugend gegen diese Mißstände auflehnt? Sie muß es ja gerade als aufreizend empfinden, daß das tägliche Defizit der Staatstheater bereits mehr als 1 Million Schilling beträgt, für Bildung und Forschung in diesem Budget 1970 jedoch nicht die bescheidensten Mittel zur Verfügung gestellt werden. Für Künstlergagen greift man tief in den Staatsäckel, für die bescheidenen Forderungen des bekannten österreichischen Physikers Professor Rothleitner hatte man kein Geld.

Noch etwas war für diesen Zustand bezeichnend. Ein Student des Zoologischen Instituts

Jungwirth

hat Beschwerde darüber geführt, daß dem Institut mindestens 40 Mikroskope fehlen, um eine gedeihliche Arbeit abwickeln zu können.

Er hat der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß der Herr Unterrichtsminister diesen jahrelangen Forderungen des Zoologischen Instituts in Innsbruck nicht nachgekommen ist, sehr wohl aber im vorigen Jahr oder im heurigen Jahr 80 Mikroskope dem Land Brasilien geschenkt hat. Diese Diskrepanz wird die ÖVP bei den kommenden Wahlen der Bevölkerung sicherlich nicht plausibel machen können.

Bezeichnend für diese Zustände an der Universität Innsbruck waren die Worte des neuen Rektors Professor Dr. Coreth bei seiner Antrittsrede. Herr Vizekanzler, er hat den vielsagenden Ausspruch getan: Die Autonomie der Universitäten steht weitgehend nur auf dem Papier. Er beklagte sich weiter — Sie können das in der Presse lesen — über die Umständlichkeiten des Papierkrieges mit dem Unterrichtsministerium und seufzte: Es ist grauenhaft!

In diesem Zusammenhang möchte ich dem Hohen Haus Vorfälle an der Universität Innsbruck, betreffend die Zuerkennung von Programmierzulagen, nicht vorenthalten. Hier wird uns mitgeteilt, daß die Unterrichtsverwaltung sechs Jahre lang Personalangelegenheiten einfach nicht erledigt. So wurden die Programmierzulagen für einen gewissen Margreiter — zum erstenmal am 17. 11. 1963 urgirt; es ist eine ganze Reihe von Urgezen aufgezählt; es wurde mindestens zwölfmal an das Ministerium geschrieben, damit er endlich die Programmierzulage bekommt, die ihm ja zusteht und die bereits bei den gleichgestellten Mitarbeitern in Graz und in Wien seit Jahren gewährt werden.

Hier wird von Herrn Professor Dr. Cap — ich glaube, das ist doch immerhin eine Persönlichkeit der Universität Innsbruck — folgendes geschrieben: „Ich darf erwähnen, daß die in verschiedenen Ansuchen ebenfalls genannten Programmierer Frl. Breitner, Helbok und Melichar die Programmierzulage zugesprochen erhalten haben. Frl. Pola, inzwischen ausgeschieden und verheiratet, hat erst kürzlich wegen ihrer Zulage moniert. Ebenfalls ist die Zulage von Herrn Margreiter und der akademischen Mitarbeiter noch völlig offen. Ich bitte Verständnis zu haben, daß ich nun angesichts der drohenden Streiks der Mitarbeiter in die Öffentlichkeit treten muß, um die nun sechs Jahre zurückliegende Angelegenheit einer Lösung zuführen zu können.“

Das schreibt der Herr Universitätsprofessor. Sie finden das lächerlich, Herr Vizekanzler! (Abg. Dr. Withalm: Ich habe gar nichts gesagt!)

Für die Haltung des Ministeriums ist weiter ein Schreiben der wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts für theoretische Physik an den Personalausschuß des Ministeriums bezeichnend. Es betrifft das Ersuchen um Hilfe bei der Abstellung von Unzukömmlichkeiten in Personalangelegenheiten. Auch hier handelt es sich um ein Schreiben vom 7. November dieses Jahres. Es heißt hier unter anderem:

„Die Schwierigkeiten bestehen darin, daß das BMfU auf Anträge der Vorstände betreffend die Einstellung von Personal einfach so lange nicht antwortet beziehungsweise keine Entscheidung fällt, daß hiedurch dem Personal Schaden entsteht.“

„Der Institutsvorstand hat am 20. 6. 69 den Antrag gestellt, Herrn cand. phil. Peter Kaps als halbtätig beschäftigte wissenschaftliche Hilfskraft für die Zeit 1. 11. bis 31. 12. 69 zu bestellen. Da die Erledigung bis heute nicht eintraf, hat Herr Kaps auf die Einstellung verzichtet.“

Weiters:

„Am 30. 4. 69 hat der Institutsvorstand den Antrag gestellt, die beiden halbtätig beschäftigten wissenschaftlichen Hilfskräfte Gerhard Auer und Siegbert Kuhn in der Zeit vom 1. 11. bis 31. 12. 69 zu Lasten der nach Dr. Raab freien Assistentenstelle zu bestellen. Auch dieser Antrag wurde bis heute nicht erledigt. Dies hat zur Folge, daß diejenigen zwei Herren, die für die durch die Bestellung von Auer und Kuhn frei werdenden Subventionsmittel des Österreichischen Forschungsrates hätten bestellt werden sollen, nicht eingestellt werden können. Bei der Schwierigkeit, für den Forschungs- und Lehrbetrieb angesichts der Steuergesetzgebung (Entfall der Kinderbeihilfe ...) Hilfskräfte zu bekommen, bedeutet dies eine Beeinträchtigung des Institutsbetriebs. Es wird daher dringend ersucht, über den gestellten Antrag ehestens zu entscheiden.“

Das sind unmögliche Dinge, die sich in diesem Ministerium abspielen, die Probleme des Personals betreffen und die nicht berücksichtigt, ja nicht einmal beantwortet werden.

Weiter: Wie kleinlich dieses Ministerium unseren Wissenschaftlern gegenüber ist, hat sich im Falle Professor Cap gezeigt, der im August in Nowosibirsk an einem Physikerkongreß teilnahm. Die Auslagen für die Teilnahme an diesem sehr wichtigen Kongreß haben zirka 17.000 S betragen. Das Bundesministerium für Unterricht hat dafür großzügigerweise einen Beitrag von 3000 S geleistet.

Ein anderer Physiker der Universität Innsbruck, der am Physikerkongreß in Salzburg teilgenommen hat, hat für die Teilnahme an

13838

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Jungwirth

diesem Kongreß lumpige 300 S erhalten, was gerade 17 Prozent der Gesamtauslagen sind, die diesem betreffenden Professor dort in Ausübung seiner Tätigkeit erwachsen sind.

Das Bundesministerium wird in der Öffentlichkeit schon als illiquid angesehen. Herr Vizekanzler, auch hier ein Schreiben über vom Bundesministerium für Unterricht nicht eingehaltene finanzielle Zusagen:

„Anlässlich des Amtstages im Juni 1969 wurde versprochen, den dringend benötigten Restbetrag auf die 1968 gewährte Sonderdotations in Höhe von 205.000 S unverzüglich, spätestens aber im Monat September anzudeuten. Dies konnte mit dem Hinweis darauf, daß das Bundesministerium für Unterricht die Gesamtdotation in Höhe von 390.000 S für die Anschaffung des Zeichentisches im Wert von 890.000 S genehmigt hat, in Ergänzung zur Nationalbankspende in Höhe von 500.000 S, und mit Hinblick auf das Drängen der Lieferfirma, die schon überfällige letzte Rate zu leisten, erreicht werden.

Die Firma hat angedeutet, demnächst den Klageweg zu beschreiten. Dies dürfte den Verlust der Wohlmeinung der Firma zur Folge haben, von welcher jedoch das Institut bezüglich Wartung und anderer technischer Hilfen abhängig ist.

Abschließend muß jedoch noch darauf hingewiesen werden, daß das Hauptproblem darin besteht, daß die laufenden Zuweisungen für den laufenden Betrieb viel zu gering sind. Es müssen daher von Jahr zu Jahr, statt neue Zeitschriften zu kaufen oder den Bücherstand zu ergänzen, Bestellungen storniert werden. Von großem Nachteil ist auch die Nichtübertragbarkeit gewisser Posten auf das nächste Jahr. Da die Bewilligung einer Sonderdotations, wie obiges Beispiel zeigt, mindestens ein Jahr dauert, ist das Institut gezwungen, dauernd einen Geldbetrag in der Größenordnung von etwa ... 100.000 S flüssig zu halten, da auf Grund der schlechten Zahlungsmoral des Bundes Reparaturfirmen nur gegen Barzahlung bereit sind, größere Reparaturen durchzuführen.“

Noch etwas, Herr Bundesminister: In jüngerer Zeit scheint es, daß ein neuer Taschenspielertrick von seiten Ihres Ministeriums Platz greift, und zwar schreiben die „Salzburger Nachrichten“ am 1. Dezember dieses Jahres: „50 Millionen Schilling fehlen.“ Ich weiß nicht, ob Sie diesen Artikel gelesen haben. Ich möchte Sie fragen, ob das stimmt. Wenn das stimmt, dann wäre das furchtbar. In dem Zeitungsartikel heißt es:

„Der Bericht des Unterrichtsministeriums, der am 20. November dem Vertreter der Unterzeichner des ‚Memorandums der 109‘

übergeben wurde, entspricht nicht den Erwartungen, erklären die Institutsvertreter für Mathematik und Physik an der Universität Innsbruck. Von den Professoren des Memorandums seien für das Budget 1970 Forschungserfordernisse für die naturwissenschaftlichen Fakultäten in Höhe von 70 Millionen Schilling errechnet worden, wovon nur 20 Millionen Schilling durch Budgetansätze gedeckt seien. Es fehlten also noch 50 Millionen Schilling. Das Ministerium habe die technologischen Lehrkanzeln zu den naturwissenschaftlichen gezählt und daher 137 Millionen Schilling errechnet. Bei dieser Rechnung ergebe sich im Budget sogar ein Fehlbetrag von 117 Millionen Schilling.“

Was tut nun diese Österreichische Volkspartei? Sie tritt still beiseite und hüllt sich wie heute hier im Hause in Weihrauchschwaden. (Abg. Dr. Withalm: Das tun wir nicht!)

Herr Vizekanzler! Die SPÖ Tirol hat in Angelegenheit dieser Sache auf ihrem letzten Parteitag eine Resolution, den Ernst der Situation unserer Forschungsinstitute betreffend, gefaßt, und ich glaube, daß es nach dem 1. März 70 möglich sein wird, diese Resolution auch zu verwirklichen. Darin wird der Bundesparteivorstand aufgefordert, im neuen Parlament alle geeigneten Maßnahmen durchzusetzen, um der österreichischen Wissenschaft für ihre hohen Aufgaben die erforderlichen Mittel zu sichern, damit der österreichischen Wirtschaft und insbesondere der Jugend ein erfolgreiches Bestehen in der Umwelt garantiert wird.

Herr Bundesminister! Gestatten Sie mir als Bürgermeister noch einige Bemerkungen. Die Gemeinden Tirols haben unter schwersten finanziellen Opfern die Grundschulen auf einen Stand gebracht, der den kommenden Erfordernissen weitestgehend gerecht wird. Ich möchte an einem Beispiel zeigen, was meine Gemeinde, der ich vorstehe, selbst betrifft.

Wir haben in diesem Jahre eine neue Schule gebaut, die mit Blickrichtung auf die Zukunft bereits mit Anschluß für das Schulfernsehen, mit Anschlußmöglichkeiten für die sicherlich noch zu erwartende Verwendung eines Sprachlabors und so weiter ausgestattet ist. Für dieses Schulgemeindehaus und Lehrerwohnhaus hat meine Gemeinde 7 Millionen Schilling aufgebracht, davon 5 Millionen im Darlehenswege. Das bedeutet bei einem Budget von 1,5 Millionen im Jahr, wenn wir 20 Jahre für die Tilgung und Zinsen annehmen, einen Betrag von 470.000 S jährlich. Bei einem Budget von 1,5 Millionen Schilling beziehungsweise bei noch frei verfügbaren

Jungwirth

Mitteln von höchstens 700.000 S jährlich ist das zweifelsohne ein Opfer der Gemeinde. Für die kommenden 20 Jahre wird es meiner Gemeinde nicht möglich sein, weitere wichtige Aufgaben, wie Kanalisation uns so weiter, zu erfüllen, weil wir der Meinung waren, daß wir zuerst dem Sektor des Unterrichts gerecht werden sollten.

Herr Bundesminister! Nun hat die Gemeinde für diese große Aufgabe vom Land Tirol einen Förderungsbetrag von nur 100.000 S bei einer Leistung von 7 Millionen Schilling erhalten. Das wird von Seite der Tiroler Landesregierung damit begründet, daß nicht mehr Mittel vorhanden sind, weil das Land Tirol für Aufgaben des Bundes, zum Beispiel die Errichtung der Technischen Universität in Innsbruck, seine Mittel verwenden mußte.

Herr Bundesminister! Jetzt werden Sie vielleicht verstehen, warum ich im Ausschuß von erpresserischen Maßnahmen des Bundes gesprochen habe und welche Folgerungen sich daraus für die nachgeordneten Gebietskörperschaften ergeben. Herr Bundesminister! Vielleicht haben Sie einmal Gelegenheit, sich in Ihrem Klub mit den Bürgermeistern Ihrer Fraktion auseinanderzusetzen. Ich glaube, die Kollegen Bürgermeister von der ÖVP-Seite werden Ihnen sicherlich das bestätigen, was ich hier gesagt habe. Letzten Endes, Herr Bundesminister, sind ja die Kompetenzen in unserer Verfassung klar abgegrenzt. Der Bund hat eben die Verpflichtung, die höheren Schulen, die Hochschulen zu errichten, zu erhalten und auszubauen. Zu diesem Zweck wurde auch der Finanzausgleich geschaffen.

In diesem Finanzausgleich des Jahres 1967 sind nur bescheidene Mittel für die Förderung der Schulen der nachgeordneten Gebietskörperschaften, also der Pflichtschulen, in Form von Zinsenzuschüssen möglich. Auch diesbezüglich ist das Amt der Tiroler Landesregierung in diesem Jahr nicht in der Lage, meiner Gemeinde die 5 Prozent Zinsenzuschüsse für das aufgenommene Darlehen, die uns auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes zustehen, zu bezahlen, weil kein Geld vorhanden ist, weil eben die Gelder für andere Mittel, für andere Zwecke, für Aufgaben, die dem Bund zustehen, gegeben werden müssen.

Ja, Herr Vizekanzler, die leistungsmäßige Bilanz der ÖVP-Redner ist mit Geldern des grauen Finanzausgleiches, den ich jetzt geschildert habe, aufgefrischt worden! Der Bund hat es mit erpresserischen Methoden verstanden, die Gemeinden und Länder, sofern der Bau von höheren Schulen notwendig war, zu Leistungen heranzuziehen, die reine Bundessache sind. Wenn diese „freiwillig“ erzwungenen Leistungen der nachgeordneten

Gebietskörperschaften nicht geleistet worden wären, würde diese Bilanz noch düsterer sein.

Da dieses Unterrichtsbudget 1970 sogar von den Professoren und den Hörern der Universitäten als zu gering dotiert bezeichnet wird, wird es uns Sozialisten ein leichtes sein, dieses Kapitel abzulehnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ofenböck. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Ofenböck** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Hohes leeres Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Abg. Skritek: Ihre Fraktion!)* Seit 1966 versuche ich, diese „lustlose“ Debatte, wie heute eine meiner Kolleginnen gesagt hat, durch Sportbeiträge etwas aufzulockern, und seit 1966 — nicht im ersten Jahr, aber dann später — sind mir Sozialisten immer gefolgt. Heute wollte ich einmal einem sozialistischen Sportsprecher folgen — es ist mir nicht gelungen. Seit 1967 also konnte einer der Herren der sozialistischen Fraktion immer auf meine Äußerungen reagieren, und heute, so hätte ich mir vorgestellt, sollte ich das einmal können. Es war nicht zu machen. Es war ein sehr lustiges Spiel, das zu verfolgen: Anmelden — Abmelden — Anmelden — Abmelden *(Abg. Lenc: Sie haben die Nerven verloren!)* Aber wo! Natürlich habe ich mich jetzt zum Sprechen bereitgefunden; ich werde gegebenenfalls dann noch replizieren, wenn die Debatte nicht so lang dauert, daß das CSSR-Spiel gegen Ungarn schon begonnen hat; das würde man mir übelnehmen, wenn ich über diese Zeit hinaus reden wollte. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Denn um 21 Uhr, meine Damen und Herren, beginnt ein Spiel! *(Abg. Peter: Wie geht es aus, Herr Ofenböck?)* Ich bin zwar ein Fachmann auf dem Gebiet des Sportes, der Sie nicht sind, weil Sie einer Einladung, mit mir einmal sportlich in Erscheinung zu treten, bisher nicht zugestimmt haben. Aber so ein Hellseher bin ich nicht, daß ich jetzt schon weiß, wie die Ungarn gegen die Tschechen spielen werden. Das ist auch ein Ostproblem, mit dem ich mich wenig beschäftigen mag. Das vermag ich wirklich nicht zu sagen. *(Abg. Peter: Die ÖVP ist doch immer dabei, Prognosen zu erstellen!)*

Ich habe vorhin erwähnt, daß ich im Jahre 1966 begonnen habe, diese Sportdebatte im Parlament einmal in Fluß zu bekommen. Ich muß sagen, es war damals offenbar sehr erheitend für Sie, denn Sie haben ein wenig gelächelt, als ich damals gemeint habe, über den Sport überhaupt etwas sagen zu sollen. Ich habe mir sehr mühsam die damalige Debatte im Protokoll angeschaut, und die Be-

Ofenböck

merkungen, die dazwischen kamen, waren so, daß dieses Thema bei Ihnen ein bisserl belächelt wurde! Wieso kann der zum Sport reden? Dieses Thema ist ja noch gar nicht parlamentsreif! So habe ich den Eindruck gehabt. (*Abg. Haberl: 1966?*) Nein, das war erst im Jahre 1968, Kollege Haberl, das war viel später! Damals war ich noch ein Solist.

In der Zwischenzeit ist es dazu gekommen, daß manchmal jetzt sogar ein Dreiklang, ein Akkord zu hören ist, der jetzt oft schon von allen Fraktionen wohlklingend ertönt. Ich freue mich darüber, weil die Entwicklung nicht nur im Parlament, sondern zweifellos auch außerhalb des Parlaments in den Bundesländern, in den Gemeinden tatsächlich eine wesentlich bessere Stimmung für dieses Problem Sport gebracht hat, als sie jemals vorher war. Dafür sage ich meine Reverenz auch den Abgeordneten der beiden Oppositionsparteien, die sich dafür eingesetzt haben. (*Abg. Haberl: Also wir haben Sie bei Ihrer Partei unterstützt!*) Das möchte ich nicht unbedingt sagen. (*Abg. Haberl: Nachdem Sie einmal als Solist abgetreten sind!*) Ich werde dann sagen, was sich entwickelt hat, Kollege Haberl! Ich gehe sehr gern auf diese erste Budgetdebatte am 29. November des Jahres 1966 ein.

Die Bevölkerung selbst hat wahrgenommen, daß der Sport ein wesentliches Problem ist. Sie selbst ist daraufgekommen, daß die Kinder, die jetzt zur Schule geschickt werden, und jene, die aus der Schule herauskommen, ohne den Sport eigentlich gar nicht lang gesund bleiben, weil sie es ja von vornherein vielfach schon nicht mehr sind. Das alles, glaube ich, hat vom Parlament aus eine sehr willkommene Entwicklung genommen. Auch in den Gemeinden versucht man nun, die Budgetansätze für den Sport anzuheben, was früher sehr schwierig war. Die Verbindungsstelle der Bundesländer konnte mir ein echtes Bild deshalb nicht geben, weil die Gemeinden oft auch für fremdenverkehrsfördernde Maßnahmen Gelder aufwenden, die dem Sport zugezählt werden können. Es war nicht leicht, ich habe aber auch diesbezüglich einige spezielle Daten von Niederösterreich, die ich Ihnen gerne mitteile.

Die Länderbudgets haben durchwegs starke Erhöhungen erfahren, die sich dahin gehend auswirken, daß die Länder bedeutend mehr Geld dem Sport zuwenden. All das zusammen hat zu einer Verbesserung der Haltung zum Sportproblem geführt. Ich darf sagen, vielleicht haben wir alle gemeinsam dazu beigetragen, daß der Sport gesellschaftsfähig geworden ist. Das war er vorher nicht. Vorher hat man den Schweißgeruch des Sportlers als nicht ganz

gesellschaftsfähig betrachtet. Nun hat aber der Sport seine Anerkennung gefunden.

Ich darf damit beginnen, daß den ersten Anlaß dazu die jetzige Alleinregierung gegeben hat. Denn in der Erklärung der Bundesregierung — niemals vorher, meine Damen und Herren, niemals vorher — lasen Sie das Wort Sport. Aber im April 1966 hieß es dort, daß die Regierung für Sport im schulischen und im außerschulischen Bereich einzutreten bereit ist und Initiativen zur Errichtung von allgemein zugänglichen Sportstätten ergreifen will. Das ist eine Erklärung der damaligen Bundesregierung, der auch Taten gefolgt sind. Genau mit diesen Taten, meine sehr geehrten Damen und Herren, Kollege Androsch, möchte ich mich beschäftigen. Was hat sich ergeben? Wir haben heuer im Budget für Förderungsausgaben 31,6 Millionen Schilling eingesetzt, das ist um 15 Prozent mehr, als die Budgetpost des Vorjahres ausmachte. Wir haben mit den Bundesheimen und mit den Sporteinrichtungen in Bundesanstalten eine Gesamterhöhung des Sportbudgets um 12 Prozent erreicht. Sie können doch nicht sagen, daß das nichts ist. Wenn Sie fragen: Sind Sie damit zufrieden? Auch das werden Sie von mir nicht hören, daß ich zufrieden bin. Aber diese permanente Steigerung des Sportbudgets trotz einer Zeit der Restriktion der Wirtschaft und der rückgehenden Budgeteinnahmen, des drohenden Defizites im Jahre 1968, wurden überall 20 Prozent der Förderungsausgaben in jedem Ressort gekürzt (*Hört! Hört! — Rufe bei der SPÖ.* — *Abg. Haberl: Das bestreitet niemand!*), beim Sport nicht. Das hat der Kollege Lanc im Jahre 1968 anerkannt, daß die Budgetausgaben beim Sport gleichgehalten wurden, obgleich sie sonst überall gesunken sind. Nun, das sind Tatsachen, Kollege Androsch. Darüber gibt es nichts zu sagen.

Wir haben seit dem Jahre 1966 und auch im Jahre 1970 einen Betrag von 10,5 Millionen Schilling für reine Investitionsförderungen eingesetzt. Mit dieser Investitionsförderung wurden im Jahre 1968 schwerpunktmäßig Kunsteisbahnen gefördert. Es sind sehr viele davon entstanden. Ich brauche sie gar nicht aufzuzählen, Sie wissen das. Sie sind in ihren Bereichen erkennbar.

Im Jahre 1969 waren es Sporthallen, Schwimmbäder, und im Jahre 1969 — Sie erinnern sich doch an die Leichtathletikerfolge — hat die Leichtathletik eine besondere Zuwendung erfahren.

Letzten Endes ist aber auch darauf hinzuweisen, daß die Bundessportorganisation, die bisher aus den Sporttotomitteln auch ihre eigenen administrativen Aufgaben decken mußte und auch noch das Geld von den Sport-

Ofenböck

totoerträgen dafür verwenden mußte, derzeit 1,9 Millionen Schilling an Subventionen nur für diese administrativen Tätigkeiten bekommt. Das heißt mit anderen Worten, daß die Sporttotomittel dem reinen Sportbetrieb zugeführt werden können. Ich kann mir vorstellen, daß Sie sagen werden: Das ist alles nichts, alles zu wenig!, so wie Sie bei jedem Ressort sagen: Überall müßte es noch wesentlich besser sein. Dafür haben wir im Parlament schon Verständnis. Offenbar glauben Sie, daß die Opposition so reden muß, damit sie von dem Bevölkerungsteil, der hinter der Opposition steht, verstanden werden soll. Ich glaube nur, daß Sie sich irren. Mit dieser Art und mit diesen Maßnahmen, nämlich alles anzufechten, auch wenn es besser geworden ist, kommen Sie nicht an. Ich glaube, Czettel selbst hat das in Niederösterreich beim Wahlkampf zugegeben.

Sie haben mir ständig vorgeworfen, ich hätte eigentlich nichts erreicht. Man sagt: Sie reden immer über den Sport — was haben Sie bis jetzt schon erreicht? Sie reden immer nur — aber was können Sie aufweisen? Reden Sie mit dem Finanzminister — wurde mir zugerufen —, damit er mehr gibt! Was können Sie aufweisen? Das war Libal, Haberl und noch einige andere Herren. Ich werde Ihnen das dann noch vorlesen. Ich habe mir vorgenommen, die Gelegenheit wahrzunehmen, es ist das letzte Budget dieser Alleinregierung ... (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) — In dieser Legislaturperiode! In dieser Legislaturperiode! (*Abg. Weikart: Nein, nein, nein! Da gibt es keine Entschuldigung! „Dieser Alleinregierung!“*)

Aber meine Herren! Diese Regierung hat als einzige Regierung fünf Budgets gemacht. In dieser Legislaturperiode ist es zwangsläufig das letzte Budget. Oder hätten Sie erwartet, daß wir noch ein 6. und 7. Budgets machen? (*Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Jetzt sind sie mit dem Ball ins eigene Tor gefallen!*) Einen solchen Zwischenruf, Herr Kollege Weikhart, nehme ich von einem hin, der Fußballspielen kann. (*Abg. Weikhart: Da waren Sie noch in den Windeln, habe ich schon gespielt! Da waren Sie noch im Decker!! — Heiterkeit!*) Nun, dann bin ich dem Herrgott dankbar, daß ich um so vieles jünger bin. (*Abg. Weikhart: Da haben Sie noch in die Windeln gemacht, da habe ich schon in der Meisterschaft gespielt! — Erneute Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich jetzt ... (*Abg. Weikhart: So etwas Präpotentes!*) Aber um Himmels willen! Ich bin froh, daß ich nicht so reagiere, wie das Libal jetzt auf Ihren Zwischenruf täte. Der könnte

das an meiner Stelle wesentlich besser. (*Abg. Libal: Ich akzeptiere ja, daß ein Älterer auch Sportler sein kann. Sie aber scheinbar nicht!*) Merken Sie den Zuspruch, den Sie jetzt haben? Das Haus ist still. Es ist leise geworden, weil das niemand verstanden hat, was Sie damit sagen wollten.

Also lassen Sie mich sagen: Es wurde immer der Vorwurf erhoben: Nichts haben Sie erreicht! Ich zitiere jetzt aus meiner eigenen Budgetrede des Jahres 1966 und werde mir erlauben, nachher zu sagen, was aus dem, was ich gefordert habe, geschehen ist. Ich habe im Jahre 1966, am 29. Oktober in der 32. Sitzung als erste Forderung aufgestellt, daß in Zukunft keine Schulen mehr ohne Turnsäle gebaut werden sollen. Ich kann jetzt nicht für alle Schulen, die in den Bundesländern von dem jeweiligen Bundesland gebaut worden sind, sprechen. Aber ich kann immerhin sagen, daß seit dem Jahre 1966 der Bund 20 neue Turnsäle errichtet hat. 20 neue Turnsäle! Ich habe damals auch gefragt ... (*Abg. Steininger: Wer hat sie bezahlt? — Abg. Dr. Withalm: Der Bund!*) Ich habe Ihnen doch gesagt, der Bund hat neue Schulen errichtet. (*Abg. Ing. Kunst: Schmücken Sie sich nicht mit Gemeindefedern!*) Wir reden doch über das Bundesbudget. Sie verlangen vom Bund, daß er mehr Sportförderungsmittel zur Verfügung stellt, daß er mehr Turnsäle baut, daß er mehr tut. Ich sage Ihnen, was er mehr getan hat. Das müssen Sie genauso hinnehmen, wie ich Ihren Zwischenruf hinnehme.

Ich habe weiters gefordert, daß die derzeit bestehenden Sportanlagen, ob sie nun vom Bund, den Ländern, Gemeinden oder von den Schulen erhalten werden sollten, allen Interessierten, insbesondere aber den Sportverbänden möglichst kostenlos zugänglich gemacht werden. Lassen Sie sich sagen, was daraus entstanden ist. Es gibt heute keinen Bundesturnsaal, in dem nicht alle Sportvereine, die sich darum bewerben, unterkommen, soweit es nur möglich ist. Wo der Bund diese Turnsäle noch nicht fertiggebaut hat, kann man auch noch nicht turnen. Aber überall dort, wo neue Turnsäle entstanden sind, aber auch schon in den alten, vorher bestandenen Turnsälen, können die Vereine turnen, wenn sie sich darum bewerben. Ich glaube, das ist letzten Endes auch Ihr eigener Wunsch gewesen. Das kann man also sagen.

Es gibt hier ein Problem, und das ist das Problem der Schulwarte. Das Problem der Schulwarte ist ein Sonderproblem. Es ist weder in Wien noch in irgendeinem anderen Bundesland in geeigneter Weise gelöst. Aber Sie können nicht sagen, daß es schlechter ge-

13842

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Ofenböck

worden ist, sondern es ist überall so, daß die Verbände in den Turnsälen Platz finden und daß sie das tun, worum sie sich lange Zeit vergeblich bemüht haben.

Ich darf weiter fortsetzen, und das ist das was ich von einem Bundesland erfahren konnte. In Niederösterreich wurden zwischen 1966 und 1969 16 Turnsäle und Turnzimmer neu errichtet. (*Ruf bei der SPÖ: Vom Bund?*) Und, meine Damen und Herren, 41 Turnsäle und Turnzimmer sind in Bau, es sind die Baugenehmigungen bereits erteilt, mit der Fertigstellung kann je nach Baufortschritt gerechnet werden. (*Abg. Samwald: Das haben doch die Gemeinden gebaut und nicht der Bund.*) Jetzt sagen Sie wieder: Das ist nichts!

Ich kann Ihnen auch sagen, daß es auch in Salzburg ausgezeichnet ist. Dort werden nicht nur Turnsäle, sondern auch in acht Hauptschulgemeinden Schwimmhallen errichtet, die den Hauptschulen zur Verfügung stehen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Ich weiß gar nicht, daß ich jedesmal, wenn ich zum Wort komme und über Sport rede, so einen Wirbel auf der linken Seite entfache. Ich verstehe das einfach nicht, ich begreife das nicht. Manchmal bin ich versucht zu sagen: Sie kennen die Fairneß überhaupt nicht. (*Abg. Steininger: Nein ...*) Sie haben gesagt: Nein! Ich danke für die Antwort. Es ist unglaublich!

Ich habe noch auf etwas vergessen, dazu gehört dieses Problem zweifellos. (*Abg. Machunze, zur SPÖ gewendet: Das zahlt der Bund, meine Herren, nehmen Sie das zur Kenntnis!*) Dazu gehört dieses Problem zweifellos. Ich habe also gesagt, mehr Turnsäle. Zwei Großprojekte des Sports sind im Bereich der Hochschulen in Angriff genommen worden: der Neubau des Instituts für Leibeserziehung, der Bundesanstalt für Leibesübungen und des Universitätsturninstituts in Innsbruck und das Projekt Schmelz in Wien mit Anlagen für dieselben Institutionen mit großer Sporthalle, mit drei Turnsälen, mit einem Schwimmbad, mit Konditionsräumen und Hörsälen, Sportmedizinischer Abteilung und Verwaltungsräumen. Diese Projekte werden im Jahre 1970 begonnen.

Sie werden wieder sagen: Das ist alles nichts! Damit hätte man schon vor 20 Jahren zu bauen beginnen müssen. — Ich höre das, Sie brauchen es mir also gar nicht zu sagen. (*Abg. Steininger: Wenn Sie früher gesprochen hätten, dann hätten die ÖVP-Minister schon früher gespart!*)

Aber lassen Sie mich fortfahren. Folgende Forderung habe ich erhoben: Eine der Grund-

voraussetzungen für die notwendige fachliche Betreuung der Jugendlichen innerhalb der zu schaffenden Sportstätten ist zweifellos der Einsatz von Übungsleitern, Trainern und Sportlehrern. Es wird dies ein besonderes Anliegen sowohl des Bundesministers für Unterricht als auch der zuständigen Organe der Länder sein müssen, die Heranbildung solcher Fachkräfte voranzutreiben.

Nun lassen Sie mich Ihnen sagen, was auf dem Gebiet der Sportlehrausbildung geschehen ist. Auf dem Gebiet der Ausbildung von Turnprofessoren für höhere Schulen ist eine deutliche Besserung eingetreten. Ich kann Ihnen gleich sagen, wieso. Hier wurde erstens eine große Werbeaktion mit den Einführungskursen für zukünftige Studenten für Leibeserziehung in den Jahren 1967, 1968 und 1969 durchgeführt. Durch diese Maßnahmen stieg die Zahl der Erstsemestrigen an den Instituten für Leibeserziehung Wien, Graz, Innsbruck und Salzburg von 132 im Studienjahr 1966/67 auf 267 im Studienjahr 1969/70.

Im Bereich der Hauptschulen und Polytechnischen Lehrgänge wird sich die Einführung des neuen Dienstzweiges der L 2- beziehungsweise der L 3-Lehrer für Leibesübungen günstig auswirken. Sie wissen, daß diese Lehrer keine Maturavorbildung benötigen, daß sie bei der Bundesanstalt für Leibeserziehung als Hauptschüler, wenn sie geeignet sind, wenn sie also Anlagen für den Sportlehrer haben, herangebildet werden können und daß sie dann in allen Pflichtschulen, also in Hauptschulen, bei den Polytechnischen Lehrgängen und erfreulicherweise auch in den Berufsschulen, in denen sie bisher ja nur einen freiwilligen Turnunterricht haben, angestellt werden können. Hier besteht die Möglichkeit, sie als Erzieher anzustellen und sie als Leibeserzieher — derzeit noch auf freiwilliger Basis — heranzuziehen. Hier wird es noch einiges zu erledigen geben.

Ich frage Sie: Sind Sie damit auch nicht zufrieden, daß das geschehen ist, daß dadurch eine wesentliche Entspannung in der Situation der Turnlehrer eingetreten ist?

Ich darf dann weiter fortfahren: Die dritte Möglichkeit, die damals erhobenen Forderungen schon als realisiert darzustellen, war meine Ausführung, die ich zu den Pädagogischen Akademien, zu den Lehrern, die dort eine bessere sportliche Ausbildung erhalten sollen, machte. Ich darf Ihnen zu diesem Problem sagen, daß es notwendig wäre, daß auch die Volksschullehrer, die bisher keinen ausreichenden Turnunterricht erhalten hatten und daher auch nicht gut als Sportlehrer und Leibeserzieher in den Pflichtschulen wirken konnten, Verbesserungen durch Fortbildungs-

Ofenböck

möglichkeiten haben sollen. Die Schaffung einer Abteilung für Lehrerfortbildung an der Bundesanstalt für Leibeserziehung in Wien ermöglicht eine häufigere Erfassung der Pflichtschullehrer im Raume Wien, Niederösterreich und Burgenland. Ähnliche Einrichtungen werden auch in Graz und Innsbruck derzeit angestrebt; mit der Verwirklichung ist in nächster Zeit zu rechnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben darüber hinaus auch Schulversuche vorgenommen, um die Talente in den Schulen, bei den sportbegeisterten jungen Leuten herauszuholen. Es bestehen Schulversuche auf dem Gebiete der Leibeserziehung und des Sportes am Skigymnasium in Stams seit dem Jahre 1967, beim Bundesgymnasium Eisenstadt seit dem Jahre 1968, beim Musisch-pädagogischen Bundesrealgymnasium Wiener Neustadt seit 1968, bei der Bundeserziehungsanstalt Saalfelden seit 1969 und beim Bundesrealgymnasium für Mädchen in Wr. Neustadt ebenfalls seit dem Jahre 1969.

Im Rahmen dieser Schulversuche wird eine sportliche Eliteschulung mit der Allgemein-ausbildung einer höheren Schule äußerst sinnvoll verbunden.

Daneben aber, und das ist etwas, was im Jahre 1966 noch nicht in dem Maße vorhanden war, ja, ich glaube, nicht einmal noch bestanden hat, gibt es Skizüge auch an Hauptschulen. Es gibt solche Skizüge an den Hauptschulen in Dornbirn, in St. Johann im Pongau, in Windischgarsten, in Schladming, in Feistritz an der Drau in Kärnten und die letzte — die Eröffnung wird am Wochenende sein, ich habe eine Einladung dazu bekommen, werde aber nur des Parlaments wegen nicht teilnehmen können — in Lilienfeld.

Meine Damen und Herren! Selbstverständlich müssen wir uns um die Talente nicht nur auf geistigem Gebiet kümmern. Wenn es Kinder gibt, die zwar nur die Hauptschule besuchen können, die aber Fähigkeiten auf anderen Gebieten entwickeln, die zu fördern notwendig sind, weil dieses Österreich auf keines seiner Talente verzichten kann, dann ist es richtig, daß man diesen Kindern in diesen Hauptschulen die normale Hauptschul-ausbildung ermöglicht und ihnen zusätzlich eine ihren Talenten entsprechende Fortbildungsmöglichkeit schafft, die ihnen auch mehr Freude am Leben bringt, wenn sie auch keine höhere Schulbildung genießen können. Ich glaube, daß das sehr sinnvoll ist und daß man den Initiatoren, hier dem Bundesministerium für Unterricht, sehr dankbar sein kann, daß das nicht vergessen worden ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf zu einer weiteren Forderung, die ich damals im Jahre 1966 erhoben habe, kommen. Der damalige Unterrichtsminister Dr. Piffl hat einmal auf einer Pressekonferenz davon gesprochen, daß so wie es notwendig ist, kein Analphabetentum mehr in einem Staat zu haben, es auch so notwendig ist, sich darum zu kümmern, daß es auch keine Nichtschwimmer in einem Lande gibt. Ich darf Ihnen sagen, was auch auf diesem Gebiete an Verbesserungen bei dem Bau von Schwimmbausbildungsstätten in der Zwischenzeit geschehen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! An Bundesschulen wurden seit dem Jahre 1966 vier Hallenbäder neu errichtet, und zwar am Bundesgymnasium für Mädchen in Krems, an der Pädagogischen Akademie in Feldkirch, an der Pädagogischen Akademie in Salzburg und am Musisch-pädagogischen Realgymnasium in Wr. Neustadt, das kurz vor der Vollendung steht. Darüber hinaus — aber nicht nur an Bundesschulen — sind Schwimmhallen in Graz entstanden, in Millstatt, in Zell am See, in Trieben und in Saalbach. Wollen Sie sagen, daß das wieder nichts ist? Wollen Sie sagen, daß damit nicht dem Übel vorgebeugt wird, daß bei uns in manchen Schulen bis zu 50 Prozent Nichtschwimmer sind? In den Pflichtschulen mehr als in den höheren Schulen, wo die Sportausbildung von den Kindern selbst als eine größere Notwendigkeit betrachtet wird. In diesen Schwimmhallen werden die Kinder jene notwendige Ausbildung haben können, weil sie den Schulen ja zur Verfügung stehen.

Ich glaube, das ist eine Leistung, die ebenfalls besonders herausgestrichen werden kann. *(Abg. Haberl: Wer zahlt in Trieben das Bad?)* Ich sage nur, Sie fordern, der Bund muß unterstützen, muß fördern, muß mithelfen. Hier haben überall seine Mittel beigetragen, damit diese Einrichtungen überhaupt entstehen konnten.

Ich selber versuche, im Bereich meiner Wohngemeinde ein Schwimmbad zu bauen. Das könnte ich nie mit Gemeindemitteln allein machen. Ich versuche das natürlich auch mit Bundesmitteln, mit Mitteln des Landes Niederösterreich. Ich bin überzeugt, wenn diese beiden Körperschaften — also Bund und Land — hier mithelfen, wird auch eine kleine Gemeinde imstande sein, ein Bad zu bauen, dessen Kosten — in meinem Fall etwa — nicht mehr als 3 Millionen Schilling erfordern, weil alle Voraussetzungen in einer neuen Schule bereits fixiert sind und dort die Möglichkeiten schon durch die Gemeinde allein geschaffen wurden. Durch diese Vorleistungen kann der Bund zusätzliche Gelder freimachen. Darum ging es. Sie können doch nicht fordern,

Ofenböck

daß der Staat alles allein macht, ohne Mithilfe der Gemeinden, ohne Länder, ohne die Sportverbände. Das ist es. (*Abg. Haberl: Die Hauptlast trägt die Gemeinde!*) Ja, aber Sie können doch nicht fordern, daß der Bund das alles allein tut! Hier geht es doch nur um Förderungskredite, die zusätzlich zur Verfügung zu stellen der Bund bereit sein muß, und was auch hier sehr eindeutig erfolgt ist.

Beim Bau von Bädern habe ich damals vom Abgeordneten Tull einen Zwischenruf bekommen: „Sagen Sie das dem Finanzminister!“ Ja, ich habe mit ihm gesprochen. Und in der Zwischenzeit hat man ja auch sonst noch einiges mehr erfahren. Ich habe letzten Endes auch dem Finanzminister im Jahre 1966 in Hinsicht auf meine Forderung gesagt, er möge auf die Reineinnahmen des Staates verzichten. In der Zwischenzeit hat der Herr Finanzminister, weil sich Österreich jetzt in einer konjunkturell besseren Situation befindet, auch auf diese Einnahmen verzichten können.

Erinnern Sie sich: Als Sie dann ein Jahr später Ihren Antrag eingebracht und wir darüber gesprochen haben, da habe ich gesagt: Ja, ich stimme mit Ihnen überein. Aber nur jetzt, als der Finanzminister neue, zusätzliche Geldeinnahmequellen suchte, konnte er doch nicht gut auf die ihm zustehenden Einnahmen aus dem Sporttotogesetz verzichten. Jetzt — der Meinung bin auch ich — kann er verzichten. Ich war daher wieder dort, und wir kriegen das Geld. Wir werden, wie ich glaube, in eineinhalb Wochen auch darüber berichten.

Ich habe im Jahre 1966 die Mittel gefordert. Das weiß auch der Kollege Haberl, der sich darauf auch bezogen hat, als er seinen Antrag eingebracht hat. Das sind die Erfolge, die eingetreten sind. Sie können noch so oft sagen, daß nichts geschehen ist, die Wirklichkeit sieht anders aus. (*Abg. Libal: Viel schlimmer noch!*)

Lassen Sie mich da doch ... (*Abg. Libal: Wie bauen Sie mit 3 Millionen Schilling ein Hallenbad? Das müssen Sie uns noch vorrechnen! Da kommt nicht einmal ein Freibad heraus!*) Oh ja! Einen guten Architekten finden, bei diesen Voraussetzungen, in einem Schulbau für eine fünfklassige Schule, wo eine größere Heizanlage, ein größerer Tank für Öl bereits drinnen ist, was in Niederösterreich auch vom Schulbaufonds finanziert wird — das ist nicht in allen Bundesländern so —, dann sind die restlichen Kosten für dieses Bad nur mehr 3 Millionen Schilling. Man muß halt versuchen, sich nach den Möglichkeiten zu richten. Niemand schenkt Ihnen etwas, natürlich nicht.

Ich darf Ihnen dann noch sagen, daß ich im Jahre 1966 auch über Probleme der nieder-

österreichischen Fußballvereine gesprochen habe. Damals habe ich die Forderung erhoben, man müßte sich halt darum kümmern, daß diesen Fußballvereinen, die damals 360 Sportplätze hatten, davon aber 100 ohne Umkleidemöglichkeit waren, geholfen wird.

Und nun habe ich mir vom niederösterreichischen Fußballverband ein Ergebnis der jetzigen Bestandaufnahme geben lassen. Dazu darf ich sagen, daß es jetzt nicht nur mehr Sportplätze gibt, sondern es gibt auch weniger Sportplätze ohne Umkleidemöglichkeit. (*Abg. Steininger: So kommen wir nicht bis 9 Uhr zum Fußballspiel heim!*) Ja, da hätte Kollege Lanc reden sollen, er hätte es vielleicht kürzer gemacht. Hier wurden also sehr große Voraussetzungen erfüllt. Ich darf annehmen, daß Sie damit einverstanden sind.

Weil der Kollege glaubt, es sollte schon Schluß sein, werde ich versuchen, mich kürzer zu halten, damit wir heute noch zu einem Ende kommen können.

Kollege Tull hat am 27. November hier in der Generaldebatte den Vorwurf erhoben, bei der Flugsportförderung habe das Bundesministerium für Unterricht der UNION erheblich mehr Mittel zur Verfügung gestellt — er sprach von 2 Millionen Schilling an die UNION —, während der ASKO nur 310.000 S erhalten habe. Er beklagte da eine Parteilichkeit seitens des Unterrichtsressorts bei der Vergabe von Förderungsmitteln. Ich darf Ihnen aber sagen, er ist völlig auf dem Holzweg. Ich werde Ihnen gleich beweisen, warum.

Die Turn- und Sportunion hat in Aigen einen Flugplatz gehabt. Das Bundesheer hat diesen Flugplatz übernommen und hat dafür vereinbarungsgemäß für die UNION, die von dem Flugplatz ausziehen mußte, in Niederösterreich neue Möglichkeiten schaffen müssen. Um dort einen neuen Flugplatz zu bauen, wurde im Einvernehmen mit allen Verbänden, die hier einvernehmliche Entschlüsse fassen — sie wurden auch in diesem Fall einvernehmlich gefaßt, es hat für den ASKO Oberregierungsrat Dr. Heschke dieser Vereinbarung zugestimmt —, ein höherer Betrag für die UNION wegen des Delogierens in Aigen zur Verfügung gestellt. Niemand hat dagegen opponiert, weil es eine einvernehmliche Lösung war. Der UNION mußte geholfen werden, weil sie auf einmal ohne Flugplatz dastand, und ein Segelflieger ohne Flugplatz kann seine Möglichkeiten nicht wahrnehmen. Damals hat man also diese Lösung gefunden. Ich kann mir nicht vorstellen, wieso Dr. Tull darin eine Bevorzugung der Österreichischen Turn- und Sportunion sieht. (*Abg. Fröhbauer: Das war nicht nur in Aigen!*) Das

Ofenböck

war der Betrag für Aigen, etwas anderes hat es nicht gegeben.

Ich muß Ihnen überhaupt sagen: Es gibt beim Aeroklub mit den Verbänden keine Einzelentscheidungen eines Verbandes, sondern es werden unter der Oberaufsicht des Aeroklubs mit den Fachverbänden, die hier zusammenwirken, einvernehmliche Lösungen erzielt. Genau das war die einvernehmliche Lösung, gegen die Tull jetzt auf einmal opponiert hat; etwas, was nicht berechtigt ist und was also auch nicht stimmt. Ich will das in aller Form richtigstellen.

Zum Problem der Fußballvereine muß ich überhaupt sagen, sie stehen vereinzelt in einem schlechten Ruf. Viel zu Unrecht, denn vielfach sind auf dem breiten Land gerade diese Vereine die einzigen Kulturträger, die es in einem Ort an sich überhaupt gibt. Man beachtet das viel zu wenig. Ich möchte Ihnen sagen, was mir der Fußballbund in Niederösterreich dazu sagen konnte.

In Niederösterreich bestehen insgesamt 584 Nachwuchsmannschaften; darüber hinaus noch 232 Schul-Fußballmannschaften, insgesamt gibt es 1600 Mannschaften in Niederösterreich. Mit den Meisterschaft spielenden Klubs sind es rund 40.000 Aktive. Ich muß sagen, das ist eine Bewegung, die sich bis in die letzten Täler dieses Bundeslandes erstreckt und die ganz hervorragend ist. (*Abg. Haberl: Verstehen Sie jetzt, wieso wir für die Verbände waren?*) Ja, aber hier glaube ich nicht einmal, daß Sie das wollten. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Nicht hier. Denn Sie wollen ja die Fachverbände fördern, zu denen der Fußballbund gehört, der aber aus dem Sportoto 38 Prozent bekommt. Deswegen die Änderungsanträge von uns. Das ist ja der Unterschied. Sie wollten das nur den Fachverbänden geben, wobei der Fußballverband natürlich nach dem Totoschlüssel auch 38 Prozent für sich in Anspruch nehmen konnte. Da hätten die Fachverbände diesen kleinen Prozentsatz der anderen 38 bekommen müssen. Dagegen waren wir.

Was den Vereinen an sich vorschwebt, ist die notwendige Pflege der Gemeinschaft, die wir ja sonst kaum mehr irgendwoanders erleben. Das ist auch eine notwendige Maßnahme, die dort getroffen wird, gegen den Egoismus, der überall dort Platz greift, wo es den Menschen besser geht; überall dort gibt es diesen Egoismus. Diese Vereine bemühen sich, ihn zu bekämpfen, sie holen die Leute zusammen und verlangen von ihnen Leistungen, echte Leistungen für die Gemeinschaft. Wenn der Bursch am Sonntag diese Leistung nicht erbringt, muß er beim nächsten Mal zu Hause bleiben, und es spielt ein

anderer in der Mannschaft. Es ist ein guter, gesunder Konkurrenzkampf bei den jungen Leuten, den man wo anders kaum mehr in diesem Ausmaß erleben kann.

Seinerzeit wurde die Beschwerde erhoben, es werde der Skisport zu wenig gefördert. Nun, was hat sich im Skisport ergeben? Damals mußte ich sagen: Es wäre doch nicht notwendig, daß der Präsident des Österreichischen Skiverbandes betteln geht, damit er die Mittel für die damaligen Weltmeisterschaften aufbringt.

Wir haben jetzt im Budget seit dem Jahre 1966 eine Million Schilling, die nur dem Österreichischen Skiverband zugeführt wird. Das hat es früher im Budget nicht gegeben. Seit 1966 wird eine eigene Budgetpost nur für den Österreichischen Skiverband fixiert. Diese Budgetpost fließt ihm zu; über diesen Betrag hinaus werden auch die Mittel des Sportotos zugeführt. Ich glaube, daß das auch notwendig ist, denn wir brauchen diese Förderung aus einem verständlichen Grund. Der Skisport ist es, der uns Österreichern am meisten im Ausland einzubringen vermochte. Wir müssen uns darum bemühen, daß diese Förderungsbereitschaft nicht nachläßt, daß wir nicht in die Lage kommen, ein nicht mehr führendes Sportland auf diesem Gebiet zu sein.

In der Zwischenzeit sind auch auf anderen Gebieten Leistungen erbracht worden, die international Anerkennung gefunden haben. Damals, 1966, mußte ich sagen: Es hat sonst keine Olympia-Medaillen gegeben außer im Skisport. Wir müßten viel mehr größere Vorbilder im Sport hervorbringen, damit die jungen Leute nacheifern, damit sie das tun, was die Vorbilder tun. Und ich sage Ihnen: In der Zwischenzeit hat es in Mexiko vier olympische Medaillen gegeben, es ist eine Österreicherin Europa- und Weltmeisterin im Frauenfünfkampf geworden, wir haben die Beste im Hochsprung beim Erdteilkampf Europa gegen Amerika gestellt, wir haben im Europameisterschaftskampf der Leichtathleten in Athen die Zweite im 400-Meter-Lauf gestellt. Das sind jetzt auf einmal auch auf anderen als dem skisportlichen Gebiet Leistungen, die anerkannt werden und die auch unsere jungen Leute, die Kinder, wieder anspornen, es ihnen nachzutun. Sie werden auf einmal aufmerksam, daß sie sportlich leistungsfähig sein könnten, wenn sie diesen Vorbildern nacheifern.

Ich habe auch gesagt, man sollte diese Spitzenathleten mit Lehraufträgen versehen, damit sie vor der Jugend wirksam werden können. Auch das tut man. (*Abg. Dr. Gorbach: Ofenböck, der Schiedsrichter wird bald*

13846

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Ofenböck

abpfeifen! — *Heiterkeit.*) Ich darf Ihnen sagen, daß wir Lehraufträge für Olympioniken oder österreichische Spitzenathleten ausgegeben haben. Liese Prokopp als Leichtathletin hat so einen Lehrauftrag. Die Kanuten Steindl und Müllneritsch haben Lehraufträge. Der Professor Rudolf Klaban, der 800-Meter-Meister, hat einen Lehrauftrag. Der Leichtathlet Volker Tulzer hat einen Lehrauftrag. Der ehemalige Europameister im Kunst- und Turmspringen Kurt Mrkwitzka hat einen Lehrauftrag. Herbert Janko, der Hochsprungmeister Österreichs, hat einen Lehrauftrag. Damit werden wir das erreichen, was ich vorhin angedeutet habe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme jetzt tatsächlich Rücksicht (*Abg. Heinz: Also das Spiel wird abgebrochen!*) und sage Ihnen nichts mehr Interessantes (*Abg. Fröhbauer: Kommt nichts Interessantes mehr vor?*) Oh ja. Dann tu' ich also weiter. (*Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren! Ich erlaube mir, nur noch darauf hinzuweisen, was meine Partei selbst an einem Sportprogramm im April dieses Jahres der Öffentlichkeit vorgelegt hat, und ich verweise darauf, was von diesem Sportprogramm auch schon erfüllt ist. Wir sind ein bißchen früher zu diesem Programm gekommen. Der Parteivorsitzende Dr. Kreisky hat jetzt vor kurzem, ich glaube Anfang oder Mitte November, der Öffentlichkeit ebenfalls ein Sportprogramm vorgestellt. Wir haben schon im April 1969 ein solches Sportprogramm aus dem schon in den vierziger Jahren vorhandenen Grundsätzen im Sportprogramm des Unterrichtsressorts weiterentwickelt. (*Abg. Steininger: In den vierziger Jahren?*) In den vierziger Jahren, ja! Sie kommen ja erst im Jahr 1969 darauf, daß Sie für den Sport etwas tun sollen. (*Abg. Weikhart: Während der Nazizeit in den vierziger Jahren, bei der HJ!*) Aber nein! 1948, 1949 hat man sich im Unterrichtsressort Gedanken darüber gemacht, was man ... (*Abg. Libal: Das sind ja die fünfziger Jahre!*) Aber nein! 1948, 1949, sind das nicht die vierziger Jahre? So war es doch.

Aber lassen Sie mich sagen: Die ÖVP hat unter Punkt 2 die Verabschiedung eines Bundessportförderungsgesetzes gefordert. Wir werden nächste Woche darüber entscheiden. (*Abg. Horejs: Aber geschehen ist nichts, Herr Ofenböck!*) Aber die Verabschiedung dieses Gesetzes ist doch eine Kernfrage! Auch im Programm der SPÖ wird diese Forderung erhoben, aber zu spät, weil sie bei Ihnen bis jetzt nur diskutiert wurde. Der Lanc hätte vor mir reden sollen, dann hätte er vielleicht Erfolg einheimsen können.

Wir haben weiters die gesetzliche Fundierung der Bundesanstalten für Leibeserziehung in Wien, Graz, Innsbruck und Salzburg gefordert. Dies geschieht mit diesem Gesetz. Wir haben mit diesem Gesetz die Möglichkeit, eine Legalisierung herbeizuführen, wahrgenommen.

Wir haben eine Förderung der sportärztlichen Betreuung durch Errichtung sportmedizinischer Institute gefordert. (*Abg. Horejs: Gefordert, ja!*) Meine Damen und Herren! Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß vor kurzem eine Enquete beschlossen hat, dieses Institut wahrscheinlich noch im Dezember in die Wirklichkeit umzusetzen. Sie werden also im Dezember dieses sportmedizinische Institut haben, weil sich die Bundesministerien für soziale Verwaltung und Unterricht dieses Problems einvernehmlich angenommen haben. Es ist sehr dankenswert, daß das geschieht.

Ich habe in dem ÖVP-Programm, das ja letzten Endes unter meinem Vorsitz entstanden ist, den Ausbau von Forschungszentren zur Förderung der Sportwissenschaft gefordert. Lassen Sie mich sagen: Zwei Lehrkanzeln der Sportwissenschaft sind in der Zwischenzeit gegründet worden, eine in Wien und eine in Innsbruck. Sie finden also auch hier, daß dieses Programm in der Beziehung bereits erfüllt ist, wenn wir auch noch mehr Kanzeln haben wollen. Das war eine einvernehmliche Zusammenarbeit. Was wir wollen, geschieht auch letzten Endes. Das ist ein Beweis dafür.

Lassen Sie mich noch einen Punkt behandeln, die Förderung der sportlich begabten und interessierten Jugend. Da habe ich ja schon gesagt, daß wir Skigymnasien und Skizüge an Hauptschulen haben, wo der Jugend, die neben ihrer geistigen Beschäftigung auch zu einer einem besonderen Talent entsprechenden körperlichen Ausbildung geführt wird, Möglichkeiten offen stehen.

Nun, meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. (*Abg. Weikhart: Schlechte Kondition heute!*) Oh nein!

Lassen Sie mich nur sagen: Ich glaube, daß die österreichische Bevölkerung mit gutem Recht feststellen kann, daß im Sport in diesen drei Jahren der ÖVP-Alleinregierung mehr geschehen ist als jemals zuvor. (*Abg. Horejs: Kein Verdienst der ÖVP!*) Ich habe das anerkannt. Ich habe nicht gesagt, daß das nur meine Partei allein gemacht hat. Ich habe auch nicht gesagt, daß das nur das Unterrichtsministerium war, sondern daß wir hier weitgehend Einvernehmen erzielt haben, wie das auch bei den zwei Gesetzen in der kommenden Woche zum Ausdruck kommen wird. Das habe ich ja gar nicht in Abrede gestellt. Ich habe nur gesagt: Den Ton habe

Ofenböck

ich angegeben, und Sie haben nachher mitgesungen. Und daß der ganze Akkord gut klingt, ist ein Gemeinschaftswerk, da will ich also gar nichts sagen. (*Abg. Libal: Nur haben Sie ein bißchen falsch gesungen! — Abg. Weikhart: Nun ist er Sänger auch geworden!*) Natürlich, bin ich, Sie können in meinem Kirchenchor, bei dem ich noch Leiter bin, gerne mitsingen. Aber singen können müssen Sie! (*Abg. Weikhart: Den Chor möchte ich nicht hören, wenn der so eine Stimme hat wie Sie!*)

Lassen Sie mich sagen: Die österreichische Bevölkerung wird mit Genugtuung festgestellt haben, was die Regierungspartei, diese Mehrheitspartei auf dem Gebiet geleistet hat. Da können Sie querblasen so viel Sie wollen, das wird nicht ankommen, weil die echten Leistungen in den neuen Turnsälen, in den neuen Schwimmbädern erkennbar sind, und ich darf sicher sein, daß wir auch in Zukunft nicht ... (*Abg. Weikhart: Herr Kollege! Hat der Kirchenchor auch Leiberln? Welche Dreß hat er denn?*) Nun, wir könnten einmal ein Wettspiel machen, wenn Sie bei einem Kirchenchor singen; aber das traue ich Ihnen nicht zu. (*Abg. Weikhart: Da muß ich Ihnen jetzt recht geben!*) Eben.

Ich darf also abschließend nur sagen: Ich bin froh, daß diese Aktivitäten gesetzt worden sind, ich bin Ihnen dankbar, daß Sie vielfach mitgegangen sind, und die österreichische Bevölkerung wird letzten Endes auch wissen, wem sie das Vertrauen auf diesem Gebiet auch in Zukunft schenken kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Heinz. Ich erteile es ihm.

Abg. Heinz (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir wollen es etwas kürzer machen, aber wir wollen doch die heutige Debatte zum Kapitel Unterricht zum Anlaß nehmen, die Aufmerksamkeit dieses Hohen Hauses sowie jene des neuen Unterrichtsministers auf spezielle Vorarlberger Schulprobleme zu lenken.

Wenn man von Vorarlberg spricht, denkt man in erster Linie an den Fleiß der Bevölkerung dieses Landes und an seine wirtschaftliche Tüchtigkeit. Leider sind trotz der beachtlichen wirtschaftlichen Leistungen Vorarlbergs die heute hier zur Debatte stehenden Fragen im Lande zu kurz gekommen, nicht zuletzt deshalb, weil die Vorarlberger vielfach eine längere Arbeitszeit einer längeren schulischen Ausbildung vorgezogen haben.

Im Land herrscht die Ansicht: Langes Lernen kostet viel Geld, früh und lang arbei-

ten bringt Geld. Unter diesem Zeichen standen heuer auch die beiden Volksbegehren im Lande.

Bei dieser Einstellung droht allerdings Vorarlberg in Sachen Schule und Bildung eine Schlußlichtposition. Nur 12 Prozent aller Kinder absolvieren in Vorarlberg eine höhere Schule, im österreichischen Durchschnitt sind dies immerhin 17 bis 18 Prozent, in den skandinavischen Ländern über 20 Prozent und in den Vereinigten Staaten von Amerika sogar 70 Prozent.

Die Auffassung, daß sich Bildung auch wirtschaftlich auswirkt, hat sich in Vorarlberg sehr spät, in manchen Bevölkerungskreisen noch gar nicht durchgesetzt. Es müssen deshalb nun doppelte Anstrengungen unternommen werden, soll das Versäumte nachgeholt werden. Als Sozialisten meinen wir, daß Bildung nicht nur wirtschaftliche Aspekte haben soll. Für uns sind Bildung und Erziehung die wesentlichen Elemente, welche die Selbstverwirklichung des Menschen erst möglich machen.

Wie stellt sich nun in Vorarlberg die Situation auf dem Gebiete der Bildung und Erziehung dar? Ich möchte nach dem Bildungsgang chronologisch geordnet zuerst bei den Kindergärten beginnen. Ende 1967 gab es in Vorarlberg in 37 Gemeinden des Landes 74 Kindergärten. Bedenkt man, daß Vorarlberg aus 96 Gemeinden besteht, dann haben nur knapp 40 Prozent einen Kindergarten. Aber auch in diesen können infolge Überfüllung nicht alle Kinder aufgenommen werden. In anderen Ländern, zum Beispiel in Frankreich, England und in den Vereinigten Staaten von Amerika sind die Kindergärten in das Schulwesen eingebaut. Dort besucht jedes Kind vom fünften bis zum sechsten Lebensjahr als Vorstufe zur Volksschule einen Kindergarten. Der Kindergarten ist in diesen Ländern sozusagen das vorangestellte zehnte Schuljahr. In Vorarlberg hingegen hat kaum die Hälfte aller im Kindergartenalter Befindlichen die Möglichkeit, einen Kindergarten zu besuchen.

Auf dem Gebiete der Pflichtschulen gab es in Vorarlberg im Schuljahr 1967/68 186 Volksschulen in 95 Gemeinden, 31 Hauptschulen in 23 Gemeinden, 18 Polytechnische Lehrgänge mit 37 Klassen und 7 Sonderschulen. Von den 186 Volksschulen werden 56 einklassig geführt. Kein anderes Bundesland in Österreich hat einen so hohen Prozentsatz einklassiger Schulen. Es sind bei uns zirka 30 Prozent. In Salzburg sind es zum Beispiel nur 12 Prozent. Hier müßte das Ziel die vollorganisierte vierklassige Volksschulunterstufe sein. Wo dies infolge der Kleinheit eines Schulsprengels nicht möglich ist, müßte man die Kinder mehrerer Ortschaften oder

13848

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Heinz

Ortsteile in Schwerpunktschulen zusammenfassen und sie mit Schulbussen dorthin bringen. Vom Bund wird erwartet, daß er für die Anschaffung und den Betrieb dieser Schulbusse entsprechende Zuschüsse gewährt. Derzeit gibt es in Vorarlberg nur an 3 Prozent aller Volksschulen eine vollorganisierte vierklassige Unterstufe. Im österreichischen Durchschnitt dagegen sind es 19 Prozent. Vorarlberg hat in 54 Prozent aller Volksschulen nur ein, zwei oder drei Klassen. Lediglich in 46 Prozent befinden sich vier oder mehr Klassen.

Die hohen Geburtenzahlen in Vorarlberg bringen auch steigende Schülerzahlen. Die Folge davon sind Schulraumnot und Lehrermangel. In 831 Volksschulklassen unterrichteten 797 Lehrer. Das bedeutet an vielen Volksschulen Fach- oder Wechselunterricht. Neben dem Lehrermangel führt auch der Raumangel zu Schwierigkeiten. In Vorarlberg entfielen auf einen Volksschullehrer 35 Schüler, das ist die höchste Quote in ganz Österreich.

Von den 31 Hauptschulen in Vorarlberg führten im Schuljahr 1967/68 nur 17 einen zweiten Klassenzug. Der Ausbau der zweiten Klassenzüge an den Vorarlberger Hauptschulen muß daher verstärkt werden, damit nicht die theoretisch weniger begabten Schüler gegenüber ihren begabteren Kollegen diskriminiert werden. Erhebungen der Schulverwaltung zeigen ferner, daß rund ein Drittel aller Schüler, welche die Eignung zum Besuch eines ersten Klassenzuges hätten, nicht von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, sondern an der Volksschule verbleiben. Der Hauptgrund dafür ist die zu weite Entfernung von der nächsten Hauptschule.

Auch bei den Hauptschulen zeigt sich in Vorarlberg ein verschärfter Lehrermangel. Während in Wien 20 und in Salzburg 23 Schüler auf einen Hauptschullehrer entfallen, sind es in Vorarlberg 28.

Auf dem Gebiet des neunten Schuljahres wurden in Vorarlberg im Schuljahr 1967/68 18 Polytechnische Lehrgänge mit 37 Klassen verzeichnet. Der stärkste Polytechnische Lehrgang befand sich in Bregenz mit sieben Klassen und über 200 Schülern aus 17 Gemeinden. Diese Größe erwies sich als ideal, weil so eine Trennung nach verschiedenen Gesichtspunkten durchgeführt werden kann. Eine Anpassung der Lehrpläne für eine bessere praktische Vorbereitung auf das Berufsleben ist allerdings Voraussetzung für einen Weiterbestand des neunten Schuljahres in der jetzigen Form. Schon regen sich Kräfte im Lande, die auf eine Abänderung der Bestim-

mungen über den Besuch des Polytechnischen Lehrganges hinzielen. So wird zum Beispiel von der Sektion Gewerbe in der Vorarlberger Handelskammer angeregt, daß jene Jugendlichen, die bei Erreichung des 14. Lebensjahres schon wissen, welchen Beruf sie erlernen wollen, die Möglichkeit haben müßten, die Lehre sofort anzutreten, wodurch sie vom Besuch des Polytechnischen Lehrganges befreit wären. Eine solche Befreiung vom Polytechnischen Lehrgang würde nach Meinung der Vorarlberger Gewerbetreibenden der Sogwirkung zugunsten des Mittel- und Hochschulstudiums entgegentreten und sich positiv auf die Heranbildung qualifizierter Fachkräfte für die gewerbliche Wirtschaft auswirken. Wohl weist Vorarlberg unter den österreichischen Bundesländern den höchsten Prozentsatz an ausländischen Arbeitskräften aus. Doch sind diese vielfach ungelernt und in Wirtschaftszweigen, an welche höchste Qualitätsansprüche gestellt werden, nicht ohne weiteres verwendbar. Dabei liegt Vorarlberg auch hinsichtlich der allgemeinbildenden höheren Schulen unter dem österreichischen Durchschnitt. Bei einem Bevölkerungsanteil von nur 3,8 Prozent beträgt der Schüleranteil an den allgemeinbildenden höheren Schulen nur 3,4 Prozent.

Noch schlechter ist die Relation bei den Maturanten. Laut Schulstatistik erreichten von den Jugendlichen der ersten Volksschulklasse des Schuljahres 1953/54 in Vorarlberg nur 4,5 Prozent die Matura einer allgemeinbildenden höheren Schule, im Bundesdurchschnitt dagegen waren es 8,1 Prozent und in Wien sogar 18,5 Prozent. Dies ist vor allem auf die geringe Zahl weiblicher Studierender zurückzuführen. Nur 29 Prozent aller höheren Schüler in Vorarlberg waren im Schuljahr 1967/68 Mädchen, in Wien dagegen waren es über 46 Prozent. Der Ausbau der allgemeinbildenden höheren Schulwesens ist deshalb dringend notwendig, soll Vorarlberg nicht weiter hinter den anderen Bundesländern zurückbleiben. Und zwar sollen einerseits die schon bestehenden Lehranstalten durch Neubauten vergrößert werden, andererseits sollen überhaupt neue Schulen errichtet werden.

In diesem Zusammenhang muß neuerdings die Forderung nach dem Bau beziehungsweise Ausbau von Schülerheimen in Vorarlberg erhoben werden. Auch auf dem Gebiete des berufsbildenden mittleren und höheren Schulwesens sind noch verschiedene Wünsche offen. Nicht zuletzt sei hier an die Berufstätigen gedacht, für die in Vorarlberg eine Abendgewerbeschule, ein Abendtechnikum und eine Abendhandelsakademie eingerichtet werden sollte.

Heinz

Ich will Sie heute nicht mit jenen Wünschen belasten, die im Lande da und dort auftauchen und die nach dem Ausbau des allgemeinbildenden und berufsbildenden höheren Schulwesens die Errichtung einer Hochschule oder einzelner Fakultäten, verbunden mit verschiedenen Forschungsinstituten, verlangen.

So wird zum Beispiel in Anbetracht der Wirtschaftsstruktur Vorarlbergs die Schaffung einer Textilhochschule samt Forschungszentrum vorgeschlagen. Eine solche Textilhochschule wäre dabei ohne Zweifel ein Novum für den mitteleuropäischen Raum. Bis zur Verwirklichung einer solchen Hochschule in Vorarlberg werden aber noch etliche Jahre vergehen. Bis dahin gilt es, die heute hier vorgebrachten Schulwünsche zu verwirklichen.

Was wir in den nächsten Jahren in Vorarlberg auf dem Schulsektor vom Bund brauchen, ist:

1. Mehr Lehrkräfte. In den nächsten Jahren werden in unserem Lande mehrere hundert Lehrkräfte fehlen.
2. Eine bessere Bezahlung dieser Lehrkräfte. Damit soll verhindert werden, daß sie in das nahe Ausland abwandern, wo sie das Doppelte verdienen.
3. Genügend Wohnungen für die Lehrer.
4. Der notwendige Schulraum, damit wir den Rückstand, den ich hier aufgezeigt habe, möglichst bald aufholen können.

Meine Damen und Herren! Ich bin mir der großen Probleme, die mit einer Reform des österreichischen Schulwesens verbunden sind und die heute in so ausgiebiger Form hier diskutiert wurden, voll und ganz bewußt. Aber vergessen wir über den großen Schulproblemen nicht die Sorgen und Nöte eines kleinen Bundeslandes. Helfen Sie uns bei der Lösung der Schulprobleme vor dem Arlberg. Wir können sie nur mit Hilfe des Bundes lösen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Lanc. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Lanc** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Altkanzler! Der Kollege Ofenböck hat sich heute darüber beschwert, daß ich wieder einmal nicht vor ihm gesprochen habe. Er soll sich deswegen nicht kränken; das geschah keineswegs in unsportlicher, unfairer Absicht. Ich habe nicht gewußt, daß er schon so zeitig die Nerven verliert und sich durch seinen Klubordner zu Wort melden läßt. *(Abg. Dr. Gorbach: Sie standen abseits!)* Herr Altkanzler! Dafür kann ich nichts. Abseits mag stimmen, aber ich saß. Ich stand nicht!

Der Herr Abgeordnete Ofenböck hat heute die Bilanzwütigkeit seiner Fraktion hier im Hause um eine etwas skurrile Bilanz oder um einen etwas skurrilen Bilanzversuch erweitert. Sein Klubobmann und Generalsekretär hat sozusagen zur Einbegleitung der heurigen Budgetdebatte eine Vierjahresbilanz der Regierung zu ziehen versucht. Das war immerhin noch verständlich *(Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Tschida)*, aber weshalb sich heute der Herr Kollege Ofenböck unbedingt bemüht gefühlt hat, die relativ magere Bilanz seiner Wortmeldungen in diesen vier Jahren hier im Hause zu ziehen, das verstehe ich nicht ganz. Aber ich will nicht unsportlich werden *(Zwischenruf des Abg. Nimmervoll)* und daher dieses Thema nicht weiter behandeln.

Die Ausführungen des Herrn Kollegen Ofenböck standen heute so ungefähr unter der Devise: Ofenböck im Parlament, das war der Erste, der Beste für den Sport! Ich möchte, um nicht einen sportlichen Vergleich fortzusetzen, absichtlich nicht sagen: der Größte. Das könnte mir sonst als mangelnde Fairneß ausgelegt werden. *(Abg. Nimmervoll: Das kann passieren!)* Denn der, der durch diesen ins Deutsche übersetzten englischen Ausspruch berühmt wurde, hat ja auch noch andere Bezeichnungen in der Sportöffentlichkeit erfahren. Ich möchte selbstverständlich den Kollegen Ofenböck nicht in die Nähe einer solchen Bezeichnung gerückt wissen.

Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Ofenböck ist dann in seiner Rede *(Abg. Ofenböck: Daß Sie sich so mit mir beschäftigen wollen, wundert mich!)* dazu übergegangen, für seine Fraktion nachweisen zu wollen — und ich nehme an, daß er das, was er hier gesagt hat, jederzeit nachweisen kann —, daß im Verlaufe der nunmehr fast vierjährigen ÖVP-Alleinregierung in Österreich höhere Prozentsätze in den Voranschlägen und Rechnungsabschlüssen der österreichischen Bundesländer und Gemeindehaushalte für Sportzwecke aufscheinen, als das in der Zeit vor dem Jahre 1966 der Fall gewesen ist.

Meine Damen und Herren! Das mag durchaus stimmen. Ich habe es nicht nachgeprüft. Der Kollege Ofenböck selbst hat erklärt, daß eine genaue Feststellung dieser Ziffern sehr schwer ist. Aber es steht ganz außer Zweifel, daß es sich hier um ein Verdienst der in voller Autonomie von den Körperschaften, den Landtagen und den Gemeindevertretungen beschlossenen Landes- und Gemeindebudgets handelt, für die politisch die jeweilige Mehrheit in der Landes- beziehungsweise Gemeindeverwaltung verantwortlich und zu-

13850

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 3. Dezember 1969

Lanc

ständig ist, die das für sich in Anspruch nehmen kann. Aber die Bundesregierung, die ÖVP-Fraktion in diesem Hause kann keinesfalls für sich in Anspruch nehmen, daß das, was an Mehraufwand die Gemeinden und Länder in den letzten vier Jahren für den Sport geleistet haben, ein Verdienst des Bundes ist. Das ist einzig und allein die Leistung der Länder und Gemeinden, die in diesen höheren Sportaufwandsanteilen an ihren Budgets in den letzten Jahren zum Ausdruck kommt.

Ich sage das keineswegs in der Absicht, etwa die Bemühungen einzelner ÖVP-Mandatare oder des Kollegen Ofenböck um eine Besserung der Sportsituation im Bundesbudget herabzusetzen, sondern nur, um die Dinge an jenen Platz zu rücken, wo sie hingehören.

Meine Damen und Herren! Der Kollege Ofenböck hat uns auch hier eröffnet, daß sozusagen durch sein Auftreten für Sportbelange im Parlament ab dem Jahre 1966 der Sport in der österreichischen Öffentlichkeit gewissermaßen gesellschaftsfähig geworden ist. Ich glaube, das ist doch eine kleine Übertreibung. Auch die Sportfunktionäre, die sich schon vor dem Jahre 1966 mit Recht gesellschaftsfähig gefühlt haben (*Abg. Ofenböck: Sie unterschreiben mir, was ich nicht gesagt habe!*), werden nicht ganz der Auffassung des Kollegen Ofenböck sein. Ich gebe aber gerne zu, daß der Kollege Ofenböck das vielleicht nicht so gemeint hat, wie er es gesagt hat. Immerhin, er hat es so gesagt!

Ich glaube, daß es auch in seinem Interesse ist, wenn man hier die Proportionen wieder in jenes Verhältnis zueinander rückt, in das sie gehören. (*Abg. Ofenböck: Sie unterstellen mir, was ich nicht gesagt habe!*) Sie können es ja nachher im Protokoll nachlesen, Herr Kollege! Ich habe jetzt sogar versucht, von dieser etwas mißverständlichen Erklärung abzugehen (*Abg. Ofenböck: Das ist unser gemeinsames Werk!*), diesen kleinen lapsus linguae sozusagen in voller Kollegialität so zu deuten, wie er sicherlich gemeint gewesen ist.

Der Sprecher der Regierungsfraktion hier im Haus hat auch die Tatsache, daß in der Regierungserklärung des Alleinkabinetts Klaus I zum ersten Mal die Probleme des Sports als wesentlich herausgestellt worden sind, zum Anlaß genommen, um daran die Feststellung zu knüpfen, daß diese Regierung seit 1966 so viel für den Sport getan hätte wie keine Regierung zuvor.

Herr Kollege Ofenböck! Sie haben dabei nur eines vergessen: daß nämlich zwischen Versprechungen dieser Regierung in ihrer Regierungserklärung nicht nur zum Thema

Sport, sondern auch zu anderen Themenkreisen, und dem Einhalten dieser Versprechungen schon bei der Behandlung mehrerer Budgetkapitel in den bisherigen Budgetdebatten sehr eindeutig in dem Sinne Stellung genommen worden ist und nachgewiesen worden ist, daß die in der Regierungserklärung gegebenen Versprechungen nicht gehalten worden sind. Leider, muß ich sagen, verhält es sich auch beim Sport so. Meine Damen und Herren! Das, was dem Sport, seiner freien Organisation in Österreich in den Dach- und Fachverbänden an Sportförderungsmitteln direkt zugutekommt, scheint im Budget 1970 in einem Umfang auf, der, gemessen am Budget, niedriger ist, als es die Sportförderungsbudgets der soviel gelästerten Koalitionssjahre gewesen sind, oder, mit anderen Worten: Die Ausweitung des finanzgesetzlichen Ansatzes für Sportförderung in den Jahren dieser ÖVP-Alleinregierung ist in einem geringeren Ausmaße gewachsen, als das Gesamtbudget und damit die Gesamtausgaben des Bundes gewachsen sind. Oder, wenn Sie es anders sagen wollen: Der Anteil der Sportförderungsmittel am Gesamtaufwand des Bundes ist in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung zurückgegangen, und das, was ausgeweitet wurde, das betrifft die sogenannte homesport-Finanzierung des Bundes, also jene Aufwendungen, die solchen Instituten und Institutionen zugutekommen, die vom Bund direkt verwaltet werden, die also in unmittelbarem Interesse der Sportbürokratie des Bundesministeriums für Unterricht liegen.

Ich will durchaus nicht behaupten, daß nicht ein Gutteil, von mir aus auch der größte Teil dieser Aufwendungen durchaus notwendig ist, da sie bis zu einem gewissen Grad auch indirekt den Sportverbänden, sowohl den Dach- als auch den Fachverbänden zugutekommen. Aber man kann nicht sagen, daß für den Sport, für die Sportförderung um so viel mehr getan worden ist als vorher, wenn für die direkte Sportförderung perzentuell weniger als vorher getan worden ist und wenn sich für die indirekte Sportförderung die Finanzminister der ÖVP-Alleinregierung, ob es Schmitz oder Koren gewesen ist, auch nicht die Füße ausgerissen haben.

Meine Damen und Herren! Nach diesem kleinen Exkurs direkt in die Frage der budgetmäßigen Behandlung der Sportförderung möchte ich noch auf eine Äußerung eingehen, die hier der Redner der Regierungsfraktion gemacht hat. Der Herr Kollege Ofenböck hat gemeint, daß die gegenwärtige ÖVP-Bundesregierung die einzige gewesen ist, die imstande war, in einer vierjährigen Legislaturperiode fünf Budgets zu verabschieden bezie-

Lanc

hungsweise zur Verabschiedung vorzulegen. Nun, meine Damen und Herren, ich glaube, das ist gar keine Kunst und auch kein Verdienst der ÖVP-Bundesregierung, kein Verdienst deswegen, weil ja dieses fünfte Budget in diese vierjährige Legislaturperiode nur deswegen hineingekommen ist, weil die ÖVP im letzten Koalitionsjahr das rechtzeitige Zustandekommen eines normalen Budgets zum normalen Termin verhindert, um nicht zu sagen, sabotiert hat. Dann war es natürlich notwendig, im darauffolgenden Jahr sozusagen zwei Budgetdebatten abzuführen. Die anderen vier Budgets hat diese Regierung vorgelegt. Sicher, sie hat sie vorgelegt, aber dazu ist ja auch eine Regierung verfassungsmäßig verpflichtet, daß sie diese Budgets vorlegt. Anderenfalls müßte sie ja, so wie damals im Jahre 1965 die Koalitionsregierung, wegen Nichteinigung und nicht rechtzeitiger Vorlage des Bundeshaushaltsvoranschlags an das Parlament zurücktreten.

Das heißt also, die ÖVP-Bundesregierung — das bescheinigen wir ihr gerne — ist ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Vorlage von Haushaltsvoranschlägen nachgekommen, nicht mehr und nicht weniger.

Der Sprecher der Österreichischen Volkspartei hat auch erwähnt und als große Leistung der gegenwärtigen Regierung auf dem Sportsektor herausgestellt, daß in dieser bisherigen ÖVP-Alleinregierungsperiode — ich habe die Ziffern nicht überprüft, aber ich zweifle nicht an ihrer Richtigkeit — 20 Turnsäle in ganz Österreich errichtet wurden; das sind pro Jahr für ganz Österreich fünf Turnsäle und Turnhallen. Das ist zugegebenermaßen besser als nichts. Aber das ist doch beileibe kein Grund und kein Anlaß dafür, sich mit dieser Leistung sportlich dekorieren zu wollen.

Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Ofenböck hat dann gleich im Anschluß daran meiner Auffassung nach einen kleinen taktischen Fehler im Aufbau seiner Ausführungen gemacht. Er hat nämlich erklärt, daß in derselben Zeit allein in Niederösterreich — und dort baut das dann nicht der Bund, sondern der Landesschulbaufonds in Zusammenarbeit mit den Gemeinden in erster Linie — 16 Turnsäle und Turnhallen nach den Angaben des Herrn Abgeordneten Ofenböck fertiggestellt wurden; und der Bau weiterer 41 ist, so die Ziffern des Kollegen Ofenböck, der ja Niederösteircher ist und es eigentlich wissen müßte, in Angriff genommen worden. Aber immerhin: Im Land Niederösterreich haben überwiegend aus Gemeinde- und Landesschulbaufondsmitteln in dieser Periode 16 Turnsäle in einem einzigen Bundesland hergestellt wer-

den können. Das vergleichen Sie bitte mit der Bundesleistung von 20 Turnsälen in der gleichen Periode für das gesamte Bundesgebiet. Und dann sage mir noch einer, daß sich diese ÖVP-Alleinregierung auf dem Sektor des Turnsaalbaues, des Sporthallenbaues übermäßige Lorbeeren erworben hat! (*Abg. Ofenböck: Es gibt über tausend Gemeinden in Niederösterreich! Es ist klar, daß es da mehr sein müssen als in den großen Städten!*) Wo steht, daß es mehr sein müssen? Wo steht das? Es hat sich heute erst Kollege Leitner in der Budgetdebatte in sehr bewegten — und in dieser Beziehung sehr berechtigten — Worten darüber mokiert, daß es ein derartiges Bildungsgefälle auf dem Sektor der allgemeinbildenden höheren Schulen in Österreich gibt; und nur der Schulraumbau für diese Schulkategorie ist ja Bundessache — oder sollte Bundessache sein. Wenn dieser Sektor noch so viel Nachholbedarf auf dem Bausektor hat, dann muß er auch auf dem Gebiete des Turn- und Sporthallenbaues einen entsprechenden Nachholbedarf haben.

Aber, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, nicht genug damit. Selbst dort, wo auf Grund einer verhältnismäßig stabilen Bevölkerungsstruktur von der Seite des Bevölkerungszuwachses kein wesentlicher Zugang von Schülern, zumindest nicht in dem Ausmaß wie etwa im Burgenland, zu den allgemeinbildenden höheren Schulen festzustellen ist, wie das beispielsweise in Wien der Fall ist, steigt die Schülerzahl in diesen allgemeinbildenden höheren Schulen sehr stark an. Kollege Leitner selbst hat gesagt, in Wien auf das Doppelte. Ich habe mir den Zeitraum nicht genau gemerkt, für den er diese Ziffern genannt hat. Also jedenfalls in relativ kurzer Zeit die doppelte Schüleranzahl an den allgemeinbildenden höheren Schulen. Die Schulgebäude, die wohl schon zu einem großen Teil bestehen, sind erstens einmal nur auf die seinerzeitige halbe Schüleranzahl hin ausgelegt, aber nicht nur ausgelegt hinsichtlich der Schulklassenanzahl, sondern auch hinsichtlich der Anzahl von Turnsälen und Turnhallen.

Was will ich damit sagen? Selbst auf den auf diesem Gebiet weniger dynamischen, expansiven Gebieten Österreichs ist ein ungeheurer Nachholbedarf nicht nur an Schulraum im Sinne von Klassenzimmern und Lehrsälen für die allgemeinbildenden höheren Schulen vorhanden, sondern auch ein ungeheurer Nachholbedarf an Turnhallen und Turnzimmern.

Sie können mir glauben, meine Damen und Herren, da ich selbst eine Tochter in einer Mittelschule habe, so kenne ich das aus

Lanc

eigener Anschauung. In dieser Schule hat sich gegenüber der Zeit, in der ich sie besucht habe, nämlich von 1940 bis 1948, außer einer Renovierung, die unbedingt notwendig war, weil die Schule im Krieg teilweise ausgebombt war, überhaupt nichts geändert. Es sind keine neuen Turnhallen dazugekommen. Es wäre dort baulich möglich, eine entsprechende Erweiterung durchzuführen und damit in diesem dichtverbauten Gebiet, wo die Jugend im Freien ohnehin weder innerhalb noch außerhalb der Schule eine Betätigungsmöglichkeit hat, eben durch eine entsprechende Forcierung des Hallenbaues oder des Ausbaues bestehender Turnsäle ein Äquivalent zu schaffen. Der Bund hat hier — es handelt sich um das RG 5 — überhaupt nichts getan, sondern es ist genau derselbe Turnsaal da, fast auch in der gleichen für heutige Begriffe schon sehr unzulänglichen Ausstattung, wie zu der Zeit, als der Vater noch in diese Schule gegangen ist.

Ich will damit nur sagen, daß dieses Problem auch von dieser Warte her betrachtet werden muß und daß unter diesem Gesichtswinkel, gar nicht zu reden von der dynamischen Entwicklung in jenen Bundesländern, die auf diesem Sektor einen besonders hohen Nachholbedarf haben, viel mehr zu tun wäre, wahrhaftig, als der Bau von 20 Turnsälen und Turnzimmern innerhalb von knappen vier Jahren. Ich halte es fast für eine Frozzelei des österreichischen Sports, wenn man hier so tut, als ob das ein besonderes Verdienst gewesen wäre.

Ich gebe zu, daß vielleicht vorher nicht mehr gebaut worden ist. Aber wenn man schon in der Regierungserklärung den Sport so groß herausstellt, wenn man sich schon sportpolitisch im Sinne von sportparteilich von einem Hintermooser Schikurs zum anderen hantelt, um dort in entsprechender Aufmachung vor die Fernsehkameras zu kommen, dann ist dieses Resultat auf diesem Sektor mehr als dürftig. (*Abg. Guggenberger: Das ist jetzt gegen die Meinung der Bundessportvereine!*) Kollege Guggenberger! Die Bundessportorganisation ist Gott sei Dank nicht darauf angewiesen, von Ihnen authentisch interpretiert zu werden. Soweit ich die Funktionäre der Bundessportorganisation kenne, wird sie sich, unabhängig von ihrer politischen Einstellung, dagegen verwahren.

Meine Damen und Herren! Der „Sport“-Sprecher der Österreichischen Volkspartei in unserer heutigen Debatte hat auch davon gesprochen, daß in Innsbruck und in Wien auf der Schmelz große Projekte vorhanden sind für eine Neugestaltung und eine entsprechend

bessere Gestaltung der Bundesanstalten für Leibeserziehung im Zusammenhang mit dem jeweiligen Universitätsturn- und -sportbetrieb. Über Innsbruck kann ich nicht reden, dort kenne ich die Verhältnisse nicht. Ich nehme daher die Äußerungen des Kollegen Ofenböck über Innsbruck unbesehen als Tatsache zur Kenntnis, solange nicht ein Innsbrucker hier in diesem Hause etwas anderes behauptet oder nachweisen kann.

Aber wie schaut es mit der Schmelz aus? Da beginnt der Schmelz der Sportpolitik der ÖVP-Regierung zu schmelzen. (*Abg. Ofenböck: Im Frühjahr Baubeginn!*) Dieses Projekt Schmelz besteht nämlich schon sehr lange. Das ist ein schon sehr altes Projekt. Als Projekt geistert es schon länger herum, als in Österreich die ÖVP-Alleinregierung herumgeistert. (*Heiterkeit.*)

Wie schaut es nun aber mit der Verwirklichung dieses schon früher entwickelten Projektes in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung aus? Auf dem Areal der Schmelz befinden sich Kleingartenanlagen, die jetzt endlich abgesiedelt werden können. Auf diesen Kleingartenanlagen sollen neben verschiedenen Lehranstalten des Bundes, also Bundesmittelschulen, auch jene Objekte und Anlagen Aufnahme finden, die im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Bundesanstalt für Leibeserziehung dort geplant sind. Mir scheint das eine vermünftige Symbiose zwischen Schulbau und allgemeinen sportfördernden und die Ausbildung von Sportlehrern fördernden Projekten zu sein. Aber von diesen schönen Absichten allein hat man doch nichts. Man muß sich auch fragen, wieso die Sache so lange gedauert hat.

Die Wiener werden wissen, daß die Schmelz durch einen nicht eben gut befestigten, aber gerade noch befahrbaren Fahrstreifen oder eine Fahrbahn in zwei Hälften geteilt ist. Auf dieser zweiten Hälfte, wo nicht das Bundesprojekt vorgesehen ist, befindet sich eine, ich glaube, über 30.000 m² große und die wohl zentralst gelegene Freiluftsportanlage in Wien, die seinerzeit auf diesem Bundesgrund, der von der Bundesgebäudeverwaltung verwaltet wird, vom Wiener Arbeitersport errichtet worden ist. Seit den zwanziger Jahren ist diese Anlage vom ASKÖ errichtet und verwaltet worden, mit Ausnahme der Zeit, in der man den Arbeitersportorganisationen ihre Betätigung untersagt und ihre Funktionäre verhaftet hat.

Nun konnte auf dieser Anlage lange Zeit nichts Entscheidendes gemacht und verbessert werden, weil die Mietrechtsverhältnisse so unsicher gewesen sind, daß jedermann, nicht nur der ASKÖ, sondern auch irgendwelche

Lanc

Subventionsgeber, für den Ausbau dieser Sportanlage einfach keinen Groschen zu investieren bereit gewesen wären.

Nun, meine Damen und Herren, wird diese Anlage von genau zehn Wiener Fußballvereinen für Training und für Wettspiele benutzt. Sie wird nicht nur von der Heeressportvereinigung benutzt, sie wird nicht nur von Handballvereinen und von der starken Gruppe des Arbeiterturnvereines Fünfhaus benutzt, sondern diese Anlage steht, man kann sagen, Tag und Nacht in Benützung; denn wir haben dort auch für Trainingszwecke eine kleine Beleuchtung installiert, und zwar trotz aller primitiven Anlagen und der Gefahr, unter Umständen die Investitionen zu verlieren.

Diese Anlage könnte auch eine wertvolle und sinnvolle Ergänzung für das große Projekt des Bundes auf der anderen Hälfte der Schmelz sein. Ich weiß, daß beispielsweise die Herren in der Unterrichtsverwaltung des Bundes schon seit langer Zeit dahinter sind, es so weit zu bringen, daß hier eine vernünftige Koordination zwischen dem Ausbau dieser Bundessportstätte und dem Ausbau der benachbarten Sportstätte, die vom ASKO in einem Bestandsvertrag verwertet wird, eintritt. Obwohl nach den Mitteilungen, die ich erhalten habe, schon vor mehr als Jahresfrist der Herr Bautenminister, der für die Bundesgebäudeverwaltung zuständig ist, die ihrerseits wieder für die Bestandsverträge dieser Liegenschaften zuständig ist, dem zuständigen Wiener Stadtrat Heller eine fixe Zusage gegeben hat, daß hier ein entsprechender neuer Vertrag gemacht wird, damit das ganze Projekt ins Rollen kommen kann. Trotz dieser Zusage hat es so lange gedauert, nämlich bis zum Oktober dieses Jahres, bis endlich dieser Bestandsvertrag unterschrieben werden konnte und damit die Basis für einen Ausbau und die sinnvolle Ergänzung zu den Planungen des Projektes Schmelz des Bundes gegeben war.

Meine Damen und Herren! Hier kann sich der Herr Bundesminister für Unterricht sicherlich auf den Regierungskollegen ausreden, und der kann sich wieder auf die Bundesgebäudeverwaltung ausreden, und diese kann sich darauf ausreden, daß der zuständige Beamte auf Urlaub war und so weiter. Ausreden gibt es, wenn man sie suchen will, für alles. Aber daß die Verwirklichung dieses gesamten Schmelzer Projektes zügig in Angriff genommen worden ist, das kann man nicht behaupten.

Meine Damen und Herren! Ich bin trotzdem froh, daß es jetzt endlich zu einer Voraussetzung für die Verwirklichung dieses großen Vorhabens gekommen ist. Ich hoffe jetzt nur,

daß in den nächsten Jahren die Zusagen, die gemacht worden sind, um endlich einmal für die Wiener Sportler diesen wichtigen Bestandsvertrag unter Dach und Fach zu bringen, dann auch eingehalten werden, nämlich die Zusagen, daß man bei der Finanzierung dieses Ergänzungsprojektes auf der zweiten Hälfte der Schmelz mit entsprechender Unterstützung aus Bundessportförderungsmitteln rechnen können; denn ich glaube, das wäre eine der vordringlichsten Aufgaben im Rahmen des in Ausarbeitung befindlichen Konzeptes für den Ausbau österreichischer Sportstätten. Es gibt wohl kaum eine zweite Sportanlage in Österreich, die so dringend gebraucht wird, die einen so starken Einzugsbereich hat wie diese Sportanlage auf der Schmelz. Ich glaube, es bietet sich auch kaum woanders eine Gelegenheit zu einer so günstigen „hautnahen“ und direkten Zusammenarbeit zwischen Ausbildung der Sportlehrer oder des Sportlehrernachwuchses, dem österreichischen Sport, der in Vereinen organisiert ist, und als drittem Partner dem Schulsport, dem natürlich untertags auch die vom ASKO verwaltete Anlage zur Verfügung stehen soll, was auch bereits in diesem schon erwähnten Bestandsvertrag festgelegt worden ist.

Der Herr Kollege Ofenböck hat schließlich darauf hingewiesen, daß auf dem Gebiete des Schulsports oder der Förderung des Schulsportes — er hat in erster Linie sicherlich den Pflichtschulsektor gemeint — eine große Leistung, wie er es wortwörtlich genannt hat: „eine wesentliche Erleichterung bei der Bekämpfung des Lehrermangels“, eingetreten ist, und zwar dadurch, daß es jetzt auch Nichtmaturanten, also Absolventen der Bundesanstalt für Leibeserziehung, möglich ist, als Vertragslehrer angestellt und in Pflichtschulen für die Erteilung des Turnunterrichtes verwendet zu werden. Er hat darauf hingewiesen, wenn ich ihn recht verstanden habe, daß im Schuljahr 1966/67, besser gesagt im Studienjahr 1966/67, dort nur 132 Neueintretende gezählt worden sind, die dieses viersemestrige Sportstudium absolvieren wollen, während sich bis zum Jahre 1969 auf Grund dieser Laufbahneröffnung die Anzahl derer, die dieses Studium beginnen wollen, auf 267 erhöht, hiemit also, wie ich gerne zugebe, verdoppelt hat.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Letzte, der auch nur im geringsten bestreiten will, daß das eine erfreuliche Entwicklung ist. Aber ich glaube, es wäre eine Übertreibung und gleichzeitig ein Streuen von Sand in die eigenen Augen, wenn wir daraus den Schluß ziehen wollten, daß das eine wesentliche Erleichterung für die bessere, effizientere Gestaltung des Schulsports in den Pflichtschulen

Lanc

gegenüber dem jetzigen Zustand sein kann. Ich glaube kaum, sosehr ich mich darüber freue, daß jetzt — vorausgesetzt, daß alle neu eingetretenen Studierenden diese vier Semester absolvieren, aber ich setze das meinerwegen voraus — alle 135 zusätzlichen Sportlehrer in die Schule abgehen und dort unterrichten können. Sosehr mich das freut und es wesentlich besser ist als das, was vorher war, so glaube ich doch, daß das leider keine wesentliche Erleichterung auf diesem Gebiet wird erbringen können. Ich sage das nicht aus kleinlicher Haarspalterei heraus, meine Damen und Herren, sondern ich glaube, man müßte sich dazu mehr als die damalige Lehrerdienstgesetznovelle, die das ermöglicht hat, einfallen lassen.

Schließlich und endlich hat der Kollege Ofenböck auch Bezug genommen auf den Ausbau beziehungsweise die Förderung des Ausbaues von Hallenbädern. Sicherlich eine erfreuliche Tatsache, die aber nicht eine Erfindung der jetzigen Regierung ist. Er hat hier einige Bäder in Fremdenverkehrsorten genannt, von denen ich zum Beispiel weiß, daß dort der wesentliche Teil der Finanzierung — ich will nicht darüber richten, ob das so vollkommen richtig ist —, vielleicht vernünftigerweise nicht aus Sportförderungsmitteln getätigt wurde, sondern im Rahmen der Fremdenverkehrsförderung insbesondere durch die Kreditaktion aus ERP-Mitteln im Rahmen der österreichischen Hoteltreuhand GmbH., die mit verbilligten ERP-Krediten den Bau und die Errichtung von Hallen- und Schwimmbädern insbesondere in Fremdenverkehrsorten fördert. Ich möchte also auch hier nur die Dinge an den Platz rücken, an den sie gehören, ohne deswegen die Bemühungen, Hallenbadprojekte seitens des Bundesministeriums für Unterricht zu unterstützen, schmälern zu wollen.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir doch eine etwas kritische Überlegung zu dem Teil der Ausführungen des Sprechers der Regierungspartei, der sich mit der speziellen Situation in seiner eigenen Gemeinde befaßt. Um nicht mißverstanden zu werden: Ich möchte mir nicht im gerinsten ein Urteil darüber anmaßen, ob und in welchem Ausmaß und an welchen Orten und daher in welchen Gemeinden im Rahmen eines Sportstättenkonzeptes Schwimmbäder und Lehrschwimmbecken auszubauen sind.

Es freut mich auch für die Gemeinde, in der Kollege Ofenböck wirkt, daß sie ein solches Schwimmbecken bekommt. Es freut mich auch, wenn Kollege Ofenböck auf Grund seiner Beziehungen einen namhaften Betrag zu den Leistungen, die die Gemeinde dort bereits selber aufgebracht hat, dazubekommt.

Sicherlich sehr nett und sehr anerkennenswert, aber ich glaube, man müßte sich doch bei der ganzen Förderung sehr genau überlegen, ob — ich glaube, es handelt sich hier um Katzelsdorf — gerade Katzelsdorf der geeignete Standort für die Errichtung von neuen Schwimmbädern oder Lehrschwimmbecken in Österreich ist, in einem Land, wo noch in Orten mit einem Vielfachen der Einwohnerzahl von Katzelsdorf nicht einmal daran zu denken ist, daß dort eine Schwimmgelegenheit zur Verfügung steht. (*Abg. Ofenböck: Das ist ein Vorort von Wr. Neustadt, dreieinhalb Kilometer weg!*) Also nicht, daß ich es den Katzelsdorfern streitig machen möchte, sondern es ist eine allgemeine wirtschaftliche Überlegung, die ich hier doch im Zusammenhang mit diesem Beispiel anstellen will, denn ich weiß nicht, wieviel hundert Einwohner die Gemeinde Katzelsdorf und ihre unmittelbaren Einzugsgemeinden haben. (*Abg. Ofenböck: Die Einzugsgemeinde heißt Wr. Neustadt!*) Ich weiß nicht, wieviele Kinder dort sind.

Präsident **Wallner**: Herr Abgeordneter! Ich muß Sie freundlichst darauf aufmerksam machen, wenn Sie bis 21 Uhr die Rede nicht beendet haben, muß ich abbrechen.

Abgeordneter **Lanc** (*fortsetzend*): Ich danke schön, Herr Präsident.

Um noch einmal auf dieses vom Herrn Kollegen Ofenböck gebrachte Beispiel zurückzukommen, ich habe und die Wr. Neustädter hier haben vernommen, daß der richtige Standort für Wr. Neustadt der richtige ist. Ich maße mir darüber kein Urteil an, aber ich meine doch, man sollte bedenken, ob Katzelsdorf für Wr. Neustadt der richtige Standort ist. Man sollte also überlegen, ob, wenn dort, wenn auch auf Grund der Anlage des dortigen Schulbaues vielleicht sehr preisgünstig ein Bad eingerichtet wird, dann in Hinblick auf die zu erwartende Ausnützung und im Hinblick auf den zu erwartenden Anmarschweg der Wr. Neustädter nach Katzelsdorf viel von jenem wirtschaftlichen Vorteil übrigbleibt, den der Kollege Ofenböck hier für sein Katzelsdorfer Projekt ins Treffen geführt hat.

Ich glaube, das sollten nicht wir allein uns hier im Hohen Haus überlegen, das sollte sich auch die Bundessportverwaltung, das sollte sich der zuständige Ressortminister überlegen. Es wäre doch nicht sinnvoll, wenn dort zu gewissen Zeiten eine mangelhafte Ausnützung dieses Bades wäre oder ein Großteil der präsumptiven Benützer des Bades über Gebühr Freizeit und Anmarschweg opfern müßten, um in dieses Bad zu gelangen und seine entsprechende Ausnützung zu gewährleisten.

Lanc

Kollege Ofenböck hat in anerkennenswerter Weise die Verdienste des niederösterreichischen Schulbaufonds hervorgehoben. Diese Verdienste bestehen zweifellos, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei; hier gehe ich mit Ofenböck konform. Dieser Schulbaufonds, seine Bestimmungen und die damit gegebenen Möglichkeiten für die Gemeinden wurden vom seinerzeitigen niederösterreichischen SPÖ-Landesparteiobermann und Landeshauptmannstellvertreter Popp gegründet. Das Ressort, in dem der Schulbaufonds die ganzen Jahre, man kann ruhig sagen, die Jahrzehnte über verwaltet worden ist, ist immer von Sozialisten, zuletzt von Kuntner und jetzt von Grünzweig in Niederösterreich geführt worden. Das ist nur ein Beispiel dafür, wie gut offenbar jene Ressorts in Niederösterreich, die von Sozialisten seit 1945 verwaltet worden sind, arbeiten zum Unterschied zu anderen Ressorts in Niederösterreich.

Es ist dann noch von Kollegen Ofenböck kritisiert worden, daß die Kritik im Zusammenhang mit der Erörterung des Rechnungsabschlusses 1968, die der Herr Abgeordnete Dr. Tull in der diesbezüglichen Debatte vor wenigen Tagen hier im Haus an der Ausschüttung der Flugsportförderungsmittel geübt hat, nicht gerechtfertigt sei; es handle sich doch hier schließlich und endlich darum, daß die Union einen zur Ausübung des Flugsports innegehabten Platz zugunsten des Bundesheeres aufgeben muß und daß daher jetzt vom Bundesministerium für Unterricht aus Mitteln der Sportförderung entsprechender Ersatz geschaffen werden muß. Das, so sagte Ofenböck, sei auch im vollen Einvernehmen mit den ASKO-Funktionären in den Flugsportgremien Österreichs geschehen.

Meine Damen und Herren! Das mit dem Einvernehmen in den Sportgremien, in denen alle Sportverbände zusammensitzen, ist ja überhaupt so ein zweiseitiges Schwert. Das Einvernehmen ist in den letzten Jahren und bei der Subventionspraxis der ÖVP-Regierung in den letzten Jahren ja meistens dadurch zustande gekommen, daß die ASKO-Funktionäre nicht um etwas streiten oder gegen etwas über Gebühr remonstrieren wollten, was sie, wie sie wußten, ohnehin auf Grund der politisch einseitigen Mittelvergabe durch die Bundesregierung nicht haben verhindern können.

Offen gesagt — das haben auch viele Vertreter aus dem Allgemeinen Sportverband Österreichs, Funktionäre einzelner Vereine oder Fachverbände gesagt — haben sie sich ja gar nicht getraut, offen gegen die der jetzigen Bundesregierung auch außerhalb des

Dienstes vielfach sehr eng verbundene Bürokratie im Unterrichtsministerium irgendwie aufzumucken oder wegen einer Benachteiligung bei der Vergabe von Förderungsmitteln vorstellig zu werden.

Meine Damen und Herren! Ich sage also ganz offen, daß man daraus nicht die Schlüsse ableiten kann, die hier der Kollege Ofenböck ableitet. Außerdem habe ich mich auch schon bei unseren Flugsportfunktionären erkundigt, wie die Dinge wirklich liegen. Erstens einmal ist überhaupt bei der Förderung des Flugsports, sobald die ÖVP-Bundesregierung ans Ruder gekommen ist, ein großes Umschaukeln in Szene gesetzt worden. Man hat zuerst einmal dem vorher zuständigen Ministerium die Kompetenz weggenommen oder zumindest sie in dieser Frage soweit beschnitten, daß man daraus einen Titel fand, die Subventionsausschüttungen für den Flugsport aus dem Budget des Ministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe zu stoppen. Dann hat man die Flugsportförderung plötzlich im Unterrichtsressort betrieben und gleichzeitig damit ist eine für die Union schöne Umgestaltung der Mittelauswerfung vor sich gegangen und eine entsprechende Reduktion der Mittel, die für den ASKO im Rahmen des Flugsports zur Verfügung gestellt worden sind.

Und wenn halt dann die Union eine neue Anlage braucht, dann ist es ja keine Schwierigkeit, überhaupt bei dem Verteidigungsminister, auch entsprechende Vorwände dafür zu finden, daß man jetzt das, was man die ganze Zeit über für das Bundesheer nicht gebraucht hat, jetzt für das Bundesheer in Anspruch nimmt und damit der Union einen neuen Platz baut.

Meine Damen und Herren! Das ist natürlich auch eine Methode, nach der man vorgehen kann und wo man dann nachher sagen kann, der Union muß man ja mehr Mittel geben, weil die haben ja zugunsten des Bundesheeres auf ihren bisherigen Sportflugplatz verzichtet.

Präsident **Wallner**: Herr Abgeordneter! Ich unterbreche die 161. Sitzung bis morgen, Donnerstag, den 4. Dezember 9 Uhr. (*Abg. Mayr: Das war eine müde Sportlerrede!*)

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wird in der Erledigung der für die 161. Sitzung ausgegebenen Tagesordnung fortgefahren werden.

Nach Beendigung der Tagesordnung wird nach einer kurzen Unterbrechung eine weitere Sitzung mit der Beratungsgruppe VII abgehalten werden.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 21 Uhr unterbrochen und am Donnerstag, den 4. Dezember 1969, um 9 Uhr wiederaufgenommen.

Fortsetzung der Sitzung am 4. Dezember 1969

Präsident: Ich nehme die gestern unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir fahren in den Verhandlungen fort.

Zur Beratung steht das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970, Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VI.

Am Wort ist der Abgeordnete Lanc.

Abgeordneter **Lanc** (*fortsetzend*): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe mich gestern zur späteren Abendstunde noch eingehend mit einigen Argumenten, die der Sprecher der Österreichischen Volkspartei zu Problemen des Sports im Unterrichtsbudget vorgebracht hat, geäußert. Ich möchte heute in erster Linie einige Bemerkungen vom Standpunkt meiner Fraktion zu Problemen des Sports und seiner Behandlung im Unterrichtsbudget machen.

Ich glaube, daß das umso wesentlicher ist, als die größte Sportorganisation Österreichs, der ASKO, in diesem Jahr seinen 75jährigen Bestand feiern konnte und in diesem Jahr vom ASKO von Fachleuten, die der ASKO zur Mitarbeit herangezogen hat, eine umfassende Studie über die Probleme des Sports in Österreich ausgearbeitet und der Öffentlichkeit zur Diskussionsstellungnahme vorgelegt worden ist.

Der ASKO hat damit bewiesen, daß er nicht nur 75jährige Tradition im Interesse des Gesundheits- und Breitensports und damit des gesundheitlichen Aufstiegs breiter Bevölkerungskreise in Österreich hat, sondern daß er sich im Rahmen dieser Tradition auch bewußt ist, daß diese Schall und Rauch wäre, würde man nicht die Probleme nach den Erfordernissen der heutigen Zeit neu durchdenken und entsprechende Richtlinien für die künftige Arbeit auf dem Gebiete der Körperkultur und des Sports festlegen.

Meine Damen und Herren! Es ist heute bereits Allgemeingut geworden, in Reihenuntersuchungen an Schülern festgestellt worden, daß unsere Jugend in zunehmendem Maße von Haltungsschäden bedroht ist. Diese Untersuchungsergebnisse, die auch in einigen Anklängen beispielhaft im Sportprogramm für Österreich aufgezählt sind, haben die gesamte österreichische Öffentlichkeit, auch jenen Teil, der sich nicht für Sport interessiert, schockiert. Auch die Tatsache, daß jährlich mehr Arbeitnehmer wegen Invalidität als aus Altersgründen in Pension gehen, ist nicht mehr neu, aber trotzdem nicht etwas, womit man sich einfach abfinden kann oder was nur ein Problem des Sports und nicht zuvörderst ein Problem der gesamten Gesellschaft wäre.

Ich möchte mir, da diese Tatsachen bekannt sind, in diesem Zusammenhang nur einige Bemerkungen zu jenen Vorschlägen unseres Sportprogramms erlauben, die mir besonders wesentlich für die Abstellung dieser festgestellten Mängel erscheinen.

Zentrale Bedeutung hat die Sportpflege an den Pflicht- und Mittelschulen. Nach Ansicht der Mediziner werden noch im Pflichtschulalter die Weichen für die körperliche Entwicklung eines Menschen gestellt.

Ich will nicht auf alle Einzelheiten über Maßnahmen zur Sicherung des Lehrernachwuchses — das ist meines Erachtens das zentrale Problem — eingehen. Es soll anerkannt werden, daß in dieser Legislaturperiode — meines Wissens nach einstimmigem Beschluß des Nationalrates — Möglichkeiten eröffnet wurden, um außerhalb der normalen Ausbildung für den Lehrberuf auch Pflichtschulabsolventen die Möglichkeit zu geben, zur Sportlehrkraft ausgebildet und im österreichischen Pflichtschulwesen eingesetzt zu werden.

Ich glaube aber nicht, daß diese Möglichkeit allein grundlegenden Wandel schaffen kann. Die Möglichkeit, eine solche Ausbildung mitzumachen, ist meines Wissens nach auf die Universitätsstädte beschränkt. Gerade in den stadtfernen Teilen unserer Republik aber müßte das beste Potential für die Rekrutierung solcher künftiger Lehrkräfte auf dem Sport- und Turnsektor vorzufinden sein. Dazu kommt, daß zwischen dem Entlassungsalter aus den Pflichtschulen und der frühestmöglichen Aufnahme der Lehrtätigkeit eine Zeitlücke bleibt, die von den derzeitigen Ausbildungszeiten an den Bundesanstalten für Leibeserziehung nicht voll ausgefüllt wird. Es gibt also sozusagen berufliche Stehzeiten, und diese animieren — das lehren Erfahrungen aus anderen Sozialberufen — nicht dazu, einen solchen Beruf zu ergreifen. Jedenfalls fehlt mir ein umfassendes Konzept der Unterrichtsverwaltung zur Gewinnung und zum optimalen Einsatz von Speziallehrkräften für Leibesübungen. Ich glaube, hier wäre noch ein Feld, über das in eingehenden Diskussionen — auch im Rahmen der jetzt stattfindenden neuen Schulreformdiskussionen — zu sprechen und zu beschließen wäre.

Einiges scheint mir auch auf dem Sektor der Sportstätten im argen zu liegen.

Besondere Rasenpflege von Bundessportanlagen, meine Damen und Herren, ist mir, wiewohl ich „Zwangsamateurgärtner“ bin, durchaus verständlich. Es läßt aber nicht unbe-

Lanc

dingt auf die optimale Ausnützung dieser Bundessportanlagen schließen.

Das in der nächsten Woche zur Beratung und Beschlußfassung gelangende Bundessportförderungsgesetz, mit dem ich mich zur gegebenen Zeit im Detail befassen werde, wird leider — zumindestens vom Gesetzesauftrag her — die Weihnachtsmann-Allüren der Bundessportverwaltung nicht abstellen. Wenn gleich der Bundesminister auch nach Beschlußfassung über dieses Gesetz ein Drittel der im Budget vorgesehenen Sportförderungsmittel weiterhin nach eigenem Gutdünken vergeben können soll, so möchte ich heute doch der Hoffnung Ausdruck geben, daß in Hinkunft damit Schluß gemacht wird, daß der Unterrichtsminister und seine weisungsgebundenen Beamten wie im alten Rom Sesterzen unter das Sportvolk werfen, wobei es durchaus nicht dem Zufall überlassen wird, welcher Verein, der einem bestimmten Dachverband angehört, dann in der Lage ist, diese Sesterzen aufzufangen.

Von entscheidender Bedeutung in unserem Sportprogramm, in unseren Überlegungen über die künftige Entwicklung des Sports in Österreich scheint mir zu sein, daß erstmals ein Sportdachverband ganz offen betont, daß der Gesundheitssport ohne Rücksicht auf Vereinszugehörigkeit, damit unter Ausschaltung jedes Vereins- oder Verbandsegoismus, ermöglicht werden muß. — Im übrigen wiederum eine zusätzliche Aufgabe für die Gemeinden, die im bisherigen Finanzausgleich keineswegs vorgesehen war, aber in einem künftigen Finanzausgleich zu berücksichtigen sein wird.

Einen sehr bewußten Schritt unternehmen wir in unserer Sportalternative, wenn wir der Bedeutung des Leistungs- und Spitzensports in gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Hinsicht Rechnung tragen. Wir sind der Auffassung, daß ein Verein zur Förderung des Spitzensports in diesem Zusammenhang gegründet werden soll, der alle jene umfaßt, die mit Fug und Recht am Florieren des Leistungs- und Spitzensports in Österreich interessiert sind, interessiert sein müssen.

Ebenso wie in der Frage des Bundessportförderungsgesetzes und des ebenfalls in der nächsten Woche zur Behandlung stehenden Sporttotosgesetzes möchte ich auch meiner Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß es in diesem Monat endlich zur Gründung eines sportmedizinischen Institutes gekommen ist, wie das in unserem Sportprogramm gefordert wurde. Dieses Programm geht ja auf Diskussionen zurück, die bereits vor zirka zwei Jahren aufgenommen worden sind.

Weniger zufrieden kann man aber mit der Dotierung der Sportförderungsmittel in der Zeit der OVP-Alleinregierung im Bundesbudget sein. Sie erreicht heuer mit Ach und Weh 31,6 Millionen Schilling. Im Vergleich dazu gibt die gestern hinsichtlich ihres Kulturbudgets vielgelästerte Stadt Wien im gleichen Jahr 16,5 Millionen Schilling als einzelnes Bundesland für die Sportförderung aus Budgetmitteln aus — unter Ausschluß von Aufwendungen, die für Sportbauten im Budget der Stadt Wien vorgesehen sind. (*Abg. Ofenböck: Sie fließen alle dem ASKO zu!*) Das ist doch nicht wahr! Erkundigen Sie sich bei Herrn Sekretär Dembsher. Es wird Sie eines Besseren belehren. (*Abg. Ofenböck: Der hat mich eines Besseren belehrt!*)

In der Zeit der OVP-Regierung ist der Anteil der Sportförderungsmittel an der Gesamtbudgetsumme nicht einmal gleichgeblieben, sondern sogar zurückgegangen. Ein Bundessportförderungsgesetz hat man erst über Auftrag des Nationalrates dem Hause zugeleitet, und über den Verzicht des Finanzministers auf seinen Anteil am Reinertrag des Sporttotos, den wir seit 1967 gefordert hatten, nachweislich durch einen Initiativantrag im Hause gefordert hatten, konnte parlamentarisch erst verhandelt werden, als der Bundesregierung an einer möglichst raschen Behandlung des Bundessportförderungsgesetzes gelegen war. Ich möchte das gar nicht irgendwie kritisieren, sondern lediglich als Tatsache feststellen und möchte diese Feststellung ausklingen lassen mit einem befreienden „Na endlich!“.

Daß der Geist des Bundessportförderungsgesetzes noch nicht in alle Winkel der Bundessportverwaltung eingezogen ist, beweist eine Auskunft des Herrn Unterrichtsministers auf meine Anfragen im Finanz- und Budgetausschuß, wo er mir erklärt hat, daß nur ein verschwindender Teil der im Postenverzeichnis vorgesehenen Ausgaben der Bundessportförderungsmittel mit der Bundessportorganisation abbesprochen worden ist, obwohl ja diese Bundessportorganisation extra als Partner der Bundessportverwaltung schon früh in diesem Jahr gegründet worden ist und obwohl ja die Bundesregierung und die Bundessportverwaltung die Absicht hatten und auch die OVP den politischen Willen hatte, noch vor dem 1. März 1970 die Behandlung des Bundessportförderungsgesetzes hier im Hause durchzuführen.

Hätte man also hier schon den Geist leben lassen, den dieses Sportförderungsgesetz hinkünftig atmen soll, dann wäre es doch auch möglich gewesen, umfassend die Sportförderungsmittel mit dieser Bundessportorganisation abzusprechen und zu koordinieren.

13858

Nationalrat XI. GP. — 161. Sitzung — 4. Dezember 1969

Lanc

Offenbar war man also nicht sehr begierig, schon jetzt dieses Verfahren zu erproben.

Meine Damen und Herren! Wir hoffen, daß die gemeinsamen Bemühungen, die der österreichische Sport unternommen hat, um sich jenen Platz im gesellschaftlichen und öffentlichen Leben in Österreich zu sichern, der ihm in der heutigen Zeit gebührt, weiterhin Früchte tragen werden. Wir Sozialisten werden uns bemühen, den österreichischen Sport so wie in den vergangenen Jahren darin zu unterstützen. Wir werben aber ganz bewußt auch bei allen anderen Fraktionen des Hauses, so wie bisher verständnisvoll den Belangen des österreichischen Sports gegenüberzutreten. Wir erlauben uns heute, dem Herrn Unterrichtsminister, damit er ständig die programmatischen Auffassungen namhafter Sportfachleute in Österreich zur Hand hat, anlässlich der Behandlung des Kapitels Sport im Kapitel Unterricht ein Sportprogramm für Österreich zu überreichen. Zur gefälligen Darnachachtung (*Abg. Lanc überreicht Unterrichtsminister Mock eine Broschüre. — Beifall bei der SPO.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr

Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe VI beendet.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe VI. Diese umfaßt Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, Kapitel 14: Kultus, Kapitel 71: Bundestheater.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesen Kapiteln in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. **A n g e n o m m e n .**

Die Tagesordnung ist erschöpft. Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für heute, Donnerstag, den 4. Dezember, um 9,25 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1388 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970 (1462 der Beilagen). Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VII. Diese umfaßt Kapitel 15: Soziales, Kapitel 16: Sozialversicherung, Kapitel 72: Bundesapotheken.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 9 Uhr 20 Minuten